

Texte

dietz berlin

Horst Helas, Dagmar Rubisch, Reiner Zilkenat (Hrsg.)

Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland



rls

46

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Texte 46

Rosa-Luxemburg-Stiftung

HORST HELAS, DAGMAR RUBISCH,
REINER ZILKENAT (HRSG.)

**Neues vom Antisemitismus:
Zustände in Deutschland**

Karl Dietz Verlag Berlin

Für alle in diesem Buch getroffenen Aussagen tragen ausschließlich die Autoren die Verantwortung.

Die Herausgeber, der Verlag

Mit 6 Abbildungen (Nachlass Frieda Engel)

Horst Helas, Dagmar Rubisch, Reiner Zilkenat (Hrsg.):
Neues vom Antisemitismus: Zustände in Deutschland
(Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 46)
Berlin: Karl Dietz Verlag 2008

ISBN 978-3-320-02142-9

© Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2008

Satz: Elke Sadzinski

Umschlag: Heike Schmelter, unter Verwendung eines Fotos von Peter Meißner

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH BärenDruck und Werbung

Printed in Germany

Inhalt

Lutz Brangsch
Keine Ressortfrage 7

Horst Helas, Dagmar Rubisch, Reiner Zilkenat
Zustände in Deutschland 9

Geschichtliches und Politisches

Reiner Zilkenat
Historisches zum Antisemitismus in Deutschland.
Zur Entstehung und Entwicklung des »modernen« Antisemitismus
im Kaiserreich 13

Dirk Burczyk
Bündische Jugend und Antisemitismus in der Weimarer Republik 45

Mario Keßler
Sozialismus und Antisemitismus. Ein Überblick 53

Petra Pau
Fünf Thesen zu einer offenen gesellschaftlichen Zukunftsfrage 71

Horst Helas
»Wir sind keine Antisemiten!« Dichtung und Wahrheit
beim deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart 79

Die Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007

Juliane Wetzel
Entwicklungen seit der Berliner Antisemitismus-Konferenz 2004 87

<i>Yves Pallade</i> Aktueller Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland	97
<i>Timo Reinfrank</i> Globalisierter Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Zur Arbeit gegen den aktuellen Antisemitismus in Deutschland	107
<i>Thomas Heppener</i> Die Arbeit gegen Antisemitismus. Erfahrungen und Beispiele des Anne Frank Zentrums	117
<i>Heike Radvan</i> Was kann die Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus tun? Erfahrungen aus der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung in den neuen Bundesländern	125
<i>Michael Rump-Räuber</i> Antisemitismus als Herausforderung in der Lehrerfortbildung	132
<i>Gabi Moser, Guido Strohfeldt</i> Projekt »Stolpersteine« in Fürstenwalde: Viel Neues über Juden aus Fürstenwalde konnte erforscht und öffentlich bekannt gemacht werden	136
<i>Benjamin Köhler</i> Antisemitische Realität: Israel als »Gefahr für den Weltfrieden«. Bericht eines deutschen Freiwilligen in Israel	145
Quellen zum Thema	
<i>Reiner Zilkenat</i> »Am Ende dieses Krieges steht das judenfreie Europa«. Die »Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei« und der Holocaust	151
Working Definition of Antisemitism	173
Autorenverzeichnis	175

Keine Ressortfrage

Die vorliegende Publikation ist ein weiterer Baustein der Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus. In den vergangenen Jahren hat sie sich sowohl mit eigenen Aktivitäten als auch durch die Förderung entsprechender Projekte Dritter in die aktuellen Auseinandersetzungen eingeschaltet. Die Kooperation mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Trägern Politischer Bildung und Initiativen war und ist aus unserer Sicht die wichtigste Form der Unterstützung einer breiten Bewegung gegen jegliche Formen des Antisemitismus. Wir lassen uns davon leiten, dass die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dabei eine notwendige Seite ist, auf die sich aber die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus nicht reduzieren lässt.

Die Komplexität des Antisemitismus ist für Politische Bildung eine große Herausforderung. In antisemitischen Stereotypen überlagern sich kulturelle, soziale und religiöse Faktoren mit ökonomischen und politischen Interessen, deren Genese und Wechselwirkungen für die Einzelnen oft nur schwer nachzuvollziehen sind. Trotz aller Differenziertheit sind antisemitische Anschauungen in allen sozialen Schichten vertreten, auch wenn sie sich auf unterschiedliche Art und Weise artikulieren. Schon dieser Fakt verbietet es, von EINER Ursache von Antisemitismus zu sprechen. Die Überlagerung verschiedener Faktoren, die Tiefe der Verankerung in der gesamten Gesellschaft sowie Brutalität und Menschenverachtung in der Praxis bilden eine Besonderheit des Antisemitismus. Mehr noch – die offene oder verdeckte Akzeptanz des Außerkraftsetzens von bürgerlichen und Menschenrechten für einen Teil der Bevölkerung bedroht letztlich Demokratie und übrigens auch Staatlichkeit.

Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus berührt so nicht nur Wissen um geschichtliche Zusammenhänge, sondern erfordert die Stabilität von Grundwerten. Die Fähigkeit, Antisemitismus als Unrecht werten zu können, setzt ein Empfinden für Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, Recht und Unrecht voraus. Dies sind Werte, die wesentlich über die Gesellschaft, über gelebte und erlebte gesellschaftliche Beziehungen geprägt werden. Antisemitismus ist keine Sache der Vergangenheit, kein Rückstand früherer Zeiten; er kann als stabile geistige Strömung seine Grundlage nur im Heute, in der Art und Weise, wie wir heute leben, haben. Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus ist daher keine Ressortfrage.

Dies sagt sich leicht – ist aber schwer umzusetzen. Weder reicht es, die Verbrechen an Juden darzustellen, noch, Werte wie Toleranz, Solidarität oder Konsens in abstrakter Form zu »trainieren«. Antisemitismus muss als Angriff auf das eigene Menschsein begriffen werden, als Beschränkung eigenen Denkens und Handelns.

Die Entwicklung von Fähigkeiten zur Gemeinsamkeit, das Verstehen des Anderen als Bereicherung des eigenen Lebens muss zum Imperativ werden – und nicht etwa das Abladen der eigenen Probleme auf einen Sündenbock. Politische Bildung steht gerade hier vor der Herausforderung, zu helfen, den Sündenbock-Mechanismus aufzubrechen. Sie muss helfen, scheinbare Antworten – wie eben den Antisemitismus – auf komplexe gesellschaftspolitische Probleme kritisch zu hinterfragen und ihren antihumanen Gehalt zu entlarven. Sie muss genauso dabei helfen, einen breiten Konsens der verschiedenen sozialen Schichten zu schaffen, ohne den der Antisemitismus als kulturelles Phänomen nicht zu überwinden sein wird.

Die vorliegende Publikation ist ein Versuch, die skizzierte Breite der Herausforderungen einzufangen. Wir wollen an AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, die sich sonst vielleicht nicht treffen würden, ein Angebot machen, das ihnen gestattet, zusammenzukommen und im Sinne der Schaffung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses gegen Antisemitismus Gemeinsamkeiten zu bestimmen und Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird in den nächsten Jahren in diesem Sinne weiter auf verschiedenen Wegen Aktivitäten gegen Antisemitismus unterstützen.

Zustände in Deutschland

Mehrere Beiträge in dieser Publikation belegen die lange Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Antisemitismus in Deutschland. Andere beleuchten aktuelle Aspekte dieses Phänomens. Sie alle bekräftigen, dass der Kampf gegen Antisemitismus einen unverwechselbar eigenständigen Platz in der Bekämpfung von Phobien verschiedenster Art, von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit innehat, der nicht relativiert werden darf.

In Vorbereitung, im Verlauf wie bei der Auswertung der Antisemitismus-Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom 11. Januar 2007¹ wurde das Bedürfnis bekräftigt, grundlegende Erfahrungen der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus im Deutschland von heute einem breiten Interessentenkreis zugänglich zu machen. Diesem Anliegen ist dieser Sammelband verpflichtet.

Die Auswahl der Referenten für die Konferenz erfolgte ganz bewusst, und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ihnen dankbar für ihr engagiertes Mitwirken.

Die Berichte aus der Diskussion zur Konferenz wurden hingegen eher zufällig ausgewählt. Mancher Diskussionsteilnehmer hatte frei gesprochen, und auch der schließliche Redaktionsschluss verhinderte, dass weitere Beiträge aufgenommen werden konnten. Die Herausgeber hätten eine Vielzahl weiterer, oft jahrelang in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in Deutschland engagierter Einzelpersonen und Institutionen hier zu Wort kommen lassen können. Einige von ihnen haben ihre Arbeitsergebnisse selbst publiziert, darunter waren auch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Projekte.²

Antisemitismus ist – leider – in der deutschen Gesellschaft eine seit vielen Jahren relativ unveränderte Einstellung eines großen Teils der Bevölkerung, inmitten der vielbeschworenen »Mitte der Gesellschaft«. Trotz dieses pessimistischen Befundes ist die Hartnäckigkeit der vielen Akteure beim Kampf um die Zurückdrängung des Antisemitismus in Deutschland bewundernswert. Dieses zivilgesellschaftliche

1 Vgl. Reiner Zilkenat: Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland, standpunkte 1/2007 der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

2 Vgl. Julius H. Schoeps, Godeon Botsch, Christoph Kopke, Lars Rensmann (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Berlin-Brandenburg 2007; Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK) und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) (Hrsg.): Integrierte Handlungsstrategien zur Rechtsextremismus-Prävention und -intervention. Hintergrundwissen und Empfehlungen für Jugendarbeit, Kommunalpolitik und Verwaltung, Berlin Dezember 2006; Kein Bock auf Nazis, April 2006 (DVD); DGB »Forum gegen Rechts«, medienagentur für menschenrechte mfm e. V. und Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Nds. gGmbH (Hrsg.): Keine Nazis in unserer Stadt. Wie die Stadt Delmenhorst gegen ein rechtsradikales Zentrum kämpfte. Ein Leitfaden mit DVD-Begleitung, Delmenhorst August 2007; Bildungsteam Berlin-Brandenburg e. V., Tacheles reden! e. V. (Hrsg.): Woher kommt der Judenhass? Was kann man dagegen tun? Ein Bildungsprogramm, Mülheim an der Ruhr 2007.

Engagement verdient Anerkennung und Unterstützung. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sieht sich in diesem Ringen in einer Mittler- bzw. Moderatorenrolle.

Insbesondere das Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin war und ist in seiner nunmehr 25-jährigen Geschichte mit seinen Publikationen³ wissenschaftlicher Ratgeber und durch seine Veranstaltungen Podium für kontroverse Debatten sowie durch beides immer wieder Anreger für weiterführende Fragestellungen in Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis.

Im vergangenen Jahrzehnt hat es für Deutschland zahlreiche Untersuchungen zum Platz von Antisemitismus in den Einstellungen der Bevölkerung gegeben. Die Definitionsversuche für Antisemitismus wie die Befunde von Soziologen, Politologen, Sozialarbeitern und Pädagogen zur gesellschaftlichen Wirklichkeit auf diesem Gebiet sind kaum noch zu überschauen.

Das Team um Wilhelm Heitmeyer, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, konstatierte in einer Langzeitstudie über »Deutsche Zustände«, dass antisemitische Ressentiments stark verbreitet sind. In Folge 4 der »Deutschen Zustände« (2006) kamen sie hinsichtlich des Antisemitismus zu folgendem Ergebnis: 21 Prozent der Deutschen meinen, Juden haben zu viel Einfluss; 45 Prozent meinen, Juden zögen aus der Vergangenheit Vorteile, und für 64 Prozent ist es ein Ärgernis, dass den Deutschen heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten würden.⁴ Ihrem Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit folgend, kamen die Wissenschaftler zu dem Ergebnis: »Wer von sich Normalität behauptet, d. h. so zu denken wie die meisten oder so zu leben, wie es üblich und richtig ist, stimmt antisemitischen Aussagen stärker zu.«⁵

Der Befund zwei Jahre später hinsichtlich des Antisemitismus: Konstanz auf einem hohen Niveau bleibt das Charakteristische, nur unauffällige Veränderungen sind nachweisbar.⁶

Das Zentrum Demokratische Kultur legte für verschiedene Berliner Stadtbezirke Studien vor. In der Studie über Berlin-Mitte (alt) von 2005 kamen die Autoren zu dem Schluss: »Die Analyse zeigt das breite Spektrum antisemitischer Phänomene. Viele dieser Ereignisse sind nicht unbedingt im strafrechtlichen Sinne relevant, prägen jedoch maßgebend das politische demokratische Klima besonders für jene Personen, die von antisemitischen Klischees betroffen sind.

Auffallend ist weiterhin das breite Spektrum der Tätergruppen. Antisemitismus lässt sich somit nicht auf kleine Personenkreise begrenzen, sondern ist offensichtlich eine Ideologie, die sich quer durch verschiedene Bevölkerungsgruppen zieht. Sie kann damit als Querschnittsideologie bezeichnet werden. (...) Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Stereotype von Juden nichts, aber auch gar nichts über Juden, sondern nur viel über den aussagen, der sie verwendet.«⁷

3 Vgl. Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus? Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2004.

4 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 203.

5 Ebenda.

6 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6, Frankfurt/Main, 2008.

In dieser Dokumentation kommen auch Betroffene zu Wort, deren Wahrnehmungen verdeutlichen, was hinter nüchternen Zahlen verborgen ist. Eine der Befragten schilderte in einem Interview: »Wenn ich mich dann mal klagend geäußert habe, meinen deutschen Mitbewohnern gegenüber, wie schwer es für mich ist, dort zu wohnen. In dem Zusammenhang alleinstehende Frau sozusagen. (...) Weil man als besonders schwach erlebt wird, wurde mir dann gesagt, dann soll ich doch nach Israel gehen. Da kommt man ja wieder in einen doppelten Konflikt, der einen einfach begleitet als jüdischer Mensch in diesem Land, sicherlich auch woanders, das Gefühl, man wird nicht gerne gehabt. Sobald man Schwierigkeiten hat, wird man auf der einen Seite darauf verwiesen, dieses Land zu verlassen. Und auf der anderen Seite wird einem die politische Situation in Israel, wohin man auswandern soll, gleichzeitig zum Vorwurf gemacht, wo man für das politische Geschehen eines Staates dort verantwortlich sei. Ich bin hier geboren und groß geworden, auch die ganze Familie ist deutsch wie nur irgendwas. Nicht um das herauszustellen, dass für mich auswandern genauso fremd vorkommt, wo ich mich natürlich an geschichtlich vergangene Zeiten erinnere, wo Menschen, die den gleichen Glauben hatten, wie ich eben auch, denen eine Rasse zugesprochen wurde, denen die Staatsangehörigkeit abgesprochen wurde. Und für mich ist diese Aufforderung, auszuwandern nach Israel, ist schon auch ein Stück Abschwächen meiner deutschen Staatsbürgerschaft. Als sei die für mich weniger wert. Ich möchte dazu betonen, dass das nicht unbedingt Leute waren, die das böse meinten. Das empfinde ich schon als eine, sagen wir mal, latente antisemitische Haltung.«⁸

Oliver Decker, Elmar Brähler und Norman Geißler erregten mit den Erkenntnissen ihrer im Jahre 2006 präsentierten Studie »Vom Rand in die Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland« mit einem Befund zum Antisemitismus besonderes Aufsehen. Wiesen sie doch nach, dass Ältere in den »alten« Bundesländern proportional stärker antisemitisch eingestellt sind als ihre Altersgenossen in den »neuen« Bundesländern.⁹ Die wissenschaftliche wie politische Debatte zu den möglichen Ursachen hat gerade erst begonnen.¹⁰

Bei aller gebotenen Zurückhaltung möchten die Herausgeber vier Aspekte ihrer grundsätzlichen Haltung benennen, auch wenn sie den Intentionen einzelner Beiträge widersprechen sollten.

1. Für Menschen, die sich heute in Deutschland zu den Linken zählen, ist der Antifaschismus ein unverzichtbarer Grundwert. Dass dieser Antifaschismus keinesfalls monolithisch zu verstehen ist, versteht sich von selbst. In Deutschland hat es vor wie nach 1945 immer Antifaschismen gegeben. Das entsprechende Handeln von Menschen verschiedener Herkunft und Weltanschauung gründete und gründet sich auch in

7 Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk Mitte und Möglichkeiten demokratischer Intervention, Berlin 2005, S. 79.

8 Ebenda.

9 Vgl. Oliver Decker, Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler: Vom Rand in die Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006.

10 Vgl. Gegen Rechtsextremismus in Ost und West. Andere Ursachen – Andere Gegenstrategien. Dokumentation einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung. 18. Oktober 2006 in Berlin.

der Gegenwart auf unterschiedliche Motive. Zudem meint Antifaschismus heute (in Deutschland wie im Ausland) immer auch ein PRO, das Eintreten für bestimmte Grundwerte der bestehenden Gesellschaft, ihre Verteidigung wie Ausgestaltung.

2. Die Linke – in Ost- wie Westdeutschland – muss sich fast 60 Jahre nach der Gründung zweier deutscher Staaten und fast 20 Jahre nach der erneuten Herstellung der Einstaatlichkeit mit allen Bereichen und Facetten ihrer Geschichte differenziert, kritisch und sachlich auseinandersetzen. Auch hier versteht es sich von selbst, die äußeren Aspekte, beispielsweise die Zwänge des Kalten Krieges, zu berücksichtigen. Dies sollte aber nicht zur Entschuldigung für Unzulänglichkeiten, Fehlentwicklungen und auch Verbrechen im jeweiligen Deutschland, zu gegenseitigen Schuldzuweisungen oder zur Aufrechnung führen. Dies gilt auch für eine solch sensible Frage wie die, ob es in der DDR Antisemitismus gegeben habe. Dieses Spezialthema der Geschichte der DDR verdient Aufmerksamkeit. Ihm wurde übrigens im Osten¹¹ wie im Westen¹² Deutschlands vor wie nach 1989 Beachtung geschenkt. Angesichts des in Deutschland um sich greifenden Geschichtsrevisionismus gewinnen Debatten, Forschungen wie Publikationen auch zu dieser Problematik an Aktualität.

3. Staatliche Organe, Wissenschaftler wie Publizisten sollten aufhören, zwischen Rechtsextremismus und sogenanntem Linksextremismus ein Gleichheitszeichen zu setzen – auch hinsichtlich des Antisemitismus. In Theorie wie gesellschaftlicher Praxis sollte man den Trennungsstrich zwischen all jenen Kräften, die die demokratische Grundordnung in Deutschland als ihren Handlungsrahmen ansehen, und jenen, die das »ganze System« und »alle Systemparteien« überwinden wollen, klar kenntlich lassen.

4. In Publizistik wie wissenschaftlicher Debatte erleben wir immer wieder, dass ein beliebiger Autor mit seinen Aussagen von Vorgestern immer wieder neu konfrontiert wird. Dies geschieht manchmal in der Erwartung, der Zitierte möge sich rechtfertigen. Die Herausgeber halten eine Personifizierung inhaltlicher Debatten grundsätzlich für wenig zielführend, zumal wenn korrekt und zeitgenau wiedergegebene Zitate mit dem späteren oder früheren politischen Wirken einzelner Personen verbunden werden. Das eine hat mit dem anderen nicht immer etwas zu tun.

Vielleicht liegt ja ein zentrales Defizit gegenwärtiger Debatte – und auch dieser Publikation – darin, dass einzelne Positionen nebeneinandergestellt werden, die sich nur selten aufeinander beziehen. Damit könnte aber auch ein Anreiz gegeben sein, den Meinungsstreit zu führen.

Die Herausgeber folgen mit diesem Sammelband dem Prinzip, dass jeder Autor seinen Text selbst verantwortet, die Auswahl der Zitate eingeschlossen. Deshalb versteht sich auch der Hinweis von selbst, dass sie zu einzelnen Aussagen in verschiedenen Texten eine kritische oder distanzierte Meinung haben, ohne es explizit zu monieren.

11 Vgl. Angelika Timm: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997.

12 Vgl. Richard Chaim Schneider: Wir sind da! Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute, Berlin 2000.

Historisches zum Antisemitismus in Deutschland. Zur Entstehung und Entwicklung des »modernen« Antisemitismus im Kaiserreich

»Die Juden sind unser Unglück!«¹ – mit dieser Formulierung brachte im Jahre 1879 der damals hoch angesehene, an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität lehrende Historiker Heinrich v. Treitschke zum Ausdruck, was eine wachsende Zahl von Deutschen dachte: Die angeblichen kulturellen, religiösen, sozialen, charakterlichen, moralischen und physiologischen Differenzen zwischen den Juden und ihnen könnten niemals überbrückt werden. Der gedankliche und praktisch-politische Ansatz der Judenemanzipation² – als Ergebnis einer von Verfassung und Gesetzgebung verbrieften Rechtsgleichheit sowie eines längeren Prozesses der »Erziehung« sei die Integration der Juden in die bestehende Gesellschaft durchaus möglich, wenn nicht sogar wünschenswert – müsse als gescheitert betrachtet werden. Diese Auffassungen erhielten seit der Mitte der 1870er Jahre eine völlig neue Schubkraft.

- 1 Heinrich v. Treitschke: Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher, 44. Bd., 1879, S. 575. Diese Formulierung steht in folgendem textlichen Kontext: »Bis in die Kreise der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuts mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: die Juden sind unser Unglück! Von einer Zurücknahme oder auch nur einer Schmälerung der vollzogenen Emanzipation kann unter Verständigen gar nicht die Rede sein; sie wäre ein offenes Unrecht, ein Abfall von den guten Traditionen unseres Staates und würde den nationalen Gegensatz, der uns peinigt, eher verschärfen als mildern. (...) Die harten deutschen Köpfe jüdisch zu machen ist doch unmöglich; so bleibt nur übrig, dass unsere jüdischen Mitbürger sich rückhaltlos entschließen Deutsche zu sein, wie es ihrer Viele zu ihrem und unserem Glück längst geworden sind. Die Aufgabe kann niemals ganz gelöst werden. Eine Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen hat seit jeher bestanden ... Es wird immer Juden geben, die nichts sind als deutsch redende Orientalen; auch eine spezifisch jüdische Bildung wird immer bleiben, sie hat als kosmopolitische Macht ihr historisches Recht. Aber der Gegensatz lässt sich mildern, wenn die Juden, die so viel von Toleranz reden, wirklich tolerant werden und einige Pietät zeigen gegen den Glauben, die Sitten und Gefühle des deutschen Volks, das alte Unbill längst gesühnt und ihnen die Rechte des Menschen und des Bürgers geschenkt hat. Dass diese Pietät einem Teile unseres kaufmännischen und literarischen Judentums vollständig fehlt, das ist der letzte Grund der leidenschaftlichen Erbitterung von heute.« Ebenda, S. 575 f. Die beiden anderen Aufsätze Treitschkes, die in den von ihm redaktionell betreuten »Preußischen Jahrbüchern« erschienen und bereits auf kritische Äußerungen zum eben zitierten Beitrag antworteten, waren: Herr Graetz und sein Judentum, in: ebenda, S. 660 ff.; Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage, in: ebenda, 45. Bd., 1880, S. 85 ff. Eine ausführliche Analyse der Argumentationen Treitschkes im »Berliner Antisemitismusstreit« findet sich bei Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg 2001, S. 165 ff.
- 2 Vgl. hierzu Reinhard Rürup: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur »Judenfrage« der bürgerlichen Gesellschaft, Göttingen 1975 (Taschenbuch-Ausgabe: Frankfurt a. M. 1987), bes. S. 13 ff.; Walter Grab: Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938, München-Zürich 1991, bes. S. 9 ff.; Julius H. Schoeps: Leiden an Deutschland. Vom antisemitischen Wahn und der Last der Erinnerung, München 1990, S. 13 ff.

Die Juden seien verantwortlich für die 1873 einsetzende ökonomische Krisis, »Gründerkrise«³ genannt, und für die daraus resultierenden sozialen Folgen – so schallte es dem Publikum Tag für Tag aus Gazetten, Büchern, Flugschriften und aus Reden antisemitischer Hetzer entgegen. Im Stile raffgieriger Spekulanten hätten sie viele Sparer und Kapitalanleger, darunter nicht wenige »einfache Leute«, vorsätzlich betrogen und sich auf diese Weise skrupellos bereichert. Im Übrigen kontrollierten sie die sich zum Massenmedium entwickelnde Presse, propagierten in Zeitungen, Zeitschriften und auf den Theaterbühnen Unmoral und Unzucht, trieben »ehrbare« deutsche Handwerker, Kaufleute und Landwirte durch die Anwendung unlauterer Geschäftsmethoden in den Ruin bzw. machten sie zumindest durch die Gewährung von Krediten mit stark überhöhten Zinssätzen von jüdischen Finanziers abhängig, nicht zuletzt bekämpften sie das Christentum.

I

In den Reden und Schriften judenfeindlicher Hetzer sowie in wachsendem Maße im Bewusstsein größerer Teile der Öffentlichkeit erfolgte zudem die Identifizierung »der« Juden mit dem sich entfaltenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, dessen negative Charakteristika und Begleiterscheinungen in den Jahren der »Gründerkrise« und der bis zum Jahre 1895 anhaltenden ökonomischen Depression allgemein sichtbar geworden waren. Besonders die »Modernisierungsverlierer«, die sich als kleine Warenproduzenten, Handwerker und Kleinbauern vom stürmisch entwickelnden Kapitalismus existentiell bedroht sahen, an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt hatten und angesichts der Marktmacht industrieller Großbetriebe und Banken die eigene Ohnmacht fühlten, waren die Adressaten der mit antikapitalistischer Phraseologie agierenden Judenhasser. Ihre Zukunftsängste und ihr retrospektiv ausgerichtetes Weltbild stellten einen günstigen Resonanzboden für die antisemitische Agitation dar.

Von zwei entgegengesetzten Seiten aus – so verbreiteten es die Antisemiten – versuchten Juden, die »alte Ordnung« zu destabilisieren und zu überwinden. Sie verfolgten dabei letztlich das Ziel, die Herrschaft über Deutschland, wenn nicht über die gesamte Welt zu erlangen.

Zum einen seien sie als die herausragenden Protagonisten und Profiteure des kapitalistischen Systems für die wachsende Existenzunsicherheit, ja die drohende Verelendung des Handwerks, der kleinen gewerblichen Produzenten und der Landwirte verantwortlich. Mehr noch: Da das Judentum international vernetzt sei und seine Handlungen koordiniere, wobei das Bankhaus Rothschild immer wieder als scheinbar beweiskräftiges Beispiel herhalten musste, könne man hier von

3 Vgl. Hans Mottek: Die Gründerkrise. Produktionsbewegung, Wirkungen, theoretische Problematik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1966, Teil I, S. 51 ff.; Hans Rosenberg: Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

einer »Goldenen Internationale« sprechen, die sich jeglicher politischen Kontrolle entziehe und die Fäden über Ländergrenzen hinweg, unbemerkt von der Öffentlichkeit, in geheimen Zirkeln spinne. Kapitalismus – das sei im Grunde nichts anderes als ein Projekt des internationalen Judentums für die Realisierung seiner Pläne zur Beherrschung der Welt.

Zum anderen sei auch die erstarkende Arbeiterbewegung ein Produkt zielgerichteten Handelns der Juden. Gleichsam die Tätigkeit der sogenannten Goldenen Internationale ergänzend, hetze die gleichfalls länderübergreifend wirkende »Rote Internationale« die Arbeiter gegen die herrschende Ordnung auf und propagiere dabei den gewaltsamen Umsturz. Vor allem wende sie sich gegen die vom christlichen Glauben abgeleiteten, seit Jahrhunderten tradierten Werte. Emanzipation, Säkularisierung, Klassenkampf, Sozialismus – alles das sei von Juden erfunden worden, wobei als Beleg immer von neuem die Namen führender Politiker und Theoretiker der Sozialdemokratie genannt wurden, die jüdischer Herkunft waren: unter ihnen Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Eduard Bernstein, Paul Singer, später vor allem Rosa Luxemburg. Vor- und zugearbeitet werde ihnen dabei vom Liberalismus, der die Moderne, die »Ideen von 1789«, in die Politik und in die Gesellschaft mit der Propagierung der universellen Menschenrechte, mit seinen Ideen von der Freiheit und Gleichheit der Individuen, der Demokratie, des Parlamentarismus, der Presse- und Meinungsfreiheit und der Trennung von Staat und Kirche eingeführt habe. Den besonderen Hass der Antisemiten zogen sich dabei jüdische Exponenten des Liberalismus zu wie Ludwig Bamberger, Eduard Lasker und Heinrich Bernhard Oppenheim, später vor allem Walther Rathenau. Die noch bestehende, stärker denn je gefährdete Ordnung befinde sich in einem Zangengriff dieser nur scheinbar entgegengesetzten gesellschaftlichen und politischen Kräfte, hinter denen jeweils Juden planvoll und klandestin ihr zerstörerisches Handeln koordinierten.

Kurz gesagt, die eingangs zitierte Treitschkesche Metapher wurde immer spürbarer dahingehend interpretiert und radikalisiert, dass Juden für jegliches »Unglück«, für alle negativen Erscheinungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur ursächlich Verantwortung trügen. Mehr noch: Allmählich mutierte der Antisemitismus zu einer Art Weltanschauung, die beinahe alle Phänomene und Entwicklungen dieser Welt erklären könne: Hinter allem und jedem stünde letztlich »der« Jude.

Aber es griff zugleich die Auffassung um sich, die den Juden unterstellten negativen Charaktereigenschaften und ihre die Gesellschaft, die Ökonomie und den Staat »zersetzenden« Handlungen, die in der »Gründerkrise« offen zutage getreten wären, seien durch ihre spezifischen »Rasse«-Merkmale verursacht. Es entwickelte sich an der Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein »neuer Typ von Judenfeindschaft, der nicht mehr in erster Linie religiös motiviert war, der sich politisch organisierte und schon bald überwiegend rassistisch begründet wurde«.⁴ Auch wenn der Begriff »Rasse« nicht von jedem, der ihn damals

4 Reinhard Rürup: Emanzipation und Antisemitismus: Historische Verbindungslinien, in: Herbert A. Strauss, Norbert Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, Frankfurt a. M.-New York 1985, S. 94.

benutzte, schon in einem biologischen Sinne gemeint wurde, so ging die Entwicklung antisemitischen Denkens und Handelns seitdem genau in diese Richtung. In jedem Falle galt, dass in zunehmendem Maße »in die Sprache« der judenfeindlichen Hetzer »verräterische Biologismen«⁵ eindringen. Der seit vielen Jahrhunderten verwurzelte Antijudaismus, der den religiösen Gegensatz zum Judentum in den Mittelpunkt seiner Hetze gestellt hatte (vor allem: die immer von neuem verbreitete Anschauung von den Juden als »Christusmördern«), ließ immerhin noch die Möglichkeit offen, dass Juden durch die Taufe zum christlichen Glauben konvertieren und dadurch »geläutert« werden konnten. Mit der Propagierung eines rassistisch definierten Antisemitismus konnte es keine Chance für eine religiöse »Läuterung« oder eine »bürgerliche Verbesserung« einzelner Juden mehr geben.

Die Konsequenz solcher Anschauungen bestand in der These von der Unwandelbarkeit des kollektiven Charakters der Juden. Dort, wo angeblich die Biologie ihr Wesen und Handeln seit jeher präformiert hatte, konnte es keinerlei Möglichkeiten für die »bürgerliche Verbesserung« der Juden geben. Nach dieser Lesart waren alle seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland unternommenen, auf die Gewährung von Rechtsgleichheit und »Erziehung« abzielenden Bemühungen zur gesellschaftlichen Integration der Juden von vornherein zum Scheitern verurteilt.⁶ Als letzte Konsequenz dieser Anschauungen waren und blieben alle Juden ausnahmslos und für alle Zeiten eine eigenständige, minderwertige »Rasse« mit ausschließlich negativen, ja zerstörerischen Eigenschaften – in allem dem »Germanentum« entgegengesetzt. Paradigmatisch formulierten die antisemitischen »Deutschvölkischen Blätter« diese Auffassung mit folgenden Zynismen: »Die Juden sind eine außerhalb aller anderen Rassen stehende, besondere asiatisch-afrikanische Mischrasse, die der germanischen an Körperbeschaffenheit, Geruch und Denkungsart, kurzum in ihrem ganzen Wesen völlig entgegengesetzt ist.«⁷

Heinrich v. Treitschke, der im Übrigen von 1871 bis 1884 als Abgeordneter dem Reichstag angehörte,⁸ löste mit seinem Artikel in den »Preußischen Jahrbüchern«, der die eingangs zitierte Aussage enthielt: »Die Juden sind unser Unglück!«, eine höchst kontroverse Debatte – »Berliner Antisemitismusstreit« genannt – über die Situation der Juden in Deutschland aus.⁹ Im Verlaufe dieser

5 Rudolf Lill: Zu den Anfängen des Antisemitismus im Bismarck-Reich, in: Saeculum. Jahrbuch für Universalgeschichte, Bd. 26, 1976, S. 221.

6 Zum Widerstand gegen die Judenemanzipation von ihrem Beginn an vgl. Rainer Erb, Werner Bergmann: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780-1860, Berlin 1989.

7 Deutschvölkische Blätter, Nr. 29, 8. 8. 1919, Die Aufhebung der »Judenemanzipation«, in: Bundesarchiv Berlin, R 8034 II/1483, Bl. 171.

8 Bis 1879 war er Mitglied der Fraktion der Nationalliberalen Partei, danach nahm er sein Mandat als Parteilooser wahr.

9 Vgl. hierzu die umfassende Quellenedition von Karsten Krieger (Hrsg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit« 1879-1881. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation, München 2004, 2 Teile.

Kontroverse spitzte Heinrich v. Treitschke vieler seiner kritischen, an die Adresse der Juden gerichteten Formulierungen immer mehr zu, aus »kritischen« wurden immer spürbarer in feindlichem Ton gehaltene Formulierungen.

Zum Teil heftiger Widerspruch schlug dem Berliner Historiker entgegen. Der Geist der Zeit wehte allerdings seinen Widersachern heftig ins Gesicht, auch wenn zu ihnen bekannte Gelehrte zählten wie der spätere Literatur-Nobelpreisträger, weltweit geachtete Althistoriker sowie preußische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Theodor Mommsen.¹⁰ Doch sie befanden sich zweifellos in der Defensive, den Takt gaben v. Treitschke und Seinesgleichen vor.

Dabei entwickelten sich einige der antisemitischen Protagonisten, die bereits Jahre zuvor damit begonnen hatten, ihre judenfeindlichen Auffassungen zu verbreiten, zeitweilig zu wahren Volkstribunen, die unter dem Deckmantel der Verteidigung der Rechte und des erworbenen materiellen Status' der »kleinen Leute« mit ihren Publikationen, aber auch bei ihren öffentlichen Versammlungen, ein Massenpublikum erreichten. Nur fünf von ihnen seien an dieser Stelle namentlich genannt und etwas ausführlicher vorgestellt.

II

Otto Glagau (1834-1892),¹¹ ein ehemals radikal linker Journalist, war gleichsam der Initiator der antisemitischen Welle, die in der zweiten Hälfte der 1870er Jahre das Bismarckreich überschwemnte. »Der Börsen- und Gründungsswindel in Berlin« lautete der Titel seiner im Dezember 1874 begonnenen Artikelserie in der viel gelesenen Zeitschrift »Die Gartenlaube« (Auflage: ca. 400 000 Exemplare, geschätzte Reichweite: mindestens zwei Millionen Leserinnen und Leser). Hier versuchte er, die Ursachen des »Gründerswindels« zu analysieren, die Umstände der hektischen Gründung immer neuer Kapitalgesellschaften, die nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 entstanden waren oder aufblühten, vor allem aber ihr Geschäftsgebaren, bis in die Details auszuleuchten. Für Glagau stand dabei fest: Fast alle dieser Geschäftsleute, von ihm »Gründer« oder »Manchesterleute« genannt, seien Juden gewesen, deren einziges Ziel ihre möglichst schnelle Bereicherung gewesen sei. Die geschriebenen Gesetze und das seit Jahrhunderten unter »ehrbaren deutschen« Kaufleuten geltende Gewohnheitsrecht hätten für diese Juden keinerlei Bedeutung gehabt. Im Grunde ihres Herzens verachteten sie Recht und Gesetz – es sei denn, sie konnten mit ihrer Hilfe gelegentlich den eigenen Vorteil befördern. Sie interessierte nur die Realisierung eines

¹⁰ Vgl. ebenda, Teil 2, S. 614 f.; 695 ff.; 716 ff.; 750 ff.; 758 f. u. 811 ff. (Beiträge Mommsens in dieser Debatte)

¹¹ Vgl. Daniela Weiland: *Otto Glagau und »Der Kulturkämpfer«*. Zur Entstehung des modernen Antisemitismus im frühen Kaiserreich, Berlin 2004. Auf den S. 165 ff. findet sich ein ausführlicher Quellenanhang mit Auszügen aus Glagaus Schriften.

möglichst großen Profits, die Wege dorthin seien mit systematischem Schwindel und Betrug gepflastert gewesen.¹²

Diese Artikelserie erschien 1876 in einer erweiterten Fassung als Buch und erlebte zahlreiche Auflagen. Wenn man es so formulieren möchte, dann war diese Publikation der erste antisemitische »Bestseller«. Besonders durch den 1880 von ihm gegründeten »Kulturkämpfer«, eine dem Antisemitismus verpflichtete Zeitschrift, in der auch einflussreiche und gut informierte Politiker, Abgeordnete und Staatsbeamte – allerdings anonym – zu Worte kamen, blieb Glagau bis zu seinem Tode einer der wichtigsten Exponenten des Antisemitismus im Bismarckreich, auch wenn er nie ein politisches Amt oder parlamentarisches Mandat bekleidete und als Redner für Volksversammlungen gänzlich unbegabt war.

Glagau blieb ein Gegner des »Radau-Antisemitismus«, der die denkbar primitivsten Anschauungen über Juden verbreitete und auch die Anwendung von Gewalt ins Kalkül zog. Für ihn war die »Judenfrage« primär eine »sozialökonomische Frage«, für deren Existenz er »beweiskräftiges« statistisches und biographisches Material zusammentrug. Aber manche seiner exzessiv judenfeindlichen Aussagen, so scheint es, blieben durchaus interpretationsfähig und ließen Raum für Schlussfolgerungen, die in der Befürwortung von Gewaltaktionen gegen Juden einmünden konnten, auch wenn er selbst beteuerte, nur gegen »Auswüchse« der vermeintlichen Juden-Herrschaft vorgehen zu wollen. Im Vorwort zu seinen gesammelten Aufsätzen in der »Gartenlaube« schrieb er z. B. im Jahre 1876: »Ich will die Juden nicht umbringen oder abschlachten, sie auch nicht aus dem Lande vertreiben, ich will ihnen nichts nehmen von dem, was sie einmal besitzen – aber ich will sie revidieren, und zwar funditus revidieren. Nicht länger dürfen falsche Toleranz und Sentimentalität, leidige Schwäche und Furcht uns Christen abhalten, gegen die Auswüchse, Ausschreitungen und Anmaßungen der Judenschaft vorzugehen. Nicht länger dürfen wir's dulden, dass die Juden sich überall in den Vordergrund, an die Spitze drängen, überall die Führung, das große Wort an sich reißen. Sie schieben uns Christen stets bei Seite, sie drücken uns an die Wand, sie nehmen uns die Luft und den Atem. Sie führen tatsächlich die Herrschaft über uns; sie besitzen eine gefährliche Übermacht, und sie üben einen höchst unheilvollen Einfluss. Seit vielen Jahrhunderten ist es wieder zum ersten Mal, dass ein fremder, an Zahl so kleiner Stamm die große eigentliche Nation beherrscht. Die ganze Weltgeschichte kennt kein zweites Beispiel, dass ein heimatloses Volk, eine

12 Als exemplarischer Repräsentant der »Gründer« galt (nicht nur bei Otto Glagau) der Berliner Spekulant und Eisenbahn-Finanzier Henry Strousberg. Er hatte im großen Stile Kapitalien, vor allem für den Eisenbahnbau in Deutschland und in Rumänien, eingesammelt und praktizierte einen fast beispiellos luxuriösen Lebensstil. Am Ende wurde er insolvent und während eines Aufenthaltes in Russland verhaftet und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Vgl. hierzu Horst Mauter: Aufstieg und Fall des »Eisenbahnkönigs« Bethel Henry Strousberg (1823 bis 1884). Ein Beitrag zur Geschichte der industriellen Revolution in Berlin, Berlin 1981; Ralf Roth: Der Sturz des Eisenbahnkönigs Bethel Henry Strousberg. Ein jüdischer Wirtschaftsbürger in den Turbulenzen der Reichsgründung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 10, 2001, S. 86 ff.

physisch wie psychisch entschieden degenerierte Rasse, bloß durch List und Schlaueit, durch Wucher und Schacher, über den Erdkreis gebietet.«¹³

Wer wollte leugnen, dass eine derartige vernichtende »Analyse« hinsichtlich des angeblichen Einflusses der Juden in Deutschland, ja »über den Erdkreis«, geeignet gewesen wäre, blinden Hass gegen sie zu säen sowie gewalttätige Aktionen zu legitimieren? Die anfangs zitierten Formulierungen – er wolle die Juden »nicht abschlachten« und ihnen »nichts wegnehmen« – wirken deshalb mehr als eine rhetorische »Rückversicherung« für den Fall, es könnte sich irgendjemand, der sich zu Gewalttaten hinreißen ließe, auf ihn berufen wollen.

Wilhelm Marr (1819-1904), ebenso wie *Otto Glagau* ein politischer Journalist, erregte zum ersten Mal 1873 mit der Veröffentlichung seiner in immer neuen Auflagen verbreiteten Schrift »Der Weg zum Siege des Judentums über das Germanentum« großes Aufsehen.¹⁴ Schon der Untertitel dieser Veröffentlichung: »Vom nicht-confessionellen Standpunkt aus betrachtet«, signalisierte, dass für den Autor andere als religiöse Faktoren den entscheidenden Unterschied zwischen Juden und Nichtjuden definierten. Und tatsächlich stand es für Marr unerschütterlich fest, dass die Differenzen zwischen Juden und nichtjüdischen Deutschen nichts mit unterschiedlichen Religionen oder Kulturen zu tun hätten. Vielmehr ginge es um durch nichts zu überwindende Unterschiede zwischen zwei »Rassen« im biologischen Sinne. Wilhelm Marr wurde somit zu einem der wichtigsten Urheber des »Rassenantisemitismus«, der von nun an die religiös-kulturell begründete Judenfeindschaft überformte und schließlich ihre dominierende Variante werden sollte. Die Begriffe »Semitismus« bzw. »Antisemitismus« existierten bereits, bevor Marr sie benutzte;¹⁵ jetzt wurde »Antisemitismus« allerdings zum immer häufiger in der Öffentlichkeit benutzten Terminus, der die primär »rassisch« definierte Judenfeindschaft in einem »populären« und zugleich scheinwissenschaftlichen Begriff zusammenfasste.

13 Zitiert nach: Daniela Weiland: *Otto Glagau und »Der Kulturkämpfer«*, S. 198 f.

14 Vgl. Wilhelm Marr: *Vom Sieg des Judenthums über das Germanentum. Vom nicht-confessionellen Standpunkt aus betrachtet*, 8. Aufl., Bern 1879. Als wissenschaftliche Biographie zu Marr vgl. das leider immer noch nicht ins Deutsche übersetzte Buch von Moshe Zimmermann: *Wilhelm Marr. The Patriarch of Anti-Semitism*, Jerusalem 1982 (hebr.) u. New York 1986. Ebenda, S. 71 ff., findet sich eine sehr detaillierte und scharfsinnige Analyse der eben genannten Schrift von Marr.

15 Vgl. Thomas Nipperdey, Reinhard Rürup: *Antisemitismus*, in: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Bd. 1, Stuttgart 1972 (Nachdruck 1994), S. 129 ff., bes. 138. Abgedruckt auch in: Reinhard Rürup: *Emanzipation und Antisemitismus*, a. a. O., S. 128 f. Kritisch hierzu: Moshe Zimmermann: *Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus*, in: Ursula Büttner (Hrsg.): *Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus*. Bd. 1: *Ideologie-Herrschaftssystem-Wirkung in Europa*, Hamburg 1986, S. 59 ff. Nach Zimmermann, ebenda, S. 65 f., besaß die Wortwahl »Antisemitismus«, die »von Historikern als eines der ersten Anzeichen für den Übergang vom religiösen zum rassistisch begründeten Judenhas betrachtet wird, anfangs nicht diese Bedeutung«. Abschließend schreibt Zimmermann: »Die Entstehungsgeschichte des Begriffs gebietet jedoch große Vorsicht bei seiner Anwendung, um Verwirrung und Verwechslung zugehöriger und nicht zugehöriger Dinge zu vermeiden.« Ebenda, S. 74. Hermann Greive: *Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland*, Darmstadt 1988, S. 65, behauptet sogar, dass sich Marr in seiner »Argumentation vollends und sehr grundsätzlich auf religiösem Boden« bewegt habe.

Wilhelm Marr vertrat die These, dass ein Jahrhunderte währender Kampf zwischen Germanen und Juden endgültig von den letzteren gewonnen worden sei:

»Er (der Jude – R. Z.) kann liebenswürdig gegen uns sein – äußerlich. Dass in seiner inneren Natur das Bewusstsein des ›Volkes par excellence‹ lebt, dass er uns *hasst*,¹⁶ oder in uns nur Ausbeutungsmenschen sieht, liegt in seiner Stammesnatur ... Er mag wollen oder nicht – er muss heute danach streben, die germanische resp. abendländische Welt zu Grunde zu richten.«¹⁷ Und weiter: »Ich glaube nur an das, was ich sehe: an unsere sozialpolitische Knechtung unter Euch, und statt mit den Ketten renommtistisch zu rasseln, wie es so viele tun, bekenne ich, dass wir an ›Hand und Fuß, an ›Kopf und Herz‹ von Euch in Fesseln geschlagen sind – vom *Palast bis in die Hütte*.¹⁸ (...) Es ist der Schmerz eines unterdrückten Volkes, der aus meiner Feder spricht, eines Volkes, welches unter Eurer Herrschaft geseufzt, aber das Ihr im Laufe der Zeit schrittweise zu Boden geworfen habt. Die ›Götterdämmerung‹ ist für uns angebrochen. Ihr seid die Herren, wir die Knechte.(...) Finden wir uns in das Unvermeidliche, wenn wir es nicht ändern können. Es heißt: *Finis Germaniae*¹⁹.

Geht der Historiker John Weiss in seiner folgenden Interpretation der Marrschen Auffassungen über die Juden zu weit?²⁰

»Marrs Rassismus enthielt die Möglichkeit zum Völkermord. Wenn die Juden wirklich unwandelbar böse waren und sich anschickten, die Herrschaft zu erringen, dann mussten sie aus ihren Stellungen in der Gesellschaft entfernt und unschädlich gemacht werden. Selbst ein jüdisches Kind war eine tödliche Bedrohung. Zumindest mussten die Juden aus dem Land vertrieben werden. Die Marrsche Spielart des Rassismus sollte in die Todeslager führen.«²¹

Adolf Stoecker (1835-1909)²² unternahm den Versuch, den Antisemitismus politisch handlungsfähig zu machen, indem er ihm eine parteiförmige Gestalt ver-

16 Hervorhebung im Original – R. Z.

17 Wilhelm Marr: Vom Sieg des Judenthums über das Germanenthum, S. 40.

18 Hervorhebung im Original – R. Z.

19 Hervorhebung im Original – R. Z.

20 Ebenda, S. 47 f.

21 John Weiss: Der lange Weg zum Holocaust. Die Geschichte der Judenfeindschaft in Deutschland und Österreich, Hamburg 1997, S. 142 f. Ähnlich wie Otto Glagau, so versicherte auch Wilhelm Marr eifertig, er rede weder dem »Rassen- noch dem Religionshass« das Wort. Vgl. ders.: Der Sieg des Judenthums über das Christenthum, u. a. S. 8, 38 u. 48.

22 Vgl. Martin Greschat: Protestantischer Antisemitismus in Wilhelmischer Zeit – Das Beispiel des Hofpredigers Adolf Stoecker, in: Günter Brakelmann, Martin Rosowski (Hrsg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989, S. 27 ff. (mit weiterführenden Literaturhinweisen). Wichtig an diesem Beitrag ist die Skizzierung des Einflusses, den Stoecker auf führende Kirchenmänner bis in die Zeit nach 1945 ausübte. Beispielhaft wird dies an den Bischöfen Wurm (Württemberg), Meiser (Bayern) und Dibelius (Berlin-Brandenburg) dargestellt. Die im Folgenden genannten älteren, apologetischen Darstellungen der Person und Politik Stoeckers sind wegen der in ihnen verarbeiteten Quellen, die teilweise nicht mehr vorhanden sind, weiterhin von Bedeutung. Dies gilt in Sonderheit für Walter Franks Monographie, der im »Dritten Reich« als führender Historiograph der Nazis galt. Vgl. Dietrich v. Oertzen: Adolf Stoecker. Lebensbild und Zeitgeschichte, Schwerin 1912; Max Braun: Adolf Stoecker, 2. Aufl., Schwerin 1913; Walter Frank: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlichsoziale Bewegung, 2. Aufl., Hamburg 1935. Vgl. auch Helmut Berding: Moderner Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1988, S. 87 ff.

schaffte. Zum 1. Oktober 1874 als »Hofprediger« an den Berliner Dom berufen, erkannte Stoecker seine eigentliche Aufgabe in der Reintegration der zur Sozialdemokratie abwandernden Arbeiterklasse in die Hohenzollern-Monarchie und die durch sie tradierten gesellschaftlichen Normen. Es ging für ihn letztlich darum, durch karitative, missionarische und politisch-»aufklärerische« Tätigkeit die Stadt Berlin, für ihn das Sinnbild aller negativen Zeiterscheinungen, zu re-christianisieren und sie wieder den Hohenzollern »zu Füßen zu legen«. Von hier aus sollte die das ganze Land erfassende Konstituierung einer »Volkskirche« – freilich war hier die evangelische Kirche gemeint – ihren Ausgang nehmen und »den geistigen und kulturellen Führungsanspruch des Protestantismus«²³ durchsetzen.

Er und die von ihm im Januar 1878 gegründete Christlich-Soziale Arbeiterpartei scheiterten bei ihrem Vorhaben allerdings recht kläglich. Es gelang ihnen nicht, irgendeinen nennenswerten Einfluss auf die Arbeiterschaft zu erzielen – von der propagierten Spaltung der aufstrebenden Sozialdemokratie ganz zu schweigen.

1881 strich der Hofprediger deshalb das Wort »Arbeiter« aus dem Namen seiner Partei und trug damit der Tatsache Rechnung, dass stattdessen Handwerker, Gewerbetreibende, Beamte, Offiziere und Studenten sein Klientel bildeten. Er widmete sich fortan stärker denn je dem Kampf gegen alles »Jüdische«, worin er letztlich die Ursachen für den Prozess der Säkularisierung, die Ausbreitung des »Materialismus« und den Zerfall von Sitte und Moral, aber letztlich auch für die sozialökonomischen Krisen erblickte.

Besonders mit seiner am 19. September 1879 gehaltenen Rede »Unsere Forderungen an das moderne Judentum« erregte er große öffentliche Aufmerksamkeit. Es lohnt, Aufbau und Inhalte dieser Rede genauer nachzuzeichnen. Stoecker, ein glänzender Redner, der es verstand seine Zuhörerschaft in Bann zu schlagen, argumentierte hier zunächst nicht im Sinne des sich gerade etablierenden Rassen-Antisemitismus, sondern kam in der Rolle des Biedermanns daher, wenn er die scheinbar »gemäßigte« Forderung an die Juden adressierte, sie sollten »ein klein wenig bescheidener«²⁴ auftreten. Aber diese programmatische Rede hatte ihre eigene Dramaturgie, die von den sich radikalisierenden Aussagen des Hofpredigers lebte: Nur ein wenig später folgte der Vorwurf, es seien »die schlimmsten Berliner Zeitungen in den Händen von Juden«, ja mehr noch, es könnte der Nachweis angetreten werden, dass »in dem Redaktionspersonal das jüdische Element eine alles beherrschende Rolle«²⁵ spiele. Worin aber erkannte diese Presse das wesentli-

23 Martin Greschat: Protestantischer Antisemitismus in Wilhelminischer Zeit, S. 31.

24 Adolf Stoecker: Christlich-Sozial. Reden und Aufsätze, Berlin 1890, S. 362. Zur ausgedehnten Versammlungstätigkeit, zur Zusammensetzung der Mitgliedschaft der Christlich-Sozialen Partei u. ihren Publikationen vgl. die reichhaltigen Materialien in: Landesarchiv Berlin (im Folgenden: LAB), A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 15066 u. Albert Lichtblau: Antisemitismus und soziale Spannung in Berlin und Wien 1867-1914, Berlin 1994, S. 71 ff.

25 Adolf Stoecker: Christlich-Sozial, a. a. O., S. 366.

che Ziel ihrer Berichterstattung? Im Kampf gegen das Christentum. Denn in dieser »Judenpresse« – so Stoecker – »atmet ein Hass gegen das Christliche, der den tiefsten Abscheu«²⁶ verdiene. Damit nicht genug. Auch in dieser Rede wird, ähnlich wie bei Wilhelm Marr, die Unwandelbarkeit des »jüdischen Charakters« beschworen: »Die Juden sind und bleiben ein Volk im Volke, ein Staat im Staat, ein Stamm für sich unter einer fremden Rasse. Alle Einwanderer gehen zuletzt in dem Volke auf, unter welchem sie wohnen; die Juden nicht. Dem germanischen Wesen setzen sie ihr ungebrochenes Semitentum, dem Christentum ihren starren Gesetzkultus oder ihre Christenfeindschaft entgegen. Wir können sie darum nicht verurteilen; solange sie Juden sind, können sie gar nicht anders.«²⁷

Am Ende seiner Ausführungen standen dann konkrete Forderungen an das »Judentum«, die von mehr Toleranz von Seiten der »jüdischen Presse«, über die »Beseitigung des Hypothekenwesens im Grundbesitz« bis hin zur »Wiedereinführung der konfessionellen Statistik, damit das Missverhältnis zwischen jüdischem Vermögen und christlicher Arbeit festgestellt werden kann«²⁸, reichten. Im Übrigen sollten Richter jüdischer Konfession nur im Rahmen des Verhältnisses von Juden zu Nichtjuden in der Bevölkerung berufen werden, während alle Volksschullehrer jüdischen Glaubens aus dem Dienst zu entlassen seien. Außerdem sei eine »Kräftigung des germanisch-christlichen Geistes« vonnöten. Adolf Stoecker schloss seine Rede mit den Worten: »Entweder, dies gelingt uns, dann mag der Segen wieder über Deutschland kommen, oder der Krebschaden, an dem wir leiden, frisst weiter; dann ist unsere Zukunft bedroht, und der deutsche Geist verjudet, das deutsche Wirtschaftsleben verarmt. Rückkehr zu mehr germanischem Rechts- und Wirtschaftsleben, Umkehr zu christlichem Glauben, so wird unsere Losung lauten.«²⁹

Sicherlich, Stoecker verwahrte sich stets gegen den Vorwurf, ein Rassen-Antisemit, ein primitiver Hetzer wider das Judentum zu sein, den Terminus »Rasse« habe er niemals in einem biologischen Sinne verwendet. Aber die Sprache des Hofpredigers, in der es von Invektiven gegen Juden nur so wimmelte, führte ein Eigenleben und gestattete sich gelegentlich – wie aus seiner eben zitierten Ansprache deutlich hervorgeht – durchaus gewisse Anleihen beim rassistisch geprägten Antisemitismus.

Es sei schon an dieser Stelle hervorgehoben: Feine Unterscheidungen zwischen einzelnen Spielarten des Antisemitismus sind für eine differenzierte wissenschaftliche Analyse durchaus notwendig, ja dringend geboten, vor allem aber sind sie aus heutiger Sicht, mit einer zeitlichen Distanz von mehr als einhundertzwanzig Jahren, natürlich leichter zu erkennen und präziser zu analysieren, als es für die meisten Zeitgenossen der Fall sein konnte. Für den zeitgenössischen Rezipi-

26 Ebenda.

27 Ebenda, S. 367.

28 Ebenda, S. 369.

29 Ebenda.

enten seiner Rede, zumal für schlichte Gemüter, blieben die gegen die Juden gemünzten Formulierungen, wie sie hier exemplarisch zitiert worden sind, wegen ihrer Bildhaftigkeit und Radikalität im Gedächtnis haften und bekamen so möglicherweise eine gewisse Eigendynamik. Insofern ist die grundsätzliche Differenz Stoeckers zu besonders primitiven und rassistischen Varianten des Antisemitismus zu erwähnen, zugleich aber die potentielle Ausdeutung mancher seiner Anschauungen – nolens volens – in genau diesem Sinne hervorzuheben.

Der Christlich-Sozialen Partei Stoeckers blieb letztlich ein nachhaltiger Erfolg versagt. Zwar gelang ihm 1881 der Einzug in den Reichstag, allerdings im westdeutschen Wahlkreis Siegen. Auch sein Mandat im Preußischen Abgeordnetenhaus erwarb er nicht in der Hauptstadt des Kaiserreiches, sondern im westfälischen Wahlkreis Minden. In Berlin vermochte er den stark anwachsenden Einfluss der Sozialdemokratie ebensowenig zu brechen wie die weiterhin starke Position der Deutschen Fortschrittspartei, die den prominenten Mediziner Professor Rudolf Virchow – auch er ein Opponent Heinrich v. Treitschkes im »Berliner Antisemitismusstreit« – in das Parlament entsandte. Immerhin gelang es ihm aber mit seiner »Berliner Bewegung«, große öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen.

Als Abgeordneter des Preußischen Landtages von 1879 bis 1898 und des Deutschen Reichstages von 1881 bis 1893 und wiederum von 1898 bis 1908 war Stoecker (bis zu seinem Ausschluss 1896) Mitglied der Fraktion der von großagrarischen Interessen dominierten Deutschkonservativen Partei. Ohnehin agierten die Christlich-Sozialen seit 1881 innerhalb dieser Partei als eine »selbständige« Gruppierung. Dies bedeutete in der parlamentarischen Praxis häufig genug, solche Kompromisse mit der konservativen »Junkerpartei« schließen zu müssen, die den Vorstellungen und Zielen der Christlich-Sozialen zuwider liefen. Davon wird weiter unten noch die Rede sein. Auch daran wurde deutlich: Der politische Antisemitismus in Gestalt der Christlich-Sozialen Partei, der sich als eigenständige Kraft in die politische Arena begeben hatte, um zahlreiche Wählerstimmen zu gewinnen und dabei auf die nachhaltige Erzielung eines Masseneinflusses hoffte, war letztlich gescheitert. Das ursprüngliche, wohl großwahnwitzig zu nennende Anliegen Stoeckers und seiner »Berliner Bewegung«, den Einfluss der Sozialdemokratie mittels einer Kombination aus sozialer Demagogie und antisemitischer Propaganda zu brechen, endete angesichts des Aufstiegs der SPD zur schließlich größten und wählerstärksten Partei im Deutschen Kaiserreich als völliges Fiasko.

Zu den bemerkenswertesten antijüdischen Hetzern seiner Zeit zählte der Volkskundler und Bibliothekar *Otto Böckel* (1859-1923), genannt der »hessische Bauernkönig«.³⁰ Er verfügte innerhalb der Landbevölkerung über einen derart starken Rückhalt, dass er 1887, gerade 27 Jahre alt, im Wahlkreis Kassel-Marburg mit

30 Vgl. Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1986, S. 83 ff.; John Weiss: Der lange Weg zum Holocaust, S. 145 ff., 164 ff. u. 170 f.; Jacob Toury: Antisemitismus auf dem Lande: Der Fall Hessen 1881-1895, in: Monika Richarz, Reinhard Rürup (Hrsg.): Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 173 ff.

56 Prozent der abgegebenen Stimmen in den Reichstag gewählt wurde, dem er bis 1903 angehörte. Einen Wahlkampf, wie ihn Böckel führte, hatte man in Hessen bis dahin noch nicht erlebt. Er besuchte, ja bearbeitete systematisch die Dörfer seines Wahlkreises, sprach persönlich mit zahlreichen Bauern und Handwerkern und veranstaltete eine Vielzahl von Versammlungen. Ferner gab er eine eigene Zeitung (»Der Reichsherold«) heraus und ließ Unmengen von Flugschriften und Handzetteln verteilen.

Böckel, ein außergewöhnlich talentierter Redner, gab vor, er wolle die kleinen Landwirte aus der Abhängigkeit jüdischer Geldgeber und Geschäftspartner befreien, initiierte bäuerliche Einkaufs- und Absatz-Genossenschaften, Spar- und Darlehenskassen sowie »judenfreie Märkte«, auf denen er sich stürmisch feiern ließ. Er erschien auf Dorffesten, Jahrmärkten und Hochzeiten, immer hoch zu Ross, begleitet von jungen Burschen, darunter auch Studenten aus Marburg, als einer Art Leibwache, stets nach Art der hessischen Bauern gekleidet. Bis zu 15000 Teilnehmer erschienen bei den Auftritten Böckels. Manche seiner Anhänger, darunter auch evangelische Pfarrer, feierten den »volksnahen« Doktor der Philosophie und Erforscher des Volksliedgutes gar als »neuen Martin Luther«. Auch wenn der ökonomische Erfolg seiner Projekte, vor allem die »judenfreien Märkte«, zweifelhaft war³¹ – denn die antisemitischen Schweine und Rinder ließen sich nur schwer verkaufen –, seiner Popularität schadete dies nicht.

Böckel scheute nicht davor zurück, einige seiner politischen Ziele sogar dem Arsenal der Sozialdemokratie zu entnehmen (z. B. die Einführung der progressiven Erbschafts- und einer einheitlichen Reichseinkommenssteuer, die Begrenzung des Militäretats, die Einführung eines »Normalarbeitstages« sowie des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen), vertrat in Wort und Schrift die Auffassungen des Rassenantisemitismus und stritt vor allem mit großer Aggressivität für die Segregation der Juden, denen zunächst der Zugang zu staatlichen Ämtern und parlamentarischen Mandaten verweigert werden müsse. Sein erstmals 1885 publiziertes Pamphlet »Die Juden, die Könige unserer Zeit« wurde bis zum Jahre 1909 in nicht weniger als 1,5 Millionen Exemplaren gedruckt!

Bei seinen Auftritten in Berlin liefen seine Versammlungen jedoch nicht immer in so triumphaler Weise ab wie im Hessischen. So hatten sich am 9. April 1891 etwa 200 Anhänger der Sozialdemokratie unter das Publikum in »Hensel's Saal« in der Invalidenstraße gemischt. Immer wieder kam es wegen Zwischenrufen zu minutenlangen Unterbrechungen. Als die verbalen Auseinandersetzungen schließlich in ein Handgemenge einmündeten, musste die Schutzpolizei in Aktion treten.³²

31 Vgl. Monika Richarz: Viehhandel und Landjuden im 19. Jahrhundert. Eine symbiotische Wirtschaftsbeziehung in Südwestdeutschland, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte, 1990, S. 83; Jacob Toury: Antisemitismus auf dem Lande: Der Fall Hessen 1881-1895, S. 181.

32 Vgl. LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 14963, Bl. 80: Bericht der »Staatsbürger-Zeitung«, Nr. 166, 10.4.1891. Weitere Versammlungsberichte finden sich: ebenda, Nr. 14961.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Böckel stellte als Vertreter des auf die Interessen und Mentalitäten der Landbevölkerung abzielenden Antisemitismus, der durchaus auch sozialdemagogische Parolen kannte – »Gegen Juden und Junker!« – eine interessante Facette innerhalb der Schar judenfeindlicher Politiker und Publizisten im Kaiserreich dar.

Heinrich Ahlwardt (1846-1914), ein ehemaliger Berliner Schullektor, der wegen Veruntreuung ihm anvertrauter Gelder aus dem Amt entlassen worden war, gehörte zu den prominentesten Vertretern des Rassen- und sogenannten Radau-Antisemitismus.³³ Maßlos in seinen von blindem Hass erfüllten Anschuldigungen gegenüber Juden, wurde er mehrfach juristisch belangt. Dabei schreckte er vor Erfindungen von Sachverhalten nicht zurück. So behauptete er z. B., der jüdische Bankier Gerson v. Bleichröder sei Vater eines unehelichen Kindes, jedoch habe sein bis in die höchsten Kreise der Regierung reichender Einfluss, gemeint war damit der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Otto v. Bismarck, ihn vor einer Vaterschaftsklage bewahrt. Oder: Eine in jüdischem Besitz befindliche, namentlich genannte Firma habe dem preußischen Militär während des Krieges gegen Frankreich 1870/71 defekte Gewehre (sogenannte Judenflinten) verkauft, um dem Feinde zum Sieg zu verhelfen. Die reißerisch aufgemachten Broschüren und Zeitungsmeldungen über derartige »Räuberpistolen« trafen beim sensationslüsternen Publikum auf beachtliche Resonanz, auch wenn sich regelmäßig nach einiger Zeit die Lügenhaftigkeit derartiger Behauptungen erwies. Ahlwardt handelte dabei nach dem Grundsatz: »Es bleibt immer etwas hängen!« Im Übrigen: Dass seine angehäuften Schulden keineswegs ihre Ursache in Gestalt betrügerischer jüdischer Geldgeber hatten, sondern es sich bei seinen zahlreichen Gläubigern ausschließlich um Nichtjuden handelte – das alles verschwieg Ahlwardt absichtsvoll in seinen judenfeindlichen Tiraden. Seiner Popularität unter den Antisemiten, die seine Brandreden auf Veranstaltungen mit Tausenden Zuhörern stürmisch bejubelten, tat dies keinen Abbruch. Gern titulierte er sich selbst »Rektor a. D.«, wobei das »a. D.« von ihm und seinen Anhängern nicht im Sinne von »außer Diensten«, sondern als Abkürzung von »aller Deutschen« verstanden werden sollte. In einem brandenburgischen Wahlkreis wurde er 1887 in den Reichstag entsandt, dem er bis 1903 angehörte.

Wes Geistes Kind Ahlwardt war, verdeutlicht folgender Auszug aus einer Rede vor der »Antisemitischen Lese- und Rede-Vereinigung« in Berlin am 22. Februar 1897: »Jedem Zeitalter habe die Weltgeschichte eine Aufgabe gestellt, die Aufgabe unserer Zeit laute: Reinigt das germanische Haus vom Juden.«³⁴ »Wir dürfen nicht eher ruhen«, so hatte sich Ahlwardt bereits fünf Jahre zuvor in einer Rede in

33 Vgl. Donald L. Niewyk: Solving the »Jewish Problem«: Continuity and Change in German Antisemitism, 1871-1945, in: Year Book of the Leo-Baeck-Institute, Vol. XXXV, 1990, S. 361 f.; John Weiss: Der lange Weg zum Holocaust, S. 149 ff. u. 164 ff.

34 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 14986, Bl. 97: Bericht des »Deutschen-General-Anzeigers«, Nr. 26, 27. 2. 1897.

der Berliner Versammlungsstätte »Tivoli« vor 3500 Zuhörern ganz in diesem Sinne geäußert, »bis der letzte Jude den deutschen Boden verlassen hat.«³⁵ Skandalös blieb, dass Ahlwardt für die folgende Aussage im Plenum des Deutschen Reichstages keinen Ordnungsruf erhielt – er wäre die mildeste der möglichen Reaktionen des Präsidiums gewesen: »Ein Pferd, das im Kuhstall geboren ist, ist noch lange keine Kuh (stürmische Heiterkeit rechts). Ein Jude, der in Deutschland geboren ist, ist noch lange kein Deutscher; er ist immer noch ein Jude...«³⁶

In einem Zeitschriftenbeitrag verstieg er sich sogar zu der Aussage, dass es sich bei Juden nicht um Menschen handele, vielmehr stünden sie biologisch den Affen und wilden Raubtieren näher.³⁷ Als entschiedener Vertreter des Rassenantisemitismus gab es für ihn keinerlei Möglichkeit, dass Juden sich integrieren bzw. assimilieren, dass sie einen wie immer gearteten Prozess der »bürgerlichen Verbesserung« durchlaufen könnten. 1895 fasste er mit folgenden Formulierungen, die einer öffentlich in Nürnberg, Augsburg und München gehaltenen Rede entstammten und deren Wortlaut massenhaft als Broschüre verbreitet wurde, seine diesbezüglichen Auffassungen zusammen: »Ein Jude kann niemals ein Deutscher werden! Die Juden kann man freilich behaupten hören, dass sie Deutsche seien. Bei ihnen liegt aber die Sache ganz anders als bei unseren anderen Gästen, die gleicher Rasse mit uns sind und auf dem gleichen Kulturboden stehen; die Juden sind niemals etwas anderes gewesen und können nichts anderes werden als Juden, vermöge ihrer Rasseigentümlichkeiten. Die Rasseeigenschaften sind unvergänglich, sie sind etwas Festes und Bestimmtes, sie haften der Rasse an, bis der letzte von ihr ausgestorben ist. (...) Die Deutschen sind eine edel angelegte Nation – die Juden sind eine Raubtiernation. (...) Nicht der Ort, wo man geboren wird, entscheidet, sondern die Rasse, aus der man geboren wird.«³⁸

Angesichts derartiger Tiraden kann es nicht verwundern, dass Ahlwardt gelegentlich Erscheinungen von Verfolgungswahn erkennen ließ, indem er »die« Juden bezichtigte, sie würden ihn vergiften wollen, seinen finanziellen Ruin betreiben bzw. seine Einweisung in eine Irrenanstalt vorbereiten.

Soviel zu den Biographien und Anschauungen nur einiger der damals agierenden Exponenten des Antisemitismus.³⁹

35 Ebenda, Nr. 15105, Bl. 15: Bericht der Zeitung »Die Post«, Nr. 51, 21. 2. 1892. Ebenda, Nr. 14983, befinden sich mehrere, z. T. ausführlichere Berichte von Polizei-Leutnants, die bei öffentlichen Veranstaltungen Ahlwardts (und Böckels) in Berlin anwesend waren und die wichtigsten Inhalte der Reden, die geschätzte Anzahl der Zuhörer u. a. m. protokollierten.

36 Zitiert nach: John Weiss: Der lange Weg zum Holocaust, S. 151.

37 Vgl. Donald L. Niewyk: Solving the »Jewish Problem«, S. 362.

38 LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 14983, Bl. 5 f. In diesen Reden wiederholte Ahlwardt übrigens auch seine oben zitierte Aussage im Reichstag.

39 Mit gleicher Berechtigung wie die an dieser Stelle knapp porträtierten Exponenten des Antisemitismus hätten z. B. auch Moritz Busch, Eugen Dühring, Bernhard und Paul Förster, Constantin Frantz, Theodor Fritsch, Ernst Henrici, Max Liebermann von Sonnenberg und Oswald Zimmermann genannt werden können.

III

Zwar blieb der eigenständige politisch-parlamentarische Einfluss der Antisemiten, einschließlich ihrer an dieser Stelle genannten Protagonisten, zeitlich begrenzt. Sie entsandten bei den Reichstagswahlen zwischen 1887 und 1893, dem Jahr ihres größten Wahlerfolges, nur insgesamt 22 Abgeordnete in das Parlament und erzielten dabei lediglich zwischen 11 663 (1887) und 263 861 (1893) Wählerstimmen.⁴⁰ Lediglich 1893 konnte eine eigenständige antisemitische Reichstagsfraktion konstituiert werden, der insgesamt 16 Abgeordnete angehörten. Bereits sieben Jahre später hatte diese Gruppierung jedoch ihr Leben ausgehaucht.⁴¹

Erschwerend für die Konzentration der Kräfte im Lager der Antisemiten war, dass ihre Organisations- und Parteienszenerie sich in einem Prozess ständiger Veränderung befand, persönliche Eifersüchteleien, kleinkarierte Auseinandersetzungen, teilweise absurd, ja pathologisch anmutende Erscheinungen von Selbstüberschätzung und unterschiedlich motivierte Antipathien unter ihren Protagonisten unüberwindbar schienen, nicht zuletzt aber die Fragen nach den Grundlagen und Zielen einer judenfeindlichen Politik stets strittig blieben. Tatsächlich »bot der Antisemitismus«, wie der Historiker Helmut Berding schreibt, »auf der ideologischen wie auf der politisch-gesellschaftlichen Ebene ein Bild verwirrender Vielfalt«.⁴²

Dies alles darf aber nicht den Blick dafür verstellen, dass ungeachtet dessen ein immer stärker rassistisch aufgeladener Judenhass im Begriff war, tief in die Poren der Gesellschaft des Kaiserreiches einzudringen.

Einen besonders großen Einfluss konnte er im Lager der Konservativen erringen, sowohl innerhalb der Deutschkonservativen Partei als auch in dem im Februar 1893 gegründeten, überaus mächtigen Bund der Landwirte mit seinen zuletzt über 330 000 Mitgliedern (1914), darüber hinaus in den vielen anderen »vaterländischen« Verbänden und Vereinen. Eine herausragende Rolle spielte hier der im September 1893 in Hamburg gegründete Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, eine Massenorganisation mit annähernd 130 000 Mitgliedern (1894), die in ihrer Satzung den »Arierparagrafen« (§ 7) eingeführt hatte: »Juden und in einem bewussten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen können keinerlei Mitgliedsrechte erwerben.«⁴³

Für die gesellschaftliche Akzeptanz des Antisemitismus spielte der sogenannte Tivoli-Parteitag der Deutsch-Konservativen Partei im Jahre 1892 eine ungemein

40 Vgl. Dieter Fricke: Antisemitische Parteien 1879-1894, in: ders. u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 1, Leipzig 1983, S. 77.

41 Vgl. Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, S. 70 f.

42 Helmut Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland, S. 145.

43 Zitiert nach: Dieter Fricke, Werner Fritsch: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 1893-1934, in: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 2, Leipzig 1984, S. 460. Zum DHV vgl. auch Albert Lichtblau: Antisemitismus und soziale Spannung in Berlin und Wien 1867-1914, S. 191 ff.

wichtige Rolle.⁴⁴ Dies galt ungeachtet mancher Vorbehalte gegen den Radau-Antisemitismus, dessen sozialdemagogische Parolen – man denke an Böckels Losung »Gegen Juden und Junker!« – nicht nach dem Geschmack ostelbischer Großgrundbesitzer und anderer konservativer Honoratioren sein konnten.

Es war des Weiteren in Rechnung zu stellen, dass die Deutschkonservative Partei seit der 1878/79 eingeleiteten »konservativen Wende« Bismarcks – charakterisiert durch die Schaffung einer »Allianz von Roggen und Eisen, von Rittergut und Hochofen auf Kosten der Unterschichten«⁴⁵ – im Reichstag mit der bei den Antisemiten verhassten Nationalliberalen Partei mitunter in einem Boot saß, sodass aus »koalitions«- und tagespolitischen Gründen eine Mäßigung der antisemitischen Propaganda durchaus geboten schien.⁴⁶ Vor allem Otto Böckel hatte für das Einschwenken der an Schutzzöllen für Agrarprodukte existentiell interessierten Deutschkonservativen auf eine Allianz mit Bismarck und den Nationalliberalen nur Spott und Verachtung übrig. Immer wieder sprach und schrieb er in diesem Zusammenhang von den »Cohnservativen«, die nach seiner Auffassung jetzt mit den verhassten Juden und ihrer parlamentarischen Repräsentanz paktierten. Umgekehrt warfen ihm manche Repräsentanten der Deutschkonservativen Partei vor, »sozialdemokratische« Agitationsmethoden zu praktizieren und seine Anhängerschaft gegen die bestehende gesellschaftliche Ordnung aufzuwiegeln.

Da allerdings nach der Entlassung Bismarcks im Jahre 1890, angesichts der stärker auf den Freihandel orientierten Handelspolitik seines Nachfolgers Leo v. Caprivi, die Deutschkonservativen ihre ökonomischen Interessen bei der neuen preußischen und Reichsregierung nicht länger angemessen berücksichtigt sahen, entstand jetzt wiederum eine günstige Situation für diejenigen Kräfte innerhalb der Partei, die schon immer ein offen-antisemitisches Bekenntnis favorisierten. Sie waren vor allem um die einflussreiche »Neue Preußische Zeitung« (»Kreuz-Zeitung«) und den preußischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Wilhelm v. Hammerstein gruppiert, der wiederum das Wirken Adolf Stoeckers von Beginn an aktiv unterstützt hatte.

44 Vgl. Hans-Jürgen Puhle: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967. Zum Antisemitismus der Deutsch-Konservativen Partei und des BdL vgl. ebenda, S. 111 ff., bes. 125 ff.

45 Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, S. 59.

46 Vgl. zu dieser ebenso wichtigen wie komplexen Thematik: Helmut Böhme: Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848-1881, Köln-Berlin 1966, S. 530 ff.; Hans-Ulrich Wehler: Bismarck und der Imperialismus, Köln 1969, S. 95 ff., bes. 102 ff.; Lothar Machtan, Dietrich Milles: Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-Deutschland, 1850-1878/79, Frankfurt a. M. u. a. 1980; Ernst Engelberg: Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 309 ff. Eine knappe Einführung in den Forschungsstand bietet Ewald Frie: Das Deutsche Kaiserreich, Darmstadt 2004, S. 31 ff., der allerdings die Thesen von Böhme und Wehler abwertet und – das sei der Vollständigkeit halber angemerkt – die einschlägigen, zahlreich vorliegenden Forschungsergebnisse der DDR-Historiographie gänzlich unberücksichtigt lässt.

So konnte bei veränderten politischen Rahmenbedingungen schließlich 1892 der Antisemitismus beim »Tivoli«-Parteitag in Berlin, der »teilweise den Charakter einer lärmenden antisemitischen Volksversammlung angenommen hatte«, wobei »sogar einem Radikalen wie Ahlwardt Beifall gezollt«⁴⁷ wurde, offizieller Bestandteil des Parteiprogramms werden. Bei nur einer Gegenstimme wurde folgender Passus in das Programm aufgenommen: »Wir bekämpfen vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluss auf unser Volksleben. Wir verlangen für das christliche Volk eine christliche Obrigkeit und christliche Lehrer für christliche Schüler.« Der im ursprünglichen Formulierungsvorschlag enthaltene abschließende Satz wurde bemerkenswerter Weise nicht verabschiedet: »Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus.«⁴⁸ Dieser Sieg des Antisemitismus und seine Folgewirkungen für den politischen Konservatismus, weit über die Zeit des Kaiserreiches hinausreichend, war für die soziale Verankerung der Judenfeindschaft unvergleichlich schwerwiegender und folgenreicher als jedes Reichstagsmandat für einen antisemitischen Abgeordneten.

Hellmut v. Gerlach, zu jener Zeit entschiedener Antisemit und Mitstreiter Adolf Stoeckers, später königlich-preußischer Landrat, schließlich zu (links)liberalen Auffassungen konvertiert, schrieb 1905 in der Rückschau zur Bedeutung der antisemitischen Ausrichtung des deutschkonservativen Programms: »Die Aufnahme des Antisemitismus in das Programm der konservativen Partei war der größte moralische Erfolg, der für ihn denkbar war. Bisher offiziell vertreten nur von einzelnen Parteisplitterchen, wurde er nunmehr legitimer Besitz einer der größten Parteien, der Partei vor allem, die dem Throne am nächsten steht, die die wichtigsten Stellen im Staate besetzt. Der Antisemitismus war hart an die Grenze der Hoffähigkeit herangerückt.«⁴⁹

Ebenso wie die Verbindung von Antisemitismus und politischem Konservatismus sollte sich für die zukünftige gesellschaftlich-politische Entwicklung als besonders verhängnisvoll erweisen, dass innerhalb der Studentenschaft und ihrer Organisationen, vor allem in den seit 1880 gegründeten, explizit judenfeindlichen Studentengruppen, die sich zum Verein Deutscher Studentenschaften (VDSt) zusammenschlossen, der Antisemitismus auf eine fast beispiellose Resonanz stieß.⁵⁰ Lange vor seiner Einführung im faschistischen Regime kannte man hier den »Arierparagraphen«. Der akademische Antisemitismus, der sich nach und nach auch auf die traditionellen Verbände und Korporationen ausdehnte, praktizierte konsequent die gesellschaftliche Ausgrenzung, Ächtung und Verunglimpfung alles Jüdischen. Dabei wurde es bald zur selbstverständlichen Praxis, auch zum

47 Werner Jochmann: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich 1871-1914, in: ders., Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945, 2. Aufl., Hamburg 1991, S. 78.

48 Schultheß' Europäischer Geschichtskalender: Neue Folge, 8. Jg., 1892, München 1893, S. 192 ff.

49 Zitiert nach: Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 70.

50 Vgl. hierzu das Standardwerk von Norbert Kampe: Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988.

Christentum konvertierten jüdischen Kommilitonen und jüdischen »Alten Herren« die Aufnahme zu verweigern bzw. sie nach zum Teil jahrzehntelanger Mitgliedschaft auszuschließen. Als Reaktion hierauf entstanden deshalb eigenständige Organisationen jüdischer Studenten.⁵¹ Dass Juden als nicht »satisfaktionsfähig« galten, versteht sich fast von selbst.⁵² Anders gesagt: Dieser akademische Antisemitismus war von Beginn an rassistisch definiert. Allmählich schwenkten auch zumindest Teile der Burschenschaften auf einen klar antisemitischen Kurs ein. Während die Alten Herren vor allem dem rassistisch definierten Antisemitismus eher reserviert gegenüberstanden, seien, wie es in einem Standardwerk zur Geschichte der »Deutschen Burschenschaft« hieß, die hier organisierten Studenten »bereits von Treitschkes Thesen ... infiziert« worden; deren »antisemitischer Geist« konnten die Alten Herren »nicht mehr bremsen«.⁵³

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass diese unheilvolle Traditionslinie sich bis in die Weimarer Republik ungebrochen fortsetzte, sodass nicht wenige der akademisch ausgebildeten Nazi-Größen den Antisemitismus, den blinden Hass auf alles Jüdische, bereits auf den Hochschulen in sich aufgesogen hatten und ihn später innerhalb der Staatsbürokratien, der NSDAP und ihrer Gliederungen weiterreichten, nicht zuletzt als Führungskader innerhalb der SS.

Der Antisemitismus hatte jedenfalls am Ende des 19. Jahrhunderts »an den Hochschulen des Landes eine feste Heimstatt«⁵⁴ gefunden. Besonderen Eifer legten die Studenten der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, aber auch anderer Hochschulen an den Tag, als 1880/81 eine sogenannte Antisemiten-Petition, die an Otto v. Bismarck gerichtet war und im April 1881 im Reichskanzleramt überreicht wurde, zur Unterschrift anstand.⁵⁵ Zu den mehr als 250 000 Unterzeichnern dieser Petition, die u. a. das Verbot bzw. die Drosselung jüdischer Immigration, den Ausschluss der Juden aus allen Regierungsämtern und vom Beruf des Volksschullehrers sowie die Begrenzung der Zulassung von Juden in der Justiz forderte, zählten nicht wenige Studenten der Berliner Alma Mater. Übrigens trugen hierzu

51 Vgl. Miriam Rürup: Jüdische Studentenverbindungen im Kaiserreich. Organisationen zur Abwehr des Antisemitismus auf »studentische Art«, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 10, 2001, S. 113 ff.; Norbert Kampe: Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich, S. 281.

52 Vgl. hierzu die ebenda, S. 299 ff. abgedruckten Quellen.

53 Helma Brunck: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, München 1999, S. 153. Vgl. auch ebenda, S. 405 ff.

54 Werner Jochmann: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich 1870-1945, S. 60. Norbert Kampe merkt zu dieser Problematik an: »Die gesellschaftlichen Funktionselementen, die sich später daran beteiligten, der Weimarer Republik den Todesstoß zu versetzen, haben ihre politische Sozialisation nicht zuletzt als Studenten im Kaiserreich erfahren ... Das vollständige Versagen der nicht-nationalistischen akademischen Eliten angesichts der Judenverfolgung und des Holocaust wird verständlicher, wenn die fatale und bisher verborgene Kontinuität zurück zum studentischen Antisemitismus des Kaiserreichs offen gelegt wird.« Norbert Kampe: Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich, S. 212.

55 Vgl. den Abdruck dieser Petition, einschließlich der Namen der Erstunterzeichner, in: Karsten Krieger (Hrsg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit« 1879-1881, Teil 2, S. 579 ff. Vielfältige Unterlagen zur Unterstützung der »Antisemiten-Petition« durch die Studentenschaft finden sich in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 15222, darunter auch die Broschüre: Die Antisemitenpetition und die deutsche Studentenschaft, 1881.

nicht zuletzt die Aktivitäten Heinrich v. Treitschkes bei, der im Gegensatz zu Adolf Stoecker selbst die Petition zwar nicht unterzeichnet hatte, aber intensiv innerhalb der Studentenschaft für sie warb. Auch in anderen Universitätsstädten bildeten Studenten die »größte spezifische Unterzeichnergruppe«; so hatten »an einigen norddeutschen Universitäten – den Schwerpunkten der studentischen Agitation – 30 bis 50 Prozent aller Immatrikulierten«⁵⁶ die Antisemiten-Petition unterzeichnet: In Göttingen hatten z. B. 41 und in Halle 29 Prozent der Kommilitonen ihre Unterschrift geleistet.⁵⁷

Eine Debatte im Preußischen Abgeordnetenhaus am 20. und 22. November 1881, initiiert von der liberalen Fortschrittspartei, sollte Aufschluss über die Haltung der Regierung zu dieser Petition geben. Das Ergebnis war mehr als enttäuschend. Nicht ein einziges unmissverständliches Wort der Distanzierung von den Initiatoren und den Forderungen der »Antisemiten-Petition« war von Seiten der preußischen Regierung zu hören. In ihrem Namen gab in einer knappen Erklärung der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums Otto Fürst zu Stolberg-Wernigerode lediglich bekannt, dass die Regierung keineswegs beabsichtige, die verfassungsmäßigen Rechte der Juden aufzuheben. Da die sozialdemokratische Partei wegen des immer noch geltenden Dreiklassenwahlrechts im Abgeordnetenhaus nicht vertreten war, waren es allein die Repräsentanten der Deutschen Fortschrittspartei, an der Spitze Rudolf Virchow, die unmissverständlich gegen die »Antisemiten-Petition« argumentierten.

Wenige Tage zuvor, am 12. November 1880, war ein sogenanntes Manifest der Berliner Notabeln gegen den Antisemitismus publiziert worden, in dem sich die Unterzeichner gegen die Invektiven und jüdenfeindlichen Vorschläge der »Antisemiten-Petition« wandten und sich im »Berliner Antisemitismusstreit« an die Seite der angegriffenen Juden stellten.⁵⁸ Immerhin zählten einige bekannte Gelehrte wie der berühmte Historiker Gustav Droysen, der Astronom und Direktor der Berliner Sternwarte Prof. Förster und der bereits in der Auseinandersetzung mit Treitschke exponierte Althistoriker Theodor Mommsen, aber auch Exponenten der Unternehmerschaft, zu nennen wären unter anderem Dr. Georg Siemens, Direktor der Deutschen Bank, sowie Eduard Conrad, Präsident der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft, zu den Unterzeichnern dieses Manifestes. So ehrenwert die Motive und Argumente der Initiatoren dieser Erklärung gewesen sein mögen, auch in diesem Falle galt, dass sie aus der Defensive heraus agierten, dass sie – um es plakativ zu formulieren – gegen den »Geist der Zeit« handelten.

Dieser unselige Geist hatte sich vielmehr in der »Antisemiten-Petition« materialisiert. Der Adressat der in ihr enthaltenen Forderungen, Otto v. Bismarck, lehnte es ab, sich hierzu öffentlich zu äußern. Einmal mehr wurde deutlich, dass

56 Norbert Kampe: Studenten und »Judenfrage« im Deutschen Kaiserreich, S. 23.

57 Vgl. ebenda, S. 31.

58 Der Text dieses Manifestes ist abgedruckt bei Karsten Krieger (Hrsg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit« 1879-1881, Teil 2, S. 551 ff.

der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident ein vornehmlich taktisches und instrumentalistisches Verhältnis zum Antisemitismus pflegte: Immer dann, wenn er irgendeinen politischen Nutzen erzielen konnte, bediente er sich seiner – mehr oder weniger verdeckt. Schien er mehr als Störfaktor für seine politischen Pläne zu wirken, ging er ohne weiteres über die antisemitischen Gruppierungen und Politiker hinweg. Als Störfaktor wirkte er vor allem dann, wenn z. B. Adolf Stoecker und seine christlich-soziale Gruppierung es nicht dabei beließen, Abgeordnetenmandate für die Deutschkonservative Partei gegen Sozialdemokraten und die Freisinnige Partei zu gewinnen – Bismarck handelte hier nach der Devise: »Die Feinde meiner Feinde sind meine Freunde!« –, sondern in ihrer Agitation die soziale Demagogie und die Radikalität ihrer judenfeindlichen Aussagen in seinen Augen zu weit trieben.⁵⁹

Bei alledem war auch Bismarck, ungeachtet seiner persönlich engen Beziehungen zu manchen Juden, nicht zuletzt zum Bankier Gerson v. Bleichröder⁶⁰, als ostelbischer Junker im Sinne der Aufrechterhaltung einer möglichst großen Distanz zu Juden sozialisiert worden. Er war mit Sicherheit kein Antisemit im Sinne der zeitgenössischen Rassenantisemiten vom Schlage eines Wilhelm Marr oder Otto Böckel, aber wohl doch bis zuletzt von starken antijüdischen Ressentiments geprägt. Worum es ihm dabei ging, hat er als junger Abgeordneter am 15. Juni 1847 im Vereinigten Preußischen Landtag folgendermaßen formuliert: »Sie verlangen, Landräte, Generale, Minister, ja unter Umständen auch Kultusminister zu werden. Ich gestehe ein, dass ich voller Vorurteile stecke, ich habe sie ... mit der Muttermilch eingesogen, und es will mir nicht gelingen, sie wegzudisputieren; denn wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, dem ich gehorchen soll, so muss ich bekennen, dass ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, dass mich die Freudigkeit und das aufrichtige Ehrgefühl verlassen würden, mit welchen ich jetzt meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin. Ich teile diese Empfindung mit der Masse der niederen Schichten des Volkes und schäme mich dieser Gesellschaft nicht.«⁶¹

59 Ein plastisches Beispiel hierfür ist seine Argumentation in einem Brief, den er am 14. Oktober 1881 an seinen Sohn Wilhelm Graf v. Bismarck richtete. Dieser hatte auf einer Wahlversammlung der Deutschkonservativen Partei in Berlin öffentlich seine Sympathien für Adolf Stoecker geäußert: »Wenn Du sprichst, so müsstest Du allerdings Stoecker unterstützen, weil sein Gegner Fortschrittler ist: aber die Identifizierung mit Stoecker passt der Regierung nicht, und es wird nie Glauben finden, dass Du etwas anderes als Regierungsmeinung aussprichst. Stoeckers Wahl ist dringend zu wünschen: einmal als Nichtwahl des Gegners, dann weil er ein außerordentlicher, streitbarer, nützlicher Kampfgenosse ist, aber sobald man für ihn eintritt, indossiert man der Wirkung nach alles, was er früher gesagt hat, resp. alle anderen Antisemiten, und das kann doch en bloc nicht von mir kontrasigniert werden.« Bismarcks Briefe an seinen Sohn Wilhelm. Im Auftrage der Gräfin Wilhelm Bismarck, hrsg. v. Wolfgang Windelband, Berlin 1922, S. 26.

60 Vgl. Fritz Stern: Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt a. M. u. a. 1978.

61 Fürst Bismarck als Redner. Vollständige Sammlung der parlamentarischen Reden Bismarcks seit dem Jahre 1847. Sachlich und chronologisch geordnet mit Einleitungen und Erläuterungen versehen von Wilhelm Böhm. Erster Band.: Der Abgeordnete v. Bismarck-Schönhausen 1847-1852, Berlin-Stuttgart o. J. (1885), S. 25.

Die in diesen Worten zum Ausdruck kommende grundsätzliche Einstellung gegenüber Juden dürfte sich bei Bismarck wohl nie wesentlich verändert haben. Seine Kooperation mit Juden wie z. B. Gerson v. Bleichröder, der erheblich zur Finanzierung der sogenannten Einheitskriege von 1864 bis 1870/71 beigetragen hatte, entsprang wohl eher politischen Nützlichkeitsabwägungen.

IV

Bei alledem darf nicht in Vergessenheit geraten, dass der Antisemitismus im Kaiserreich nicht auf Agitation und Propaganda beschränkt blieb, sondern auch Drohungen und gewalttätige Aktionen unterschiedlicher Intensität gegenüber Juden beinhaltete. 1880/81 und 1900 – um nur Beispiele aus diesen Jahren zu nennen – wurden Juden Opfer militanter, z. T. pogromartiger Ausschreitungen in Berlin, Pommern und Westpreußen.

In der Berliner Innenstadt waren am Silvesterabend des Jahres 1880 organisierte Banden, bestehend vor allem aus jüngeren Leuten, lärmend durch die Straßen gezogen, wobei sie Rufe wie »Juden raus!« skandierten. Sie drangen dabei auch in Cafés und Restaurants ein, hielten dort Schmähreden gegen Juden und verwehrten ihrer Meinung nach jüdisch aussehenden Personen den Zutritt. Es kam schließlich zu Prügeleien, zur Zerstörung von Fensterscheiben und Mobiliar.

1881 eskalierten antisemitische Aktionen in Berlin: Ein sogenanntes Ausweisungs-Comité verschickte Postkarten an Juden, auf denen sie bedroht wurden; auch anonyme Briefe, die Zettel mit der Aufschrift »Juden raus!« enthielten, gerieten in Umlauf. Aufkleber mit der Inschrift »Judenknecht« wurden am 1. August 1881 am »Thiergarten-Hotel« entdeckt.⁶² Weitere Beispiele ließen sich anfügen. Auch Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre kam es in Berlin zu weiteren öffentlichen Bedrohungen und indirekten Boykottaufrufen.

Zum Beispiel wurden 1888 von Antisemiten Flugblätter vor Geschäften jüdischer Inhaber verteilt, in denen potentielle Kunden aufgefordert wurden, anderswo ihre Einkäufe zu tätigen.⁶³ Drei Jahre später existierte bereits ein »Wegweiser durch Berlins christlich-deutsche Geschäfte zum Weihnachtsfest«⁶⁴, einer Art »Positivliste«, mit deren Hilfe Einkäufe bei Juden vermieden werden sollten. 1894 schließlich erschien der »Wegweiser durch Berlins christlich-deutsche Geschäfte« in einer Auflage von 5 000 Exemplaren.⁶⁵ Zur selben Zeit kursierten Flugblätter mit der Überschrift »Kauft nicht bei Juden!«⁶⁶

62 Vgl. LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 15220, Bl. 76 ff. u. 98.

63 Vgl. ebenda, Nr. 14962, Bl. 330 ff.

64 Vgl. ebenda, Nr. 14963, Bl. 316 ff.

65 Vgl. ebenda, Nr. 14964, Bl. 205.

66 Vgl. ebenda, Nr. 14973, Bl. 435.

Doch zurück zum Jahr 1881 und zu den pogromartigen Ereignissen in den Provinzen Pommern und Westpreußen. Am 18. Februar 1881 brannte im hinterpommerschen Neustettin die Synagoge.⁶⁷ Da einer der aggressivsten Radau-Antisemiten jener Zeit, der ehemalige Berliner Gymnasiallehrer Ernst Henrici⁶⁸, in diesem Ort nur wenige Tage zuvor eine wüste antisemitische Ansprache gehalten hatte, in deren Verlauf er seine begeisterte Zuhörerschaft zur »Selbsthilfe« gegen die sie unterdrückenden Juden aufforderte, lag die Vermutung einer nicht nur zeitlichen Koinzidenz mehr als nahe. Die von staatlicher Seite angestellten Ermittlungen verliefen letztlich im Sande. Die Ursachen des Brandes wurden niemals aufgeklärt. Allerdings stieß die von antisemitischer Seite sofort verbreitete Version auf einige Resonanz, wonach Juden selbst ihr Gotteshaus angezündet hätten. Ihre Motive bestünden darin, eine hohe Versicherungssumme zu kassieren sowie die sich ausbreitende antisemitische Bewegung in der Öffentlichkeit als Brandstifter zu diskreditieren. Die Staatsanwaltschaft machte sich diese Version insofern zu eigen, als sie fünf jüdische Bürger Neustettins unter Anklage stellte, die in erster Instanz (Oktober 1883) auch verurteilt wurden, im Berufungsverfahren (März 1884) jedoch wegen der offenkundigen Falschaussagen eines antisemitischen Zeugen freigesprochen werden mussten.

In Neustettin blieb die Situation für die jüdischen Bewohner außerordentlich angespannt. Sie kulminierte, seit der Lokalteil der »Neustettiner Zeitung« von einem jüdischen Redakteur namens Cohn geleitet wurde. Als der Vorsitzende der örtlichen »Antisemitenliga«, ein Bau-Unternehmer namens Luttosch, Cohn am Sonntag, den 17. Juli 1881, zufällig auf der Straße traf, begann er auf ihn einzuschlagen. Als Resultat der sich daraus ergebenden Schlägerei erlitt Luttosch blutende Kopfverletzungen, die er sofort in Wirtshäusern und Cafés des Ortes, die am Sonntag gut besucht waren, als Resultat eines angeblichen jüdischen Überfalls vorwies. Er zögerte nicht, dazu aufzufordern, die Juden Neustettins zu vertreiben, ja sie totzuschlagen! Bereits am Nachmittag hatte sich eine aus tausend Personen bestehende Menschenmenge vor dem Gebäude der »Neustettiner Zeitung« versammelt, die nach kurzer Zeit in das Gebäude eindrang, Mobiliar und Druckmaschinen zerstörte. Von hier aus zogen die Tumultanten vor die Geschäfte und Wohnungen von Juden, zerstörten zwei Geschäfte vollständig und schlugen durch Steinwürfe zahlreiche Fensterscheiben ein. Immer wieder wurden »Hep-Hep!«-Rufe⁶⁹ skandiert

67 Vgl. Christhard Hoffmann: Politische Kultur und Gewalt gegen Minderheiten. Die antisemitischen Ausschreitungen in Pommern und Westpreußen 1881, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 3, 1994, S. 93 ff. Zu diesen pogromartigen Ereignissen vgl. auch die Materialien in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol.Präs., Tit. 95, Nr. 15220.

68 Ernst Henrici (1854-1915), 1878 Promotion an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität, im selben Jahr Lehrer an einer Höheren Töchterschule, 1880 Beginn seiner politischen Tätigkeit, Mitinitiator der »Antisemiten-Petition«, 4. 1. 1881 Entlassung aus dem staatlichen Schuldienst, 1885 Rückzug aus der Politik.

69 Diese Rufe wurden seit dem Mittelalter immer wieder bei antijüdischen Gewaltaktionen skandiert. Ihre Bedeutung konnte letztlich nicht geklärt werden, wahrscheinlich bedeutet das »Hep« jedoch »Herusalem est perdit« – Jerusalem ist zerstört worden.

und wüste Drohungen gegen Juden ausgestoßen. Bis zum September 1881 setzten sich diese Exzesse in Orten Hinterpommerns und Westpreußens weiter fort.⁷⁰ Zum Teil gelang es der Polizei aber, einige dieser antisemitischen Aktionen bereits im Keim zu ersticken. Zumeist aber bedurfte es wegen der großen kriminellen Energie der beteiligten Täter einigen Aufwandes und auch einiger Zeit, bis die Behörden dieser Bewegung Herr werden konnten.

In Schivelbein, auf halber Strecke zwischen Stettin und Stolp gelegen, zogen Trupps, die aus zehn bis zwölf Mann mit geschwärzten Gesichtern bestanden, bewaffnet mit Äxten und Brechstangen, durch die Stadt. Großangelegte Zerstörungen, Plünderungen und auch vereinzelt Körperverletzungen waren die Folge. Der maßgeblich beteiligte Rädelsführer dieser Aktion, ein bekennender Antisemit, wurde jedoch »mangels Beweisen« freigesprochen.

Schließlich bildeten die Konitzer Unruhen im Jahre 1900 einen Höhepunkt pogromartiger Gewaltaktionen im Kaiserreich, die ihren Widerhall in ganz Deutschland fanden.⁷¹ Worin bestand der Auslöser dieser Exzesse? Am 11. März 1900 wurde ein achtzehnjähriger Gymnasiast, Ernst Winter, ermordet. Bald erhoben sich Vorwürfe, denen zufolge er Opfer eines jüdischen Ritualmörders geworden sei. Immer zur Zeit des Pessachfestes, so verbreiteten es Judenfeinde seit dem Mittelalter, würden Juden christliche Kinder umbringen, um aus ihrem Blut ungesäuertes Brot zu backen.⁷² Die Umstände des Tötungsdelikt in Konitz ließen sofort derartige Gräueltaten von neuem aufleben: Die Leiche des jungen Mannes war zerstückelt worden, die einzelnen Körperteile, mit einem Messer aufgeschlitzt, wurden an verschiedenen Stellen in der Stadt aufgefunden.

Der Viehhändler und Fleischer Adolph Lewy, 57 Jahre alt, Vater zweier Söhne, war von den Antisemiten bald als der angebliche Täter identifiziert worden. Dass Lewy ein Alibi hatte, schien niemanden zu interessieren, schließlich musste irgendein Jude als Mörder des Gymnasiasten Winter gefunden und abgeurteilt werden. Doch die mit der Aufklärung des Verbrechens betrauten Beamten, darunter der in Morduntersuchungen erfahrene Kriminalinspektor Braun aus Berlin, hielten die »Ritualmord-Theorie« für an den Haaren herbeigezogen. Verdächtig wurde von ihnen stattdessen der langjährige Vorsitzende der Fleischer-Innung, Gustav Hoffmann, dessen Tochter mit dem ermordeten Gymnasiasten befreundet gewesen war. Die Vernehmung des tatverdächtigen »christlichen« Fleischers sprach sich wie ein Lauffeuer herum und empörte die Antisemiten aufs äußerste. Deshalb konstituierten Einwohner von Konitz einen eigenständigen »Untersuchungsausschuss«, der die »Schuld« Lewys beweisen sollte. Seine Mitglieder, die

70 Das Folgende nach Christhard Hoffmann: Politische Kultur und Gewalt gegen Minderheiten, S. 105 ff. Materialien hierzu finden sich auch in: LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Tit. 95, Nr. 15230.

71 Vgl. Christoph Nonn: Zwischenfall in Konitz: Antisemitismus und Nationalismus im preußischen Osten im 1900, in: Historische Zeitschrift, Bd. 266, 1998, H. 2, S. 387 ff.; Helmut Walser Smith: Die Geschichte des Schlachters. Mord und Antisemitismus in einer deutschen Kleinstadt, Frankfurt a. M. 2004.

72 Vgl. ebenda, S. 100 ff.

agierten, als stünden ihnen polizeiliche Befugnisse zu, suchten nach Zeugen, führten Befragungen durch, wobei sie die jeweiligen Aussagen ganz in ihrem Sinne willkürlich interpretierten. Und der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Ein gewisser Bernhard Masloff »bezeugte« vor dem selbsternannten Untersuchungsausschuss, Lewy bei der Wegschaffung der Leiche beobachtet zu haben.

Bald nach dem Mord und der Entdeckung der Leichenteile an den darauf folgenden Tagen, hatten in Konitz großangelegte Gewalttaten gegen Juden begonnen, die sich über Wochen und Monate hinzogen. Dabei standen die Bewohner der Stadt nicht allein. Aus den umliegenden Orten kamen immer wieder zahlreiche Bauern und Handwerker als »Verstärkung« in die Stadt, um den Tod des Gymnasiasten zu rächen. Seit dem 27. März berichtete die »Staatsbürgerzeitung«, ein antisemitisches Journal, regelmäßig und in großer Aufmachung aus Konitz und heizte damit die Pogromstimmung weiter an. Jetzt wurden auch naheliegende Ortschaften Zeugen antisemitischer Ausschreitungen. In Konitz selbst eskalierte die Situation.

Am 12. Juni rottete sich vor dem Haus der Lewys eine große Menschenmenge zusammen und versuchte gewaltsam in das Gebäude einzudringen. Auch die Wohnungen und Geschäftslokale anderer Juden wurden Ziele der aufgeputschten Menge. Immer wieder wurden antisemitische Sprechchöre angestimmt, die herbeigeeilte Polizei konnte nur mit äußerster Mühe Schlimmeres verhindern. Wegen der aufgeheizten Lage rückte am kommenden Tag eine Kompanie Infanterie in Konitz ein, insgesamt 150 Mann, jeder der abkommandierten Soldaten mit 30 Schuss scharfer Munition versehen. Sechs Tage blieb die Kompanie in Konitz, durch deren Einsatz es gelang, die angekündigte Lynchjustiz gegen Lewy und andere Juden zu verhindern. Allerdings begannen nach ihrem Abzug die antijüdischen Krawalle von neuem. Dabei wurden auch Polizeibeamte und aus Berlin herbeigerufene Kriminalisten angegriffen und einige von ihnen verletzt. Das Wort von der Polizei als einer »Judenschutztruppe« machte die Runde. Doch die Tumultanten gaben sich nicht mit dem Einwerfen von Fensterscheiben jüdischer Geschäfte und Wohnungen zufrieden. An diesem Abend brannte die Synagoge. Der antisemitische Mob drang in das jüdische Gotteshaus ein, zerstörte die Einrichtungsgegenstände und zerriss Gebetsbücher; zum Glück waren von der jüdischen Gemeinde in weiser Voraussicht die Thorarollen in Sicherheit gebracht worden. Anschließend wurde die Synagoge angesteckt, die bis auf die Grundmauern niederbrannte.

Erneut rückte Militär an, jetzt aber in Stärke eines Bataillons, bestehend aus 670 Mann, wobei die erst vor wenigen Tagen abgerückte Kompanie mit einem gezielten Steinhagel empfangen wurde. Nicht verhindert werden konnte die wiederholte Schändung des jüdischen Friedhofs. Zusätzlich angeheizt wurde die Situation durch die angereisten Journalisten antisemitischer Zeitungen, die zum Teil für mehrere Wochen ihr Quartier in Konitz bezogen und deren aggressive Berichterstattung nicht unwesentlich zur Aufputschung der judenfeindlichen Menge beitrug.

Am Ende wurde einer der Söhne des ursprünglich beschuldigten Fleischermeisters Lewy, Moritz Lewy, als Täter verurteilt, aber nach zwei Jahren Haft von Kaiser Wilhelm II. begnadigt. Allen Bemühungen zum Trotz wurde der wahre Täter, der den Mord an Ernst Winter begangen hatte, nie gefunden und zur Rechenschaft gezogen.

V

Lässt man die jüdenfeindlichen Verlautbarungen eines Wilhelm Marr oder Heinrich Ahlwardt, eines Adolf Stoecker oder Otto Böckel Revue passieren, vergegenwärtigt man sich die antisemitischen Ausschreitungen, von denen soeben die Rede war, so stellt sich abschließend die Frage nach den Gegenkräften, nach Persönlichkeiten und Parteien, Verbänden und Presse-Erzeugnissen, die sich gegen den anti-jüdischen Zeitgeist wandten.

Die Antwort auf diese Frage ist eher niederschmetternd. Sieht man von der kleiner werdenden Schar »linksbürgerlicher« Wissenschaftler, Politiker und Journalisten ab – man denke an die weiter oben genannten Theodor Mommsen und Rudolf Virchow –, so war allein die sozialistische Arbeiterschaft weitestgehend resistent gegen das Gift des Antisemitismus. Der Historiker und Antisemitismusforscher Reinhard Rürup hebt hervor, dass sich »die sozialistisch organisierte Arbeiterschaft als die einzige große Bevölkerungsschicht« erwies, »die dem Antisemitismus gegenüber fast vollständig immun war«.⁷³ Dieser Sachverhalt verdient hervorgehoben zu werden – ungeachtet einiger Einschränkungen, die z. B. gelegentliche jüdenfeindliche Klischees in der sozialdemokratischen Unterhaltungspresse betrafen.⁷⁴ Die sozialistische Arbeiterbewegung »blieb ... bis in die kritische Phase von 1932/33 hinein ein Block organisierter Opposition gegen den parteipolitischen Antisemitismus«.⁷⁵ Besonders bedenkenswert erscheint in diesem Zusammenhang die These des kanadischen Historikers Michael H. Kater,

73 Reinhard Rürup: Emanzipation und Krise, S. 140. Vom gleichen Verfasser zu dieser Thematik: Sozialismus und Antisemitismus in Deutschland vor 1914, in: Walter Grab (Hrsg.): Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848-1918. Internationales Symposium, Tel Aviv 1977, S. 203 ff. Rürup schreibt hier auf S. 217 f.: Es bleibe »festzuhalten, dass diese Debatte (innerhalb der SPD zum zeitgenössischen Antisemitismus – R. Z.) durchweg auf einem hohen intellektuellen Niveau geführt wurde und durch ein anhaltendes Bemühen um eine möglichst präzise Erfassung der Ursachen, Formen und Funktionen des Antisemitismus geprägt war. Der sozialistischen Bewegung ist es in diesen Jahrzehnten gelungen, eine Theorie des Antisemitismus zu entwickeln, die anderen zeitgenössischen Theorienansätzen weit überlegen war und in ihren Grundzügen auch heute noch Gültigkeit besitzt.« Vgl. auch Walter Mohrmann: Antisemitismus. Ideologie und Geschichte im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Berlin 1972, S. 63 ff.

74 Vgl. Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland, S. 97. Vgl. auch Paul W. Masching: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 139 ff. u. Rosemarie Leuschen-Seppel: Arbeiterbewegung und Antisemitismus, in: Günter Brakelmann, Martin Rosowski (Hrsg.): Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, S. 77 ff.

75 Ebenda, S. 98.

dass, je stärker die Arbeiter am Marxismus orientiert waren, sie desto weniger von der antisemitischen Ideologie beeinflusst werden konnten.⁷⁶

Fassen wir zusammen:

Erstens wird man nach wie vor die neue Qualität und die wachsende Dominanz des rassistisch definierten, »modernen« Antisemitismus, der sich um 1880 auszuprägen begann, gegenüber anderen Varianten der Judenfeindschaft hervorheben müssen. Und dennoch darf zum einen nicht aus dem Blick geraten, »dass die ›Judenfrage‹ auch 1848 schon gelegentlich als eine ›Rassenfrage‹ diskutiert wurde«⁷⁷ und zum anderen sich oft bei ein und demselben Autor, mitunter in derselben Ansprache oder Broschüre, jeweils unterschiedliche Spielarten des Antisemitismus vermischten.

Dabei wird *zweitens* die Relevanz und Vitalität des christlich motivierten Antisemitismus, in der katholischen Kirche⁷⁸ nicht minder als in der protestantischen, in unterschiedlichen Parteien und Verbänden, stärker akzentuiert werden müssen, als dies in der Vergangenheit der Fall zu sein pflegte. Der rassistische Antisemitismus hat die religiöse Judenfeindschaft – den »Antijudaismus« – nicht einfach abgelöst, sondern sie überformt und sich mit ihr auf vielfältige Weise verbunden und durchmischt.⁷⁹ Daraus folgt, dass sich auch bei den einzelnen Exponenten des Antisemitismus im Kaiserreich – und danach – eine Klassifizierung in z. B. »rassistisch« oder »religiös« oder »kulturell« geprägte Judenfeinde häufig nur in der Weise vornehmen lässt, dass die bei ihnen jeweils dominierende Variante des Antisemitismus Grundlage ihrer Charakterisierung sein kann. Dass der Einfluss des

76 Vgl. Michael H. Kater: Zur Soziographie der frühen NSDAP, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 19. Jg., 1971, S. 150. Zu dieser Thematik vgl. auch Wolfgang Fritz Haug: Antisemitismus in marxistischer Sicht, in: Herbert A. Strauss, Norbert Kampe (Hrsg.): Antisemitismus. Von der Judenfeindschaft zum Holocaust, S. 234 ff. so wie den Beitrag von Mario Keßler in diesem Band.

77 Reinhard Rürup: Der Fortschritt und seine Grenzen. Die Revolution von 1848 und die europäischen Juden, in: Dieter Dowe, Heinz-Gerhard Haupt, Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 1004. Vgl. hierzu auch Dieter Behnen: Probleme des Frühantisemitismus in Deutschland (1815-1848), in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, 112. Jg., 1976, S. 244 ff.; Manfred Gailus: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849, Göttingen 1990, S. 132 ff.; ders.: Anti-Jewish Emotion and Violence in the 1848 Crisis of German Society, in: Christhard Hoffmann, Werner Bergmann, Martin Walser Smith (Hrsg.): Exclusionary Violence. Antisemitic Riots in Modern German History, Ann Arbor 2002, S. 43 ff.

78 Vgl. hierzu die einschlägigen Veröffentlichungen von Olaf Blaschke, vor allem sein Buch: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, 2. Aufl., Göttingen 1999. Sehr frühzeitig hatte die dem katholischen Zentrum nahestehende Tageszeitung »Germania« übrigens im »Berliner Antisemitismusstreit« mit folgenden Worten die Partei Treitschkes ergriffen: »... dass die Juden nicht nur nach Geschichte, Abstammung und Religion, sondern wie nach ihrer körperlichen Erscheinung, so auch nach Eigenschaften des Geistes und der Sitte heute noch eine eigene Race sind, deren Assimilierung bis jetzt nicht gelungen ist, vielleicht niemals gelingt und sicherlich auch nur unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln stufenweise geschehen darf«. Zitiert nach: Karsten Krieger (Hrsg.): Der »Berliner Antisemitismusstreit« 1879-1891, Teil 1, S. 18. Der seit vielen Generationen tradierte, christlich-katholisch fundierte Anti-Judaismus verhinderte offenbar jede Empathie des im »Kulturkampf« von Bismarck und dem kulturell vom Protestantismus dominierten Preußen ja gleichfalls unterdrückten Katholizismus mit den von Treitschke übel angegriffenen Juden.

79 Vgl. Reinhard Rürup: Der moderne Antisemitismus und die Entwicklung der historischen Antisemitismusforschung, in: Werner Bergmann, Mona Körte (Hrsg.): Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, Berlin 2004, S. 131.

rassischen Antisemitismus dabei immer stärker wurde, bis er im NS-Regime das Denken und Handeln der am Holocaust beteiligten Funktionseliten ebenso wie das vieler »williger Vollstrecker« beherrschte, dürfte allerdings unbezweifelbar sein.

Drittens ist bei alledem, wir hatten es weiter oben schon erwähnt, die Interpretation der jüdenfeindlichen Reden und Schriften bei den Rezipienten in Rechnung zu stellen. Man dürfte nicht weit von der Realität entfernt sein, wenn man vermutet, dass in der Regel die feinen Unterschiede in den jeweiligen antisemitischen Auffassungen – z. B. eines Adolf Stoecker und eines Heinrich Ahlwardt – für den Leser, besonders aber für den Zuhörer ihrer Reden, nur schwer zu erkennen und zu entschlüsseln war. Was blieb hier im Gedächtnis hängen? Wohl in erster Linie die häufig zugespitzt formulierte Kritik an »den« Juden, aber auch die aggressiv aufgeheizte Stimmung in den Versammlungsstätten, die auf Redner und Zuhörer nicht ohne Wirkung blieb. Hier war wohl nicht der Ort für an Differenzierungen orientierte Reflexionen.

Viertens ist der Zusammenhang der Entstehung des politischen Antisemitismus mit der Notwendigkeit für die konservativen Kräfte, sich im Zeitalter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts eine Massenbasis zu verschaffen, nicht zu leugnen. Die Honoratioren-Zirkel mussten Parteien mit festen Strukturen werden, die – über die Grenzen der eigenen sozialen Klasse weit hinausreichend – Einfluss gewinnen und in Wählerstimmen ummünzen konnten. Die dabei aufgetauchten Probleme lassen sich vielleicht am besten am Beispiel Adolf Stoeckers und seiner Christlich-Sozialen Partei sowie ihres wechselvollen und spannungsreichen Verhältnisses zu den Deutschkonservativen nachvollziehen. Es bestand stets die Gefahr, dass mit einer Ausdehnung des eigenen sozialen und politischen Aktionsradius die Büchse der Pandora geöffnet und unerwünschte Agitationsformen, Parolen, politische Forderungen und programmatische Ziele das Licht der Welt erblickten.⁸⁰ Im vorliegenden Fall erledigte sich das Problem insofern, als Stoecker und die Seinen 1896 aus der Deutschkonservativen ausgeschlossen wurden – der ehemalige Hofprediger hatte die soziale Agitation nach Ansicht der konservativen Parteiführung wohl doch zu weit getrieben.⁸¹

Fünftens war der Antisemitismus – in welcher Spielart auch immer – nicht allein gegen die Juden gerichtet, sondern zugleich gegen das emanzipatorische Potential, aber auch die sozialökonomische Krisenanfälligkeit der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die er mit »Judenherrschaft« gleichsetzte. Wer Antisemit

80 Zum Beispiel konnte auch die folgende Aussage Stoeckers während einer Kundgebung in Berlin am 25. März 1893 grundsätzlich nicht im Sinne der Deutschkonservativen sein, auch wenn sie hier gegen den sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Paul Singer, einen Unternehmer jüdischer Herkunft, gerichtet war: »Ein Arbeiter sollte keinen Großkapitalisten, sondern einen deutschen Arbeiter wählen.« LAB, A Pr. Br. Rep. 030, Pol. Präs., Tit. 95, Nr. 15110, Bl. 7 f.

81 Vgl. die ausführliche Darstellung bei Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, S. 118 ff., bes. 131 ff. u. Peter G. J. Pulzer: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914. Mit einem Forschungsbericht des Autors, Göttingen 2004, S. 162 f.

war, konnte mit großer Sicherheit auch als Gegner von universellen Menschenrechten, parlamentarischer Demokratie, Pressefreiheit und Rechtsgleichheit identifiziert werden. Der Antikapitalismus der Antisemiten hatte einen retrospektiven Charakter und war im Wesentlichen auf die Herstellung der ökonomischen Verhältnisse in der ständisch geprägten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des Ancien Régime ausgerichtet. Antisemit zu sein – das bedeutete gleichzeitig auf der Seite derjenigen zu stehen, die vehement die »Ideen von 1789« ablehnten. Die Historikerin Shulamit Volkov hat hierfür den Begriff vom »modernen« Antisemitismus als eines »kulturellen Codes« geprägt: Antisemitismus sei mittlerweile zu »einem Signum kultureller Identität, der Zugehörigkeit zu einem spezifischen kulturellen Lager« geworden. »Man drückte dadurch die Übernahme eines gewissen Systems von Ideen und die Präferenz für spezifische soziale, politische und moralische Normen aus. Die im deutschen Kaiserreich lebenden und agierenden Zeitgenossen lernten, diese Botschaft zu entschlüsseln. Sie wurde Bestandteil ihrer Sprache, ein vertrautes und handliches Symbol.«⁸²

Sechstens existiert in der Geschichtswissenschaft eine fast unübersehbare Flut von Veröffentlichungen, die sich mit den Organisationen und Repräsentanten des Antisemitismus nach 1870 beschäftigen. Auch kritische Beiträge zur Analyse des erreichten Forschungsstandes, zu neuen Interpretationen des Antisemitismus und zu den immer noch vorhandenen Desiderata sind zuletzt recht zahlreich publiziert worden.⁸³ Bemerkenswert erscheint allerdings, dass über die im Kaiserreich vollzogenen Akte physischer Gewalt gegenüber Juden, so z. B. über die weiter oben angeführten Ereignisse in Berlin, Pommern und Westpreußen in den Jahren 1881 bzw. 1900, viel zu wenig bekannt ist. Antisemitismus war nicht allein eine Sache von Rednern, Zeitungsschreibern und Buchautoren. Über die sogenannten Konitzer Unruhen, die über viele Monate hinweg ein starkes Echo auslösten, existierte bis vor wenigen Jahren nicht eine einzige ausführlichere, auf Quellen basierende Untersuchung. Es darf vermutet werden, dass in den Archiven noch manch' interessante Aktenbestände und Zeitungsjahrgänge der Erschließung harren, die uns weiterführende Informationen über »vergessene« Gewaltaktionen antisemitischen Charakters bieten könnten.⁸⁴

82 Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, 2., durch ein Register erw. Aufl., München 2000, S. 23. Vgl. auch ebenda, S. 19: »Um die Jahrhundertwende zeigte ein Teil der deutschen Gesellschaft ein kulturelles Muster, das dem Syndrom der autoritären Persönlichkeit [analog] war; es wirkte in ähnlicher Weise auf der Ebene der Rationalität und auf der Ebene der impliziten Werte und Normen, des Lebens- und Denkstils, der normalen Ambitionen und Emotionen.« Hervorhebung im Original – R. Z.

83 Vgl. z. B. Yehuda Bauer: Vom christlichen Judentum zum modernen Antisemitismus – Ein Erklärungsversuch, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 1, 1992, S. 77 ff.; Klaus Holz: Nationaler Antisemitismus; Reinhard Rürup: Der moderne Antisemitismus und die Entwicklung der historischen Antisemitismusforschung, in: Antisemitismusforschung in den Wissenschaften, S. 117 ff.; Jan Weyand: Zum Stand kritischer Antisemitismusforschung, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 15, 2006, S. 233 ff.

84 Vgl. hierzu auch die Studie von Martin Ulmer: Antisemitische Massenkrawalle in Stuttgart – Anlass, Verlauf, Diskurse und Ursachen, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 15, 2006, S. 17 ff. Eine erste Bilanz ent-

Siebtens bleibt die Frage nach den Folgen des im Kaiserreich entstandenen, rassistisch aufgeladenen Antisemitismus für den weiteren Gang der deutschen Geschichte zu beantworten. Führt von hier der Weg zu Hitler und zum Holocaust? Ja und nein. Sicherlich war die rassistische Variante der Judenfeindschaft, die mit hoher Geschwindigkeit tief in die Poren der Gesellschaft eindrang, nicht zuletzt bei den akademisch gebildeten »Eliten«, eine unabdingbare Voraussetzung für die zwei Generationen später vollzogene Ermordung der Juden Europas. Aber der Holocaust ist nicht primär aus der Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus abzuleiten.

Dies gilt umso mehr, als es sich beim »modernen« Antisemitismus nicht um ein Phänomen handelte, das ausschließlich in Deutschland anzutreffen war. Auch in anderen Staaten, zum Beispiel in der österreichisch-ungarischen Monarchie,⁸⁵ in Frankreich und im zaristischen Russland,⁸⁶ entfaltete sich zeitgleich der »moderne«, rassistisch definierte Antisemitismus, entstanden antisemitisch orientierte Parteien, erlangten antijüdische Hetzer zeitweilig große Popularität, wurden Pogrome und Ritualmord-Kampagnen durchgeführt sowie Juden gesellschaftlich geächtet und als »Vaterlandsverräter« denunziert – man denke nur an die Dreyfuß-Affäre⁸⁷, die seit 1894 länger als ein Jahrzehnt nicht nur die Französische Republik, sondern ganz Europa erschütterte. Auch unter den maßgeblichen und viel gelesenen »Theoretikern« des »modernen« Antisemitismus und Rassismus befanden sich nicht nur Deutsche, sondern mit dem Grafen Gobineau (1816 bis 1882)⁸⁸ ein Bürger der Französischen Republik und mit dem »Rassen-Theoretiker« Houston Stewart Chamberlain (1855 bis 1927) ein Bürger des British Empire,⁸⁹ später mit

sprechender Forschungen liegt seit einigen Jahren in Form eines in den USA publizierten Sammelbandes vor: Christhard Hoffmann, Werner Bergmann, Martin Walser Smith (Hrsg.): *Exclusionary Violence*. Darin ein erster Aufriss von Richard S. Levy, *Continuities and Discontinuities of Anti-Jewish Violence in Modern Germany, 1819-1938*, S. 185 ff. Levy formuliert folgende Fragestellungen für zukünftige Forschungen: »It is...reasonable for historians to ask what influence earlier cases of exclusionary violence against Jews may have had on their ultimate brutalization by the Nazi state ... Are there commonalities in the separate occurrences, or is each unique? What long-term patterns of development can be discerned? Is there a difference between modern and pre-modern episodes of violence? What is the relationship between antisemitic ideology and anti-Jewish action? Does public memory of historical pogroms have a role in later outbreaks? Finally, what lessons were drawn from collective anti-Jewish violence? Who learned them? Who failed to learn them?« Ebenda, S. 187 f.

85 Vgl. John Weiss: *Der lange Weg zum Holocaust*, S. 216 ff., 238 ff. u. 261 ff. u. Peter G. J. Pulzer: *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914*, S. 165 ff. Vgl. auch zur antisemitischen Propaganda und jüdenfeindlichen Atmosphäre speziell in Wien: Brigitte Hamann: *Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators*, 4. Aufl., München u. Zürich 1996, S. 285 ff., 344 ff., 352 ff., 410 ff. u. bes. 467 ff. Zum Antisemitismus in Ungarn vgl. Rolf Fischer: *Entwicklungsstufen des Antisemitismus in Ungarn 1867-1939. Die Zerstörung der magyarisches-jüdischen Symbiose*, München 1988.

86 Vgl. Heinz-Dietrich Löwe: *Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft 1890-1917*, Hamburg 1978.

87 Vgl. Benita Storch: *Der Fall Dreyfuß in Deutschland*, in: Uwe Puschner, Walter Schmitz, Justus H. Ulbricht (Hrsg.): *Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871-1918*, München u. a. 1996, S. 464 ff.; Paula E. Hyman: *The Jews of Modern France*, Berkeley u. a. 1998, S. 91 ff.

88 Vgl. die folgende biographische Skizze mit weiterführenden Literaturhinweisen: Uwe Puschner: *Die völkische Bewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Sprache-Rasse-Religion*, Darmstadt 2001, S. 77 ff.

89 Vgl. Geoffrey G. Field: *Evangelist of race. The Germanic vision of Houston Stewart Chamberlain*, New York 1981.

Henry Ford (1863 bis 1947)⁹⁰ einer der führenden Industriellen der USA. Dass eine Auswahl von Schriften Chamberlains, die 1936 im faschistischen Deutschland veröffentlicht wurde, den Titel »Der Seher des Dritten Reiches« trug, hatte durchaus seine Berechtigung.⁹¹

Und die von Eduard Drumont in einer unerhört aggressiv-antisemitischen Tonart verfasste, in Deutschland in vielen Auflagen verbreitete, Schmähchrift mit dem Titel »Das verjudete Frankreich«⁹² konnte den Vergleich mit jedem Pamphlet eines Wilhelm Marr oder Otto Glagau aushalten.

Und dennoch muss *achtens* in diesem Zusammenhang immer wieder hervorgehoben werden, dass der Juden Hass nur in Deutschland und in den von ihm beherrschten Territorien Jahrzehnte später in eine planmäßige Ausrottung der europäischen Juden einmündete. Allerdings ist es ein bedeutsames Ergebnis neuerer Forschungen, dass diese eliminatorische Judenfeindschaft, rassistisch definiert und mit tödlichem Kalkül in die Praxis umgesetzt, auch mit anderen Überlegungen zu tun hatte. Überlegungen, die sich aus den spezifischen Umständen, auch solcher situativer Art, bei der Realisierung eines in der Geschichte beispiellosen Welteroberungsprogramms durch den deutschen Faschismus während des Zweiten Weltkrieges ergaben.⁹³

Doch ungeachtet all dessen bleibt der Eindruck haften, dass Hitler und seine Komplizen einen großen Fundus tradierter antisemitischer Ideen, Vorurteile und Mentalitäten voranden, die es ihnen erleichterten, vielleicht sogar erst ermöglichten, Millionen Deutscher mitzunehmen und zu aktivieren bei der juristischen Diskriminierung, der sozialen Ausgrenzung, den vielfältigen Demütigungen und Repressionen sowie bei der schließlichen Ermordung von sechs Millionen Juden in Deutschland und Europa. »Der Antisemitismus«, so Shulamit Volkov, »nahm zwar unter den Nazis neue Formen an und war von beispielloser Intensität, aber er erwuchs aus der institutionellen Struktur, die die Wilhelminische Gesellschaft vorgegeben hatte.«⁹⁴

Anders als seinerzeit in Frankreich, als bedeutende Teile der Intellektuellen und der Öffentlichkeit Partei für den Unrecht des Verrats angeklagten, aus einer jüdischen Familie stammenden Hauptmann Dreyfus ergriffen,⁹⁵ war im Deut-

90 Vgl. Henry Ford: Der internationale Jude, Leipzig 1921. Bereits am Beginn seiner Schrift, ebenda, S. 25 ff., widmete sich der Autor dem Thema »Wie Deutschland sich der Juden erwehrt«.

91 Vgl. Houston Stewart Chamberlain: Der Seher des Dritten Reiches. Das Vermächtnis Houston Stewart Chamberlains an das Deutsche Volk in einer Auslese aus seinen Werken von Georg Schott, München 1936.

92 Vgl. Eduard Drumont: Das verjudete Frankreich. Versuch einer Tagesgeschichte. Erster Theil, 6. Aufl., Berlin 1889. Der Verfasser bemüht vor allem auf den ersten hundert Seiten seiner umfangreichen Darstellung alle diejenigen jüdenfeindlichen Topoi, die auch von den deutschen Rassenantisemiten propagiert wurden.

93 Vgl. Reiner Zilkenat: Der Holocaust. Niemand konnte ihn vorhersehen? Niemand kann ihn erklären? Zur Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/rechtsextremismus/zilkenat.pdf (S. 27 ff., mit weiterführenden Literaturhinweisen).

94 Shulamit Volkov: Antisemitismus als kultureller Code, S. 17.

95 Zum Charakter des Antisemitismus in Frankreich und seinen Gegenkräften vgl. die interessanten Thesen von Shulamit Volkov, ebenda, S. 65 ff.

schen Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik die engagierte Verteidigung der Juden gegen die immer maßloser werdenden verbalen und physischen Aggressionen der Antisemiten nur Sache einer Minderheit. Neben der Sozialdemokratie fanden sich, wie schon erwähnt, kaum nennenswerte Kräfte in Gesellschaft und Politik, die hier eindeutig Farbe bekannt hätten. Dies konnte auch schwerlich erwartet werden, weil der Antisemitismus nicht zuletzt beim Bürgertum, in Sonderheit innerhalb des Bildungsbürgertums, in seinen politischen Organisationen und Medien, feste Wurzeln geschlagen hatte.

Die Antisemiten konnten stark sein, weil die Gegenkräfte schwach waren.

Hitler und die Seinen konnten davon profitieren, dass auch bei denen, die dem spezifischen Juden Hass der Nazis skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden, nur in Ausnahmefällen die Neigung vorhanden war, daraus die Notwendigkeit einer Verteidigung ihrer jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger abzuleiten. Hier spielten nicht nur eine bei vielen vorhandene unspezifische Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Mitmenschen, in diesem Falle der Juden, oder die Angst eine Rolle, selbst das Opfer des Repressionsapparates der Nazis zu werden. Der Antisemitismus war bereits vor der Machtübernahme der deutschen Faschisten derart tief in die Poren der Gesellschaft eingedrungen, dass gesellschaftliche Kontakte mit Juden immer häufiger auf ein Mindestmaß reduziert wurden und die immer häufiger angewandte soziale und ökonomische Diskriminierung im Alltag nicht mehr übersehen werden konnte – die Historikerin Cornelia Hecht nennt diese Sachverhalte »trockene Pogrome«.⁹⁶

Man gewöhnte sich daran, Akte verbaler wie physischer Gewalt gegenüber Juden nach anderen moralischen Maßstäben zu beurteilen, als dies ansonsten der Fall zu sein pflegte.

Alles dies begünstigte am Ende die Durchsetzung der faschistischen Politik gegenüber den Juden, die endlich in das unvergleichliche Verbrechen des Holocaust einmünden sollte. Aber es sei dies noch einmal hervorgehoben: Es führte kein geradliniger Weg vom Berliner Antisemitismusstreit, von der judenfeindlichen Propaganda und den antisemitischen Gewalttaten aus der Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik nach Auschwitz. »The Twisted Road To Auschwitz«, so der Titel eines Standardwerkes zur Geschichte des Holocaust aus der Feder des Historikers Karl A. Schleunes,⁹⁷ kannte bis zuletzt genügend Alternativen. Aber dies ist nun schon wieder ein anderes Thema.

96 Vgl. zu diesem Themenkomplex, der hier nicht näher ausgeführt werden kann: Dirk Walter: Antisemitische Kriminalität und Gewalt. Judenfeindschaft in der Weimarer Republik, Bonn 1999; Cornelia Hecht: Deutsche Juden und Antisemitismus in der Weimarer Republik, Bonn 2003; Frank Bajohr: »Unser Hotel ist judenfrei«. Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2003; Michael Wildt: Volksgemeinschaft und Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der Provinz 1910 bis 1939, Hamburg 2007.

97 Vgl. Karl A. Schleunes: The Twisted Road To Auschwitz. Nazi Policy Toward German Jews, 1933-1939, Urbana u. a., 2nd edition 1990.

VI

Eine aktuelle Nachbemerkung zur Thematik sei abschließend hinzugefügt. Im Berliner Stadtbezirk Zehlendorf-Steglitz existiert nach wie vor eine »Heinrich-von-Treitschke-Straße«. Seit einigen Jahren bemühen sich Anwohner, die zuständige Bezirksverordnetenversammlung für die Umbenennung dieser nach einem prominenten Antisemiten benannten Straße zu gewinnen.⁹⁸

Diese Angelegenheit ist im Sommer 2007 leider zu Ungunsten der Bürgerinnen und Bürger ausgegangen, die vorgeschlagen hatten, diese Straße in Maria-Rimkus-Straße bzw. Kurt-Scharf-Straße umzubenennen. Maria Rimkus, eine gläubige Katholikin, hatte in der Nazizeit einer jüdischen Zwangarbeiterin das Leben gerettet, Kurt Scharf, evangelischer Bischof von Berlin, hatte der Bekennenden Kirche angehört und häufig den Gottesdienst in der Patmos-Gemeinde abgehalten, deren Kirche sich in der Treitschkestraße befindet. Am 20. Juni 2007 lehnte die Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf schließlich die Umbenennung der Treitschkestraße nach lang andauernden parlamentarischen wie außerparlamentarischen Diskussionen ab.

Welch' später Triumph des Mannes, der als Nachfolger auf dem Lehrstuhl Leopold von Ranke den »Berliner Antisemitismusstreit« vom Zaune brach und der maßgebliche Wegbereiter vor allem des akademischen Antisemitismus in Deutschland wurde!

Der »Berliner Antisemitismusstreit«, so will es scheinen, ist noch nicht vorüber ...

98 Vgl. hierzu: Prominente fordern Umbenennung der Treitschkestraße. Pressemitteilung v. 9. 10. 2002, in: <http://www.asf-ev.de/aktuell/021009.shtml>; Wolfgang Wippermann: Treitschke ist unser Unglück. Der Antisemit darf nicht länger Namenspatron einer Berliner Straße sein, in: Der Tagesspiegel, 4. 4. 2007; Jens Jessen: Im Straßenkampf. CDU, SPD und Grüne debattieren in Berlin: Soll die nach einem antisemitischen Historiker benannte Treitschkestraße einen neuen Namen erhalten? In: Die Zeit, 12. 4. 2007; Rimkus statt Treitschke. Neuer Vorschlag für Steglitzer Straßennamen, in: Neues Deutschland, 12. 4. 2007; Otto Köhler: Antisemitismus mit Charme & Charakter, in: Ossietzky, Nr. 9/2007; Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste: Festhalten an Treitschkestraße ein Trauerspiel, Pressemitteilung v. 21. 7. 2007.

Bündische Jugend und Antisemitismus in der Weimarer Republik

Antisemitische Strömungen in der Weimarer Republik

Antisemitismus war das einigende Band aller anti-modernistischen, romantischen, völkischen und irrationalen politischen und geistigen Strömungen der Weimarer Republik. Überall, wo die Durchsetzung kapitalistischer Produktionsweise lediglich als Bedrohung vormoderner Vergesellschaftungsformen innerhalb scheinbar natürlich gewachsener Kollektive – Volk, Heimat, »Lebensraum einer Rasse« etc. – aufgefasst wird, gibt es anscheinend den Drang, in »dem Juden« diese Bedrohung zu personalisieren und so den eigenen irrationalen Ängsten und Bedrohungsgefühlen einen Ausdruck zu geben. Ein Problem, das bis heute u. a. in der Anti-Globalisierungsbewegung fortwirkt und eben deshalb nichts an seiner Aktualität eingebüßt hat.

Überhaupt ist für die Weimarer Republik und ihre politische Kultur zu beobachten, dass der positive Bezug auf die vermeintliche »arische«, »germanische« oder »nordische« Rasse nie und nirgends ohne den negativen Bezug auf die Juden als Hauptvertreter einer »verderbten«, dem »Natürlichen« und »Ursprünglichen« feindlichen Lebensweise auskam. Offen ihre Vernichtungswünsche aussprechende Antisemiten wie Theodor Fritsch, dessen »Handbuch der Judenfrage« noch im Dritten Reich als Standardwerk galt, standen neben Antisemiten, die die Juden nicht direkt ausrotten, sondern »nur« der eigenen, vermeintlich kulturell überlegenen »Rasse« unterordnen oder jedenfalls eine klare Trennung der jeweiligen »Völker« oder »Rassen« herbeiführen wollten.

Diese innige Verknüpfung mit dem Antisemitismus kennzeichnet beide Spielarten des bei den völkischen Sekten und Splittergruppen beheimateten Rassismus: Die etwas zurückhaltendere Spielart fasste »Volkstum« als eher geistige und kulturelle Bestimmung des Einzelnen auf, teilte ihn dem jeweiligen Kollektiv aufgrund des »Gemüts« zu, die radikalere begründete »Rassezugehörigkeit« als vermeintliche Tatsache des Bluts und setzte auf nach rassistischen Kriterien gesteuerte Menschenschaft.

Ein unerbittlicher Kollektivismus aber ist beiden Spielarten eigen: Die »Kultur«-Zugehörigkeit ist bei der einen für das Einzelindividuum so zwingend wie bei der anderen das »Blut«; die »Gegen-Rasse« der Juden wird in einem Fall als »artfremd« denunziert, im anderen als »minderwertig« zur Ausrottung freigegeben. So wird dann auch in der nationalsozialistischen Literatur unterschieden zwi-

schen einem »gefühlsmäßigen« und einem »vernunftmäßigen« Antisemitismus. Den »gefühlsmäßigen« Antisemitismus kritisierte man hier selbstverständlich als »zu lasch«, er komme über persönlichen Hass und das Pogrom nicht hinaus. Der »Antisemitismus der Vernunft« hingegen sei konsequent: »(E)r wird führen«, schreibt Hitler, »zur planmäßigen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden ... Sein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.«

Antisemitismus in der Bündischen Jugend

Die Bünde lassen sich als Zusammenschlüsse begreifen, die jede zweckhafte programmatische Bindung an eine Partei ablehnten und weitgehend von Jugendlichen und jungen Heranwachsenden selbst gegründet und getragen wurden. Vorläufer der Bündischen Jugend sind im Wandervogel und in der Pfadfinderei zu sehen. Konstitutionell für das äußere Erscheinungsbild und den Habitus der Bünde waren die Freicorps. Denn die ersten Führer der Bündischen Jugend waren meist aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrte Soldaten, die in den Vorkriegsjahren aktive Wandervögel gewesen waren. Das »Soldatische« wurde bestimmend, mit Begriffen wie »Führer und Gefolgschaft«, »Blut und Boden«, »Volk und Reich«, »Nation und Sozialismus«, »Ehre und Treue«.

Gefördert werden diese Entwicklungen auch von außen, etwa durch die von K. O. Paetel herausgegebenen Zeitschrift »Die Kommenden« oder Kleo Pleyers »Bündische Welt«. Sie propagierten ideologisch an der »konservativen Revolution« orientiert einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Sinne eines »Sozialismus der Volksgemeinschaft«, verwirklicht in einem »Ständischen Staat«, dem auch der Titel »Drittes Reich« gegeben wurde. Der Antisemitismus der Bündischen Jugend begründete sich hauptsächlich auf der starken nationalen und völkischen Orientierung der verschiedenen Gruppen. Bindung an das Volk und die Natur der deutsch besiedelten Gebiete Mittel- und Osteuropas, germanische Mythen, Brauchtum und Traditionen waren die Bezüge ihres Deutschtums. Hierin knüpften sie durchaus an die polit-ideologische Ausrichtung der Wandervogelgruppen an.

Für die Jugendlichen, die zu einem Großteil aus dem gebildeteren Bürgertum kamen, war Literatur ein wesentlicher Faktor, der ihr Denken prägte. Sie orientierten sich vor allem an teils romantisch-vitalistisch, teils völkisch inspirierten Romanautoren und Dichtern wie Wilhelm Heinrich Riehl, Wilhelm von Polenz, Ferdinand Avenarius, Stefan George, Ernst Jünger, an Verfassern politischer und philosophischer Schriften wie Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Moritz von Egidy, Eugen Diederichs und Friedrich Wilhelm Nietzsche. Auch Denker der »konservativen Revolution« wie Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Ernst Niekisch und Werner Lass wurden umfassend rezipiert, wie ein Blick in

die bündischen Zeitschriften zeigt. Gesellschaftspolitisch übernahm man deren Perspektive: Der Kapitalismus wurde nicht als Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis zwischen Klassen gesehen, man setzte sich mit ihm auf der Ebene der »Weltanschauung«, der Identität und der sogenannten geistigen Werte auseinander.

Vor diesem Hintergrund erschien der Kapitalismus zerstörerisch, diese Zerstörung und Zersetzung »den Juden« anzulasten, war insbesondere in Deutschland nichts Neues. Die »Jüdische Plutokratie« als Zentrale eines die Volkskräfte zerstörenden Kapitalismus brachte als Denkfigur die Möglichkeit, sich (verbal) radikal gegen die bestehenden Zustände aufzulehnen, ohne sich konsequent mit dem Wesen kapitalistischer Ausbeutung auseinandersetzen und so etwa noch die eigene Klassenlage infrage stellen zu müssen (was noch dazu intellektuell weit weniger anstrengend war). Der Antisemitismus wurde in der Weimarer Republik zur Ideologie des national gesinnten Bürgertums, und die bürgerliche Jugendbewegung war in dieser Entwicklung ein wesentlicher Faktor.

Ausprägungen des Antisemitismus in der bürgerlichen Jugendbewegung

Folgt man der Trennung des Antisemitismus in einen des »Gefühls« und einen der »Vernunft«, so lässt sich die Bündische Jugend dem »gefühlsmäßigen Antisemitismus« zuordnen. Ulrike Treziak schreibt in ihrer Arbeit »Deutsche Jugendbewegung am Ende der Weimarer Republik: zum Verhältnis von Bündischer Jugend und Nationalsozialismus«: »Wenn man diesen Definitionen folgt, so waren die Bünde »nur« gefühlsmäßige Antisemiten insofern, als sie zwar ihre feindliche Haltung gegen das Judentum unverhohlen deutlich machten, daraus aber keine Schlussfolgerungen zogen. Man kann also sagen, dass es in vielen Bünden einen ausgeprägten Antisemitismus gab, der jedoch nicht zur Grundlage einer politischen Strategie gemacht wurde.«

Erwartungsgemäß ist es nicht leicht, über die zugänglichen Quellen – in erster Linie also die Zeitschriften – einen manifesten Antisemitismus zu belegen. Antisemitisches Denken war so weit Teil des »common sense«, dass es anscheinend keiner weiteren Ausführungen bedurfte. Kritik an Entfremdung und Entwurzelung, an der »Nervosität« des modernen Lebens war antisemitisch konnotiert, ohne dass hier weitere Hinweise notwendig waren. Das alles blieb gleichzeitig auf einer literarischen Ebene, im Gegensatz zum früheren Wandervogel waren auch Auseinandersetzungen »organisationspolitischer« Natur – etwa um die Frage, ob der »Ariernachweis« Voraussetzung der Mitgliedschaft in den Gruppen¹ sein sollte – anscheinend überflüssig geworden. Von den Ausschreitungen der SA und der HJ, ihrer Hetzjagden auf Juden und Kommunisten grenzte man sich ab; dabei

1 Dies war beim deutsch-österreichischen Wandervogel der Fall, der sich damit allerdings in den reichsdeutschen Wandervogelgruppen vor dem Ersten Weltkrieg nicht durchsetzen konnte.

ging es aber wohl nicht um den Inhalt dieser »Politik«, sondern um ihre Form – von der man sich in bildungsbürgerlichem Dünkel distanzierte.

Die »Rassereinheit«

Die Rassereinheit ist immer oberstes Ziel des Antisemitismus. Sie verband auch den Antisemitismus von Bündischer Jugend und Nationalsozialisten. Bei den Nationalsozialisten ging dies seit jeher mit der »Entfernung« der Juden aus Deutschland einher. Bei den Bünden war die Haltung zur Frage, wie Rassereinheit herzustellen sei, differenzierter und verband sich mit der Positionierung innerhalb der »politischen Strömungen«² in der Bündischen Jugend.

a) Die völkischen Bünde

Bei den völkischen Bünden – Schilljugend, Geusen, Adler und Falken, der gemeinsame Bund Artam (gesamt ca. 1 800 Mitglieder) – deckten sich die Vorstellungen mit denen der Nationalsozialisten. Der arische, nordische oder germanische Mensch war ein sowohl ästhetisches als auch ethisches Ideal. Hier wie dort ging es um »Höherzüchtung«, »Aufnordung« und ähnliches. Günther Ehrenthal, ein Freund der Bündischen Jugend, schrieb 1929 in seinem »Handbuch der deutschen Jugendbünde« (S. 49): »Die Linie des Deutschbundes setzte die Gruppe *Adler und Falken* durch Beschäftigung mit Erb- und Rassekunde fort. Diese führte den Bund zur Forderung der ›Aufnordung‹ des deutschen Volkes mit dem Zielbild des ›Nordischen Lichtmenschen‹ [...] Aus einer ursprünglich ästhetisch weich eingestellten Haltung wird eine soldatisch gestraffte ...«

Vorstellungen, die es bereits in der Lebensreformbewegung des 19. Jahrhunderts gab (besonders in der bürgerlichen Freikörperkultur und Siedlungsbewegung), wurden radikalisiert – durchaus aber in Rückgriff auf völkische Denker aus diesen Bewegungen selbst.

Walter Darré, später »Reichsnährstandsführer« und Initiator des »Generalplan Ost«, entwickelte schon in seiner Zeit im Bund Artam Pläne, durch »Verdrängungskreuzungen« den reinen »nordischen Deutschen« wiederherzustellen, den er den »neuen deutschen Adel« nannte. Auch Heinrich Himmler und Rudolf Höß erhielten in diesem Bund ihre erste politische Prägung.³

2 Diese Strömungen dürfen nicht in einem statischen Sinne verstanden werden, denn eine systematisierte politische Ideologie gab es in einem strengen Sinne in der bündischen Jugend nur in Ausnahmen.

3 Vgl. zuletzt hierzu: Stefan Brauckmann: Artamanen als völkisch-nationalistische Gruppierung innerhalb der deutschen Jugendbewegung 1924–1935, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung. NF Band 2/05. S. 176–196, Schwalbach 2006; als Standard zu den Artamanen weiterhin: Michael H. Kater: Die Artamanen – Völkische Jugend in der Weimarer Republik, in: HZ 213, 1971 (3), S. 577–638, München 1971

b) Die »Deutsche Freischar« und die konfessionellen Bünde

Die Mehrzahl der Bünde und ihrer Mitglieder⁴ sah in dem »neuen Adel«, der bei den Völkischen qua Rassenauzucht erreicht werden sollte, eher eine geistige und ästhetische Qualität, die durch Erziehung in den Bünden erreicht werden sollte. Der Begriff des Adels war weit verbreitet, mystisch-verklärt hatte er seinen Bezugspunkt in Vorstellungen von einer verschütteten Vorzeit, die unter dem Titel »Neues Reich« wieder zum Leben erweckt werden sollte.⁵ Hier war umstritten, welche Rolle das Blut zu spielen hätte. Während die einen assimilierten Juden durchaus zugestanden, auch Teil dieses neuen Adels werden zu können, bestanden die anderen auf einem Volkstum, das auf dem Blut basiere. Die Juden sollten wieder zu eigenem Volkstum zurückfinden, sich also eben nicht assimilieren, weil nur unverfälschte Völker mit- und nebeneinander leben könnten. Ziel war die Trennung von Deutschen und Juden, nicht aber die »Entfernung« letzterer, wie Hitler seine Vernichtungsphantasien euphemistisch umschrieb. Auch setzte man eher auf die Einsicht in die Notwendigkeit dieser Trennung und darauf, dass auch die jüdischen Jugendlichen Bünde zur Selbsterziehung im Sinne ihres eigenen Volkstums gründen würden.⁶

c) Die jungkonservativen Bünde (Jungnationaler Bund, Großdeutscher Bund)

Die jungkonservativen Bünde standen in ihrer Positionierung eher den kulturell-ästhetischen Bünden nahe.⁷ Jedoch wurde hier das eigene Volk höher bewertet als insbesondere die slawischen Völker – wenn auch nicht rassistisch begründet, sondern mit einer »geistigen Höherwertigkeit«. Mit ihrer Forderung nach einer deutschen Vormachtstellung in Europa dokumentierten sie gleichwohl eine »Herrenrassen-Mentalität«, die für Anschlussfähigkeit an die Nationalsozialisten sorgte, deren nationalrevolutionärem Flügel sie sich nahe sahen.

4 In der Deutschen Freischar waren 1929 ca. 12.000 Jugendliche Mitglied, sie war damit der größte und politisch pluralste Bund.

5 Erwähnt zum Beispiel im »Weißen Ritter«, der Zeitschrift des gleichnamigen Bundes, der sich bereits 1919 gegründet hatte und wohl als »erster Bund neuen Typs« bezeichnet werden kann, bevor sich die Idee des Bundes verbreitete. Die eigentliche Zeit der Bünde begann 1923.

6 Was z. T. ebenfalls aus bürgerlichen Kreisen kommende jüdische Jugendliche auch taten, vor allem im Zuge der Entstehung eines zionistisch orientierten jüdischen Vereinslebens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, besonders in der Weimarer Republik. Ironischerweise waren die entsprechenden jüdischen Bünde mit ihren Siedlungsprojekten im damaligen Palästina wesentlich erfolgreicher als etwa der Bund Artam in Ostpreußen und Schlesien.

7 Auch hier ein paar Zahlen: Der legendäre Jungnationale Bund – Bund deutscher Jugend hatte ebenfalls Ende der 20er ca. 7 000 Mitglieder. Insgesamt dürften diesem Spektrum nicht viel mehr Mitglieder zuzurechnen sein, da andere Bünde wie der »Großdeutsche Bund« vor allem als Abspaltungen des Junabu entstanden. Nach kurzzeitiger Fusion mit der Deutschen Freischar zu Pfingsten 1930 (im Angesicht der erstarkenden HJ), von der nach kurzer Zeit wieder die Trennung erfolgte, nannte man sich »Freischar junger Nation«.

Verklärung des Bauerntums

Die Verklärung des Bauerntums fand sich wenig überraschend bei den völkischen Bünden besonders ausgeprägt wieder. Erwähnt wurden bereits die »Aufordnungspläne« des Bundes Artam. Auch Wilhelm Kotzde, Führer der Adler und Falken, gehört in diese Reihe. Die Scholle galt ihnen als letztes Bollwerk gegen die Entartung, den Schmutz und die Menschenfluten der Großstädte, die Verweichlichung und die zerstörerischen Gifte der Zivilisation – Alkohol, Nikotin, Sex und Vergnügungen aller Art. Durch die Rettung des Bauernstandes sollte die nordische Rasse vor dem Untergang bewahrt werden. Ein Symbol für die Stadt und alle anderen Bedrohungen des Bauernstandes war »der Jude«, dem alles angelastet wurde – nicht zuletzt das große Bauernsterben Anfang der 30er Jahre, als viele Bauern in Folge des Verfalls der Weltmarktpreise ihre Kredite nicht zurückzahlen konnten.

Der Bund Artam unternahm große Anstrengungen, um die »Rückkehr zur Scholle« zu befördern. Ab 1928 wurden, mit steigendem Zulauf, auf Gütern an den Ostgrenzen Schlesiens und Preußens Arbeitseinsätze eingerichtet, die zweierlei bewirken sollten:

1. Jugendliche aus den Städten sollten an ein Leben in zu gründenden Grenz- und »Wehr-«Siedlungen vorbereitet werden. Die »Deutsche Freischar« errichtete mit dem Grenzlandheim »Boberhaus« an der schlesischen Grenze eine Einrichtung, die sich sowohl für die Unterbringung von Teilnehmern freiwilliger Arbeitsdienste als auch für Schulungen und Bildungsveranstaltungen eignete. Die Selbsterziehung im Bund war schon immer ein wichtiger Bestandteil bündischen Lebens gewesen.⁸

2. Die »Grenz- und Auslandsarbeit« zielte auf die »Rettung des Deutschtums« in den osteuropäischen Siedlungsgebieten. Man versuchte, den dort lebenden Deutschen altes Volksgut nahezubringen, Volkslieder, Volkstänze, Volksmärchen etc., von denen bereits die Wandervögel viel gesammelt hatten. Dies war eine für die Bündische Jugend klassische Vorgehensweise: nicht durch politisch-programmatisches Handeln, sondern durch Kulturarbeit sollte die Welt in Richtung auf die eigenen Vorstellungen verändert werden. Ziel war es, bei den Bauern das Bewusstsein für das eigene Volkstum wiederzuerwecken und besonders auf die Jugend in den »Ostmarken« in diese Richtung zu wirken.

Der anti-modernistische Zug der Bündischen Jugend wurde an dieser Stelle besonders deutlich. Dort, wo die radikal-völkischen Bünde an dieser Tätigkeit beteiligt waren, trat auch ein aggressiver Expansionismus zutage. Es ging dann nicht mehr »nur« noch um ein Wiedererstarken des eigenen Volkstums, sondern um den

8 Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die »Deutsche Freischar« es bei dieser Selbsterziehungsarbeit weitgehend bewenden ließ, auch die biologische Grundierung der »Siedlungspolitik« und die aggressive Expansion des eigenen »Siedlungsraums« stießen hier auf teils deutliche Ablehnung gerade in jenen Teilen, die sich wahlpolitisch eher auf die SPD orientierten.

auch von Nazis zur Eroberung ausgerufenen »Raum im Osten«, auf den das deutsche Volk angewiesen sei.

Auch wenn diese Praxis nicht unmittelbar auf einen wie auch immer begründeten Antisemitismus hinwies, ist eine solche Grundierung doch auszumachen. Zum einen im ideologischen Hintergrund der dort aktiven Bünde selbst: das viel variierte Gegensatzpaar Scholle/nordischer Deutscher gegen Stadt/Jude, das sich bereits in der Literatur der bürgerlichen Lebensreformbewegung und des Wandervogel findet. Zum anderen gab es bei der Landbevölkerung einen über Jahrhunderte tradierten Antisemitismus, wie er sich schon in den anti-jüdischen Pogromen der Landbevölkerung während der Revolution 1848 ausgedrückt hatte.

Auch die hohe Zustimmung zur NSDAP im ländlichen Raum ist als Hinweis auf einen solchen tradierten Antisemitismus zu interpretieren. In der Kritik an der »jüdischen Zinsknechtschaft« als Bedrohung für das Kleinbauerntum konnten sich beide Seiten zusammenschließen; besonders in Folge der Weltwirtschaftskrise. So erreichten die Nazis bei den Wahlen 1932 in einzelnen Landstrichen in Norddeutschland bis zu 70 Prozent der Stimmen.

Schluss

Mit diesen Darlegungen soll keine unmittelbare »Vorarbeit« der bündischen Jugend für die Machtergreifung der Nationalsozialisten suggeriert werden. Dafür waren diese Bünde, insbesondere die radikal-völkischen, insgesamt zu unbedeutend und nach innen gerichtet. Gleichzeitig sind die Bünde aber ein deutlicher Hinweis auf die Verankerung antisemitischen Denkens in den anti-demokratischen Strömungen der Weimarer Republik ebenso wie im Bürgertum jener Zeit. Zumindest in den akademisch geprägten, von Statusverlust und (wenn auch in geringerem Maße als in der Arbeiterklasse) von Arbeitslosigkeit bedrohten Teilen des städtischen Bürgertums war dieses Ideologiemisch eine der Voraussetzungen für die Widerstandslosigkeit, mit der die Machtergreifung der Nationalsozialisten im Bürgertum hingenommen wurde. Erst spät kam aus den Reihen von bürgerlichen Jugendlichen, die von der bündischen Jugendbewegung geprägt waren – als Beispiele seien die Weiße Rose und die Edelweißpiraten genannt – Widerstand, der sich vor allem aus den noch nicht ganz verschütteten Bezügen des Wandervogel auf »Freiheit« und »Eigenverantwortung« speiste.

Sozialismus und Antisemitismus. Ein Überblick¹

Der Anspruch der Arbeiterbewegung, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, war seit Anbeginn Teil des allgemeinen Kampfes um Menschenrechte und soziale Emanzipation, den revolutionäre Denker und Aktivisten seit Jahrhunderten führten. Er war auch mit dem Ringen um Gleichberechtigung aller religiösen und ethnisch-kulturellen Gruppen verbunden. »Bereits in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts«, so Walter Grab, »gelangte eine Anzahl jüdischer Intellektueller zur Erkenntnis, dass die Befreiung der Arbeiter von kapitalistischer Ausbeutung und die Emanzipation der Juden von religiöser und rassistischer Diskriminierung zwei Seiten derselben Medaille waren. Sie betonten, dass die beiden Außenseitergruppen den Druck der Repressionsgewalten nur durch eigene gezielte Selbsttätigkeit abschütteln könnten. Es ist daher keineswegs Zufall, dass zu den Pionieren der entstehenden sozialistischen Arbeiterbewegung Persönlichkeiten gehörten, die dem Judentum entstammten.«²

Antisemitismus und Sozialismus vor 1914

Das Eintreten für eine vollständige Emanzipation der Juden wurde trotz mancher Widersprüchlichkeiten³ seit der Aufklärung im 18. Jahrhundert ein Bestandteil des Kampfes um eine gerechtere Welt. So wollte der preußische Staatsrat Christian Wilhelm von Dohm 1781 in seinem Buch »Über die bürgerliche Verbesserung der Juden« den Juden volle Bürgerrechte gewähren – dies allerdings als Belohnung für soziales Wohlverhalten. Dies barg jedoch die Tendenz in sich, die Emanzipation jederzeit widerrufen zu können, sollten sich die Juden dieser nicht als »würdig« erweisen. Ein Vierteljahrhundert später verbanden sich indes die Lehren deutschtümelnder Romantiker wie Ernst Moritz Arndt und Friedrich Ludwig Jahn mit Doktrinen, die die Reinheit des germanischen Blutes anstrebten, die christliche Religion als Grundwert des deutschen Nationalbewusstseins definierten und die traditionelle religiöse Judenfeindschaft durch eine wertmäßig abge-

- 1 Dieser Aufsatz erschien unter dem Titel »Sozialismus und Antisemitismus« in leicht veränderter Form zuerst in: analyse & kritik, Hamburg, 1996, Nr. 389, S. 24-25, und Nr. 390, S. 25-26. Wiederabdruck in: Mario Keßler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Beiträge zur Kommunismus-Forschung, Hamburg: VSA, 1999, S. 199-220.
- 2 Walter Grab: Sozialpropheten und Sündenböcke. Juden in der deutschen Arbeiterbewegung 1840 bis 1933, in: Julius H. Schoeps (Hg.): Juden als Träger bürgerlicher Kultur in Deutschland, Stuttgart-Bonn 1986, S. 357.
- 3 Über emanzipatorische, aber auch jüdenfeindliche Tendenzen bestimmter Vertreter der Aufklärung informiert Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1987.

stufte Hierarchie der Menschenrassen ersetzen wollten. Selbst angeblich progressive deutsche Geistesgrößen wie die Teilnehmer der 1811 gebildeten Berliner Tischgesellschaft, der unter anderem Fichte, Kleist, Brentano, Arnim, Schleiermacher, Clausewitz und Savigny angehörten, schlossen ausdrücklich nicht nur Angehörige der jüdischen Religionsgemeinschaft, sondern auch Getaufte und sogar deren Nachkommen von der Mitgliedschaft aus. Somit wurde ein »Arierparagraph« vorweggenommen, lange bevor es dieses Wort gab. Doch nahmen fast alle der Genannten sowohl im Wilhelminischen Deutschland als auch in der Weimarer Republik, im Nazireich, schließlich in der Bundesrepublik wie in der DDR einen hohen Stellenwert im offiziellen Bewusstsein ein. Dies allein weist auf Traditionsbestände hin, die die verschiedenen Gesellschaftssysteme in Deutschland überdauerten – und es bleibt zu fragen, inwieweit sie diese mitprägten.

Die bedingte, inkonsequente und auf Widerruf gewährte Gleichstellung der Juden innerhalb des Deutschen Reiches nach 1871 erfolgte ohne entscheidende Mitwirkung der Bevölkerungsmehrheit, ihr jüdischer Teil eingeschlossen. Anders als beispielsweise in Frankreich, tastete sie die Normen und Werte der halbfeudalen gesellschaftlichen Elite mitsamt ihrem verinnerlichten Antisemitismus nicht an. Es oblag somit der Arbeiterbewegung, die universalistischen Postulate von Menschenrechten und Demokratie auch für die jüdische Bevölkerung immer neu einzufordern. Dabei musste sich schon die frühe Arbeiterbewegung mit antisemitischen Vorurteilen in ihren eigenen Reihen auseinandersetzen: Es half Karl Marx wenig, dass er in einer seiner wichtigsten Frühschriften, »Zur Judenfrage«, die Emanzipation der Juden durch die Emanzipation der Gesellschaft vom Judentum, d. h. durch eine Vorwegnahme des sozialistischen Assimilationskonzeptes, erreichen wollte. Für viele seiner Gegner blieb er »der« Jude. Eduard von Müller-Tellerling, ein ehemaliger Parteigänger von Marx, veröffentlichte nach seinem Abfall vom Lager der Revolution im Jahre 1850 die polemische Schrift »Vorgeschnack in die künftige deutsche Diktatur von Marx und Engels«, worin Marx als ein »aufgeblasener Jude« geschmäht wurde, der angeblich »demokratischen Knoblauch ... ausdunstet ...«⁴ Zwanzig Jahre später griff Michail Bakunin die Marxisten an und behauptete, sie seien »ein Haufen kleiner Jüdchen, ... Literaturmakler und Börsenmakler«.⁵

»Alle gehören dieser geschäftigen, intriganten, ausbeuterischen, durch und durch bürgerlichen Nationalität an, teils durch Überlieferung, teils durch Instinkt«, so Bakunin, der sich damit als ein geistiger Vorläufer der »Protokolle der Weisen von Zion« erwies. »Mit einem Fuß stehen sie (die Juden, M. K.) in der Bank, mit dem anderen in der sozialistischen Bewegung, mit dem Hintern sitzen sie in Deutschlands Tagesliteratur. Sämtliche Zeitungen sind in ihrer Hand.«⁶

4 Zit. nach Edmund Silberner: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 327.

5 Zit. nach Bruno Frei, Hans Adamo: Anarchistische Utopie – Terrorismus, Frankfurt am Main 1978, S. 94.

6 Zit. ebenda.

Bakunins anarchistisches Ideengut beeinflusste stark die französische Arbeiterbewegung, doch fand auch sein Antisemitismus unter den Führern des französischen Frühsozialismus seine Anhänger. Einige von ihnen verhalfen den rassistischen Strömungen in der Dritten Republik mindestens indirekt zum Durchbruch, wie der Historiker Zeev Sternhell herausgearbeitet hat.⁷ Agrarromantik und Großstadtfeindschaft, die Gleichsetzung nahezu aller Juden mit Kapitalisten und Nutznießern der Industrialisierung sowie, davon abgeleitet, vorgeblich ökonomisch motivierte Angriffe gegen »jüdisches« Kapital und Bankwesen – all dies wuchs zu einer spezifisch französischen Spielart des Antisemitismus von links zusammen. Verschiedene, doch häufige Äußerungen von Auguste Blanqui und seinen Schülern Gustave Tridon und Benoit Malon, von Charles Fourier, Pierre Léroux oder auch Georges Sorel richteten sich gegen die Juden und verbanden sich mit Antimodernität und der Gegnerschaft zur bürgerlich-parlamentarischen Republik. So schrieb Blanqui 1851: »Die allgemeine Abstimmung ist eine beschlossene Sache (er meinte Louis Bonapartes Plebiszit, M. K.). Das ist die Inthronisation der Rothschilds, die Thronbesteigung der Juden.«⁸ Der Fourier-Schüler Alphonse Toussenel veröffentlichte 1845 sein Hauptwerk »Les juifs, rois de l'époque«, worin er die Juden für das Elend der Arbeiter im Kapitalismus verantwortlich machte. Sein Meister Fourier sprach von ihnen als dem »Feind der Menschheit«.⁹ Pierre-Joseph Proudhon denunzierte Heine als Spion, Marx als böses, neidisches Wesen und forderte: »Man muss ihre (der Juden, M. K.) Vertreibung aus Frankreich verlangen, ausgenommen derjenigen, die mit Französisinnen verheiratet sind; man muss den Kultus verbieten, denn der Jude ist der Feind der Menschheit, man muss diese Rasse nach Asien zurückschicken oder sie ausrotten.«¹⁰ Hier finden sich konzentriert bereits alle antijüdischen Glaubenssätze des künftigen Faschismus. Charles Maurras, der Begründer der Action française, sollte in seinem Cercle Proudhon linksradikale Syndikalisten, präfaschistische Antisemiten und demokratiefeindliche nationalistische Abenteurer zusammenführen.¹¹ Erst die Auseinandersetzungen in der Affäre Dreyfus sollte den längst fälligen Bruch zwischen revolutionärer Linker und Antisemitismus in Frankreich mit sich bringen.

Der Antisemitismus übte auf die deutsche Arbeiterbewegung wie die deutsche Gesellschaft insgesamt damals einen relevanten, aber doch begrenzten Einfluss aus. »Bis 1914 muss diese Geschichte langweilig und unbedeutend erscheinen, gewiss weniger bemerkenswert als die von Russland und Frankreich«, schrieb der Historiker des deutschen Antisemitismus Peter Pulzer.¹² Er wies jedoch auf das

7 Zeev Sternhell: *La droite révolutionnaire. Les origines françaises du Fascisme 1885-1914*, Paris 1978, S. 177 ff.

8 Zit. ebenda, S. 189.

9 Zit. ebenda, S. 186.

10 Zit. nach Francois-Georges Dreyfus: *Antisemitismus in der Dritten Französischen Republik*, in: Bernd Martin, Ernst Schulin (Hg.): *Die Juden als Minderheit in der Geschichte*, München 1981, S. 233.

11 Vgl. Micha Brumlik: *Antisemitismus im Frühsozialismus und Anarchismus*, in: ders. u. a. (Hg.): *Der Antisemitismus und die Linke*, Frankfurt am Main 1991, S. 15.

12 Peter G. J. Pulzer: *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867-1914*, Gütersloh 1966, S. 7.

Ausmaß hin, »in dem der Antisemitismus in das gesamte politische Denken ein- drang und die Anerkennung der liberalen Werte des 19. Jahrhunderts untergrub«.¹³ Zwischen der Verteidigung allgemeiner Bürgerrechte und der Bekämpfung des durch diese Rechte auch legitimierten kapitalistischen Systems hin- und hergeris- sen, gelangte auch die deutsche Sozialdemokratie nur allmählich zur Erkenntnis, den Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen konsequent bekämpfen zu müssen. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts übten sich einzelne sozialdemokratische Politiker wie Johann Baptist Schweitzer und Wil- helm Hasselmann in antisemitischer Rhetorik, war auch – insbesondere nach dem Gründerkrach von 1873 – ein proletarischer Antisemitismus zu beobachten.¹⁴ In den achtziger und neunziger Jahren erlagen manche deutschen und österrei- chischen Sozialisten der gefährlichen Illusion, die antijüdischen Ressentiments pro- letarisierter Kleinbürger in antikapitalistische Bahnen lenken und für ihre eigenen Ziele nutzen zu können. Demgegenüber warnte Friedrich Engels 1890 sehr ent- schieden vor den Gefahren, die eine undifferenzierte Gleichsetzung von Juden und Kapitalisten in sich barg. Er rief zur unbedingten Solidarität mit den »am schlimmsten ausgebeuteten und... allerelendsten« jüdischen Proletariern auf.¹⁵ Dennoch setzte die Auseinandersetzung mit dieser Frage eher zögernd ein. Der Brüsseler Kongress der Zweiten Internationale verzichtete 1891 auf eine eindeu- tige Verurteilung des Antisemitismus. Er verabschiedete lediglich eine im neutralen Ton gehaltene Resolution, die »anti- und philosemitische Hetzereien« glei- chermaßen als spalterische Manöver der herrschenden Klasse kritisierte.¹⁶ Doch trugen vor allem drei Entwicklungstendenzen schließlich entscheidend dazu bei, dass die internationale sozialistische Bewegung alsbald entschieden Partei für die Juden ergriff und diese Parteinarbeit als hervorragende Aufgabe der Internationale begriff.

Zum einen entwickelte sich namentlich im deutschsprachigen Mitteleuropa am Ende des 19. Jahrhunderts eine neuartige Variante des Antisemitismus. Der Ter- minus, 1879 von dem Ex-Anarchisten Wilhelm Marr erstmals verwendet,¹⁷ deutete auf den qualitativen Wandel hin: Anstatt der bisherigen, religiös begründeten Judenfeindschaft, die von wichtigen Repräsentanten der beiden großen Kirchen mitgetragen wurde, gewannen rassistische Deutungsmuster, die um die Jahrhun- dertmitte an Wirkung verloren hatten, nunmehr eine Massenbasis. In Deutschland und Österreich errangen antisemitische Parteien beachtliche Wahlerfolge. Nun- mehr gelangten viele führende Sozialdemokraten zu der Erkenntnis, dass die öko- nomischen und psychologischen Bedingungen, die die rassistischen Stereotypen

13 Ebenda, S. 8.

14 Vgl. Arno Herzig: The Role of Anti-Semitism in the Early Years of the German Workers' Movement, in: Leo Baeck Institute: Year Book XXVI, London 1981, S. 243-259.

15 Friedrich Engels: Über den Antisemitismus, in: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Bd. 22, Berlin 1963, S. 50.

16 Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Brüssel (16. – 22. August 1891), Ber- lin 1893, S. 16.

17 Vgl. Pulzer, S. 48.

erzeugten und verbreiten halfen, vor allem in jenen kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten gegeben waren, deren Existenzgrundlage mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise immer unsicherer wurde. Die Schlussfolgerung daraus sollte sich jedoch als zu vereinfacht herausstellen: Antisemitismus und jüdische Frage allgemein würden demnach aufhören zu existieren, da die Trägerschichten des Antisemitismus allmählich verschwinden würden. Für viele Sozialdemokraten blieb der Antisemitismus deshalb zunächst lediglich ein »Sozialismus des dummen Kerls«, wie August Bebel befand.¹⁸ Victor Adler, Gründer der österreichischen Sozialdemokratie und selbst Jude, meinte über die sich populistisch gebärdenden Antisemiten: »Sie besorgen die Geschäfte der Sozialdemokratie.«¹⁹ Dennoch gingen sozialdemokratische Parteiführer und -theoretiker, entsprechend ihrer marxistischen Denkweise, alsbald den sozialökonomischen Ursachen des Antisemitismus genauer nach und kamen allmählich zu anderen Erkenntnissen über dessen Erfolge. Entscheidend dazu trug das Anwachsen der antisemitischen Bewegung in Frankreich wie in Russland bei.

Denn zum zweiten bekam der Kampf gegen die Verurteilung von Alfred Dreyfus eine über die französische sozialistische Bewegung noch hinausreichende Bedeutung. Die internationale Sozialdemokratie begriff sehr bald nach dem Aufkommen der Kampagne, dass Antiparlamentarismus, Antisozialismus und Antisemitismus bei den französischen Rechten zusammenfielen. »Noch nie«, so Jean Jaurès 1898, »war die Republik in einer solchen Gefahr; lässt man den Generalen freie Hand, so gibt es bald keine Sozialisten und keine Republikaner mehr.«²⁰ Karl Kautsky äußerte gegenüber Jaurès seine »tiefe Bewunderung über die unvergleichliche Weise, in welcher Sie die Ehre des französischen Sozialismus in der Dreyfus-Affäre gerettet haben«.²¹ Auf dem Höhepunkt der Affäre, im Mai 1898, trat mit Alexandre Millerand zum ersten Mal ein »unabhängiger Sozialist« in eine bürgerliche Regierung ein. Dieser Schritt war damals in der Zweiten Internationale sehr umstritten. Die Befürworter von Millerands Haltung argumentierten auch, dass hierdurch die von Rechtskräften bedrohte Republik stabilisiert und der Antisemitismus zurückgedrängt werde. Seine Kritiker befürchteten eine allmähliche Einpassung der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat bei zunehmendem Verzicht auf eigenständige revolutionär-sozialistische Politik. Diese Gratwanderung ist mit Blick auf die SPD von Dieter Groh als »negative Integration und revolutionärerer Attentismus« und von Peter Gay als »Dilemma des demo-

18 Vgl. August Bebel in: Hermann Bahr (Hg.): Der Antisemitismus. Ein internationales Interview, Berlin 1894 (Neudruck: Königstein/Ts. 1979), S. 24. Der Ausdruck stammt jedoch möglicherweise von Engelbert Pernerstorfer, einem österreichischen Sozialdemokraten.

19 Zit. nach Edmund Silberner: Sozialisten zur Judenfrage. Ein Beitrag zur Geschichte des Sozialismus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis 1914, Berlin 1962, S. 235.

20 Zit. nach Alexandre Zévaès: Histoire du socialisme et du communisme en France de 1871 à 1947, Paris 1947, S. 264.

21 Zit. nach Jack Jacobs: Sozialisten und die »jüdische Frage« nach Marx, Mainz 1994, S. 26.

kratischen Sozialismus« beschrieben worden.²² Die Stellungnahmen zur Dreyfus-Affäre markierten aber den Beginn eines nunmehr kompromisslos geführten Kampfes der internationalen sozialistischen Bewegung gegen den Antisemitismus.

Wichtiger als die beiden erstgenannten Punkte war drittens die Konstituierung einer eigenständigen jüdischen Arbeiterbewegung überall dort, wo sich ein jüdisches Proletariat herausgebildet hatte. Dies war im Londoner East End²³ ebenso der Fall wie in Amsterdam²⁴ und besonders in den Großstädten der amerikanischen Ostküste.²⁵ Doch erreichte die jüdische Arbeiterbewegung nicht an einem dieser Plätze ihren geschichtswirksamen Masseneinfluss, sondern in Osteuropa.²⁶ Schon auf dem Gründungskongress der Zweiten Internationale im Juli 1898 hatte der Narodnik Pjotr Lawrow in Paris hervorgehoben, dass die jüdischen Proletarier »in England, in Amerika wie in Russland lebhaften Anteil an der sozialistischen Arbeiterbewegung nehmen, so wie sie dieselbe in den verschiedenen Ländern finden«. ²⁷ Georgi Plechanow schrieb in seinem Tätigkeitsbericht der russischen Sozialdemokratie für den Londoner Kongress der Internationale 1896: »Diese Parias Russlands, welche nicht einmal im Besitz derjenigen elenden Rechte sind, welche die christlichen Angehörigen des Russischen Reiches genießen, haben im Kampfe mit ihren Ausbeutern so viel Ausdauer und Verständnis der sozialpolitischen Aufgaben der modernen Arbeiterbewegung an den Tag gelegt, dass man sie in gewisser Hinsicht als die Avantgarde der Arbeiterbewegung Russlands betrachten kann.«²⁸ Bereits im folgenden Jahr konstituierte sich der Allgemeine Jüdische Arbeiterbund von Russland, Polen und Litauen, kurz Bund genannt, in Wilna. Ein weiteres Jahr später, 1898, waren Mitglieder des Bundes an der Gründung der russischen sozialdemokratischen Partei entscheidend beteiligt. Vor dem Einbruch des Stalinismus in die Arbeiterbewegung wurde diese später geleugnete Tatsache allgemein anerkannt und gewürdigt. So schrieb Grigori Sinowjew, stets ein politischer Gegner des Bundes, emphatisch, aber durchaus korrekt im Jahre 1923: »Man braucht nur darauf hinzuweisen, dass der Hauptorganisator des ersten Kongresses unserer Partei im Jahre 1898 der »Bund« war. Und es war keineswegs ein Zufall, dass dieser Kongress in Minsk stattfand, auf dem Tätigkeitsgebiet des

22 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt am Main etc. 1973; Peter Gay: The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein's Challenge to Marx, New York 1952.

23 William J. Fishman: East End Jewish Radicals, 1875-1914, London 1975.

24 Vgl. Nathan Weinstock: Le pain de misère. Histoire du mouvement ouvrier juif en Europe, Bd. 1, Paris 1984.

25 Vgl. Melech Epstein: Jewish Labor in the USA. An Industrial, Political and Cultural History of the Jewish Labor Movement, 2 Bde., New York 1969; Zosa Szajkowski: Jews, Wars and Communism, 2 Bde., New York 1972.

26 Vgl. u. a. John Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora. Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung, Wien 1975; Jonathan Frankel: Prophecy and Politics. Socialism, Nationalism and the Russian Jews, 1862-1917, New York 1982; Enzo Traverso: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843-1943), Mainz 1995.

27 Protokoll des internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889. Deutsche Übersetzung, Nürnberg 1890, S. 35 (Orthographie modernisiert).

28 Zit. nach Bunzl, S. 60.

Bund.« Sinowjew fuhr fort: »Wenn wir heute die Geschichte unsere Partei, die zu einer mächtigen Organisation herangewachsen ist, überblicken, glaube ich, dass wir der kühnen jüdischen Handwerker und Arbeiter gedenken müssen, die als erste den Kampf aufnahmen und uns halfen, die ersten Steine zu unserem Parteigebäude zu legen.«²⁹

Die marxistisch-leninistische Haltung zu den Juden am Beispiel Lenins

Lenins Haltung zu den Juden wurde und wird zumeist durch das Prisma seiner scharfen Polemiken gegen den Bund gesehen. Der Bund spaltete sich im Sommer 1903 auf dem 2. Parteitag der SDAPR, der russischen Sozialdemokratie, von der Gesamtpartei ab, nachdem seine Forderungen keine Mehrheit fanden. Diese Forderungen bezogen sich auf die national-kulturelle Autonomie und auf eine eigenständige jüdische Organisation innerhalb der russischen Arbeiterbewegung. In der oft hitzig geführten Debatte auf dem Parteitag hatte sich, wie das Protokoll ausweist, Lenin ebenso wie die anderen Nichtjuden zurückgehalten. Nach dem Parteiaustritt des Bundes vermutete Lenin, die Bundisten würden bald »demagogische Begründungen« für ihre Politik suchen und könnten dabei auch »nach der zionistischen Idee der jüdischen ›Nation‹ greifen...«³⁰ Er glaubte, dass die Bundisten die »in ihrem Kern vollkommen falsche und reaktionäre zionistische Idee« adaptieren würden.³¹ »Den Bundisten bleibt also nur noch übrig, die Idee der besonderen Nationalität auszuarbeiten, deren Sprache das Jiddisch und deren Territorium das Ansiedlungsgebiet³² ist.«³³

In seiner Argumentation unterliefen Lenin aber zwei gravierende Fehler. Zum einen bestritt er, dass die kompakt im Ansiedlungsgebiet lebende jüdische Bevölkerung, immerhin damals 5,2 Millionen Menschen, nationale Merkmale aufwies, zum anderen bezeichnete er unterschiedslos jede jüdisch-nationale Äußerung als »zionistisch«. Der Zionismus aber erkannte nicht nur den Juden der ganzen Welt – und nicht etwa nur der kulturell homogenen Bevölkerung im Ansiedlungsgebiet – einheitliche nationale Merkmale zu, sondern er forderte vor allem zur jüdischen Migration nach Palästina auf. Das Ziel war die Gründung eines jüdischen Staates im bislang zumeist von Arabern besiedelten Palästina. Diese Grundsätze des Zionismus wurden vom Jüdischen Arbeiterbund vehement abgelehnt und bekämpft. Der Bund sah die Heimat und den Kampfboden der jüdischen Werktätigen in den

29 G. Sinowjew: Geschichte der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), Hamburg 1923, S. 51.

30 W. I. Lenin: Ein Maximum von Schamlosigkeit und ein Minimum an Logik, in: ders.: Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 51.

31 Ders.: Die Stellung des »Bund« in der Partei, in: ebenda, S. 89.

32 Das Ansiedlungsgebiet, außerhalb dessen Juden nur in Ausnahmefällen leben durften, umfasste den russisch besetzten Teil Polens, Teile der baltischen Provinzen, Westbelorussland, die West- und Südukraine sowie Moldawien.

33 Lenin: Die Stellung des »Bund« ..., S. 90.

jeweiligen Ländern, wo diese lebten und wo sie sich – eigenständig – am Kampf um soziale Emanzipation beteiligen sollten. Zu Beginn des Jahrhunderts verteidigte Lenin demnach noch das sogenannte Assimilationskonzept der Zweiten Internationale. Ihre Theoretiker von Kautsky bis Otto Bauer forderten, die Juden sollten sich unter Verzicht auf ihre religiöse und sozial-kulturelle Eigenart in die Gesamtbevölkerung möglichst rasch integrieren.³⁴ Im Russischen Reich stand dem indes die durch Staat und Kirche erzwungene übermächtige Absonderung entgegen. Sie fand ihren Ausdruck in der Ghettoisierung der Juden, der Sprachbarriere und auch in einem proletarischen Antisemitismus, der gemeinsamen Organisationen von jüdischen und nichtjüdischen Arbeitern entgegenwirkte. Die zentralen Forderungen des Bundes besaßen somit ihre innere Logik. Doch hatte auch Lenin für seine Position gute Gründe: Eine separate jüdische Organisation hätte die Einheit der Arbeiterbewegung aufs Spiel gesetzt, den Anspruch erhoben, für die nicht im Bund organisierten Juden zu sprechen und schließlich auch andere Nationen dazu bewegen können, dem Beispiel des Bundes zu folgen. Als politischer Faktor wäre damit die Arbeiterbewegung insgesamt zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, denn ihre Stärke als entschiedenste Oppositionskraft zum Zarenregime lag gerade in ihrer Einheit. »Die jüdische Frage steht so und nicht anders: Assimilation oder Absonderung«, schrieb Lenin 1903.³⁵ Dieses schematische Gegensatzpaar schloss jedoch die Möglichkeit aus, wonach sich die Juden als eine sozial-ökonomisch und kulturell relativ eigenständige Gruppe in die anzustrebende bürgerlich-demokratische Gesellschaft integrieren sollten.

Mit jüdischen Problemen allmählich besser vertraut, kam Lenin zu neuen Einsichten. Eine rein negative Haltung gegenüber den nationalen Bestrebungen der Juden des Zarenreiches könne nicht länger die Ultima Ratio sozialistischer Politik sein. Diesen Grundgedanken entwickelte Lenin 1913 in seinen »Kritischen Bemerkungen zur nationalen Frage«, ohne seine Prinzipien über die Einheitlichkeit der sozialistischen Partei aufzugeben. Doch korrigierte er seine Ansichten über die jüdische Ethnizität, die er ein Jahrzehnt früher geäußert hatte. Nunmehr sah Lenin im Vorgang der Assimilation kein ausschließlich die Juden betreffendes Phänomen mehr. Er anerkannte die nationalen Merkmale der in Osteuropa lebenden Juden und schrieb »von der am meisten unterdrückten und gehetzten Nation: der jüdischen«, die »mit Gewalt in der Lage einer Kaste gehalten« werde.³⁶ Dies hatte praktische Folgen für Lenins politische Direktiven ab dem November 1917: Nach der Machtübernahme waren die Bolschewiki nicht mehr, wie es aus Lenins frühen Schriften abzuleiten gewesen wäre, um eine Assimilation der Juden an die Russen, Ukrainer oder Belorussen bemüht, sondern förderten Organisationen, die das eigenständige nationale Leben der Juden organisieren halfen.

34 Vgl. zu dieser Debatte die genannten Arbeiten von Bunzl, Jacobs und Traverso.

35 Lenin: Die Stellung des »Bund« ..., S. 89.

36 Ders.: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: ders.: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 10. Hervorhebungen im Text.

Die Pogrome der weißen Konterrevolution zerstörten in den Jahren 1917 bis 1920 die jüdischen Ansiedlungsgebiete besonders in der Ukraine. Über einhunderttausend Menschen wurden in diesem größten antisemitischen Massaker der Vor-Nazizeit ermordet.³⁷ Lenins Regierung bekämpfte die Pogromisten auf das Schärfste.³⁸ Stets hatte Lenin den großrussischen Chauvinismus als essentiell jüdenfeindliche Ideologie gebrandmarkt. »Kratze manch einen Kommunisten«, rief er auf dem VIII. Kongress der russischen KP 1919 aus, »und du wirst auf einen großrussischen Chauvinisten stoßen.«³⁹ Es gibt eine Fülle von Zeugnissen, wonach Lenin in privaten, öffentlichen oder halböffentlichen Auseinandersetzungen jede antisemitischen Vorurteile unter den russischen Linken als absolut unvereinbar mit der revolutionären Ethik ansah. So kritisierte er im August 1900 auf einer Redaktionssitzung der »Iskra« antijüdische Redereien Plechanows (der in der Öffentlichkeit nie als Antisemit hervortrat) und warf ihm eine »phänomenale Intoleranz« gegenüber dem Bund hervor.⁴⁰ Anfang 1917 betonte Lenin, dass »die Juden das Verdienst (haben), ein merklich höheres Prozent der Vertreter der internationalen Strömung als andere Nationen aufzuweisen«.⁴¹ Der israelische Historiker Silberner, der Lenin keineswegs zugetan war, schrieb hierzu: »Es findet sich bei ihm nicht die geringste Spur antijüdischer Gefühle, obwohl viele seiner politischen Gegner Juden waren.«⁴²

Doch mit dem Aufstieg des Stalinismus sollte eine bestimmte Spielart des Antisemitismus zum Mittel in Fraktionskämpfen werden.

Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion – ein Erbe des Stalinismus

Die aus der Zarenzeit herrührenden antijüdischen Vorurteile⁴³ hatten Revolution und Bürgerkrieg zum großen Teil überdauert. Viele Gegner der Revolution versuchten diese als das Werk der Juden, verkörpert durch Trotzki, darzustellen. Da sich unter dem in der Neuen Ökonomischen Politik entstandenen Kleinhändler-tum zahlreiche Juden befanden, flossen Konkurrenzneid und Antisemitismus gegen sie oft zusammen. Auch innerhalb der Partei gab es Vorurteile gegen jüdische

37 Vgl. Salo W. Baron: *The Russian Jews under Tsars and Soviets*, 2. Aufl., New York 1987, S. 181 ff.; Matthias Vetter: *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917-1939*, Berlin 1995, S. 84 ff.

38 Vgl. W. I. Lenin: *Über die Pogromhetze gegen die Juden*, in: ders.: *Werke*, Bd. 29, Berlin 1961, S. 239 f.

39 Ders.: *Schlusswort zum Bericht über das Parteiprogramm*, 19. März (1919), in: ebenda, S. 181.

40 Ders.: *Wie der »Funke« beinahe erloschen wäre*, in: ebenda, Bd. 4, Berlin 1955, S. 332.

41 W. I. Lenin: *Ein Vortrag über die Revolution von 1905*, Zürich, 22. Januar 1917, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1961, S. 258.

42 Silberner: *Kommunisten zur Judenfrage*, S. 74.

43 *Zum zaristischen Antisemitismus seinen Folgen – vor allem den Pogromwellen – vgl. u. a. Heinz-Dietrich Löwe: Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft 1890-1917*, Hamburg 1978; Edward H. Judge: *Ostern in Kischinjaw. Anatomie eines Pogroms*, Mainz 1995.

Funktionäre, von denen die allermeisten erst nach 1917 Bolschewiki geworden waren, zuvor meistens den antibolschewistischen sozialistischen Gruppierungen angehört hatten.⁴⁴

Doch diese Probleme traten erst ab etwa 1926/27 an die Oberfläche, als die Stalin-Fraktion im Kampf um die Macht gegen die rivalisierende Vereinigte Opposition sich des Antisemitismus bediente. Damals ließ Stalin, Trotzki zufolge, halböffentlich verbreiten, an der Spitze der Opposition stünden drei unzufriedene Juden – neben Trotzki waren dies Kamenew und Sinowjew.⁴⁵

In dieser, untergründig geführten Kampagne dürfte das Wort »Jude« nur selten gefallen sein. Doch in Stalins Versicherung, man bekämpfe die oppositionelle Troika nicht deshalb, weil ihre Mitglieder Juden, sondern weil sie Parteifeinde seien,⁴⁶ lag indirekt der konstruierte Antagonismus Russen – Juden beschlossen. Doch: »Die Identifizierung von Juden mit der Opposition dürfte auch ohne Anleitung funktioniert haben.«⁴⁷ Stalin und seine Fraktion nutzten antisemitische Ressentiments aus, schufen sie aber nicht.

Die Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre erbrachten jedoch eine neue »Qualität«. Eine nur schlecht als »Sowjetpatriotismus« getarnte antisemitische Propaganda gegen die angeblichen »volksfremden« Angeklagten begleitete die Terrorprozesse.⁴⁸ Dabei nutzte Stalin ein Dilemma, mit dem sich seit Ende der zwanziger Jahre alle internationalistisch orientierten Bolschewiki konfrontiert sahen: »Aber die Bolschewiki jüdischer Herkunft waren am wenigsten von allen geneigt, das bäuerliche Russland in seiner Primitivität und Barbarei zu idealisieren und den einheimischen Bauernkarren im ›Schneckentempo‹ hinter sich herzuführen«, schrieb Isaac Deutscher. »Das Ideal des ›Sozialismus in einem einzelnen Land‹ war nicht für sie bestimmt.«⁴⁹ Zwar musste der neue Sowjetpatriotismus nicht zwangsläufig eine antijüdische Komponente haben. Im Gegenteil: Der Antisemitismus wurde offiziell als überwunden deklariert, der prinzipielle Antagonismus zum Nazismus betont. – Doch die antisemitischen Töne der Schauprozesse heizten das Klima ebenso an, wie – in einer scheinbar entgegengesetzten Weise – die relativ hohe Präsenz von Juden in den Macht- und Repressionsorganen.⁵⁰

44 Die jüdische Opposition gegen die bolschewistische Partei schildert am Beispiel des Bundes Aryeh Gelbard: Der jüdische Arbeiterbund im Revolutionsjahr 1917, Wien 1982. Die allmähliche, teilweise erzwungene Integration jüdischer Sozialisten in die herrschend Partei, in der sie sich dann (mangels einer sozialistischen Alternative) engagierten, behandelt u. a. Salomon M. Schwarz: *The Jews in the Soviet Union*, 2. Aufl., New York 1972.

45 Vgl. Leo Trotzki: *Thermidor und Antisemitismus*, in: Iring Fetscher (Hg.): *Marxisten gegen Antisemitismus*, Hamburg 1974, S. 184 f.

46 Auf eine solche, von Stalin aber nicht publizierte Versicherung weist Trotzki hin. Vgl. ebenda, S. 185 f.

47 Vetter, S. 262.

48 Zahlreiche Belege ebenda, S. 297 ff.

49 Isaac Deutscher: *Trotzki. Der unbewaffnete Prophet 1921-1929*, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 254.

50 Neben dem bekannten Beispiel von Lazar Kaganowitsch sollte angemerkt werden, dass der Organisator der sowjetischen Zwangsarbeitslager in den späten zwanziger Jahren, Naftali Frenkel, ebenfalls Jude war. Vgl. Andrzej J. Kaminski: *Konzentrationslager 1896 bis heute. Geschichte, Funktion, Typologie*, München-Zürich 1990, S. 127.

Die bolschewistische Partei hatte in den zwanziger Jahren die antisemitischen Erscheinungen zunächst mit einer Vielzahl von Aktivitäten bekämpft. Bemerkenswerterweise waren es oft nichtjüdische Kommunisten, die sich dabei hervortaten: Kalinin, Bucharin, Preobraschenski, Lunatscharski, Rjutin. Natürlich waren auch jüdische Bolschewiki an der Bekämpfung des Antisemitismus beteiligt. Sie publizierten eine Reihe von aufklärenden wie analytischen Schriften, unter denen Juri Larins »Juden in der UdSSR« (1929) hervorrangt. Larin schrieb darin über das Anwachsen des Antisemitismus »unter dem rückständigen, mit der Bauernschaft verbundenen Teil der Arbeiter und unter den Frauen«, und fuhr fort: »Man hört oft Arbeiter antisemitische Bemerkungen machen, die die konterrevolutionäre Bedeutung des Antisemitismus nicht erkennen. Viele Tatsachen verweisen auf die Anwesenheit von Komsomolzen und Parteimitgliedern unter den Antisemiten.«⁵¹ Auch Trotzki listete in seinen »Fragen des Alltagslebens« eine Reihe antisemitischer Äußerungen und Verhaltensweisen unter Arbeitern auf.⁵²

Der proletarische Antisemitismus wurde von antisemitischen Einstellungen unter einem Teil der russischen Intellektuellen begleitet. Dieser speiste sich auch aus einem – grundlosen – Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den oft international orientierten und entsprechend gebildeten Juden.⁵³ Jüdische politische Aktivisten, die vor der Revolution dem Bund oder der Poalei Zion angehört hatten, gelangten im Zuge des Radikalisierungsprozesses dieser beiden wichtigsten jüdisch-sozialistischen Parteien in den Parteiapparat der Bolschewiki. Damit entstand der Typ des jüdischen »Neophyten«, der seine antibolschewistische Vergangenheit durch ein Übermaß an Linientreue zu kaschieren suchte. Natürlich traf dies nicht auf alle jüdischen Parteimitglieder zu, auch nicht auf all jene, deren Eintrittsdatum nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg lag. Dennoch bestimmten »neubekehrte« Bolschewiki durch ihre lautstarken Aktionen in bedenklichem Maße das Bild, das sich der nichtjüdische Sowjetbürger vom jüdischen Parteifunktionär machte. Hierzu gehören manche administrative Maßnahmen der Jüdischen Sektion der KP, der Jewsekszija. Ihre Funktionäre sabotierten mit teilweise rabiaten Mitteln die Ausübung des religiösen Kultus, den ihre jüdischen Mitbürger oftmals pflegten. Sie prangerten auch das Hebräische als angeblich zionistisches Idiom an und propagierten die offizielle Ideologie in oft recht plumper Manier. Wohl ungewollt schwächten sie mit ihrem Kampf gegen die »jüdisch-religiösen Überbleibsel« auch die Existenzgrundlagen ihres Volkes, denn mangels eines geschlossenen Territoriums standen bei den Juden Religion und Ethnizität in einem engeren Zusammenhang als bei anderen Nationalitäten.⁵⁴ Die Präsenz von Juden in der Kampagne zur Zwangskollektivierung am Beginn der dreißiger Jahre, in erster Linie

51 Ju. O. Larin: *Evrei i antisemitizm v SSSR*, Moskau-Leningrad 1929, S. 239.

52 Vgl. Leo Trotzki: *Fragen des Alltagslebens*. Die Epoche der »Kulturarbeit« und ihre Aufgaben, Hamburg 1923, bes. S. 154 f.

53 Vetter (S. 125 ff.) erläutert dies am Beispiel Sergej Jessenins, der antisemitische Vorurteile hegte.

54 Auf diesen Zusammenhang weist vor allem Schwarz (S. 298) hin.

die brutale Durchführung dieser Kampagne durch Kaganowitsch in der Ukraine, trug entscheidend zum Wachstum des bäuerlichen Antisemitismus bei.⁵⁵ Dennoch dürfte feststehen, dass die Stalinisierung der Sowjetunion zwar zum Anwachsen des Antisemitismus führte, dass auch die Stalin-Fraktion geschickt antijüdische Ressentiments ausnutzte, dass aber all dies ohne eine manifeste vorrevolutionäre Beeinflussung der Massen nicht möglich gewesen wäre. Die Stalinisten nutzten somit einerseits antisemitische Stimmungen geschickt in ihrem Sinne, erzeugten andererseits indes wohl ungewollt einen starken Antisemitismus unter der Oberfläche. Sie wirkten einem solchen Antisemitismus aber keineswegs in der Weise entgegen, wie es nötig und möglich gewesen wäre. Zur Entfremdung zwischen Juden und Nichtjuden trug auch das seit 1928 bestehende Verbot der Auswanderung aus der UdSSR bei. Obwohl dies alle Bürger betraf, kam es durch den Abbruch der zionistischen Auswanderung nach Palästina bei den Juden zu einem spezifischen »Emigrationsstau« (als das Verbot dann in den siebziger Jahren allmählich weniger restriktiv ausgelegt wurde, erschienen die Juden mitsamt ihren Emigrationswellen wiederum als gegenüber den anderen Sowjetbürgern privilegiert). Im Vorfeld des Paktes mit Deutschland wurde 1939 eine Reihe von Juden aus dem diplomatischen Dienst entfernt, darunter Außenminister Litwinow. Doch scheint dies vor allem damit zusammenzuhängen, dass jüdische Diplomaten besonders engagiert Litwinows Politik der kollektiven Sicherheit und damit ein Bündnis mit dem Westen gegen Hitler verfochten.⁵⁶ Doch die schwersten Verluste hatten die Juden durch die Schließung vieler kultureller Einrichtungen, der Auflösung einer Reihe von Organisationen und der Hinrichtung zahlreicher Partei- und Staatsfunktionäre im Gebiet Birobidshan zu erleiden.⁵⁷

Es sei keineswegs verschwiegen, dass aufgrund der Befehle Stalins zwei und eine halbe Millionen Juden, zusammen mit anderen Sowjetbürgern, 1941 rechtzeitig aus dem Westen der Sowjetunion ins Landesinnere evakuiert und somit der Vernichtung durch die Nazis gerettet wurden! Die Hoffnung, dass sich nach dem größten und bestorganisierten Völkermord der Geschichte keinerlei antisemitischen Maßnahmen wiederholen würden, blieb aber unerfüllt – auch in der Sowjetunion. Einerseits prangerten die Vertreter der Sowjetunion in Nürnberg die bestialische Ausrottungspolitik der Hitlerfaschisten und ihrer Komplizen an und

55 Ein Zusammenhang mit dem proletarischen Antisemitismus ergab sich aus der Tatsache, dass viele Arbeiter gerade erst vom Dorf in die Stadt gekommen waren, zu ihrem ländlichen Herkunftsgebiet aber noch enge Beziehungen hatten.

56 Dies nimmt zumindest Vetter (S. 348 ff.) an. Hingegen schrieb Isaac Deutscher: »Wie konnte der Jude Litwinow einen Pakt mit Hitler oder Ribbentrop unterzeichnen? Dafür brauchte man schon einen ›reinen Arier‹.« Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977, S. 47.

57 Vgl. Mario Keßler: Der Stalinische Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Hermann Weber, Dietrich Staritz (Hg.): Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und »Säuberungen« in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 87-102, bes. S. 97 f. Etwas anders setzt die Akzente Antje Kuchenbecker: Zionismus ohne Zion. Birobidŝan: Idee und Geschichte eines jüdischen Staates in Sowjet-Fernost, Berlin 2000, S. 180 ff.

forderten exemplarische Strafen für die nazistischen Massenmörder. Andererseits wurden sehr bald nach Kriegsende Informationen über das Ausmaß der Vernichtung von Juden auf sowjetischen Territorium, so die erschütternden Berichte von Ilja Ehrenburg und Wassili Grossman, aus dem Verkehr gezogen. Nachdem schließlich feststand, dass – entgegen Stalins unrealistischen Erwartungen – der Staat Israel sich an den Westen anlehnen würde, richtete sich ab 1949 der Verdacht unterschiedslos gegen jeden sowjetischen Juden, potentiell für den Gegner im Kalten Krieg tätig werden zu können. Eine brutale antisemitische Kampagne folgte, in der erstmals auch offen rassistische Töne zu hören waren. Sie gipfelte in der Ermordung vieler jiddischsprachiger Schriftsteller und Schauspieler, der Schließung noch verbleibender jiddischer Schulen, Theater und Zeitschriften sowie einer inoffiziellen Quotierung bei der Zulassung jüdischer Bewerber zum Universitätsstudium, somit der faktischen Wiedereinführung des Numerus clausus der Zarenzeit. Für eine behauptete von Stalin geplante Massendeportation der Juden nach Birobidshan fehlen allerdings vollkommen schlüssige Beweise.⁵⁸

Die antijüdischen Repressalien wurden auf die ČSSR mit dem Höhepunkt des Slánský-Prozesses ausgedehnt, doch wurde auch die DDR in abgeschwächter Form davon betroffen: Die antisemitischen Beschuldigungen gegen Paul Merker finden sich sogar noch in dessen Verurteilung in einem Terrorprozess vom 30. März 1955.⁵⁹ Anfang 1953 wurden Stalins Ärzte, unter ihnen zahlreiche Juden, in der »Prawda« als bezahlte Agenten einer ausländischen Macht und als Verbindungsleute zur Joint Distribution Agency, einer jüdischen Hilfsorganisation, bezeichnet. Die sowjetischen Juden erfasste berechtigte Furcht. Doch der Tod des Diktators am 5. März 1953 verhinderte weitere Verbrechen.

In der Malenkow-Chruschtschow-Periode 1953 bis 1964 stieg eine relevante Anzahl jüdischer Sowjetbürger in gesellschaftlich wichtige Funktionen auf. Wissenschaftler wie die Physiker Pjotr Kapiza und Lew Landau errangen Weltruhm. Andererseits tauchten in Prozessen gegen Dissidenten wie Juri Daniel und Jossif Brodski versteckte antisemitische Äußerungen wieder auf. Noch schwerer wog vielleicht die Nicht-Erwähnung jüdischer Opfer, wenn von den Toten des Zweiten Weltkrieges die Rede war; eine Tatsache, die Jewgeni Jewtuschenko in seinem Poem über Babi Jar beklagte. Selbst in seiner mutigen Geheimrede vor dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 hatte Chruschtschow den Stalinschen Antisemitismus unerwähnt gelassen.

58 Vgl. u. a. John L. H. Keep: Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: Neue Politische Literatur, 1995, Nr. 3, S. 421-440, bes. S. 433, 439; Alexander Borschtschagowski: Orden für eine Mord. Die Judenverfolgung unter Stalin, Berlin 1997; Arno Lustiger: Rotbuch: Stalin und die Juden. Die tragische Geschichte des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und der Sowjetischen Juden, Berlin 1998.

59 Das Urteil gegen Merker ist abgedruckt bei Jeffrey Herf: Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 635-667, hierzu S. 643-650. Vgl. auch Mario Keßler: Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 52 ff. Zum Gesamtkomplex vgl. Leonid Luks (Hg.): Der Spätstalinismus und die »jüdische Frage«. Zur antisemitischen Wendung des Kommunismus, Köln 1998.

Der Junikrieg 1967, in dem Israel die Armeen der mit der Sowjetunion verbundenen arabischen Staaten besiegte, stellt auch für die Behandlung der jüdischen Frage durch die UdSSR eine gewisse Zäsur dar. Dieses Ereignis trug zur Stärkung des Gruppenbewusstseins der sowjetischen Juden bei. Andererseits verunsicherte es die Spitzen der Armee, da sich die sowjetischen Waffen, mit denen Ägypter und Syrer gekämpft hatten, als nicht tauglich erwiesen. Seitdem war das Anwachsen der Idee von der »jüdischen Weltverschwörung« in den Publikationsorganen der Sowjetarmee, insbesondere der Zeitung Krasnaja Swesda, feststellbar. Von nun ab tauchte das ins Maßlose vergrößerte und vergrößerte Phantombild des »internationalen Zionismus« in Zeitungsartikeln und Schulungsheften der Armee immer häufiger auf. Dennoch blieb außerhalb des Offizierskorps die Wirkung solcherart Propaganda recht begrenzt, wahrscheinlich, weil die offizielle Ideologie allgemein rasch an Glaubwürdigkeit verlor.⁶⁰ Die Juden wurden als nationale Gruppe insgesamt kaum schlechter behandelt als andere kleinere Völkerschaften. Es gab jedenfalls keinen staatlich verordneten Antisemitismus, der das Existenzrecht der Juden innerhalb der Sowjetgesellschaft infrage gestellt hätte.⁶¹

Doch all diese Probleme konnten erst mit dem qualitativen Wandel der Sowjetunion unter Gorbatschow allmählich diskutiert werden. Damit wurde zugleich das Ausmaß der Widersprüche und Defekte in der Gesellschaft schmerzhaft deutlich. Auch die nationalen Antagonismen brachen auf. Die Gorbatschowschen Reformen hatten das alte System mitsamt seiner allmächtigen Partei- und Staatsnomenklatura zum Einsturz gebracht, jedoch nicht vermocht, ein neues zu schaffen, das dem Land Stabilität geben konnte. Unter diesen Bedingungen spitzten sich alle Widersprüche extrem zu, darunter auch das Problem eines Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden. Die Frage nach »Sündenböcken« tauchte – wie in jeder Krisensituation – auf. Demgemäß entstanden Forderungen, die Juden aus dem öffentlichen Leben des Landes auszuschalten. Die Hetze, symbolisiert durch Kräfte um Wladimir Shirinowski und weiter rechts von ihm stehende Gruppen, steigerte sich mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und der fortschreitenden Krise Russlands.⁶²

Nachdem über Jahrzehnte hinweg nur ein relativ geringer Teil der sowjetischen Juden die Emigration als Lebensziel ins Auge gefasst hatte, sahen sich nunmehr immer größere Teile der jüdischen Bevölkerung gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um dem Druck zu entgehen. In mancher Hinsicht ähnelte diese instabile Lage der Situation zwischen Februar und Oktober 1917: Der Antisemitismus

60 Zahlreiche Belege hierzu bei Robert Wistrich: Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, Rastatt 1989, S. 309 ff.

61 Aus Polen wurden allerdings im Zuge einer »antizionistischen« Kampagne Anfang 1968 etwa 25 000 Juden vertrieben. Vgl. Adam Ciolkosz: »Anti-Zionism« in Polish Communist Party Politics, in: Robert S. Wistrich (Hg.): The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London-Totowa, N. J. 1979, S. 137-152; Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 257 ff.

62 In der Zeit des Zerfalls der UdSSR 1989-1991 war die Organisation »Pamjat« (Memorial) treibende Kraft bei der Propagierung des Antisemitismus, die sie mit einer Kampagne gegen das »Freimaurerertum«, oder was sie dafür hielt, verband. Vgl. Mark Deic, Leonid Churavlev: Pamjat – kak ona est', Moskau 1991.

wurde staatlicherseits verboten, doch seinen Exponenten konnten kaum noch Zügel angelegt werden. Jeder Fortschritt bei der Einrichtung einer jüdischen kulturellen Infrastruktur rief neue antisemitische Angriffe hervor. Teile des Offizierskorps, der alten Nomenklatura und ehemalige Propagandisten des »Marxismus-Leninismus« an Hochschuleinrichtungen versuchten, ihr dramatisch gesunkenes Sozialprestige durch einen militanten Nationalismus und Antisemitismus zurückzugewinnen. Ihr Appell an den Rassismus fand und findet offene Ohren bei vielen Verlierern des Kurses in Richtung eines Manchester-Kapitalismus, den die gewendete Bürokratie einschlug. Seit 1990 hat über eine halbe Million russischer Juden das Land verlassen, die Mehrheit in Richtung Israel. Die zweitgrößte jüdische »Diaspora«-Gemeinschaft der Welt löste sich auf. Dies zeigt auf bedrückende Weise, dass der stalinistische Sozialismus die jüdische Frage nicht gelöst hat. Sein negatives, unheilvolles Erbe wirkt noch lange fort. Doch muss mit Blick auf die tiefsitzenden, immer wieder reaktivierten antisemitischen Traditionen wohl generell bezweifelt werden, ob den verbliebenen Juden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine Zukunft als ethnisch-soziale Gemeinschaft beschieden ist.

Einige Schlussfolgerungen für die Forschungsarbeit

Was ergibt sich aus all dem für die Forschung, die sich – hoffentlich in steigendem Maße – diesen Fragen zuwendet? Einige Probleme seien genannt:

1. Welchen Einfluss hatten die unmittelbaren und die mittelbaren Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung im August 1914? Die unmittelbaren Folgen waren die Herausbildung verschiedener Zentren der internationalen Arbeiterbewegung, die dann 1923 in die Etablierung zweier einander bekämpfender Internationalen, der Komintern und der SAI, mündete. Alle Argumente, auch im Hinblick auf den Antisemitismus, den Zionismus, die Palästina-Problematik oder die jüdische Frage allgemein, wurden unter den Bedingungen einer Konkurrenz-Situation entwickelt. Statt des Dialoges der verschiedenen Organisationen gab es eine oft bis ins Irrationale übersteigerte wilde Kontroverse, an der beide Seiten ihren Anteil hatten.⁶³ Die mittelbaren Folgen dieser Entwicklung hängen mit der immer stärkeren Bürokratisierung von Komintern, SAI und ihren jeweiligen Parteien zusammen. Im Kampf gegen die jeweils andere Internationale erblickten stalinistische wie auch reformistische Ideologen, Propagandisten oder Sachwalter ihr vermeintlich ureigenes Interesse. Dass diese tragische Entwicklung eine unüberwindbare Kluft schuf, aus der heraus der Nazismus einen Teil seiner tödlichen Destruktionskraft bezog, ist in der Forschung kaum noch umstritten.

63 So glaubte der SPD-Vorsitzende Otto Wels auf dem Gründungskongress der SAI 1923 in Hamburg vor der »Schlammwelle der kommunistischen Bewegung« warnen zu müssen. Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 15. Die spiegelbildliche »Sozialfaschismus-Theorie« und ihre desaströsen Folgen für die Entwicklung der Komintern sind bekannt.

2. Das sozialistische Assimilationskonzept wurde durch Auschwitz und die ihm folgenden Entwicklungen, die Gründung des Staates Israel, aber auch durch den stalinistischen Antisemitismus vollends fraglich. Dieses Konzept hatte die Integration der Juden in die allgemeine Arbeiterbewegung wie in die Gesamtbevölkerung ihrer jeweiligen Länder zum Prinzip erhoben. Eine solche doppelte Forderung an progressive Juden, ihre Identität mindestens teilweise aufzugeben, hat aber auf lange Sicht weder zum Abbau des Antisemitismus irgendwo in der Welt beigetragen, noch gar die Massenvernichtung im Zweiten Weltkrieg verhindern können. Sie ermöglichte auch keine Integration der Juden in die Gesellschaft der Sowjetunion oder einiger anderer, dem Anspruch nach sozialistischer Länder. Zumindest erleichterte der Verzicht auf jüdische Identität eine Integration nicht.

3. Dem Konzept einer Assimilation durch Integration bei Verzicht auf jüdische Identität, wie es die Komintern und Teile der SAI verfochten, standen vorrangig zwei Alternativkonzepte entgegen: das des Jüdischen Arbeiterbundes – Integration durch Organisierung eigenständigen jüdischen Lebens – und der Zionismus mit dem Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, der möglichst vielen Juden zur Heimstatt werden sollte. Der Bund wurde in der Sowjetunion als Organisation aufgelöst, spätere Versuche der Organisierung jüdischen Lebens blieben immer der stalinistischen Politik verhaftet. In Polen, wo der Bund als eigenständige Partei in der Zwischenkriegszeit existierte, beendete der Naziterror alle Möglichkeiten einer jüdischen Arbeiterbewegung. Deshalb sollten beide Konzepte kritisch danach befragt werden, inwieweit sie eine – aus dem historischen Kontext heraus und nicht nur im Nachhinein – realisierbare Möglichkeit boten, den Antisemitismus erfolgreich zu überwinden. Natürlich muss der Doppelcharakter des Zionismus dabei Beachtung finden: seine emanzipatorische Seite ebenso wie seine gegen die Araber Palästinas gerichtete Dimension.

4. Die proletarischen Kleinorganisationen und ihre wichtigsten Vertreter haben vor dem Machtantritt Hitlers die nazistische Bewegung, einschließlich ihres verinnerlichten Antisemitismus, präziser analysiert als Komintern- und SAI-Experten. Ist es ein Zufall, dass Leo Trotzki, der eine der besten und konsistenten individuellen Faschismus-Analysen gab, auch als erster innerhalb der Arbeiterbewegung die schreckliche Möglichkeit einer totalen Vernichtung der Juden antizipierte? In einem Brief vom 22. November 1938 an amerikanische Genossen schrieb er: »Es ist ohne Schwierigkeiten möglich, sich vorzustellen, was die Juden beim bloßen Ausbruch des künftigen Weltkrieges erwartet. Aber sogar ohne Krieg wird gewiss die nächste Entwicklung der Weltreaktion die physische Ausrottung der Juden bedeuten.«⁶⁴ Ist es ferner ein Zufall, dass August Thalheimer, Sprecher einer anderen wichtigen Kleingruppe, der KP-Opposition, 1948 gegen jede nationalistische Interpretation des arabisch-jüdischen Konfliktes Stellung be-

64 Leon Trotsky: Appeal to American Jews menaced by Fascism and Anti-Semitism, in: ders.: On the Jewish Question, New York 1970, S. 29. Hervorhebung im Text.

zog? Er schrieb damals: »Der leitende Gesichtspunkt der internationalen Arbeiterbewegung in der Palästinafrage müsste sein, sich in den arabischen Ländern Kräfte gegen die feudalen Herrschaften zu schaffen und sie mit den entsprechenden Kräften in Israel zusammenzubringen, um ein friedliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen Israel und der arabischen Umwelt zu erzielen. Es ist klar, dass dieses Ziel, wenn überhaupt, so nur auf längere Sicht zu erreichen ist, denn die Widerstände gegen eine solche Lösung sind riesengroß. Aber der arabische Fellache und Arbeiter hat zu den hebräischen Arbeitern und Bauern keine Gegensätze, die nicht zu überwinden wären.«⁶⁵

5. Der weitgehende Zerfall der kommunistischen Bewegung erzwang langandauernde Überlegungen zu den Ursachen, aber auch zu den Folgen. Der nach den traumatischen Erfahrungen mit dem Nazismus später in Nordamerika, in Westeuropa und sogar in einigen osteuropäischen Ländern wie der DDR und Ungarn zeitweilig zurückgedrängte Antisemitismus konnte mit einer allmählichen Verunsicherung und Verarmung breiter Teile der abhängig Beschäftigten in den westlichen Industriestaaten sowie mit den verheerenden Begleiterscheinungen des Umbruchs in Osteuropa erneut zu einer politischen Kraft werden. Mit der langanhaltenden wirtschaftlichen Depression in einer Reihe entwickelter Länder mit einem relevanten jüdischen Bevölkerungsanteil erlebten diese Schichten – trotz des unleugbaren Stalinschen Antisemitismus – ein Ende der zwei Generationen lang dauernden Aufwärtsentwicklung, so wichtig die Gründung zahlreicher jüdischer Kulturinstitutionen seit 1990 wurde. Der größte Teil der Juden in Ost- und Ostmitteleuropa zog es vor, nach Israel, in die USA oder auch nach Deutschland auszuwandern. Gerade in Israel ist jedoch aufgrund der militärischen Konflikte die physische Existenz von Juden tragischerweise mehr bedroht als an fast jedem anderen Platz der Welt.

»Unter diesen Bedingungen«, schrieb Ernest Mandel 1992, »können revolutionäre Sozialisten durch einen konsequenten Einsatz für die Menschenrechte, einen radikalen Kampf gegen jegliche Form des Antisemitismus, gegen jegliche Form von Diskriminierung und durch eine prinzipielle Absage sowohl an den Stalinismus wie auch an den Kapitalismus zum ersten Male seit 1941 (dem Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR; M. K.) wieder ein breiteres Gehör bei den von den neuen sich anbahnenden Katastrophen bedrohten Juden finden.«⁶⁶

Ob der Niedergang der sozialistischen Bewegung in absehbarer Zeit gestoppt werden kann, hängt auch davon ab, dass die Einstellung gegenüber Juden und allen anderen Minoritäten nicht mehr vom Zweckdenken bestimmt und angeblich höherstehenden politischen Erwägungen untergeordnet wird.

65 August Thalheimer: Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 337.

66 Ernest Mandel: Trotzki als Alternative, Berlin 1992, S. 233.

Fünf Thesen zu einer offenen gesellschaftlichen Zukunftsfrage¹

1. Es gibt schönere Themen als Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland. Aber sie gehören zum Alltag. Wir haben es dieser Tage gerade in der sächsischen Kleinstadt Mügeln erlebt. Bei einem Volksfest gab es plötzlich eine Hatz auf acht Inder. Ich werde auf diesen ausländerfeindlichen Vorfall noch zurückkommen.

Gerade weil ich zu einem sehr kritischen Befund komme, sage ich zugleich: Die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland anno 2007 sind nicht gleichzusetzen mit den Verhältnissen in der Weimarer Republik anno 1932/33 – nicht politisch, nicht wirtschaftlich, nicht gesellschaftlich. Mit Ausnahme einer Frage: Wie stabil und belastbar sind die Demokratie und die Verfassung?

2. Anfang dieses Jahres wurde in Berlin eine jüdische Schule nebst Kindergarten besudelt. »Juden raus« war an der Fassade des Gebäudes zu lesen. SS-Runen waren auf Kinderspielzeug geschmiert. Als wir uns danach in der Synagoge zum solidarischen Gebet sammelten, fragte ein Rabbiner: »Wie soll ich das den Kindern erklären?«

Ich habe den Umgang mit Kindern erlernt, studiert und als Lehrerin praktiziert. Aber auf diese einfache Frage hatte auch ich keine Antwort. Ich war ratlos. Diese Geschichte schilderte ich später genauso, als ich vom Moses-Mendelssohn-Zentrum eingeladen war. Danach las ich in der »Jüdischen Allgemeinen« einen Kommentar. Sinngemäß hieß es da: So weit sind wir gekommen. Selbst Politiker drücken sich vor Antworten.

Diese Episode mit Nachschlag habe ich vorangestellt, weil ich wirklich keine fertigen Antworten habe. Und weil ich finde: Auch Politiker haben zuweilen ein Recht, sprachlos zu sein. Aber in einem irrt die Autorin des Kommentars: Ich weiche dem Problem nicht aus. Und selbst wenn ich keinen Königsweg als Lösung anbieten kann, so kann ich doch zumindest beschreiben, was keine Lösungen sind. Und das ist mehr als nichts.

3. Seit Jahren frage ich Monat für Monat die Bundesregierung: Wie viele Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund wurden registriert. Der Befund ist schlimm. Im bundesweiten Schnitt werden stündlich 2,5 Straftaten und Tag für Tag 2,5 Gewalttaten registriert. Die Zahlen sind »vorläufig«. Und sie sta-

¹ Einführungsbeitrag zum Dialog im Berlin Office des American Jewish Committee, 4. September 2007.

peln tief. Quervergleiche belegen, dass die realen Zahlen zwei- bis dreimal höher liegen.

Entsprechend größer ist die Zahl der Opfer, die von rechtsextremistischer Gewalt betroffen sind. Das heißt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben. Nachgewiesen ist, dass allein in den zehn Jahren zwischen 1990 und 2000 mindestens hundert Menschen zu Tode kamen. Die aktuelle Liste dürfte umfangreicher sein. Nur: Es gibt sie nicht, jedenfalls nicht offiziell.

Damit komme ich zu meiner ersten These: Die Gefahren, die von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ausgehen, werden noch immer unterschätzt und heruntergespielt. So lange ich Mitglied des Bundestages bin, gab es dazu keine wirklich ernstzunehmende Debatte mit tatsächlichen Konsequenzen. Es gab Appelle, es gab Demonstrationen, es gab Programme. Aber es mangelt schon an einer gründlichen Analyse.

4. Mit dieser Kritik meine ich die große Politik, auch etliche relevante Medien, nicht aber die zahlreichen Initiativen der Zivilgesellschaft, auch nicht engagierte Wissenschaftler. Es gibt viele Umfragen, soziologische Untersuchungen und fundierte Meinungen, die als Politikberatung eingestuft werden könnten und ernstzunehmen sind. Aber sie fallen bislang zumeist auf unfruchtbaren Boden – ein gefährlicher Leichtsinn.

Damit bin ich bei meiner zweiten These: Rechtsextremismus wird vorwiegend als Thema der Innenpolitik oder der Justiz behandelt. Das ist kurzsichtig. Kurzsichtig, weil hier auf Repression statt auf Prävention gesetzt wird. Kurzsichtig, weil hier alle Fragen ausgeblendet werden, die rechtsextreme Einstellungen und Taten begünstigen. Und kurzsichtig, weil so die Gesellschaft und die Individuen aus der Verantwortung entlassen werden.

Der oft gepriesene »starke Staat« ist keine Antwort auf den latenten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Auch, weil der sogenannte starke Staat immer weniger als demokratischer, sozialer und gerechter Staat wahrgenommen wird. Die Menschen spüren das. Demokratieverdruss grassiert. Genau das aber ist ein Einfallstor für rechtsextreme Kameraden mit ihren nationalistischen Parolen.

5. Wir erleben diesen Einfall derzeit besonders in den neuen Bundesländern. Das liegt an den Hinterlassenschaften der DDR, lautet die bevorzugte Erklärung. Ja, das auch. Aber auch das ist eine oberflächliche Erklärung. Und die Antworten, die folgen, sind es ebenso. Etwa: Der Osten habe ein Toleranzdefizit. Oder: Es mangle den neuen Bundesländern an einer couragierten Zivilgesellschaft. Mein Befund ist viel schlimmer.

Zunehmend schwindet in den neuen Bundesländern die Zivilgesellschaft überhaupt, insbesondere in ländlichen Regionen. Sie veröden, es gibt keine Arbeit und

mithin für viele auch keine Zukunft. Wer kann, der flieht in den Westen. Zurück bleiben Alte und minder Qualifizierte. Meine Beschreibung ist holzschnittartig. Aber sie beschreibt ein reales Problem, das weder durch die Polizei noch durch die Justiz gelöst werden kann.

Viele Menschen fühlen sich entwürdigt, zunehmend auch in westlichen Regionen. Sie fühlen sich machtlos gegenüber den Verhältnissen. Sie wollen sich erheben. Und sie erheben sich gegen andere, indem sie diese erniedrigen. Das ist keine Rechtfertigung. Aber das ist eine offene Andockstelle, die zum Beispiel von der NPD oder von rechtsextremistischen Kameradschaften offensiv genutzt wird.

6. Nun komme ich noch einmal auf den aktuellen Vorfall in Mügeln zurück. Er ist nämlich durchaus typisch und das auf zwei Ebenen. Ich beginne mit der lokalen Ebene. Der Bürgermeister wiegelte sofort ab. Rechtsextremismus gebe es in Mügeln nicht, schon gar keinen organisierten, auch keine Ausländerfeindlichkeit. Zur Erinnerung: 50 Teilnehmer eines Volksfestes hatten plötzlich acht Inder gejagt.

Ich kannte Mügeln bis dahin nicht. Also machte ich mich kundig. Nach einer halben Stunde wusste ich: Vor wenigen Jahren gab es in Mügeln einen Jugendclub, den Rechtsextreme für sich als »national-befreite Zone« reklamiert hatten. Die NPD wurde zuletzt von fast zehn Prozent aller Wähler gewählt. Und im Ort ist noch immer ein Versandhandel registriert, der unter anderem CDs mit fremdenfeindlicher Hass-Musik vertreibt.

Ein Bürgermeister, der das nicht wahrhaben will, ist wirklich auf dem rechten Auge blind. Aber das Problem liegt wiederum tiefer. Offensichtlich gibt es wirklich keine organisierte rechtsextreme Szene, die das Pogrom von Mügeln vorbereitet hat. Die nationale Volksseele hatte sich unorganisiert Luft gemacht. Das ist viel schlimmer. Und der örtliche Bürgermeister findet noch immer, er und sein Mügeln würden diffamiert.

7. Nun zur zweiten Ebene, die der Bundespolitik. Sie reagierte nicht besser, sondern nach erprobtem Muster. Erst schwappte die Empörung hoch. Dann folgten wechselseitig parteipolitische Schuldzuweisungen. Wie zu erwarten, wurde debattiert, ob das Thema Rechtsextremismus besser beim Familienministerium oder beim Innenressort aufgehoben sei. Und dann folgte der Seitwärtsschritt: Nun müsse die NPD endlich verboten werden.

Die Bundesebene reagierte also keinen Deut besser als die Politik vor Ort. Auch die Medien agierten wie gewohnt. Sie wallten auf, und nach einer Woche war alles wieder weg, raus aus den Schlagzeilen und raus aus dem Sinn. Damit bin ich bei meiner dritten These: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden noch immer vorwiegend als Vorfall behandelt, nicht aber als permanente Herausforderung.

Wieder nehme ich alle Initiativen, Bündnisse und Organisationen aus dieser Kritik heraus, die sich alltäglich rechtsextremistischen Strategien und Praktiken

widersetzen und für Toleranz und Demokratie werben. Nur: Sie stehen leider nicht hoch im Kurs. Mit dem jüngsten Bundes-Programm wurden sie ausgebootet. Der Kampf gegen Rechts wurde verstaatlicht und in die Hände von Bürgermeistern wie in Mügeln gelegt.

8. Mügeln habe ich als aktuelles Beispiel angesprochen und damit zugleich indirekt ein Klischee bedient, das Ost-Klischee. Denn wenn hierzulande allgemein über Rechtsextremismus die Rede ist, dann wird es vorwiegend als Rand-, Jugend- oder Ostproblem behandelt. Das ist falsch. Wir haben es mit einem bundesweiten Problem zu tun, das inmitten der Gesellschaft zu Hause ist, in Ost wie West, stets abrufbar und das alltäglich.

Vor Jahren gab es den Versuch, in Deutschland endlich eine doppelte Staatsbürgerschaft einzuführen. Die Grünen wollten es, die SPD schien geneigt, und meine Partei hielt das ohnehin für überfällig. Dann ging die Union auf die Straße, im Westen. Sie sammelte Unterschriften und sehr viele kamen und fragten: »Kann man hier endlich gegen Ausländer unterschreiben?« Solche Motive und Vorbehalte sind bundesweit verbrieft.

Ein ähnliches Beispiel: Bundeskanzler Schröder wollte Computerspezialisten aus Indien anwerben. Die CDU konterte mit dem rassistischen Slogan: »Kinder statt Inder!« Nun wurden in Mügeln Inder gejagt. Es gibt keinen direkten Zusammenhang. Aber dieselben Politiker, die sich nach sogenannten Vorfällen wundern, dass es brennt, legen häufig selbst die Lunte an einen latent aktivierbaren Rassismus.

9. Meine erste These war: Die Gefahren, die von Rechtsextremismus und Rassismus ausgehen, werden noch immer unterschätzt. Das ist gefährlich. Meine zweite These hieß: Rechtsextremismus wird vorwiegend als Thema der Innenpolitik oder der Justiz behandelt. Das ist kurzsichtig. Meine dritte These lautet: Rechtsextremismus wird in aller Regel als Störfall behandelt. Das widerspricht aber den alltäglichen Tatsachen.

Es gibt übrigens noch einen weiteren Debatten-Pfad. Der meint: Rechtsextremismus und Rassismus gibt es in allen großen EU-Ländern, in Österreich ebenso wie in Frankreich, Italien oder Spanien. Eine stabile Demokratie müsse das bis zu einem bestimmten Grad verkraften. Ich halte diese Auffassung für zynisch. Denn bevor Rechtsextremisten eine Gefahr für die Demokratie werden, sind sie eine Gefahr für Menschen.

In dieser Argumentation steckt zugleich eine Unterschätzung des Rechtsextremismus. Wir wissen von der NPD, dass sie eine klare Strategie verfolgt, und zwar durchaus mit Erfolg. Sie will an die Macht: erst im Kiez, dann im Land, schließlich, wie sie sagt, im IV. deutschen Reich. Das darf man nicht als mitteleuropäische Normalität hinnehmen und akzeptieren. Das muss als unnormal geächtet werden.

10. Nun habe ich beschrieben, wie man das Problem aus meiner Sicht nicht in den Griff bekommt. Meine vierte These ist daher: Wir brauchen endlich eine ressortübergreifende Strategie, die sich auf Sachkompetenz stützt und auf die Stärkung der Zivilgesellschaft zielt. Ich weiß, das klingt wie eine übliche Politikerfloskel. Deshalb will ich die dröge Formel mit einigen praktischen politischen Vorschlägen illustrieren.

Wir, und damit meine ich DIE LINKE, fordern seit langem für die Bundesrepublik Deutschland eine unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus nach EU-Vorbild. Sie könnte stimmige Analysen erarbeiten. Das wäre wichtig. Denn ohne stimmige Analysen kann es keine klugen Strategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geben.

Ich sprach eingangs über Zahlen, die tiefstapeln. Zwei Gründe dafür will ich nennen. Vielfach wird bei den Ermittlungen vor Ort der rechtsextremistische Hintergrund einer Tat nicht erkannt. Oder er wird bewusst geleugnet, weil Politiker Sorge um das Image oder um den Wirtschaftsstandort ihrer Stadt oder des Landes haben. Eine unabhängige Beobachtungsstelle hätte diese Blockaden nicht.

11. Noch ein zweiter Vorschlag leitet sich aus meiner vierten These ab, also der nach einem ressortübergreifenden Ansatz. Ich habe vorgeschlagen, eine Beauftragte des Bundestages für Demokratie und Toleranz einzusetzen, die im Bundeskanzleramt alle Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus koordiniert. Auch, um damit von der verengten Zuständigkeit der Innenpolitik und der Justiz wegkommen.

Denn ich finde: Alle politischen Ressorts haben eine Verantwortung dafür, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zurückgedrängt werden: die Bildungspolitik, die Kommunalpolitik, die EU-Politik, die Kulturpolitik, die Sozialpolitik, die Sportpolitik, die Finanzpolitik und so weiter. Deshalb brauchen wir auch einen neuen strukturellen Ansatz, der sich diesem umfassenden Anspruch öffnet.

Beide Vorschläge korrespondieren übrigens durchaus mit einem aktuellen Anliegen des Moses-Mendelssohn-Zentrums und zahlreicher Nichtregierungsorganisationen. Sie regen einen Jahresbericht der Bundesregierung über antisemitische Aktivitäten an. Beide, die unabhängige Beobachtungsstelle und eine Bundesbeauftragte für Demokratie und Toleranz, könnten dafür hilfreich sein.

12. Nun will ich auf zwei weitere Vorschläge eingehen, die im Gespräch sind. Der erste zielt auf ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD. Ich bin da – aus Erfahrung – sehr skeptisch. Das erste Verfahren war gescheitert, weil das Verfassungsgericht nicht mehr unterscheiden konnte, welches Verbotsargument originär von der NPD stammte und welches von V-Leuten der Polizei und Geheimdienste. Dieses Problem besteht fort.

Der zweite Vorschlag zielt auf einen Demokratie-Gipfel, an dem von der Politik über die Kirchen bis zu den Gewerkschaften alle gesellschaftlich relevanten Gruppen teilnehmen. Einen solchen Gipfel kann man einberufen. Aber er wird nichts lösen. Er kann bestenfalls eine Initialzündung sein und signalisieren, dass man gemeinsam die Herausforderung Rechtsextremismus ernst- und annehmen will.

Mehr nicht, womit ich bei meiner fünften These wäre: Im Kampf gegen Rechts-Extremismus, Rassismus und Antisemitismus hilft uns kein »Aufstand der Anständigen« mehr, dem alsbald die Zuständigen abhanden kommen – wie im Jahr 2000 nach den Anschlägen auf Jüdinnen und Juden in Düsseldorf. Wir brauchen vielmehr einen Marathon aller Demokratinnen und Demokraten und das mit langem Atem.

13. Im letzten Teil meines Beitrages möchte ich explizit noch etwas zum Antisemitismus sagen. Wir hatten dieser Tage ja zwei herausragende Ereignisse in Berlin: erst in Berlin-Prenzlauer Berg die Wiedereröffnung einer der wichtigsten Synagogen in Deutschland und dann die feierliche Einweihung des Chabad-Lubawitsch-Zentrums in Berlin-Wilmersdorf. Beide wurden zu Recht als Zeichen deutscher Zukunft im neuen Berlin gewürdigt.

Aber es gibt auch andere Zeichen. Man braucht sich nur den Alltag ansehen: Synagogen werden mit Pollern bewahrt. Jüdische Kindergärten müssen von Polizisten bewacht werden. Bei Jüdischen Fest- oder Gedenkveranstaltungen gilt die höchste Sicherheitsstufe. Und Gideon Joffe hat allen Berlinerinnen und Berlinern als Härtestest empfohlen, sie sollten nur mal einen Tag mit einer Kippa durch die Stadt gehen.

Es gibt keine Normalität für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Und die Normalität, die es gibt, ist alles andere, als beruhigend. Berlin definiert sich selbst als eine weltoffene, tolerante Metropole. Verschiedene Kulturen und Religionen gelten als Bereicherung und Chance. Das ist offizielle Senatspolitik. Das wird von Millionen Berlinern so gelebt. Aber der Alltag ist kein Karneval der Kulturen. Er ist widersprüchlicher.

14. Es gibt zahlreiche Umfragen, Untersuchungen und Forschungsarbeiten zum Thema »Antisemitismus«. Auch das American Jewish Komitee hat ja eigene in Auftrag gegeben. Ich brauche hier also keine Zahlen zu zitieren. Sie weichen zuweilen auch voneinander ab. Und manche Methoden oder Definitionen, nach denen »Antisemitismus« messbar gemacht werden soll, sind umstritten. Das alles will ich hier nicht beurteilen.

Aber eines belegen alle Erhebungen: Es gibt einen latenten Antisemitismus, der sich aus verschiedenen Quellen speist und der jederzeit aktivierbar ist, bis hin zu Gewalttaten. Wieder gilt das für Ost und West gleichermaßen. Und wieder gilt: So, wie es Ausländerfeindlichkeit ohne Ausländer gibt, so gibt es auch Antisemi-

tismus ohne Jüdinnen und Juden. Sie führen offenbar ein Eigenleben im Deutschen.

Nun weiß ich auch, dass es sich nicht um ein deutsches Phänomen handelt, sondern um ein weltweit anzutreffendes. Aber Antisemitismus in Deutschland hat noch immer einen einmalig-bitteren Beigeschmack. Deshalb habe ich mich seit Anfang der 90er Jahre für das Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen und Juden eingesetzt. Und ich freue mich, welchen Zuspruch es seit seiner Eröffnung findet.

15. Gleichwohl haben wir es beim Antisemitismus mit einer besonderen Form des Fremdenhasses zu tun. Antisemitismus ist keine Einstellung, die sich vorwiegend im rechten Spektrum findet. Man findet sie massiv in islamistisch geprägten Milieus. Man findet sie am linken Rand. Und man findet sie selbst in Parteien, die sich ausgesprochen liberal sehen und sich selbst für die eigentliche Partei der Mitte halten. Ich meine die FDP. Ich habe noch gut in Erinnerung, wie der FDP-Politiker Jürgen W. Möllemann mit seinem »Projekt 18« auf Stimmenfang ging und dabei auch antisemitische Vorurteile bediente. Am »Projekt 18« hat mich übrigens schon die Bezeichnung erregt. Denn »18« ist bekanntlich ein Code alter und neuer Nazis. Es steht für den ersten und den achten Buchstaben im deutschen Alphabet, für »A« und »H«, für »Adolf Hitler«.

Was bei Möllemann möglicherweise Absicht war, ist bei anderen vielleicht pure Unwissenheit. Ich werde jedenfalls immer hellhörig, wenn selbst in öffentlich-rechtlichen Nachrichten von »Mauscheleien« die Rede ist, nachdem in der Wirtschaft oder in der Politik ein Korruptionsfall publik wurde. Ich bin keine Verfechterin von Pflichtliteratur. Aber Victor Klemperers »LTI« sollte schon wieder etwas bekannter werden.

16. Fakt ist, dass sich zuweilen eigenartige Allianzen finden. Linke marschieren auf Pro-Hisbolla-Demonstrationen mit. Extrem-Rechte verbünden sich mit Muslimen, die Gewalt verherrlichen. Durchaus berechtigte Kritik an der Politik Israels – ich habe sie auch – vermischt sich so mit blankem Juden-Hass. Ich habe es in Berlin selbst gesehen. Scheinbare politische Lager werden fließend, unberechenbar, gefährlich.

Vor Kurzem war ich in Berlin-Neukölln bei Sozialarbeitern. Sie haben sich zu einem Verein zusammengeschlossen. Sie engagieren sich gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Sie sind im Kiez aktiv. Dort, wo verschiedene Nationalitäten leben, wo ihre Kinder zur Schule gehen und wo die Eltern – wenn sie nicht arbeitslos sind – als Gemüsehändler, als Apotheker, als Lehrer, als Putzfrau oder als Gastwirt arbeiten.

Sie schilderten mir plausibel und aus eigenem Erleben, wie sich die großen Weltkonflikte bei der Jugend im Kiez spiegeln. Dass sich dort Gangs bilden, die sich entweder Pro-Israel oder Pro-Palästina definieren. Dass sie sich zunehmend bewaffnen. Dass sie sich des Nachts belauern und übereinander herfallen. Es geht

um 12- bis 16-Jährige, um die kommende Generation. Es geht um Berlin, das weltoffene und tolerante.

Schluss-Satz: Auch darauf habe ich noch keine brauchbare Antwort. Aber auch dieses Beispiel belegt: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind keine Störfall aus der Vergangenheit, sondern eine politische und vor allem gesellschaftliche Herausforderung für die Gegenwart und die Zukunft.

»Wir sind keine Antisemiten!« Dichtung und Wahrheit beim deutschen Rechtsextremismus der Gegenwart

In Medienbeiträgen oder Wahlkampfprogrammen, auf Demo-Spruchbändern oder Flugblättern sind direkte antisemitische Äußerungen rechtsextremistischer Parteien und ihrer Anhänger heute selten zu finden. Zum Beispiel findet man im Wahlprogramm der NPD zu den Landtagswahlen im Frühjahr 2008 in Niedersachsen nichts dergleichen.¹ Eher wird eine neue strategische Hauptlinie auch im kommunalen Detail verfolgt. Forderungen nach einer »Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte« oder nach »ausreichender Lehrerversorgung zur Vermeidung von Stundenausfall« klingen plausibel und sprechen (nicht nur) potentiellen Wählern rechtsextremistischer Parteien durchaus aus dem Herzen.

An anderer Stelle des Wahlkampfpapiers wird deutlicher, welche generelle Zielrichtung verfolgt werden soll: »Die Stärkung gesellschaftlicher Bindungen« als Weg aus einer politik- und politikermüden Gesellschaft sieht man als erreichbar an: »In einer Volksgemeinschaft kann der Einzelne erst wieder seine Verantwortung für das Ganze begreifen.« Vehement gefordert wird im Schulwesen eine »notwendige Elitförderung« – und: »Die Trennung von Ausländern und Deutschen in ausländerdominierten Schulen.« Die direkten Anleihen aus dem nationalsozialistischen Sprachgebrauch (»Volksgemeinschaft«) werden bei näherem Hinsehen ebenso deutlich wie die rassistische Ausländerfeindlichkeit, die auf dem Prinzip der Nichtanwendung der universalen Menschenrechte beruht und »die Deutschen« als etwas Besonderes, »Besseres« gegenüber allen anderen Völkern ansieht. Suggestiert wird: Sollte die NPD in Hannover in den Landtag einziehen, würde alles besser werden. Das vorgebliche Ziel dieser stärksten und einflussreichsten rechtsextremistischen Partei in Deutschland, formuliert für dieses Bundesland: »Eine Politik für die Menschen machen und Themen behandeln, die nah am Bürger sind.«²

Auch das »Sofortprogramm der NPD-Fraktion im hessischen Landtag«³, das man bei einem Einzug in ein weiteres Länderparlament zu verwirklichen dachte, wimmelt nur so von Forderungen zur Bevorzugung »der Deutschen« gegenüber hier lebenden »kulturfremden Ausländern«. Auch hier keine offen antisemitische Formulierung.

1 Vgl. www.npd-nienburg.de

2 Vgl. ebenda.

3 Vgl. www.bahnauskunft.com/npd-hersfeld-rotenburg.de

Dafür kann es eine ganz simple Erklärung geben. Auch Rechtsextremisten wissen, dass in Deutschland sogenannte Propagandadelikte Straftatbestände darstellen. Neben dem Zeigen des Hitlergrußes und dem Tragen des Hakenkreuzes an der Kleidung stellen antisemitische Äußerungen in Deutschland Straftatbestände dar, die auch verfolgt werden. Das weiß »man«, danach kann »man« sich richten.

Die NPD und andere rechtsextremistische Parteien haben ihre strategische Grundlinie geändert und die soziale Frage in das Zentrum ihrer Ideologie und Politik gerückt.⁴ Sie präsentieren sich als die angeblich einzige gesellschaftliche Kraft in Deutschland, die sich um die Belange der sozial Schwachen kümmert, deren Interessen sie angeblich am besten vertreten würde. Dies wurde und wird Rechtsextremisten von vielen Menschen geglaubt und – wie beispielsweise die Kommunalwahlen in Niedersachsen und Hessen im Jahre 2007 gezeigt hatten – nicht nur im Osten Deutschlands.⁵

Und der Antisemitismus?

Jürgen Gansel, Mitglied des Parteivorstandes der NPD und Mitglied ihrer Fraktion im Sächsischen Landtag, hat sich in einem Schulungsmaterial⁶ auch dazu geäußert. Unmissverständlich werden »die Juden« und das Verhalten ihnen gegenüber dort eingeordnet, wo sie nach Auffassung der NPD hingehören: Der Abschnitt 1 des Schulungsmaterials ist überschrieben »Argumentationshilfe zum Ausländerthema«. »Die Juden« werden im Rechtsextremismus mit Israel in eins gesetzt. Wenn gefordert wird, die Ausländerbeauftragten in »Rückführungsbeauftragte« umzubenennen oder in jedem Mecklenburger Dorf zur Landtagswahl auf Plakaten der Spruch zu finden war: »Gute Heimreise!«, dann sind dabei immer auch die in Deutschland lebenden Juden mit gemeint – ausgesprochen oder unausgesprochen.

Die führenden Repräsentanten des Zentralrats der Juden in Deutschland sind bevorzugte Zielpersonen für antisemitische Angriffe. Ignatz Bubis hatte man oft gefragt; »Herr Bubis, wann fahren Sie wieder nach Hause?« Seinem Amtsnachfolger Paul Spiegel ging es nicht besser. Und die Flut wüster Beschimpfungen von Charlotte Knoblauch hat in rechtsextremistischen Medien eher zu- als abgenom-

4 Vgl. dazu grundsätzlich: Peter Bathke, Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin 2006; Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007; Fabian Virchow: Volks- statt Klassenbewegung. Weltanschauung und Praxiologie der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland seit 1990 am Beispiel der »sozialen Frage«, in: Jürgen Hofmann, Michael Schneider (Hrsg.): ArbeiterInnenbewegung und Rechtsextremismus. ITH-Tagungsberichte 41, Wien 2007, S. 165-185.

5 Vgl. Horst Helas: Rechtsextremismus in der Mitte der deutschen Gesellschaft, Rosa-Luxemburg-Stiftung, standpunkte 2/2006.

6 Vgl. Argumente für Kandidaten & Funktionsträger. Eine Handreichung für die öffentliche Auseinandersetzung. www.npd-de

men. Eine Dokumentation solcher anonymen, aber auch mit deutlichem Absender versehenen »Meinungsäußerungen« würde viele Ausstellungsräume füllen.

Unter Punkt 1.6. des genannten Schulungsmaterials finden sich Richtlinien zur Beantwortung der Frage: Ist die NPD eine »antisemitische« Partei? Zwei Argumentationslinien werden entwickelt.

Erstens: Kritik an »jüdischen Interessenverbänden« sei doch wohl kein Antisemitismus, sondern legitim. »Juden unterliegen keinem Kritikverbot.« Der Text wird dadurch nicht besser, dass Norman Finkelstein als Kronzeuge für derartige »Kritik« benannt wird.⁷

Zweitens: Der folgende, in diesem Papier letzte Abschnitt zum Thema Antisemitismus ist so klar formuliert, dass man sich schon wieder wundert. Ganz offen und unmissverständlich werden rechtsextremistische Grundpositionen vorgetragen, die man seit Jahren kennt und die im Sinne von »Wortergreifungsstrategie« – wo immer sie gelingt – gegenwärtig stärker als zuvor in die Öffentlichkeit getragen werden. Dies verwundert auch deshalb, weil für die Entwicklung einer demokratischen Gegenargumentation zum Antisemitismus – freiwillig oder eher unbedacht (?) – Material geboten wird. Der Abschnitt hat folgenden Wortlaut: »Antisemitismus meint wohl Kritik an Juden? Selbstverständlich darf man auch Juden kritisieren. Der von jüdischer Seite seit 60 Jahren betriebene Schuldskult und die ewige jüdische Opfertümelei muss sich kein Deutscher gefallen lassen. Es muss endlich Schluss sein mit der psychologischen Kriegsführung jüdischer Machtgruppen gegen unser Volk. Schließlich ist klar, dass die Holocaust-Industrie mit moralischen Vorwänden die Deutschen immer nur wieder finanziell auspressen will.«⁸

Dass diese stringente Argumentationslinie für die Politische Bildung der Funktionäre, Mitglieder und Wahlkandidaten der NPD auch auf Widerspruch in den eigenen Reihen stößt, verwundert nicht, ist aber beachtenswert. Drei Beispiele.

Auf dem nunmehr schon vierten »Fest der Völker« im Thüringischen Jena rief der NPD-Vorsitzende Udo Voigt im August 2007 in Anwesenheit von Vertretern ausländischer rechtsextremistischer Parteien dazu auf, die Zusammenarbeit in Europa zu stärken: »(...) wir haben heute überall in Europa die gleichen Probleme. Millionen von Menschen von anderen Kontinenten, von anderen Kulturkreisen, dringen in unsere Völker, in unseren Kontinent hinein. Und wir müssen uns heute dazu bekennen. Wollen wir eine multikulturelle Gesellschaft? – »Nein«! Wollen wir einen Schmelztiegel? – »Nein«! Oder wollen wir uns zu unseren Völkern und zu unseren Volksgemeinschaften bekennen? Ich denke, es ist wert, dass wir für unsere Völker streiten.«⁹ An anderer Stelle betonte Voigt, dass der Kampf gegen die Globalisierung besonders wichtig sei. Der Gegner USA (und in der Regel mit

7 Angespielt wird hier vor allem auf folgende umstrittene Publikation: Norman G. Finkelstein: Antisemitismus als politische Waffe. Israel, Amerika und der Missbrauch der Geschichte, München-Zürich 2005.

8 Wie Anmerkung 6.

9 Zitiert nach Horst Helas: Transnationale Beziehungen des deutschen Rechtsextremismus. Beitrag zum Europäischen Workshop: Die Neuformierung der politischen Rechten in Europa, Hamburg 28./29. 9. 2007, Ms.

diesem Land »die Juden der amerikanischen Ostküste«) wurden diesmal nicht explizit angesprochen.

Auf einem Kongress rechtsextremistischer Organisationen in Moskau soll es einen heftigen Streit darüber gegeben haben, ob die europäischen Staaten nicht mit Israel enger zusammenarbeiten sollten – als geeigneter Verbündeter in einer antiislamischen Front. Der ehemalige Ku-Klux-Klan-Führer und Holocaust-Leugner David Duke aus den USA soll dieses Ansinnen heftig zurückgewiesen haben.¹⁰

Nur angemerkt sei, dass es ein noch wenig erforschtes Feld ist, wie sich die theoretische und praktische Zusammenarbeit bzw. Parallelität im Denken und Handeln von in Deutschland geborenen Rechtsextremisten mit solchen, die in einem anderen Land geboren wurden (der Verfassungsschutz nennt dieses Phänomen »Ausländerextremismus«), gegenwärtig vollzieht.

Für Rechtsextremisten eher ungewohnte Aussagen finden sich in einem Papier der Jugendorganisation der NPD, Junge Nationalisten (JN) des Kreisverbandes Staßfurt (Sachsen Anhalt). Unter der Überschrift: »Für nationalen Sozialismus – weltweit!« Dort heißt es – ein längeres Zitat sei erlaubt – in einem Kontinente übergreifenden Rundumschlag: »Chauvinistische Tendenzen, dass das deutsche Volk oder die ›weiße Rasse‹ über andere Nationen oder Völker triumphieren soll, zeugen von einem fehlgeleiteten Nationalismus vergangener Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte. Die Erkenntnis, die uns erst zu Menschen macht, nämlich dass alle Menschen gleich sind, scheint noch keinen Platz im Denken und Handeln von so manch' Stammtischpatrioten zu finden. Doch aus genau diesen Gründen verspielen wir unsere lang erkämpfte Seriosität in der bürgerlichen Mitte oder bei Kameraden aus dem verbrüderten Ausland. Einerseits stellen wir uns in eine ideologische Front mit Freiheitsbewegungen, wie etwa in Palästina, Iran oder dem Irak, und andererseits degradiert manch' Zurückgebliebener eben diese Leute zu minderwertigen Wesen. Ohne es zu wissen, spielt er damit dem Großkapital in die Hände, das genauso versucht, die letzten freiheitsliebenden Völker zu vernichten. Er macht sich selbst zur Marionette der BRD und verkommt zu einer identitätslosen Schablone. Nationaler Sozialismus steht für die Freiheit und Eigenständigkeit aller Völker. Genau darum kämpfen wir, und deshalb sollten wir uns auch für die Völker Afrikas einsetzen, die unter der Herrschaft des internationalen Kapitals zu leiden haben. Sie sind die ersten Opfer des Systems, das wir zu Recht ablehnen. Sie sind Brüder im Kampf um für eine bessere Welt. Reichen wir ihnen ohne Scheu die Hand. Sagen wir auch den letzten Chauvinisten den Kampf an, denn ohne unsere Vernunft können wir noch etliche Zeit auf die langersehnte Revolution warten. Für einen nationalen Sozialismus in den Farben der Völker!«¹¹

¹⁰ Zitiert nach: ebenda.

¹¹ Vgl. www.jn-stassfurt.de. Das Papier trägt das Datum 14. 10. 2007, gezeichnet ist es mit: »Der Widerstandskämpfer«.

Jürgen Gansel – gab es da nicht schon mal einen politischen Skandal?

Ja, als der NPD-Abgeordnete im Sächsischen Landtag in einer Gedenkstunde zum Jahrestag des Bombenangriffs der Alliierten auf Dresden am Ende des Zweiten Weltkrieges, im Februar 1945, vom »Bombenholocaust« sprach. Die Reaktion der demokratischen Parteien, vieler Organisationen und Verbände in Deutschland wie auch das internationale Echo waren uneindeutig. Alle verurteilten diese Begriffskombination auf das schärfste. Die Singularität des Völkermordes an den europäischen Juden sollte von niemandem und niemals in Zweifel gezogen werden. Übrigens hat die NPD rasch gemerkt, dass sie diesmal zu weit gegangen war. In der Folge agierten die Rechtsextremisten in Deutschland vorsichtiger, aber nicht immer und überall. Zu ihren gängigen Forderungen gehört beispielsweise die Aufforderung, gerichtet an »deutsche« Frauen und Männer, den »Babyholocaust« zu beenden und auch auf diese Weise den Ausländereinfluss zurückzudrängen.

Holocaust-Vergleiche sollten generell vermieden werden.¹² Für eine andere politische, unveränderte Grundlinie rechtsextremistischer Parteien und Organisationen, nicht nur in Deutschland, finden sich in Publikationen und Reden immer neue Belege. Die uneingeschränkte Solidarität und tatkräftige Unterstützung von Holocaust-Leugnern verschiedener Länder sowie die Billigung der Aktivitäten Irans, den Holocaust prinzipiell anzuzweifeln, stellt ein konstitutives Element des Ausbaus der internationalen Zusammenarbeit von Rechtsextremisten dar, insbesondere in Europa. In Deutschland hat das internationale »Zentrum der Holocaustleugner« Adresse und Sitz. Unter dem mehr als irreführenden Dach eines »Collegium Humanum« wirkt es bis heute im ostwestfälischen Vlotho und wird nachweislich aus staatlichen Quellen mitfinanziert. Neuerdings steht diese Institution nun auch (nach langjährigen Bürgerprotesten) unter Beobachtung von zuständigen Bundes- und Landesbehörden.¹³

Zu den verbreitetsten Unsitten in Politik, Wissenschaft und Publizistik nach 1945 scheint es in Deutschland zu gehören, aktuelle politische Aktivitäten oder Äußerungen mit Elementen nationalsozialistischer Programmatik und Politik zu vergleichen. Dies tun gelegentlich auch Politiker, Wissenschaftler und Journalisten, die die immer noch nicht verschwundene Totalitarismuskonzeption ablehnen und in ihrer Arbeit ansonsten in der Lage sind, die Methode des Vergleichens verschiedener historischer Vorgänge oder Zusammenhänge zu beherrschen. Für die

12 Leider gibt es auch den Holocaust-Vergleich mit aktuellen politischen Vorgängen von ganz anderer Seite. Das Plakat zu einer Demonstration am 28.1.2007, die unter dem Motto durchgeführt wurde »Für Demokratie – Gegen atomar gerüsteten Judenhass und Holocaustleugnung« halte ich politisch für inakzeptabel. Unter der Überschrift »Ich will den atomaren Holocaust« zeigt es ein Porträt des iranischen Präsidenten, einen Atomreaktor und das Eingangstor des Vernichtungslagers von Auschwitz-Birkenau. Siehe: www.juedische.at.

13 Vgl. Vlothoer Bündnis gegen das Collegium Humanum. Argumente und Kultur gegen Rechts e. V. (Hrsg.): »Collegium Humanum«. Von der NS-Reichsleitung zum Zentrum der Holocaustleugner, Vlotho 2006; Verfassungsschutz prüft Vereinsverbot. Siehe: www.mt-online.de

meisten wäre es eine Unterstellung, würde man sie einer (gewollten oder ungewollten) Gleichsetzung bezichtigen.

In dieser grundsätzlichen Sicht zum Antisemitismus sind Rechtsextremisten in einer komfortableren Situation als etwa noch vor zehn Jahren. Und sie nutzen sehr aufmerksam jede Gelegenheit, die sich bietet, zur Herstellung einer (scheinbaren) Übereinstimmung mit demokratischen Kräften.

Nur einige Stichworte: Solidarität mit antiamerikanischen Demonstrationen gegen den ersten und später den zweiten Irak-Krieg; die Aufforderung an die neukonstituierte Partei DIE LINKE, eine antikapitalistische »Querfront« aufzubauen (mit Verweis auf die Brüder Strasser); Bildung einer gemeinsamen Front im Kampf gegen die Weltbedrohung des Islams (gemeint ist eigentlich der Islamismus); Unterstützung der verbreiteten Sicht, dass der Kampf gegen den Antisemitismus angesichts einer zunehmenden Islamophobie in Deutschland nicht mehr so wichtig sei usw.

Zu den problematischsten und deshalb wesentlich deutlicher zu problematisierenden antisemitischen Erscheinungen in der sogenannten Mitte der Gesellschaft in Deutschland rechne ich in der Gegenwart den gedanken- oder bedenkenlosen Gebrauch eines der ältesten antisemitischen Klischees, des Vergleichs »der Juden« mit Ungeziefer aller Art. Ein weiteres, längeres Zitat aus einem sehr lesenswerten Buch: »An vielen Tierarten (wie Bluteigel, Heuschrecke, Raubbiene, Raupe, Spinne, Wurm). Gefährlichen Krankheiten (wie Pest, Cholera, Krebs) und in – zu meist unspezifischen – Pflanzenbildern (Riesenschmarotzergewächs, Schmarotzerpflanze, Wucherpflanze) werden im 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Zeit Motive des Anklammerns, Einbohrens, Festsetzens, Einnistens, Festränkens, des Aussaugens, Zerfressens, Zersetzens, Erstickens, Überwucherns, der raschen Vermehrung, unkontrollierbaren Ausbreitung, des wuchernden Wachstums, aber auch die zu ergreifenden »Gegenmaßnahmen« des Unschädlichmachens, Entfernens, Ausschneidens, Vertilgens in drastischer Anschaulichkeit entfaltet. Als entscheidende Entwicklung der Bildlichkeit seit Beginn der Emanzipationszeit ist dabei weniger die qualitative Ausdifferenzierung der traditionellen spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Ungeziefer-, Unkraut- und Krankheitsmetaphern in Einzelmotiven bzw. umfangreichen »Metaphernfeldern« oder ihre quantitative Zunahme anzusehen als vielmehr ihre »logische« Fortführung in der Verknüpfung mit anderen Metaphernfeldern wie »Sterben« und »Verwesung« bzw. »Heilung« oder »Säuberung«. (...) An dieser Stelle sei erinnert, dass massiver Ungezieferbefall von »Kammerjägern« u. a. durch »Vergasen« bekämpft wird, dass »Gärtner« wuchern des Unkraut »mit Stumpf und Stiel« ausreißen und »Ärzte« mit seuchenhygienischen Maßnahmen (»Isolierung«) bei ansteckenden, mit unterschiedlichen chirurgischen Eingriffen (»Amputation«, »Herausschneiden«) bei Tumorkrankheiten reagieren. Die Geschichte zeigt, dass die Aberkennung der Menschenwürde mit impliziten Tötungsappellen verbunden ist: Im Dritten Reich sollte der »zersetzende jüdische Krebs« aus dem »Fleisch des deutschen Volkskörpers« herausge-

schnitten, die ›jüdischen Schädlinge‹ und ›Krankheitserreger‹ wie parasitäres Ungeziefer vergast werden.«¹⁴

Nicht Franz Müntefering, sondern der IG Metall gebührt das »Verdienst«, die Ungeziefer-Metapher im politischen Sprachgebrauch »links« salonfähig gemacht zu haben. Die Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« von ver.di Berlin-Brandenburg hat dies öffentlich gemacht.¹⁵ Dort wird der Aufmacher der IG-Metall-Zeitung vom März 2005 kritisiert, der zu heftigen Kontroversen geführt hat. Auf dem Titelblatt wird der Text »US-Firmen in Deutschland. Die Aussauger« mit einer Zeichnung kombiniert, die ein grinsendes Insekt mit überlangem Saugrüssel zeigt, das in der einen Hand einen mit USA-Flagge gekennzeichneten Zylinder schwenkt, in der anderen wohl einen Geldkoffer bei sich trägt. Die Herausgeber der Broschüre schrieben in ihrer Bildunterschrift zu diesem Titelbild: »Von den Heuschrecken zu den Blut-saugern – die Grenze zum Antisemitismus überschritten?« Genau dies wurde und wird kontrovers diskutiert – und nicht nur unter Gewerkschaftern.

Was das alles mit Antisemitismus zu tun hat?

Zumindest zu denken sollte es geben, wenn rechtsextremistische Ideologen (hier Ernest Keegan) unter der Überschrift »Heuschreckenpolitik ist Völkermord« lange Zitate zum Beleg anführen, wo die Hauptverursacher wirtschaftspolitischer Probleme in Deutschland zu finden seien: in Amerika, bei den »Heuschrecken«. Reichlich zitiert der Autor aus Heft 51 des »Spiegels« vom vorigen Jahr, das ein aufschlussreiches Titelblatt »zierte«. Dort wurde eine Heuschrecke mit dem Text kombiniert: »Die Gier des großen Geldes. Finanz-Investoren greifen nach deutschen Unternehmen.«¹⁶

Noch Fragen?

Ein Blick in die Tagespresse genügt, um nicht übersensibel zu reagieren. Auch in Debatten unter »Linken« wurde mir genau dieses Argument der Normalität entgegengehalten. Dennoch: Ich habe ein ungutes Gefühl bei solchen Tiervergleichen. Ein gewisser Bodensatz von Antisemitismus ist wohl im politischen Alltag in Deutschland verbreitet – zumindest wird er nicht zielgerichtet bekämpft.

Aktuelle antisemitische Äußerungen von Rechtsextremisten in Deutschland spiegeln alle grundsätzlichen Facetten ihrer tatsächlichen theoretischen Bekundungen wie praktischen Politik. Antisemitische Äußerungen rechtsextremistischer Abgeordneter in den Parlamenten, oft in Nebensätzen verpackt, kommen immer wieder vor. Die in erschreckendem Maße zunehmende Gewalt von Rechtsextre-

14 Vgl. Noline Hartzitz: Die Sprache der Judenfeindschaft, in: Julius H. Schoeps, Joachim Schlör (Hrsg.): Bilder der Judenfeindschaft. Antisemitismus Vorurteile und Mythen, Augsburg 1999, S. 25-26.

15 Vgl. die in mehreren Auflagen erschienene Broschüre: Rechte Gespenster?, herausgegeben von der Arbeitsgruppe »Rechtsextremismus« in ver.di Berlin-Brandenburg, Berlin 2005 ff., hier S. 26-27.

16 Vgl. www.freienationalisten-altmarkwest.com.

misten gegen Personen richtet sich unverändert stark auch gegen Juden und jüdische Einrichtungen. Zahlreiche Chroniken belegen dies.¹⁷

Ein besonders umstrittenes Ereignis ist das von Michel Friedman mit dem Holocaust-Leugner Horst Mahler geführte Interview für die Zeitschrift »Vanity Fair«. Mahler begrüßte seinen Gastgeber mit den Worten: »Heil Hitler, Herr Friedman!«¹⁸ Dieser zeigte ihn zwar umgehend (privat) an, aber die Redaktion der Zeitschrift ist stolz auf ihre Art von »modernem« Journalismus. In der folgenden Ausgabe der Zeitschrift weist Chefredakteur Ulf Poschardt Kritik an diesem Vorgehen als »Medienschelte« zurück, geäußert unter anderem von prominenten Politikern wie Wolfgang Thierse (SPD) und Wolfgang Bosbach (CDU). »Die Politik« habe in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vollkommen versagt. Er behauptet: »Das Wesen der humanistischen Kultur steckt im Dialog.«¹⁹ Der Holocaust-Überlebende Arno Lustiger sieht das völlig anders und hat Herausgeber und Redaktion angezeigt – wegen Volksverhetzung.²⁰

In der politischen Praxis demokratischer Parteien (in- und außerhalb von Parlamenten), in vielen Organisationen sowie bei zahlreichen Journalisten, die sich mit dem Rechtsextremismus und dem Antisemitismus besonders offensiv auseinandersetzen, hat sich grundsätzlich ein Herangehen bewährt, an dem weiter festgehalten werden soll. Rechtsextremisten wird in Veranstaltungen demokratischer Parteien und Organisationen keine Gelegenheit zum Ergreifen des Wortes gegeben. Und dies aus dem allseits bekannten Grund, dass es das Ziel von Rechtsextremisten ist, das bestehende gesellschaftliche System zu überwinden.

Die Bekämpfung des Antisemitismus war, ist und bleibt ein zentrales Element der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Deshalb wird dies als ein wichtiges Feld Politischer Bildung von Menschen aus allen Generationen in Deutschland angesehen.

17 Als Beispiel für ähnliche Dokumentationen vgl. Berliner Zustände 2006. Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung, herausgegeben von apabiz, ADNB des TBB, MBR, Netzwerkstelle Moskitto, Reachout.

18 Vgl. Vanity Fair, Nr. 45, 1. 11. 2007, S. 82-91.

19 Vgl. Vanity Fair, Nr. 46, 8. 11. 2007, S. 7.

20 Vgl. Der Tagesspiegel, 9. 11. 2007, S. 35.

Entwicklungen seit der Berliner Antisemitismus-Konferenz 2004*

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben nicht nur Juden geglaubt und gehofft, dass mit dem Holocaust jedem Antisemitismus der Boden entzogen worden wäre. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, der Antisemitismus lebt fort. Er speist sich auch weiterhin aus den bekannten ideologischen Traditionen der Judenfeindschaft, weist aber auch eine Reihe neuer Aspekte auf: 1) Er reagiert auf den Völkermord, sei es durch seine Leugnung bzw. Verharmlosung oder eine Schuldprojektion auf die Juden; 2) er ist in vielen europäischen Ländern ein Antisemitismus ohne Juden, der keinerlei bzw. nur eine sehr schwache Basis in Konflikten mit den Juden des Landes besitzt, sondern sich auf die Mitschuld des eigenen Landes am Holocaust oder auf einen irgendwie gearteten Einfluss der Juden auf das Weltgeschehen bezieht und 3) Antisemitismus kann seit 1948 die Form des Antizionismus annehmen, indem entweder alle Juden kollektiv für die Politik des Staates Israel haftbar gemacht werden oder indem der Staat Israel für alle möglichen politischen Übel dieser Erde verantwortlich gemacht wird.

Antisemitismus wird oft erst als solcher wahrgenommen, wenn er sich rassistischer Stereotypen der nationalsozialistischen Ideologie bedient, oder gar erst, wenn er einen genozidalen Charakter aufweist. Subtilere Formen des antijüdischen Vorurteils werden häufig nicht als Bestandteil des Antisemitismus akzeptiert. Deshalb stehen wir heute auch vor dem Dilemma, dass antirassistische Gruppierungen, Vereine und Organisationen, die jahrzehntelang den Antisemitismus im rechtsextremen Lager bekämpft haben, selbst nicht frei von antisemitischen Vorurteilen sind. Dies gilt nicht nur für Deutschland, sondern für die meisten westeuropäischen Länder.

Der heutige Antisemitismus bedient sich alter Klischees, um einfache Antworten auf komplizierte weltpolitische Ereignisse und gesellschaftliche Probleme zu geben. In der arabischen Welt dient er als Katalysator für eine Abwehr moderner Denkstrukturen. Die Mär von der jüdischen Weltmacht in Gestalt Israels, das an die Stelle »der Juden« in der Stereotypisierung getreten ist, wird zum Sündenbock der Modernisierungsverlierer stilisiert. Im europäischen Diskurs gewinnt die Vor-

* Dieser Beitrag ist in Teilen meinem Aufsatz »Politische Reaktionen gegen Antisemitismus. Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Europäischen Union«, in: Wolfgang Benz, Juliane Wetzel (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007, S. 185-199 sowie dem Vorwort des Sammelbandes entnommen.

stellung, alleine eine Befriedung des Nahostkonflikts könne die Gräben zwischen der arabischen Welt und dem Westen schließen, immer mehr an Boden. Nur allzu leicht lässt sich daraus der Schluss ziehen, Israel, das als Kolonial- und Besatzungsmacht wahrgenommen wird, sei schuld daran, dass diese Diskrepanz nicht überwunden werden könne.

Das dominierende Motiv des heutigen Antisemitismus ist noch immer das der jüdischen Weltverschwörung, d. h. die Annahme, Juden kontrollierten – sei es mittels Finanz- oder Medienmacht, sei es über verdeckten politischen Einfluss vor allem auf die USA, aber auch auf europäische Länder – das Weltgeschehen. Dabei spielen religiöse, wirtschaftliche, politische, kulturelle und soziale Gründe in ihren vielen Facetten eine Rolle. Themen antisemitischer Verschwörungstheorien der letzten Jahre waren die Monika-Lewinsky-Affäre, die Anschläge auf das WTC am 11. September 2001 und zuletzt die Flutwelle in Asien (Tsunami). Verbreitungsmechanismen sind Gerüchte und Legenden, die vor allem mit Hilfe des Internets weltweit Verbreitung finden, aber auch via Satellitenfernsehen etwa die muslimischen Communities Europas erreichen. Darüber hinaus lässt sich in ganz Europa eine Zunahme von antisemitischen Karikaturen feststellen, die nicht nur über die einschlägigen Homepages Verbreitung finden, sondern auch in Mainstream-Tageszeitungen gedruckt werden.

Waren und sind die Hauptvertreter des vergangenheitsbezogenen Antisemitismus in Europa vom extrem rechten bis hinein ins konservative Lager zu finden, bedienen sich eines nahostbezogenen Antisemitismus auch Akteure aus dem linken und dem islamistischen Spektrum. Der Kontext »Nahostkonflikt« hat auch dazu beigetragen, dass mit den USA als Schutzmacht Israels, aber auch als führende Kraft im Irak-Krieg und im »Krieg gegen den Terrorismus« die traditionelle Verbindung von Antisemitismus und Antiamerikanismus wieder virulent ist. Ein gemeinsamer Nenner liegt wohl auch in dem verborgenen Motiv der Schuldabwehr bzw. der Aufrechnung: Indem Israel und die USA als »faschistisch« in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt werden, erleichtert man sich die Last der eigenen Vergangenheit.

Die antisemitische Welle des Jahres 2002, die nur die Spitze einer Entwicklung war, die sich bereits mit Beginn der zweiten Intifada und in der Folge der World Conference on Racism, Racial Discrimination, Xenophobia and Related Intolerance im südafrikanischen Durban Ende August/Anfang September 2001¹ sowie der Anschläge vom 11. September 2001 abzeichnete, hat die internationale Staatengemeinschaft auf den Plan gerufen. Im Juni 2003 trafen sich in Wien Vertreter der 55 Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zum ersten Mal zu einer Konferenz ausschließlich zum Thema Antisemitismus. Es wurde jedoch rasch deutlich, dass es an einem Bewusstsein

1 Vgl. dazu auch Mark Strauss: Antiglobalism's Jewish Problem, in: Foreign Policy November/Dezember 2003, online-Version <http://www.foreignpolicy.com>.

für die Besonderheiten des Antisemitismus fehlte. Der Terminus Antisemitismus fand in Statements und Handouts – wenn überhaupt – immer erst am Ende einer Aufzählung von Rassismus, Antidiskriminierung und Xenophobie Erwähnung. Die Problematik antisemitischer Tendenzen in den muslimischen Zuwanderergesellschaften Europas wurde in den Reihen der Diplomaten und in den Statements der Politiker nicht thematisiert.

Die zweite OSZE Antisemitismus-Konferenz am 28./29. April 2004 in Berlin zeigte, dass sich in der EU durchaus ein Wandel im Bewusstsein für die Brisanz des Themas Antisemitismus, aber auch die Erkenntnis, es mit einem eher spezifischen Phänomen zu tun zu haben, durchzusetzen begann. Dies wurde nicht zuletzt durch die hohe Präsenz führender Politiker der gesamten OSZE-Region zum Ausdruck gebracht. Allerdings war dies noch keine Garantie dafür, dass die »Berliner Erklärung«,² wie das Abschlusskommuniqué lautete, auch praktische Folgen haben würde. Die OSZE ist ein Konsens-Gremium, d. h. Beschlüsse basieren in der Regel auf Minimalforderungen, deren Umsetzung und Auslegung den einzelnen Ländern überlassen bleibt. Wie weit dieser Minimalkonsens bereits wieder aufzuweichen droht, ließ sich an der im Juni 2005 stattgefundenen Folgekonferenz in Cordoba erkennen. Cordoba schien der geeignete historische Ort, die missliche Vorstellung zu bedienen, man könne der politischen Herausforderung mit einem Aufruf zur gegenseitigen Toleranz der Religionen beikommen. Im Laufe der Vorbereitungen auf die Konferenz wurde deutlich, dass unter den damals 55 OSZE-Mitgliedsstaaten ein Prozess in Gang gekommen war, der erneut das Thema Antisemitismus nur als Teil einer generellen gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung mit Diskriminierungen von Minderheiten betrachtete. Nur noch der erste Tag der zweitägigen Konferenz war dem Thema Antisemitismus vorbehalten. Zudem zogen sich die Eröffnungskommunikés der Regierungsvertreter der Mitgliedsstaaten bis in den späten Nachmittag hin, sodass die geladenen Experten die eigentlichen Inhalte auf kurze Statements beschränken mussten. Der zweite Tag schließlich war »allen anderen Formen der Intoleranz« gewidmet, Rückbezüge zum Vortrag erfolgten allenfalls mit Bemerkungen wie jener, dass die Islamophobie der Antisemitismus des 21. Jahrhunderts³ sei.

Regierungsvertreter und Mitglieder der Delegationen wiesen immer wieder auf die Bedeutung der Stadt Cordoba für den interreligiösen Dialog und ihr christlich-jüdisch-muslimisches Erbe hin. Allerdings war dies nicht nur im Sinne einer historischen Reflexion gemeint, sondern hatte durchaus konkrete Folgen: Der interkulturelle Dialog wurde als eine der wichtigsten Maßnahmen präjudiziert, um gegen aktuelle antisemitische Tendenzen vorzugehen. Solche Vorstellungen pass-

2 Berliner Erklärung in deutscher Übersetzung

<http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/berlin.pdf>

3 Abduljalil Sajid, Berater der Kommission für Muslime in Großbritannien, erklärte: »Islamophobie hat den Antisemitismus als neue, scharfe Spitze des Rassismus überall in der Welt ersetzt.« Tacheles, Jüdisches Wochenmagazin vom 30. 7. 2005.

ten auch in das sich in der OSZE durchzusetzen scheinende politische Konzept eines ganzheitlichen (holistischen) Ansatzes, der jede Spezifizierung in Bezug auf das Thema Diskriminierung von Minderheiten wieder aufzuweichen droht und einen deutlichen Rückschritt gegenüber der Berliner Konferenz bedeutet. Die damalige Staatssekretärin im Auswärtigen Amt Kerstin Müller wies in ihrer Rede am Eröffnungstag in Cordoba auf die Problematik eines solchen Ansatzes hin und vertrat damit eher eine Minderheit: »Die Methoden und Maßnahmen zur Bekämpfung der unterschiedlichen Intoleranzvergehen sind zwar im Wesentlichen die Gleichen. Wir dürfen darüber aber auf keinen Fall aus den Augen verlieren, dass wir die Phänomene nicht über einen Kamm scheren können. Wer die Phänomene der Intoleranz nur im Gesamtkontext behandelt, riskiert, dass die Grenzen, Unterschiede und Spezifika verschwimmen. Der Antisemitismus hat – leider – eine so lange und entsetzliche Geschichte in Europa – aber nicht nur dort! –, dass ihm eine solche Pauschalisierung nicht gerecht werden würde. Wir sind es uns vor allem angesichts des Holocaust und unserer Geschichte schuldig, den scharfen Blick für die Besonderheiten, die Wurzeln und die Auswirkungen von Antisemitismus zu wahren.«⁴

Die zum Abschluss der Konferenz verabschiedete »Erklärung von Cordoba« verurteilte jedweden »Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz und Diskriminierung, darunter auch gegen Moslems, Christen und andere Religionen«. Sie reduzierte damit den Antisemitismus wieder auf einen Teilaspekt des Generalthemas Diskriminierungen aus rassistischen oder religiösen Gründen. Explizit genannt wurde der Antisemitismus in jenem Passus, der darauf abhob, dass »internationale Entwicklungen oder politische Fragen, einschließlich jener in Israel oder anderswo im Mittleren Osten, niemals Antisemitismus rechtfertigen« würden. Ein ähnlicher Passus war auch in der »Berliner Erklärung« enthalten.⁵

Dies kann nicht nur als ein Hinweis auf die im Mainstream häufig zu beobachtende Grenzüberschreitung von legitimer Kritik an der israelischen Regierung hin zur Instrumentalisierung antisemitischer Stereotype interpretiert werden, sondern ist durchaus auch als eine verklauulierte Thematisierung antisemitischer Tendenzen in den muslimischen Zuwanderergesellschaften zu verstehen. Der Vertreter der niederländischen Delegation auf der OSZE-Konferenz in Berlin hatte in seiner Rede darauf hingewiesen, dass »die Existenz einer antisemitischen Haltung unter Immigranten lange Zeit ignoriert« wurde.⁶ Der ehemalige finnische UN-Botschafter Max Jakobson äußerte sich noch deutlicher: »Muslimische Immigranten haben eine gewalttätige Form von Antisemitismus nach Westeuropa gebracht. Gewiss ist

4 Rede von Kerstin Müller (MdB) anlässlich der Konferenz in Cordoba, 8. 6. 2005, http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/dok/71/71856.rede_bei_der_oszekonferenz_zur_bekaempfu.pdf.

5 Vgl. OSZE, Bulgarischer Vorsitz. Der Amtierende Vorsitzende, OSZE Dokumente, PC.DEL/347/04, 29. April 2004.

6 Draft Delegation of the Netherlands, OSCE Conference, Berlin 28. April 2004, PC.DEL/320/04.

nur eine kleine Zahl von Immigranten verantwortlich für solche gewalttätigen Übergriffe auf Juden.«⁷

Ogleich solche Erkenntnisse noch keinesfalls Konsens in der OSZE-Region sind und nur in wenigen Mitgliedsstaaten Eingang in politisches Handeln gefunden haben, hat die »Berliner Erklärung« des Jahres 2004, die von den Regierungen konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus forderte, zumindest zu konkreten politischen Schritten im OSZE-Apparat geführt. Die Menschenrechtsabteilung der OSZE, das Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR) mit Sitz in Warschau, verfügt seit August 2004 mit Dr. Kathrin Meyer über einen »Special Adviser on Antisemitism Issues«. Allerdings ist diese Stelle bis heute nicht im allgemeinen Stellenplan von ODIHR verankert, sondern wird noch immer vom Auswärtigen Amt in Berlin sekundiert, d. h. finanziert. Daraus könnte man bestenfalls schließen, dass viele Mitgliedsstaaten dieses Thema nicht für so wichtig halten, vielleicht aber wollen sie es auch bewusst nicht behandelt sehen und sind deshalb nicht bereit, feste Strukturen zu schaffen.

Ende 2004 wurde Professor Gert Weisskirchen (SPD-Bundestagsabgeordneter) zum Persönlichen Beauftragter des OSZE-Vorsitzenden für den Bereich Bekämpfung des Antisemitismus berufen. Gleichzeitig übernahm Anastasia Crickley das Amt der Beauftragten für Intoleranz und Diskriminierung gegen Christen und Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften sowie Botschafter Ömür Orhun das für Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen. Vor allem in Bezug auf die Problematik eines ansteigenden Antisemitismus in den Zuwanderergesellschaften könnte eine Zusammenarbeit zwischen den »Persönlichen Beauftragten« dazu beitragen, dass die Wahrnehmung der Problematik in den Mitgliedsstaaten eine größere Aufmerksamkeit erhält. Inwiefern eine solche Institutionalisierung zu dauerhaften konstruktiven Ergebnissen führen wird, muss sich allerdings erst erweisen. Aufgrund des Konsensprinzips innerhalb der OSZE sind Veränderungen nur durch eine Politik der kleinen Schritte zu erzielen.

Als erster Schritt auf diesem mühsamen Weg ist die Erarbeitung einer »Arbeitsdefinition zum Antisemitismus« zu sehen, die von ODIHR, der Europäischen Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie (EUMC) und einigen jüdischen Organisationen erarbeitet wurde. Obwohl nicht explizit genannt, so greift diese Definition auch die Problematik des Antisemitismus in den Zuwanderergesellschaften auf, wenn sie auf antisemitische Beispiele verweist, die »im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen religiösen Sicht dazu aufrufen, Juden zu töten oder ihnen zu schaden, dabei zu helfen oder dies zu rechtfertigen«.⁸

Die Bundesregierung hat auf die Herausforderungen im Bereich Antisemitismus mit der Ernennung eines »Beauftragten für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und für Antisemitismusfragen« reagiert. Seit August 2006 ist Dr. Bene-

7 Max Jakobson, Keynote speech 28. April 2004, OSCE Conference, Berlin 28./29. April 2004, PC.DEL/344/04.

8 Blätter für deutsche und internationale Politik, Berliner Erklärung: <http://www.blaetter.de/artikel.php?pr=1821>.

dikt Haller im Rang eines Botschafters im Amt. Er vertritt das Außenministerium auch im OSZE-Rahmen zum Thema Antisemitismus.

Im Rahmen der »Berliner-Erklärung« verpflichteten sich die OSZE-Mitgliedsstaaten »gegebenenfalls erzieherische Programme zur Bekämpfung des Antisemitismus zu fördern« sowie »die Erinnerung an die Tragödie des Holocaust wach zu halten, gegebenenfalls deren Vermittlung im Unterricht zu fördern«.⁹ Beiden Themen widmet sich die Menschenrechtsabteilung (ODIHR) der OSZE seit 2005 verstärkt. 2005 erstellte sie einen Bericht über Holocaust-Erziehung in den 55 Mitgliedsstaaten, und 2006/2007 erarbeitet sie zusammen mit dem Anne Frank House in Amsterdam Themenhefte zum Antisemitismus, die sowohl die historische Dimension als auch aktuelle Inhalte für den Unterricht aufbereiten und als Pilotprojekt in sieben europäischen Ländern adaptiert werden (Dänemark, Deutschland,¹⁰ Kroatien, Litauen, Niederlande, Polen, Ukraine¹¹). Insbesondere in jenen Ländern, die vor allem in großen Städten einen hohen Anteil muslimischer Schüler in den Klassen haben, werden Lehrer immer häufiger mit antisemitischen Stereotypen, Slogans oder provozierenden Parolen konfrontiert, die über das hinausgehen, was im Rahmen der kognitiven klassischen Vermittlung des Themas Antisemitismus während der Zeit des Nationalsozialismus an Wissen vermittelt wird. Bestehende Konzepte und Unterrichtsmaterialien sind kaum geeignet, den aktuellen Herausforderungen zu begegnen. Deshalb ist es wichtig, solche Materialien zu entwickeln und sie den Pädagogen an die Hand zu geben.

Das lange verharmloste Thema: Antisemitismus in den muslimischen Communities in Deutschland

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Lale Akgün wird mit »Du Jüdin« beschimpft, weil sie – wie ihre Kollegin, die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz – den Kopftuchzwang kritisiert. Auf der Demonstration in Berlin am 21. Oktober 2006 zum Al-Quds-Tag, dem von Ayatollah Khomeini nach der iranischen Revolution 1979 ins Leben gerufenen Jerusalemtag zur islamischen Befreiung der Stadt, laufen achtjährige muslimische Mädchen mit Plakaten »Kein Holocaust gegen Muslime in Nah-Ost« oder »Zionistischer Staat Israel gefährdet den Weltfrieden« mit. Muslimische Frauen tragen Banner, die »Meinungsfreiheit für Zionismusforscher

9 Die deutsche Adaption des Unterrichtsmaterials zum Antisemitismus (Anne Frank House Amsterdam/ODIHR) wurde von Mitarbeitern des Zentrums für Antisemitismusforschung sowie von Gottfried Köbller vom Fritz-Bauer-Institut erarbeitet und ist auf der Homepage des Zentrums für Antisemitismusforschung als pdf-Datei (<http://zfa.kgw.tu-berlin.de/projekte/unterrichtsmaterialien.htm>) verfügbar. Demnächst wird die Bundeszentrale für politische Bildung das Material auch gedruckt bereitstellen.

10 Siehe den Hinweis auf der ODIHR-Webseite: http://www.osce.org/publications/odihr/2006/09/20672_675_en.pdf

11 Spiegel online, 19. 10. 2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,443649,00.html>, eingesehen am 1. 11. 2006.

und Gegner Israels« und »Ihr Politiker lasst euch durch die Zionisten nicht mundtod machen« fordern sowie zum gemeinsamen Handeln gegen »Antisemitismus und Zionismus« aufrufen. Die männlichen Demonstranten werden angeführt von einem Imam, der Arm in Arm mit dem selbsternannten Oberrabbiner der »orthodoxen antizionistischen Gemeinde« Wien von der radikalen Naturei-Karta-Bewegung, Moïse Arye Friedman, den Kürfurstendamm entlang schreitet. Die Demonstration, zu der der Betreiber des Internetportals »Muslim-Markt«, der türkischstämmige schiitische Islamist Yavuz Özoguz, Busse mit Muslimen aus Delmenhorst anreisen ließ, stand unter dem Motto »Gerechter Frieden für Palästina, sichere Zukunft für die Juden«. Vordergründig scheint dieser Aufruf neutral, sieht man ihn jedoch vor dem Hintergrund dessen, was der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad einen Tag zuvor zum Leitgedanken des Al-Quds-Tags erhoben hatte, dann wird das wahre Ziel deutlich: Israel muss von der Landkarte verschwinden. Der iranische Präsident hatte anlässlich des »Jerusalem-Tags«, des letzten Freitags des muslimischen Fastenmonats Ramadan – wie schon mehrfach zuvor – Israel das Existenzrecht abgesprochen und den Staat als unrechtmäßig und erfunden bezeichnet: »Die Existenz dieses Regimes ist die Wurzel vieler Probleme der heutigen Menschheit.«¹²

Ahmadinedschad hatte sich im September 2006 mit Vertretern der antizionistischen Naturei-Karta-Bewegung in New York getroffen.¹³ Der selbst ernannte Oberrabbiner Friedman, der auch Verbindungen zu rechtsextremen Kreisen in Deutschland und Österreich unterhält, solidarisiert sich in Reden immer wieder mit dem Iran und wendet sich gegen den zionistischen Staat Israel. Anlässlich einer Konferenz im iranischen Isfahan im März 2006 sagte er, die »größten Verbrecher der Welt« seien das »zionistische Regime und seine geistesverwandten internationalen Organisationen«.¹⁴ Auf der Demonstration gegen den Libanonkrieg am 28. Juli 2006 auf dem Wiener Stephansplatz sprach er von »zionistischen Terrorangriffen auf den Libanon« und nannte die israelische Regierung »ein zionistisches Regime, das sowohl biblisch als auch historisch kein Existenzrecht und keinerlei Legitimation auch nur auf einen einzigen Millimeter des Heiligen Landes hat«.¹⁵

Friedman trat also gewissermaßen als Sprachrohr Ahmadinedschads in Berlin auf und legitimierte die antizionistischen Absichten der Al-Quds-Demonstration mit seiner Anwesenheit, weil er auch nach außen sichtbar als Vertreter der jüdischen Orthodoxie auftrat – mit Streimel, dem Pelzhut orthodoxer Juden, und schwarzem Mantel. Seine Unterstützung iranischer Positionen machte seinen Auftritt zu einer politischen Demonstration. Dies vor allem vor dem Hintergrund,

12 Spiegel online, 19. 10. 2006, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,443649,00.html>, eingesehen am 1. 11. 2006.

13 Webseite der Naturei Karta (<http://www.nkusa.org/>), eingesehen am 1. 11. 2006.

14 Palästina Plattform Österreich, <http://www.filastin.at/friedman.shtml>, eingesehen am 1. 11. 2006.

15 Rede von Oberrabbiner Friedman auf der Demo gegen den Libanon-Krieg, Webseite www.antiimperialista.org, eingesehen am 31. 10. 2006.

dass Ahmadinedschad den von einer iranischen Zeitung ausgelobten antisemitischen Karikaturenwettbewerb unterstützte, dessen Ergebnisse im August/September in Teheran zu sehen waren, und der die »Holocaust«-Konferenz mit dem Titel »Studien über den Holocaust – eine weltweite Perspektive« initiierte, die von einem dem iranischen Außenministerium unterstehenden Zentrum für internationale und politische Studien im Dezember 2006 am internationalen Tag der Menschenrechte in Teheran stattfand. Zur Konferenz reiste eine Reihe von Vertretern der einschlägigen internationalen Holocaust-Leugner-Szene an – und: Arye Moshe Friedman sowie einige seiner Mitstreiter aus den USA. Diese religiös anmutenden Sektenvertreter der Naturei Karta wurden zum erklärten Ziel der internationalen Presse und der Fotografen. Auch seriöse Printmedien in Deutschland illustrierten ihre Beiträge zur Teheraner Holocaust-Konferenz mit den Streimel tragenden Naturei-Karta-Leuten.

Obleich an der Al-Quds-Demonstration in Berlin nur etwa 300 Personen teilnahmen, weit weniger als in den Vorjahren, macht sie doch deutlich, dass es ein Potential antizionistischer Propagandisten in Deutschland gibt, die unterstützt werden von Leuten wie Yavuz Özoguz (der im Übrigen auch an der Teheraner Konferenz teilnahm). Auf seinem Muslim-Markt, einer Internetplattform für Muslime, die sich dort Rat für ihr tägliches Leben – Kontaktadressen, Partnersuche, Veranstaltungshinweise etc. – holen können, erfahren sie über den Link »Palästina Spezial« zugleich, dass Zionisten Rassisten und Palästinenser »Opfer systematischer Vernichtung« seien. Man erfährt außerdem, dass laut Ayatollah-ul-Uzma Seyyid Ali Khamene'i »der Erwerb jeglicher Produkte, welche den Zionismus stärken«, nicht erlaubt sei, »es sei denn, diese Produkte sind unbedingt notwendig«. Damit wird indirekt zum Boykott Israels aufgerufen. Interessanterweise findet sich auf der Webseite auch die tropfende Blutleiste, die wir aus radikal-islamistischen Holocaust leugnenden Internetauftritten etwa bei »Radio Islam« und anderen einschlägigen rechtsextremen Seiten kennen.¹⁶

Al-Quds-Tag-Demonstrationen und Internetauftritte des Muslim-Marktes werden kaum von der Öffentlichkeit wahrgenommen und nur von wenigen Journalisten hinterfragt. Dies gilt umso mehr für die türkische Buchmesse am Kottbusser Tor in Berlin, auf der im Frühjahr 2005 Bücher angeboten wurden, die den Inhalt des antisemitischen Machwerks »Die Protokolle der Weisen von Zion« verbreiten, aber auch antisemitische Klassiker wie Henry Fords »The international Jew« oder »Dünyayi kimler Yönetiyor? Gizli Dünya Devleti« (Wer regiert die Welt? Die geheime Weltregierung) sowie eine Reihe von Publikationen des bekannten Holocaust-Leugners Adnan Oktar alias Harun Yahya.¹⁷ Im April 2006 konnten auf dieser Buchmesse Besucher den vom iranischen Fernsehen produzierten Film

16 Muslim Markt, eingesehen am 1. 11. 2006.

17 Aycan Demirel: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, <http://www.david.juden.at/kulturzeitschrift/66-70/69-demirel.htm>.

»Zahras blaue Augen« auf Video bzw. DVD erwerben, der die fiktive Geschichte eines palästinensischen Mädchens erzählt, das auf Befehl eines israelischen Offiziers entführt wird, um ihr die Augen zu entfernen, die in Form einer unfreiwilligen Organspende dem blinden Sohn des israelischen Offiziers dienen, damit er wieder sehen kann. Der Spielfilm zeigt herzerreißende Aufnahmen des Mädchens mit riesigen verbundenen Augenhöhlen, die immer wieder danach fragt, wo ihre Augen denn seien. Inzwischen wird das Video über Internetverkaufsforen auch in türkischer Sprache unter dem Titel *Filistinli Zehra'nin gözleri* angeboten.

Nicht nur Videos wie »Zarahs blaue Augen«, sondern auch über Satellitenfernsehen ausgestrahlte antisemitische Hetze betreibende TV-Serien wie »Al Shatat« und »Reiter ohne Pferd«, die das ägyptische, iranische und syrische Fernsehen während des Ramadan in den vergangenen Jahren ausgestrahlt haben, werden von den Zuwanderergesellschaften in Europa rezipiert und beeinflussen insbesondere muslimische Jugendliche, auch solche mit türkischem Migrationshintergrund.

Im Gegensatz zu Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien beschränken sich in Deutschland antisemitische Übergriffe aus diesem Umfeld im Wesentlichen auf verbale Äußerungen. Allerdings nehmen solche verbalen Attacken in letzter Zeit vor allem im schulischen Umfeld zu und gehören unter muslimischen Jugendlichen zum Alltagsjargon. Codes wie der an die Tafel geschriebene Name »Ahmadinedschad«, wie jüngst in Berlin zu beobachten, sind wohl nicht nur Ausdruck einer provozierenden Jugendkultur, sondern Verbreiter antisemitischer Tendenzen. Vor allem im Gruppenverhalten spielen Schimpfwörter wie »Du Jude«, aber auch Hetztiraden gegen israelische Politiker und eine angebliche jüdische Weltherrschaft mit einer starken Instrumentalisierung antisemitischer Verschwörungstheorien eine Rolle.

Die in einigen europäischen Ländern begonnene Debatte über antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft muss fortgeführt werden. Sie hat bereits insofern positive Reaktionen ausgelöst, als in politischen Gruppierungen, die sich dem Verdacht ausgesetzt sahen, antisemitische Vorurteile zu kolportieren, eine Auseinandersetzung mit antisemitischen Vorurteilen in den eigenen Reihen geführt wird. Bürgerinitiativen und Schulprojekte bemühen sich, dem Thema Antisemitismus in seinen aktuellen Formen mehr Raum zu geben. Aufgabe der Politik wird es sein, solche Initiativen finanziell stärker zu unterstützen, damit auch längerfristige Projekte eine gesicherte Basis haben. Das Ergebnis darf kein politischer Aktionismus sein, sondern die Erkenntnis, dass Phänomene wie der Antisemitismus nicht durch Programme im Schnelldurchlauf bekämpft werden können.

Aktueller Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland

*»Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie.«
(Theodor W. Adorno)¹*

In der etablierten bundesdeutschen Antisemitismusforschung wird häufig ein linearer »kollektiver Lernprozess« in der politischen Kultur sowie der bundesdeutschen Gesellschaft als Ganzem in Bezug auf Antisemitismus bis 1989 konstatiert.² Allerdings weist die Häufung von Skandalen und Debatten im öffentlichen und politischen Raum darauf hin, dass entsprechende Einstellungen in modernisierter Form nach wie vor nicht nur in quantitativer und qualitativer Hinsicht gesellschaftliche Relevanz haben, sondern darüber hinaus durch die Verschiebung politischer Gelegenheitsstrukturen im Hinblick auf den öffentlichen Diskurs opportuner und damit auch wieder politisch mobilisierbarer geworden sind.

Zu beobachten sind verstärkt rechtsextreme Bemühungen, an gesellschaftlich relevante Diskurse und in einer breiteren Öffentlichkeit geführte Debatten anzuknüpfen und in diesen enthaltene antisemitische Ideologeme zu radikalisieren. So etwa im Zusammenhang mit vergangenheitspolitischen Debatten wie der über das Gedenken an deutsche Opfer alliierter Bombenangriffe, in welcher die NPD mit der Formel des »Bombenholocaust von Dresden« die Faktizität des Holocaust zwar einerseits affirmierte, ihn jedoch zugleich zwecks seiner eigenen Relativierung umdeutete.

Auch haben rechtsextreme Gruppen in jüngerer Zeit immer wieder an breite Demonstrationen der Friedensbewegung Anschluss finden können und im Zuge der Intifada an die Palästinasolidarität linker Gruppen anzuknüpfen versucht.³ Dies fand auf symbolischer Ebene seine Entsprechung u. a. darin, dass für die extreme Rechte untypische Attribute wie Palästinentertücher⁴ und antizionistische

1 Theodor W. Adorno: Was bedeutet Aufarbeitung der Vergangenheit (1959), in: Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit, Frankfurt am Main, S. 10.

2 Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt am Main, New York 1997, S. 502 ff.

3 Kein Unbekannter: Der Anmelder des anti-israelischen Aufmarsches der NPD, in: hagail.com, 13. November 2002, <http://www.klick-nach-rechts.de/gegen-rechts/2002/12/bethage.htm>; Heike Kleffner: Jubel von rechts, in: Jungle World, 26. September 2001.

4 Stefan Alberti, Anne Haemig: Protest erstarrt in der Kälte, in: taz, 10. 12. 2002; Kein Unbekannter: Der Anmelder des anti-israelischen Aufmarsches der NPD, a. a. O.

Slogans wie »Kein Blut für Israäl«⁵ plötzlich als Bestandteil der wiederholt zur Schau getragenen ideologischen Utensilien auftauchten. Dabei wurden Identitätsbezüge zwischen der Lage des deutschen und des palästinensischen Volkes hergestellt, da beide angeblich einen Freiheitskampf gegen Unterdrückung durch dieselben Feinde führten. So würden die »Zerstörung des deutschen Volkes« und der »Völkermord« an den Palästinensern durch die »jüdischen Organisationen der Ostküste« und Israel laut des ehemaligen NPD-Aktivisten und rechtsextremen Vordenkers Horst Mahler eine »gemeinsame Front der Deutschen und der Palästinenser zustande [bringen]«⁶.

Ideologische Überschneidungen zwischen deutschen Rechtsextremisten und Islamisten haben wiederholt zu Gesprächskontakten geführt.⁷ Ideologische Brückenschläge beschränkten sich dabei keineswegs ausschließlich auf innenpolitische Zusammenhänge, wie die Solidaritätsbekundungen deutscher Rechtsextremisten für den iranischen Präsidenten zeigen.⁸

Entsprechend werden auch kapitalismuskritische Protestbewegungen von rechtsextremer Seite aufgegriffen, mit anderen Themen vermischt und dabei antisemitisch aufgeladen. Einschlägige Medien wie die *National-Zeitung* und die *Deutsche Stimme* bedienen sich dabei der altbekannten Chiffren von der »Ostküste« und der »Wallstreet«, um das Klischee einer aus den USA gesteuerten jüdischen Weltwirtschaftsverschwörung zu evozieren.

Nicht zuletzt knüpfen Rechtsextremisten an innerdeutsche Debatten über Antisemitismus und seine geschickte Inszenierung als Tabubruch durch prominente Intellektuelle und Vertreter etablierter demokratischer Parteien an, wie vor allem die Affären Walser,⁹ Möllemann und Hohmann zeigen. Die Brecher vermeintlicher Tabus werden als Helden der »Meinungsfreiheit«¹⁰ gefeiert und zugleich zu »Opfern« gnadenloser jüdischer »Inquisitoren«¹¹ oder einer »judenfreundlichen« Öffentlichkeit stilisiert, denen »die totale Vernichtung«¹² bzw. »Hinrichtung«¹³ mittels des »Antisemitismus-Vorwurfs«¹⁴ drohe.

5 Christian Grünert, Andreas Speit: Avancen und Aversionen, in: Der Rechte Rand – Informationen von und für AntifaschistInnen, Nr. 82 – Mai/Juni 2003.

6 Horst Mahler in der Fernsehsendung »Kennzeichen D« vom 6. Dezember 2000, zitiert nach Tania Puschnerat: Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Inneren: Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus, Berlin 2005, S. 68.

7 Deniz Yücel: Jihad im Überbau, in: Jungle World, Nr. 48/2002, 20. November 2002.

8 Arie Moscovici: Ihr Freund ist Ausländer, in: Jungle World, Nr. 25/2006, 21. Juni 2006.

9 Bzgl. einer umfassenden Übersicht der positiven bis begeisterten Reaktionen der nationalistischen Presse auf die Walser-Rede siehe Martin Dietzsch, Siegfried Jäger, Alfred Schobert (Hrsg.): Endlich ein normales Volk? Vom rechten Verständnis der Friedenspreis-Rede Martin Walsers. Eine Dokumentation, Duisburg 1999.

10 Danke, Jürgen! Möllemann und die Grenzen der Freiheit, in: Der Republikaner 5-6/02, Ausgabe Mai/Juni 2002.

11 Ebenda.

12 Hohmann raus? CDU will Ausschluss erzwingen, in: National-Zeitung, Nr. 19, 30. 4. 2004.

13 Claus Nordbruch: Hinrichtung eines Israel-Kritikers? Fallschirmspringer-Kameraden und Parteifreunde glauben nicht an Selbstmord, in: Deutsche Stimme, Juli 2003.

14 Möllemann – Mord oder Selbstmord? Neue Hintergründe des Todes-Sturzes, in: National-Zeitung, Nr. 26, 20. 6. 2003.

Dabei werden »jüdische« Akteure, welche die eigenen Positionen unterstützen, durchaus als Kronzeugen funktionalisiert.¹⁵ So kommen in rechtsextremen Organen neben dem jüdischen Kolumnisten der National-Zeitung Gerard Menuhin auch linke oder religiös-orthodoxe jüdische Antizionisten aus dem Ausland wie Noam Chomsky und Moshe Arye Friedman zu Wort¹⁶ und werden dort beworben.¹⁷

Während Antisemitismus für das rechtsextreme Milieu durchaus konstitutiven Charakter hat, sind antisemitische Wahrnehmungsstrukturen auch in beachtlichen Teilen des linken Spektrums festzustellen. So kann die Kapitalismuskritik von Antiglobalisierungsgruppen antisemitische Stereotype enthalten, etwa in Form personalisierend-verschwörungstheoretischer Erklärungsmuster für internationale ökonomische Verwerfungen oder der karikaturesken Darstellung des Typus eines Kapitalisten mit »jüdischen« Attributen. Elemente einer solchen separierenden und personalisierenden Kapitalismuskritik, die mit Antisemitismus kompatible Klischees bedient, sind auch in dem historisch belastetem Vergleich zwischen spekulativen (amerikanischen) Kapitalisten und Heuschrecken, welcher die völkisch-antijüdischen Ideologeme von »Heimatlosigkeit«, »Illoyalität«, und »Parasitentum« aufruft, enthalten. Der assoziative Subtext dieser Elemente fand beispielsweise Ausdruck in einer Karikatur, die in etwa zeitgleich mit der entsprechenden Metaphorik in der Kritik des damaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering auf dem Titelblatt des Monatsmagazins *metall* der IG Metall erschien und die physiognomischen Eigenschaften eines dem rassistischen Antisemitismus entnommenen Judenbilds in Form einer grinsenden Stechmücke mit Zylinder in amerikanischem Nationalembem und langem Stechrüssel unter dem Titel »Die Aussauger« reproduziert.¹⁸ Auf dem Herbstkongress 2003 des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC war ein Plakat ausgestellt, welches der Figur eines auf einem Geldsack sitzenden dicken Kapitalisten mit Zigarre und Melone einen schlanken blonden Arbeiter mit nacktem schweißgetränktem Oberkörper gegenüberstellte.¹⁹ Führende ATTAC-Funktionäre sahen sich mehrfach zur Distanzierung von im Netzwerk vorhandenen Positionen eines strukturellen Antisemitismus gezwungen.²⁰

15 Friedman mahnt wieder, in: Vgl. National-Zeitung, Nr. 13, 19. 3. 2004; Die wahre Macht der Israel-Lobby. Prof. Finkelsteins neue Enthüllungen, in: ebenda, Nr. 15/06, 7. 4. 2006.

16 Interview mit Professor Noam Chomsky: »Praktisch völlige Unterdrückung der Tatsachen«, in: ebenda, Nr. 26, 21.6.2002; Interview mit Professor Noam Chomsky: »Angriff auf Irak? Die offiziellen Vorwände sind lächerlich«, in: ebenda, Nr. 27, 28. 6. 2002; Der andere Friedman. Interview mit dem Oberrabbiner der Orthodoxen Jüdischen Gemeinde in Wien, in: ebenda, Nr. 24, 7. 6. 2002; »Es entsteht ein extrem falsches Bild des Judentums.« Der Wiener Oberrabbiner Moische Arye Friedman im Gespräch mit National-Zeitungs-Herausgeber Dr. Gerhard Frey, in: ebenda, Nr. 28, 5. 7. 2002; Kann man Michel Friedman trauen? National-Zeitung fragt Oberrabbiner, in: ebenda, Nr. 29, 12. 7. 2002.

17 Wie Bush die Welt betrügt. Prof. Dr. Noam Chomsky enthüllt, in: ebenda, Nr. 6/04, 30. 1. 04.

18 *metall*, 05/2005.

19 Toralf Staud: Blondes Ächzen. Wenn Globalisierungskritiker gegen »Profithaie« wettern, ist der Antisemitismus nicht weit, in: *Die Zeit*, 23. 10. 2003.

20 »Antisemitismus gib't nicht nur bei Attac«, in: *Jungle World* Nr. 39/2003, 17. 9. 2003, Toralf Staud: Blondes Ächzen, a. a. O.

Auch antizionistische Positionen sind – im Gegensatz zu gewöhnlicher Kritik an gewissen Handlungen des Staates Israel – Ausdruck eines modernisierten anti-jüdischen Ressentiment, denn Israel fungiert hier als Projektionsfläche für tabuisierte primäranisemitische Stereotype. Hierzu gehören Dämonisierungen, darunter nicht zuletzt auch den Holocaust banalisierende Analogien zwischen dem jüdischen Staat und dem Dritten Reich, so etwa die Behauptung des Außenpolitischen Sprechers der Linkspartei im Bundestag, Norman Paech, Israel würde einen »Vernichtungskrieg« im Libanon führen.²¹ Manifestationen eines historisch tradierten primären Antisemitismus in der arabisch-islamischen Welt werden von Antizionisten hingegen geleugnet oder unter Verweis auf das Verhalten Israels rationalisiert. So hat laut Ahmed Shah, Mitbegründer²² der trotzkistischen Gruppe »Linksruck«, welche sich zwischenzeitlich formell ausgelöst hat, um in die Bundestagsfraktion der Linkspartei zu diffundieren,²³ »der Zionismus den Juden nichts genützt, sondern eine ganze Region gegen sie aufgebracht«.²⁴ Schuld am Antisemitismus sind nach dieser Logik Juden selbst.

Ebenso wie sein rechtsextremes Pendant rekurriert auch der linke Antizionismus mitunter auf »jüdische« oder »israelische« Stichwortgeber, so etwa auf den französisch-jüdischen Marxisten Daniel Bensaid, welcher die diasporajüdische Gemeinschaft dazu aufruft, sich von Israel und dem Zionismus zu distanzieren, um nicht fälschlicherweise zum Ziel palästinensisch-arabischer Übergriffe zu werden.²⁵ Das Lebensrecht der Juden wird trotz expliziter Affirmierung hierdurch implizit infrage gestellt, da es letztlich an Verhaltensaufgaben gebunden ist.

Norman Paech geht gar einen Schritt weiter, wenn er dem jüdischen Kritiker des den palästinensischen Terrorismus legitimierenden kanadischen Philosophen Ted Honderich, Micha Brumlik, in einem öffentlichen Brief in Form einer rhetorischen Frage vorwirft, ob ihm schon einmal in den Sinn gekommen sei, »dass eine derart exekutivistische Gedankenzensur dem Antisemitismus, der in unserer Gesellschaft ja unleugbar besteht, neuen Auftrieb geben könnte?«²⁶ Er offenbart damit eine offene Flanke für Interpretationen, die den Antisemitismus als mögliche Folge eines unzutreffenden Antisemitismus-Vorwurfs rationalisieren.²⁷

21 »Deutsche Soldaten in Israel nicht denkbar«. Der Völkerrechtler Norman Paech, für die Linkspartei im Bundestag: Vorgehen Israels im Libanon unverhältnismäßig. Interview mit Norman Paech, in: taz, 26. 7. 2006.

22 Flori Kirner: In die Menge pumpen. Die Verrückten suchen: Heute vor zehn Jahren gelang Linksruck einmal der Durchbruch, in: junge Welt, 15. 6. 2006.

23 Linkspartei kommt, Linksruck nicht mehr nötig, in: taz, 30. 5. 2007.

24 Vgl. Ahmed Shah: Kommentar: Israel: Bollwerk gegen Antisemitismus?, in: Linksruck, Nr. 100, 13. 12. 2000.

25 Ahmed Shah: Israel und die antinationale Linke, in: Werner Halbauer (Hrsg.): Israel und der palästinensische Befreiungskampf. Ursachen des Nahostkonfliktes und Perspektiven für den Frieden, Frankfurt am Main 2002, S. 39.

26 Brief von Norman Paech an Micha Brumlik vom 29. Oktober 2003, zitiert nach <http://www.steinbergrecherche.com/frpaech.htm#Doppelmoral>.

27 Die Verwendung des Ideologems der jüdischen (Mit-)Verantwortung für den Antisemitismus ist keineswegs als »Ausrutscher« im Rahmen einer kontroversen Debatte zu verstehen, sondern stellt eine Position dar, die Paech bereits vor Jahrzehnten vertrat, so in einem Beitrag für die Hamburger Lehrerzeitung, in welchem es heißt: »Israel muss sich allerdings in der Tat fragen, ob seine Palästina-Politik nicht einem latenten Antisemitismus in Deutschland Nahrung gibt – und dem können wir nicht entgegensteuern, indem wir schweigen.« Zitiert nach

Antizionistische Positionen zielen darauf ab, jüdische politische Souveränität zu unterminieren, z. B. indem unterstellt wird, bei den Juden handele es sich ausschließlich um eine Religionsgemeinschaft, die keinen eigenen Staat benötige. Es wird impliziert, dass Juden als Minderheit in Mehrheitsgesellschaften leben könnten, freilich ohne dass man ihnen eine glaubwürdige Sicherheitsgarantie geben kann oder muss. Das Spezifische der Verfolgungsgeschichte der Juden wird hierdurch schlichtweg ausgeblendet und eine Zwei-Staaten-Lösung des Nahostkonflikts mit einem dauerhaft souveränen jüdischen Staat abgelehnt. Entsprechend heißt es beispielsweise in der gleichnamigen Zeitung der Organisation »Linksruck«: »Aber Israel ist ein Unterdrückerstaat. Deshalb bedeutet Anerkennung Israels zugleich Aufrechterhaltung der permanenten Kriegssituation ...«²⁸

Mitunter werden selbst religiös fundierte antisemitische Klischees von Akteuren der Linken bedient. So beantwortete Oskar Lafontaine, heutzutage Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag, seinerzeit die von ihm selbst aufgeworfene Frage »Wird es im Heiligen Land je Ruhe geben?« mit einer Gegenüberstellung alttestamentarischer Rachsucht und neutestamentarischer Vergebung: »Noch regiert das Alte Testament: Wer einen Menschen erschlägt, wird mit Tod bestraft ... Leben für Leben ... Auge um Auge ... Zahn um Zahn. Den Weg zum Frieden weist das Neue Testament. Dort steht: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.«²⁹ Die ungebrochene Wirkungsmacht derartiger Stereotype demonstriert beispielsweise der Mitarbeiter der »jungen Welt«, Werner Pirker: »Mit alttestamentarischer Härte geht Israel gegen die palästinensische Rebellion in den besetzten Gebieten vor. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Das ist noch eine glatte Untertreibung. Für ein Auge hundert Augen und für einen Zahn hundert Zähne, lautet die Rechnung.«³⁰

Der antisemitische Charakter nationalistischer und religiös-fundamentalistischer »Befreiungsbewegungen« wird hingegen geleugnet. Dementsprechend wird auch die Strategie der Hamas, »den Staat und die imperialistische Herrschaft infrage zu stellen und diese direkt anzugreifen«,³¹ von Ahmed Shah positiv bewertet und zur Solidarität mit der antisemitischen Hisbollah aufgerufen.³² Derartige inhaltliche Überschneidungen manifestieren sich mitunter in der gemeinsamen Partizipation an antiisraelischen Kundgebungen, bei denen neben diversen linken Politikern und Aktivisten auch Islamisten ihre Fahnen schwenkten, die israelische

Eike Geisel: Der hilflose Antisemitismus. Anmerkungen zu seiner Hamburger Vorübung, in: ders.: Die Banalität der Guten. Deutsche Seelenwanderungen, Berlin 1992, S. 100.

28 Linksruck vom 18.4.2002, zitiert nach: Jörg Fischer: Die Schnittmenge linker Politik und islamischer Religion: Die verblüffenden Entdeckungen des Oskar Lafontaine. <http://www.hagalil.com/archiv/2006/03/linksruck.htm>,

29 Oskar Lafontaine: Joschka Fischers Nahost-Friedensmission: Nur Show oder Erfolg?, in: Bild, 27. 8. 2001.

30 Werner Pirker: Auge um Auge? Israel besteht auf Gewaltmonopol über Palästina, in: Junge Welt, 4. 11. 2000.

31 Ahmed Shah: Israel und die antinationale Linke, in: Werner Halbauer (Hrsg.): Israel und der palästinensische Befreiungskampf, a. a. O., S. 37.

32 Anti-Israel Demo: »Hände weg vom Libanon – Freiheit für Palästina«, in: Hagalil, 1. 8. 2006, <http://www.hagalil.com/archiv/2006/08/anti-israel-demo.htm>.

Flagge verbrannten und eine breite Palette antisemitischer Topoi mittels Parolen und Transparente bedienten. Die Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Demonstranten hatte dabei vor allem rhetorischen Charakter.³³

Allerdings ist auch zu erwähnen, dass es innerhalb der Linken Entwicklungen gibt, welche die eigenen kulturell-historisch tradierten Stereotype kritisch reflektieren. Als Beispiele aus der Linkspartei wären ein Positionspapier von Katja Kipping,³⁴ welches implizit auch die Haltung der eigenen Außenpolitiker um Norman Paech, Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche und Heike Hänsel infrage stellt, und die Ablehnung einer Teilnahme an den Pro-Hisbollah-Demonstrationen letzten Sommer durch den Berliner Landesverband zu nennen.³⁵ Ebenso ist auf den Aufruf »Hamas raus aus den Köpfen«³⁶ hinzuweisen, den Mitglieder und Funktionäre der Linkspartei sowie Stipendiaten der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Reaktion auf die geplante Einladung des Pressesprechers der palästinensisch-islamistischen Hamas zu einer unter Gehrckes und Paechs Ägide organisierten Nahostkonferenz der Bundestagsfraktion der Linkspartei verfassten.³⁷

Neben den Überschneidungen rechtsextremer und linksextremer antisemitischer Ideologeme erscheinen auch die Abgrenzungen zur gesellschaftlichen Mitte häufig eher fließend als eindeutig. Antisemitische Tabubrüche kaprizierten sich dabei vor allem auf zwei Aspekte: einen vergangenheitsbezogenen – das Gedenken an den Holocaust – und einen gegenwartsbezogenen – den Nahostkonflikt. Für ersteren stehen dabei vor allem Martin Walser und Martin Hohmann, welche eine aggressive Erinnerungsabwehr unter den Schlagworten »Moralkeule« bzw. »Tätervolk« propagieren. Beide wurden – wenn auch mit großer Verspätung und in unterschiedlichem Maße – durch Öffentlichkeit bzw. die eigene Partei sanktioniert. Die zweite Variante des Tabubruchs kapriziert sich auf Israel und wird vor allem durch Personen wie Jürgen Möllemann, welcher dem israelischen Ministerpräsidenten sowie dem stellvertretenden Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland vorwarf, dem Antisemitismus Auftrieb zu geben,³⁸ und Norbert Blüm, der vom »hemmungslosen Vernichtungskrieg« Israels gegen die Palästinenser sprach,³⁹ repräsentiert. Trotz gewisser Kritik durch Teile von Öffentlichkeit und Partei wurde keiner von beiden sanktioniert. Möllemanns politischer Absturz erfolgte aufgrund der verlorenen Wahl seiner Partei, die seine antisemitische

33 Jana Süselbeck: Intifada in Mitte, in: Jungle World, Nr. 17/2002, 17. 4. 2002; Vgl. auch Martin Kloke: Israel – Alptraum der deutschen Linken, in: Lothar Mertens (Hrsg.): Deutschland und Israel. Ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses, Berlin 2006.

34 Katja Kipping: Für einen linken Zugang zum Nahostkonflikt jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen, in: <http://www.katja-kipping.de/nahost.htm>.

35 Ivo Bozic: Hamas im Bundestag, in: Jungle World Nr. 43/2006, 25. 10. 2006.

36 Vgl. HAMAS raus aus den Köpfen, in: <http://www.israel-debatte.de/texte.html>.

37 Ivo Bozic: Alte Liebe rostet nicht, in: Jungle World Nr. 45/2006, 8. 11. 2006.

38 Machtkampf in der FDP, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19. 5. 2002.

39 »Nährboden für Antisemitismus«. Botschafter Schimon Stein über den Fischer-Plan und die anschwellende Israel-Kritik deutscher Politiker, in: Der Spiegel, 15. 4. 2002; »Der Vorwurf des Antisemitismus wird auch als Knüppel benutzt«, in: stern, 18. 6. 2002.

Kampagne bis zuletzt toleriert hatte, und einer Parteispendenaffäre. Blüm tritt derweil auf antizionistischen Veranstaltungen wie der Stop-the-Wall-Konferenz in Köln 2004 auf.⁴⁰

Zu dieser Konferenz war ursprünglich auch Ludwig Watzal geladen, Mitarbeiter der Bundeszentrale für politische Bildung und Mitherausgeber der angesehenen akademischen Beilage »Aus Politik und Zeitgeschichte« der Zeitung »Das Parlament« sowie Lehrbeauftragter der Universität Bonn. Neben Auftritten und Publikationen im bürgerlichem Spektrum – sowie einem Beitrag in dem programmatischen neurechten Sammelband »Westbindung«⁴¹ – bestritt er auch schon eine Veranstaltung mit »Linksruck«⁴² und veröffentlichte in dem pro-terroristischen Medium Intifada auf der zur Solidarität mit Hamas und Hisbollah aufrufenden linksextremen Internetplattform antiimperialista antiisraelische Texte⁴³. Bereits zuvor war er durch einen antisemitisch grundierten Beitrag zur »Holocaust-Industrie« im Deutschlandradio aufgefallen, in welchem er laut Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin »die typischen Klischees vom jüdischen Kapital und jüdischer Macht« bedient hatte.⁴⁴ Trotz angeblicher Prüfung dienstrechtlicher Schritte durch seine Vorgesetzten hat es für Watzal bislang keine nach außen hin nachvollziehbaren Konsequenzen gegeben.⁴⁵

Analog zur ausgebliebenen politischen und medial-öffentlichen Sanktionierung Watzals kann auch der Fall des »Linksruck«-Gründers Ahmed Shah betrachtet werden, der als Leiter eines Jugendtheaterprojekts, das sich vorgeblich gegen Antisemitismus richtete und im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus staatliche Fördermittel bekam, radikale antizionistische Inhalte – so etwa Analogien zwischen Israel und Nazideutschland und Vergleiche zwischen der Situation von Juden im Dritten Reich und Muslimen in der Bundesrepublik – über seine Pädagogik vermittelte. In der Öffentlichkeit überwog die positive Würdigung durch Medien und Politiker von SPD, Grünen und PDS.⁴⁶ Trotz zweier Anfragen eines Mitglieds des

40 Simon Wunder: Innenansichten aus der Friedensbewegung. Bericht von der Konferenz »Stop the Wall«, Köln, 5. 6. 2004, in: www.henryk-broder.de/php/druck.php?datei=fr_wunder.html.

41 Vgl. Ludwig Watzal: Der Irrweg von Maastricht. In: Rainer Zitelmann & Karlheinz Weißmann: Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland. (Berlin: Propyläen, 1993)

42 Vgl. Linksruck Nr. 123, 5. Februar 2002, Linksruck-Diskussionsveranstaltungen: Wie kann es Frieden im Nahen Osten geben?, S. 11; Vgl. auch Martin Kloke: Israel – Alptraum der deutschen Linken? In: Lothar Mertens (Hg.): Deutschland und Israel. Ausgewählte Aspekte eines schwierigen Verhältnisses. (Berlin: Duncker & Humblot, 2006), S. 175.

43 Patrick Neu: Pädagogisch wertvoll? In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, 44. Jahrgang, Heft 176, 4. Quartal 2005, S. 38f.

44 Die Welt, 30.09.2004, Benedict Maria Müller: Rassismus-Vorwurf gegen DeutschlandRadio Berlin. Kommentar löst auch Proteste in Israel aus.

45 Patrick Neu: Bundeszentrale hält an ihrem Kurs fest. In: Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums, (45. Jahrgang, Heft 178, 2. Quartal 2006), S. 53-59.

46 Patrick Neu: »Jetzt machen sie das gleiche in Palästina ...« Ein vom Land Berlin gefördertes Jugendtheater in Moabit hat Probleme, politisch zu differenzieren, in: Jüdische Zeitung, Nr. 5 (09), Mai 2006; Patrick Neu: Antisemitismus mit öffentlichen Mitteln? Berliner Senat stellt sich hinter antisemitisch beanstandetes Theaterstück, in: Jüdische Zeitung, Nr. 7 (11), Juli 2006.

Berliner Abgeordnetenhauses beharrte der Senat darauf, dass seine Förderentscheidung richtig gewesen sei, und lehnte jegliche kritische Auseinandersetzung mit dem durch die Theatergruppe transportierten Antisemitismus ab.⁴⁷ Dabei hatte sogar die Abteilung Verfassungsschutz der Senatsverwaltung für Inneres, welche ihrer eigenen Arbeit eine – im Übrigen durchaus fragwürdige – konzeptionelle Trennung zwischen Antizionismus und Antisemitismus zugrunde legt,⁴⁸ bereits zuvor die Verwendung antisemitischer Stereotype in einer »Linksruck«-Publikation attestiert,⁴⁹ deren Verfasser Shah ist.⁵⁰

Die verspäteten gesellschaftlichen Sanktionierungen oder ihr vollständiges Ausbleiben sind ohne einen Blick auf den diskursiv-medialen Rahmen und die Einstellungsebene nicht zu verstehen. So haben verschiedene Studien zur jüngeren Berichterstattung über den Nahostkonflikt in den bedeutendsten überregionalen bundesdeutschen Printmedien gezeigt, dass von diesen immer wieder antisemitische Bilder evoziert werden.⁵¹

Eine Sekundäranalyse von Umfragedaten aus den letzten Jahren verdeutlicht, dass vor allem sekundäranisemitische Einstellungen in der bundesdeutschen Bevölkerung weit verbreitet, mitunter sogar mehrheitsfähig sind. Während ein marginaler Rückgang einiger primäranisemitischer Stereotype zu verzeichnen ist und klassische Manifestationen eines sekundären erinnerungsabwehrenden Antisemitismus eine relative Konstanz auf hohem Niveau offenbaren, haben vor allem israelbezogene Formen eines politischen Antisemitismus in jüngerer Zeit zugenommen.⁵²

Aus der weit verbreiteten bundesdeutschen »Schlussstrichmentalität«⁵³ folgt keineswegs ein allgemeiner Trend zur Leugnung nationalsozialistischer Verbre-

47 Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Alexander Ritzmann (FDP) vom 9. Mai 2006, Drucksache 15/13496, 8. Juni 2006; Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Alexander Ritzmann (FDP) vom 27. Juni 2006, Drucksache 15/13607, 7. August 2006.

48 Senatsverwaltung für Inneres – Abteilung Verfassungsschutz: Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins, Berlin, 2004, S. 7 f.

49 Ebenda, S. 34 f.

50 Ahmed Shah: Israel: Bollwerk gegen Antisemitismus?, in: Linksruck Nr. 100, 13. 12. 2000.

51 Rolf Behrens: »Raketen gegen Steinwerfer«. Das Bild Israels im »Spiegel«. Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung über Intifada 1987-1992 und »Al-Aqsa-Intifada 2000-2002, Münster 2003; Ulrike Becker: »Klimawechsel. Der Diskurs über Israel in Deutschland am Beispiel des Sechstagekrieges 1967 und der zweiten Intifada 2000/2002 (unveröffentlichte Magisterarbeit, Universität Hamburg, 2004); Siegfried Jäger, Margarete Jäger: Medienbild Israel. Zwischen Solidarität und Antisemitismus, Münster 2003.

52 Vgl. Yves Pallade: Medialer Sekundäranisemitismus, öffentliche Meinung und das Versagen gesellschaftlicher Eliten als bundesdeutscher Normalfall, in: Klaus Faber, Julius H. Schoeps, Sacha Stawski: Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006.

53 Vgl. Anti-Defamation League: Attitudes Toward Jews in Twelve European Countries, May 2005; Anti-Defamation League: Attitudes Toward Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict in Ten European Countries, April 2004; Umfrage des Forsa-Instituts für den stern, zu finden auf Mut Gegen Rechte Gewalt, 28. 6. 2006. Jeder 5. Deutsche denkt antisemitisch. Umfrage zu Antisemitismus in Deutschland, in: <http://mut-gegen-rechte-gewalt.de/artikel.php?id=5&kat=79&artikelid=804>; Aribert Heyder, Julia Iser & Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt am Main 2005, S. 151.

chen. Im Gegenteil: Es zeigt sich, dass die Tabuierung offensiv gegen Juden gerichteter Vorurteile weniger effektiv ist, sobald die Umwegkommunikation über den Legitimationsvorwand »Israel« läuft. Laut GMF-Survey von 2004 konnten 44,4 Prozent angesichts israelischer Politik »gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«, 51,2 Prozent meinten, das »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben«, 68,3 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Israel einen »Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« führe.⁵⁴

Manifestierte sich Antisemitismus in den späten 1990er Jahren noch weitgehend in vergangenheitsbezogenen Debatten um Fragen der Erinnerung (Walser-Debatte, Mahnmal-Debatte, Debatte um Zwangsarbeiterentschädigung), so trat – ausgelöst durch die Al-Aqsa-Intifada von 2000 – mit »Israel« ein diese ergänzender und teilweise überdeckender Kristallisationspunkt hinzu. Während unmittelbar vergangenheitsbezogene sekundäantisemitische Topoi in der Tradition konservativer und neurechter Positionen im Historiker-Streit der 1980er Jahre, wie etwa die von Hohmann propagierte »Aufrechnung« nationalsozialistischer und bolschewistischer Verbrechen in jüngerer Zeit in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik nur bedingt reüssieren konnten, zumal sie an linke Positionen nur schwer anzuknüpfen vermochten, haben ihre gegenwartsbezogenen Pendanten, wie die Behauptung von der angeblichen Instrumentalisierung des Holocaust zu gegenwärtigen – Deutschland zum Nachteil gereichenden – Zwecken (vgl. Walser-Debatte) und seine Deutung im Hinblick auf die deutsche Haltung gegenüber Israel (vgl. Möllemann-Affäre), die sich auf den heutigen Umgang mit der Vergangenheit bzw. ihrer Relevanz für die politische Gegenwart beziehen, weitaus größere Wirkung auf die Gesellschaft entfalten können. Die bereits vorhandenen Diskurse verschwanden damit keineswegs vollkommen (vgl. Hohmann-Affäre und Diskussion um deutsche Opfer des Zweiten Weltkriegs); vielmehr konnte die Diskussion um »Israel« in einigen Fällen daran anknüpfen, wobei der Bezug je nach Einzelfall mehr oder weniger explizit hervortrat.

So wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Varianten von Analogien zwischen dem jüdischen Staat und dem Dritten Reich durch Meinungsmultiplikatoren – darunter Politiker, Akademiker, Medienschaffende – bedient. In der überwiegenden Zahl der Fälle kam es weder zu Skandalen noch zu Sanktionierungen durch die Öffentlichkeit. Vielmehr wurden derartige Vergleiche von anderen Vertretern der gesellschaftlichen Elite als legitime, wenngleich mitunter »problematische« Meinungsäußerungen gewertet.⁵⁵ Ohne praktische Folgen blieben z. B. die Analogien, die der Leiter des Deutschen Orient-Instituts, Udo Steinbach, zwischen palästinensischen Selbstmordattentätern und dem Aufstand der Juden im

54 Aribert Heyder, Julia Iser, Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3, Frankfurt am Main 2005, S. 151.

55 Siehe Anm. 50, a. a. O.

Warschauer Ghetto zog. Die im Kuratorium seines Instituts wirkenden Vertreter der politischen und gesellschaftlichen Elite lehnten es ab, Steinbach für seine Aussagen zur Rechenschaft zu ziehen. Ebenso weigerten sich Bundestagsabgeordnete im Kuratorium des Vereins »Grünhelme«, sich mit Aussagen von dessen Gründer und stellvertretendem Vorsitzenden, dem prominenten Gründer der humanitären Organisation »Cap Anamur«, Rupert Neudeck, auseinanderzusetzen, die Israel in die Nähe eines Apartheidstaates rückten.⁵⁶ Auch wurden wie in der Möllemann-Affäre verschiedentlich Argumentationskonstrukte durch Meinungsmultiplikatoren bedient, welche ein Kausalverhältnis zwischen jüdischem, israelischem bzw. amerikanischem Verhalten, ungerechtfertigten Antisemitismusvorwürfen oder dem vermeintlichen Mangel von Kritik an der »Interessenpolitik einer jüdischen Lobbygruppe« auf der einen Seite und dem daraus angeblich erst resultierenden Antisemitismus auf der anderen postulieren, ohne dass es freilich auch nur zu einer teilweisen Skandalisierung geschweige Sanktionierung gekommen wäre.⁵⁷

Zweifelsohne haben judenfeindliche Ideologeme, welche früher an den politischen Rändern beheimatet waren, in jüngerer Zeit Eingang in Diskurse der Mitte gefunden. Doch nicht nur Extremisten versuchen die veränderten politischen Gelegenheitsstrukturen in Bezug auf Antisemitismus dafür zu nutzen, in anderen politischen Lagern zu mobilisieren, sondern auch aus der politischen Mitte heraus waren in den letzten Jahren verstärkt Mobilisierungsversuche mittels antisemitischer Ressentiments festzustellen. Während ein geschlossenes antisemitisches Weltbild lediglich bei einer Minorität des Elektorats zu finden ist, sind einzelne judenfeindliche Ideologeme – vor allem solche eines sekundären Antisemitismus – weit verbreitet. Zwar bleibt ein offen artikulierter primärer Antisemitismus, z. B. in Form der Leugnung des Holocaust, weitgehend tabuisiert, doch gerät als lästig empfundene Auseinandersetzung mit der Vergangenheit mitunter zu einem Vehikel moralischer Entlastung, mittels dessen das staatsgewordene Kollektiv der Opfer und ihrer Nachkommen in die Täterrolle projiziert wird. An ein solches Konstrukt können letztlich auch primärantisemitische Stereotype anknüpfen.

Gleichsam zur Opportunität antisemitischer Mobilisierungsversuche hat sich auch die Skandalisierungsschwelle erhöht. Gerade im Hinblick auf primäre Antisemitismen islamischer Provenienz lassen sich eine weit verbreitete Ignoranz sowie Rationalisierungsversuche ausmachen. So ist als Resümee ein weit verbreitetes Wahrnehmungsdefizit, welches sich wiederum aus Unkenntnis, mangelnder Auseinandersetzungsbereitschaft gesellschaftlicher Eliten jenseits formelhafter Floskeln sowie einem Zusammenwirken eigener verdrängter antisemitischer Ressentiments speist, in Bezug auf modernisierte antijüdische Vorurteile zu konstatieren.

56 Yves Pallade: Medialer Sekundärantisemitismus, öffentliche Meinung und das Versagen gesellschaftlicher Eliten als bundesdeutscher Normalfall, a. a. O., S. 49 ff., 53 ff.

57 Vgl. Eberhard Seidel: Irritierender Eifer, in: taz, 18. 9. 2004; Vgl. Adelbert Reif: »Der Hass auf die USA wächst«, Interview mit Navid Kermani, in: auch: taz, 5. 4. 2003.

Globalisierter Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Zur Arbeit gegen den aktuellen Antisemitismus in Deutschland*

In der Nacht zum 2. Oktober 2000 wurde ein Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübt. Dieser Anschlag war auf Initiative des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder der Startschuss für den »Aufstand der Anständigen« und zugleich der letzte Anstoß, das später gescheiterte NPD-Verbotsverfahren in Gang zu setzen. Symptomatisch war, dass von Anfang an die Medien und die Öffentlichkeit Neonazis im Verdacht hatten. Bei den Ermittlungen stellte sich später heraus, dass nicht Rechtsextreme, sondern zwei Jugendliche mit arabischem Hintergrund die Brandsätze geworfen hatten. Später sagten sie aus, dass sie durch die Nahostkonfliktberichterstattung im Fernsehen zum Brandanschlag motiviert worden seien. Dass die erste größere antisemitische Gewalttat in Deutschland im Oktober 2000 verübt wurde, ist kein Zufall. Mit dem Start der zweiten palästinensischen Intifada im September 2000 wuchs der Antisemitismus muslimisch-arabischer Einwanderer in Deutschland.¹ Spätestens seit diesem Anschlag *musste* die Qualität des globalisierten Antisemitismus in Deutschland zur Kenntnis genommen werden. Doch das Gegenteil passierte.

Das zentrale aktuelle Motiv des Antisemitismus der beiden Jugendlichen, die Feindschaft gegenüber Israel und der damit häufig verbundene antisemitische Vernichtungswunsch eint den muslimisch-migrantischen Antisemitismus mit dem Antisemitismus in der deutschen Migranten- und Mehrheitsgesellschaft sowie des organisierten Rechtsextremismus bis weit hinein in die traditionelle antiimperialistische Linke.² Diese Verbindung der Antisemitismen führt durch die stark aufgeladene Emotionalität der Israelfeindschaft zur Enthemmung und einer neuen Gewaltbereitschaft gegenüber allem als »jüdisch« Erkannten oder Zugeschriebenen,

* Vgl. dazu auch ausführlicher: Tobias Ebbrecht, Timo Reinfrank: Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Über die neuen (alten) Formen des deutschen Antisemitismus, in: »Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Mond sicher.« Antiamerikanismus und Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2004.

- 1 Diesen Sachverhalt thematisiert erst sechs Jahre später Joachim Wagner: Hitler gefällt mir. Viele muslimische Jugendliche in Deutschland denken antisemitisch. Und ihre Gewaltbereitschaft wächst, in: Die Zeit vom 7. 6. 2006.
- 2 Die politische Linke wird häufig eines besonderen Antisemitismus verdächtig. Auch wenn einzelne populistische Versuche von linker Seite unternommen wurden, so zeichnet sich nach Andreas Zick und Beate Küpper dies nicht in den Daten ab. Vielmehr nimmt der Antisemitismus im Durchschnitt zu, je weiter sich die Befragten auf der politischen Skala rechts verorten. Dies gilt auch für die israelbezogenen Facetten. Vgl. Andreas Zick, Beate Küpper: Riskanter Glaube: Religiosität und Abwertung, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt/Main 2006, S. 115-134.

das die seit der deutschen Wiedervereinigung gebrauchten antisemitischen Klischees in den Schatten stellt. Dieser enthemmte Antisemitismus äußert sich *stärker* als früher in spontanem Alltagsantisemitismus – auf der Straße, in der Schule und im Sportverein.

Aber auch die alten gängigen Formen des Antisemitismus haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Anschläge auf Synagogen, Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten und andere antisemitische Straftaten haben sich erhöht bzw. sind auf einem hohen Niveau. Jede Woche berichten überregionale Zeitungen von Schändungen jüdischer Friedhöfe. Im Hinblick auf antisemitische Drohanrufe, Graffiti oder hate sites im Internet hat der Staat resigniert, sie sind »normal« und ihre Anzahl ist viel zu hoch, um sie systematisch zu dokumentieren bzw. zu verfolgen. Wenn also im Folgenden von einem aktuellen Antisemitismus gesprochen wird, beziehe ich mich damit vor allem auf die neuen Formen des Antisemitismus, auf die Feindschaft gegen den Staat Israel, die gestiegene Gewaltbereitschaft und die Globalisierung alter Feindbilder.³

Auffallend zu beobachten ist, dass der typisch deutsche Antisemitismus nach Auschwitz, der sekundäre Antisemitismus, zunehmend wieder Elemente des primären Antisemitismus wie beispielsweise der Zuschreibung von typischen Charaktereigenschaften in sich aufnimmt. Während in den neunziger Jahren der Antisemitismus noch diskursiv vor allem in den Medien verhandelt wurde, scheinen sich fünfzehn Jahre später antisemitische Einstellungen und Vorurteile in allen Schichten und Segmenten der deutschen Gesellschaft deutlich verfestigt zu haben. Die Sozialforschung geht in Deutschland von einem »Bodensatz« von 15 bis 20 Prozent harter Antisemiten aus. Seit der ersten Erhebung des Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer in seiner Studie »Deutsche Zustände« 2002 ist das Ausmaß des klassischen Antisemitismus in Deutschland weitgehend stabil. 2002 stimmten fast 22 Prozent, 2005 21 Prozent der Befragten der klassisch antisemitischen Aussage: »Juden haben zu viel Einfluss« eher oder voll und ganz zu. Für den zweiten Indikator des klassischen Antisemitismus, »Durch ihr Verhalten

3 Dargestellt wird die Entwicklung von der »Feindschaft gegenüber Juden« zur »Feindschaft gegenüber Israel« u. a. in: Alvin H. Rosenfeld: »Progressiv« Jewish Thought and the New Anti-Semitism, New York 2006. Wolfgang Benz und Juliane Wetzel weisen darauf hin, dass die Bezeichnung »Neuer Antisemitismus« fehlerhaft sei, da nach ihrer Meinung »die traditionellen Konstrukte der Judenfeindschaft mit bekannten Stereotypen wie dem Vorwurf der weltweiten jüdischen Verschwörung oder der Leugnung des Holocaust transportiert werden. Neu in ihren Augen sind aber die Träger, radikale Islamisten, die sich die Wahnvorstellungen des in Europa entstandenen Antisemitismus angeeignet haben und damit weltweit Einstellungen, Vorbehalte, Feindbilder gegen »die Juden« bedienen. Vgl. Wolfgang Benz, Juliane Wetzel (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus, Essen 2007. Ich beziehe mich jedoch im Folgenden auf die Überlegung von Claudia Dantschke vom Zentrum Demokratische Kultur, die vorschlägt, doch von einem »aktuellen« Antisemitismus zu sprechen oder von einem Antisemitismus in seinen aktuellen Erscheinungsformen. Ebenso weist Dantschke darauf hin, dass es nicht nur radikale Islamisten sind, die Träger des migrantischen Antisemitismus sind. Zwar kann von einem »islamistischen oder »islamisierten« Antisemitismus gesprochen werden, aber nicht jede/r antisemitisch auftretende Migrant/Migrantin holt sich seine/ ihre Begründungsmuster aus der islamischen Ideologie. Zudem weißt sie darauf hin, dass im Kontext von migrantischem Antisemitismus auch der christliche Antisemitismus aus Osteuropa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion besonders berücksichtigt werden müsste.

sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig«, lässt sich ein leichter Rückgang von fast 17 Prozent 2002 auf 13 Prozent 2005 verzeichnen. Beide Indikatoren werden auch in anderen Untersuchungen zur Erfassung von klassischem Antisemitismus verwendet. Die große Bedeutung der Schuldabwehr und Umkehr, die sich in etlichen Facetten des Antisemitismus spiegelt, findet noch einmal ganz unmittelbare Bestärkung: 24 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: »Juden sind selbst schuld, wenn man etwas gegen sie hat.«⁴

Eine neue Qualität erhält der Antisemitismus zudem durch den Umstand, dass antisemitische Äußerungen immer weniger auf Widerspruch stoßen. Eine Normalisierung ist daher weniger im Verhältnis zwischen der jüdischen und der nicht-jüdischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland eingetreten, als vielmehr in Bezug auf die Existenz antisemitischer Ressentiments. Gerade der Irak-Krieg 2003 hat dabei in Deutschland eine katalysatorische Rolle gespielt. Bei den Antikriegsdemonstrationen waren erstmals seit 1945 wieder gehäuft in der Öffentlichkeit Bilder und Karikaturen zu sehen, die sich der Ikonographie des primären Antisemitismus der 1920er und 1930er Jahre bedienen: hakennasige Personen mit krausen Haaren, Wurstlippen und blutriefenden Händen, in der einen Hand ein Dollarschein, in der anderen einen Globus. Die Diskussionen über den Libanon-Krieg 2006 schlossen daran an. Israel wurde »mediale Gehirnwäsche« vorgeworfen.

Weitere konstitutive Elemente für heutigen Antisemitismus sind neben Israelfeindschaft und der in vielen Formen etablierten Erinnerungsabwehr der Shoah sowie Elementen des primären Antisemitismus vor allem ein verkürzter Antikapitalismus im Kontext der Globalisierungskritik und ein wieder erstarkter Antiamerikanismus, der sich mit dem Antisemitismus verbindet. Angesichts der quantitativen und qualitativen Zunahme des Antisemitismus in Deutschland sind die Annahmen der neunziger Jahre bezüglich der Verbreitung des Antisemitismus nicht mehr aufrechtzuerhalten. Diese gingen davon aus, dass der Antisemitismus in (West-)Europa und den USA an gesellschaftlicher Akzeptanz verloren habe und weitgehend tabuisiert sei, dass Juden staatlichen Schutz genössen, Antisemitismus u. a. von den Massenmedien bekämpft und Juden nicht mehr für soziale oder politische Krisen verantwortlich gemacht werden würden. So käme der Antisemitismus als Erklärungsmodell nur noch in marginalisierten rechtsextremen Gruppen vor.

Demokratischer Antisemitismus in der Politik

In der Gesellschaft wird zunehmend öffentlich gegen jüdische Menschen als »den Juden« oder »den Zionisten« die Stimme erhoben, wobei die Sprecher sich zugleich zu »mutigen« Tabubrechern gegenüber vorgeblichen »Denkverboten« stilisieren. Dieser Gestus ist freilich ein seit vielen Jahren gängiges Muster rechtsex-

4 Beate Küpper, Andreas Zick: Alten Mythen auf neuen Umwegen – Facetten des Antisemitismus in: Lamed. Zeitschrift für Kirchengeschichte und Judentum. o. J.

tremer Agitation, das heute zunehmend auch in Teilen der demokratischen Öffentlichkeit Eingang gefunden hat. Es wird ein »jüdisches Tabu« konstruiert, um es unter Berufung auf das Recht auf freie Meinungsäußerung »mutig« und »freiheitlich« brechen zu können. Der Sozialwissenschaftler Lars Rensmann umschreibt diese Taktik als »imaginären Antisemitismus«. Beispielhaft lässt sich dies am Fall des ehemaligen Vize-Vorsitzenden der Freien Demokraten, Jürgen W. Möllemann, zeigen: Denn er versuchte als Mitglied einer demokratischen Partei, das Muster des »Tabubruchs« gegen Juden in die etablierte Politik zu überführen.⁵ Im Bundestagswahlkampf 2002 gipfelten »Tabubrüche« in der politischen Kampagne der FDP gegen Israel und dessen damaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon, die von Möllemann für das Wiederaufleben eines neuen Antisemitismus verantwortlich gemacht wurden. Die Wirksamkeit von Möllemanns Ausfällen ist erst angemessen zu erkennen, wenn man die Tausende von antisemitischen Leserbriefen und Emails beachtet, die er öffentlichkeitswirksam zur Untermauerung seiner Position zur Schau stellen konnte. Rückblickend betrachtet, fanden antisemitische Motive und Stereotypen durch die fortwährenden Initiativen Möllemanns und durch ihre Akzeptanz in der FDP erstmals seit der Frühphase der Bundesrepublik in einem Bundestagswahlkampf eine offene politische Plattform innerhalb der demokratischen Parteienlandschaft. Konsequenzen haben nur sehr wenige gezogen. Noch heute wird der Kasus Möllemann nicht als antisemitischer Akt gewertet, und das antisemitische Flugblatt, mit dem er für den Wahlkampf Friedman und Sharon diffamierte, bezeichnen die Medien in Teilen bis heute als »israelkritisch«.

Antisemitismus nach dem 11. September 2001

Bereits unmittelbar nach dem 11. September wurde deutlich, dass der Antisemitismus längst kein tabuisiertes Schattendasein mehr fristet. Er ist kulturell wieder salonfähig und zu einer offen sichtbaren Erscheinung geworden. Verschwörungstheoretische Spekulationen, die das Schicksal der Welt in den Händen weniger, unsichtbarer – zuvörderst jüdischer – Cliquen sehen, haben seit den Anschlägen vom 11. September 2001 Hochkonjunktur. Die Ablehnung Israels, die antizionistische Israelfeindlichkeit, rationalisiert sich in der Haltung, Israel sei eine Gefahr für den Weltfrieden. Gesellschaftliche Verhältnisse werden zunehmend vereinfachend personifiziert in die vermeintlichen »Herrscher der Welt«. So finden sich solche Personifizierungen in antiamerikanischen Karikaturen von amerikanischen Präsidenten genauso wie in antisemitischen, die den jeweiligen israelischen Regierungschef zum Gegenstand haben.

5 Vgl. Lars Rensmann: Alte und neue Formen des Antisemitismus. Judenfeindliche Vorurteile und Bestrebungen vor und nach den Terroranschlägen von New York und Washington, in: Tobias Ebbrecht, Johanna Müller u. a. (Hrsg.): *The final insult. Das Diktat gegen die Überlebenden. Deutsche Erinnerungsabwehr und Nichtentschädigung der NS-Sklavenarbeit*, Münster 2003, S. 170 f.

Der Nahostkonflikt hat keinen neuen Antisemitismus hervorgerufen, sondern er dient als Projektionsfläche, auf der antisemitische Ressentiments geäußert werden. Das Ressentiment gegen Juden richtet sich heute in überwältigendem Maß auch weltweit gegen Juden in anderen Ländern: gegen die Juden in Israel und den Vereinigten Staaten, die angeblich die moralischen Hauptverbrecher in der internationalen Arena seien.⁶ Die Mehrzahl der Deutschen, so der Soziologe Ulrich Beck, akzeptiere nicht die zentrale Unterscheidung zwischen Juden und Israelis. Die Israelkritik schlägt um in Judenkritik und Judenfeindlichkeit.⁷ In der Folge wird antisemitische Kritik an Israel auch weiterhin gegen die jüdische Bevölkerung im eigenen Land gerichtet, alle Juden werden unterschiedslos mit Israel identifiziert. Ihnen wird – so sie sich nicht als Kritiker Israels darstellen – per se zunächst eine Mitschuld an der Politik »ihrer Regierung« zugewiesen.⁸

Der Antisemitismus stellt sich auch als »europäisches Problem« dar. Antisemitische und antiamerikanische Ressentiments vermengen sich zunehmend und werden Teil der politischen Artikulation von Teilen von Protestbewegungen wie den Globalisierungsgegnern oder der Friedensbewegung, wie von Teilen der Mehrheitsbevölkerung. Studien der Europäischen Union zur Haltung zu Israel haben *gleichermaßen* erschreckende Ergebnisse zutage gebracht. In der gesamten EU sehen 59 Prozent der Bevölkerung Israel als größte »Bedrohung des Weltfriedens«, in Deutschland sind es sogar 65 Prozent. Dass die Umfrage überhaupt der Frage nach der Bedrohung des Weltfriedens mit einer möglichen Antwort Israel stellte, macht bereits die projektiv besetzte Stellung des jüdischen Staates in den europäischen (Medien-)Diskursen deutlich. Die Studie zeigt, so das Simon Wiesenthal Center, »dass der Antisemitismus zutiefst in der europäischen Gesellschaft verwurzelt ist«. ⁹ Als europäisches Problem ist der Antisemitismus aber auch ein deutsches Problem geblieben.

6 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen: Der alte neue Hass, in: Die Welt, 28. 6. 2003.

7 Vgl. Ulrich Beck: Globalisierte Emotionen. Der neue europäische Antisemitismus, in: Süddeutsche Zeitung, 17. 11. 2003.

8 Zit. nach Jungle World, Nr. 47, 12. 11. 2003, S. 15.

9 Der islamistische Antisemitismus findet sich in Reinkultur unter anderem in der Charta der Hamas von 1988 wieder, in der die Juden und die Zionisten als Urheber der französischen und der russischen Revolution wie auch der zwei Weltkriege bezeichnet werden. Vgl. Micha Brumlik: Ich glaube an die Mittel der Aufklärung, Interview in den Blättern des Informationszentrum Dritte Welt (iz3w), Nr. 273, November/Dezember 2003, S. 16 ff. Zum islamistischen Antisemitismus: Matthias Küntzel: Jihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2002; Robert S. Wistrich: Muslim Antisemitism. A clear and present Danger. Hrsg. im Auftrag vom American Jewish Committee, New York 2002; Paul Iganski, Barry Kosmin: A new anti-Semitism. Debating Judeophobia in 21st-Century Britain. Institute for Jewish Policy Research, London 2003.

Globalisierter Antisemitismus

Der Antisemitismus existiert zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland und Europa nicht nur weiter, er hat sich globalisiert. Der spezifisch deutsche und europäische Antisemitismus trifft heute auf einen neuen islamistischen Antisemitismus.¹⁰ Dieser islamistische Antisemitismus speist sich aus den jüdenfeindlichen Aussagen der Antike und des Korans, die in den 1920er und 1930er Jahren von den Muslimbrüdern Hassan al-Banna und Sayyid Qutb aufgegriffen wurden, sowie aus Versatzstücken des deutsch-europäischen Antisemitismus und Rassismus. Der islamistische Antisemitismus ist also wesentlich älter als der Staat Israel und keineswegs bloße Reaktion auf die israelische Politik in den palästinensischen Autonomiegebieten, sondern gründet auf einer festgefügt antisemitischen Weltanschauung. Der islamistische Antisemitismus, der elementarer Bestandteil der islamistisch-totalitären Bewegung ist, hat das Ziel, möglichst viele Juden zu ermorden und »judenfreie Gottesstaaten« zu errichten.¹¹

Neben den Terroranschlägen von Al-Qaida fand der islamistische Antisemitismus seinen deutlichsten Ausdruck in der Rede des ehemaligen Premierministers von Malaysia, Mahathir Mohammad, vor dem Kongress Islamischer Länder (OIC), der 1,3 Milliarden Menschen zu vertreten vorgibt. Diese Ansprache war die erste Rede eines Staatsmannes seit Adolf Hitler, in der nicht nur der Zionismus, sondern die Juden einer Weltverschwörung verdächtigt wurden: »Sie (die Juden) erfanden Sozialismus, Kommunismus, Menschenrechte und Demokratie und haben sie erfolgreich gefördert, damit es falsch erscheint, sie zu verfolgen, und damit sie die gleichen Rechte wie andere genießen. Dadurch haben sie nun die Kontrolle über die mächtigsten Staaten der Welt gewonnen.«¹² Die Hetzrede wurde von den OIC-Delegierten wohlwollend bis begeistert aufgenommen. Das bedeutet noch nicht, dass die islamischen Regierungschefs den Antisemitismus zur Staatsdoktrin erheben werden, jedoch wollte sich auch niemand von Mahathir's Bemerkungen distanzieren. Entsprechend mager fallen auch die Distanzierungen (nicht nur) der muslimischen Staaten von den Äußerungen des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad aus, der immer wieder fordert, dass Israel von der Landkarte verschwinden müsse, Israel das Existenzrecht abspricht und den Staat als »unrechtmäßig« bezeichnet.

10 Michael Kiefer wendet ein, dass die unterschiedlichen Erscheinungsformen der Feindbilder zeigen, dass der Antisemitismus in der arabisch-islamischen Welt – ebenso wie in Europa – die Gestalt eines flexiblen Codes (Haury) angenommen hat, der in alle Ideologien oder Ideologiekonglomerate des weltanschaulichen Spektrums integriert werden kann. Daher spricht er von einem »islamisierten« Antisemitismus, der in allen seinen wichtigen Strukturmerkmalen identisch sei mit dem europäischen Antisemitismus bzw. folgerichtig nicht von einem muslimischen oder islamischen Antisemitismus gesprochen werden könne. Vgl. Michael Kiefer: Islamischer oder islamisierter Antisemitismus, in: Wolfgang Benz, Juliane Wetzel (Hrsg.): Antisemitismus und radikaler Islamismus, a. a. O.

11 Vgl. Micha Brumlik: Ich glaube an die Mittel der Aufklärung, a. a. O.

12 Zit. nach taz, 17. 10. 2003.

Der islamistische Antisemitismus ist dem traditionellen deutsch-europäischen Antisemitismus sehr nahe im globalen Hass auf die Juden und die USA, die als ein »Gebilde von Juden und Kreuzfahrern« dargestellt werden.¹³ Auch die neuen Bilder, die die beiden Antisemitismen dabei bedienen, sind gleich. Der »Rambo-Jude« hat in der antisemitischen Phantasie in Teilen den Wucherer Shylock ersetzt. Der schlau und heimlich korrumpierende Jude der ersten zwei Jahrtausende des Antisemitismus, der nun mit seiner neuen militärischen und politischen Macht bewaffnet ist, hat sich nach außen in den unterdrückenden, brutalen und tötenden Juden verwandelt, der die Schmutzarbeit entweder selbst verrichtet, wie in Israel, oder andere dazu anstellt, sie für ihn zu verrichten, wie es projektiverweise den Juden in den USA nachsagt wird.¹⁴

Islamfeindlichkeit und islamitischer Antisemitismus

Der islamistische Antisemitismus ist nun auch verstärkt in Deutschland und Europa zu finden. Antisemitische Gewalttaten werden in wachsendem Umfang nicht nur von Rechtsextremisten, sondern auch von meist jugendlichen gewaltbereiten Islamisten begangen werden. Alle, die gegen den aktuellen Antisemitismus arbeiten, müssen den islamistischen Antisemitismus ernst nehmen und aufhören, aus falsch verstandener Toleranz wegzuschauen, wenn sich menschenfeindliche Ideologien in *Moscheen*, Nachbarschaftszentren oder im Islamunterricht wiederfinden: »Denn nur wenn sie diese Extremisten ebenso ernst nimmt wie alle anderen auch, beweist sie, dass sie Muslime als gleichwertige Bürger ernst nimmt« – so Richard Herzinger in der *Zeit*.¹⁵ Bei der Auseinandersetzung mit islamistischen Antisemitismus wird immer wieder gewarnt, Islamfeindlichkeit und Rassismus zu fördern. Häufig führt dies dazu, dass *dadurch* vor allem die berechtigte Angst vor diesen beiden Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit thematisiert wird und keine weitere Auseinandersetzung mit Islamismus, Antisemitismus und dessen Bedeutung für Menschenfeindlichkeit insgesamt stattfindet. So unbegreiflich es scheint, Gleichsetzungen und völlig inakzeptable Verallgemeinerungen wie: »Wir Muslime fühlen uns wie die Juden vor 1933« sind häufig anzutreffen. Die antisemitische Gefahr zu relativieren, spielt auch die Gefahr anderer Vorurteile und Stereotype wie Rassismus oder Homophobie herunter.

13 Von der Radikalität steht der islamistische Antisemitismus der NS-Ideologie mit ihrem eliminatorischen Antisemitismus sicher am nächsten. Dieser islamistische Antisemitismus ist jedoch nicht mit dem Vernichtungsentisemitismus der Nationalsozialisten gleichzusetzen, da er zumindest nominell nicht rassistisch ist und die Evolutionstheorie ablehnt. Vgl. dazu Micha Brumlik: Ich glaube an die Mittel der Aufklärung, a. a. O.

14 Vgl. Daniel Jonah Goldhagen a. a. O.

15 Richard Herzinger: Der Opferbonus. Fördert Aufklärung über Antisemitismus »Islamophobie«?, in: Die Zeit, 11. 12. 2003.

Die Bekämpfung des Antisemitismus auf die Tagesordnung setzen

Die Auseinandersetzung mit dem aktuellen Antisemitismus muss jedoch auch nicht nur aufgrund seiner Geschichte in Deutschland gesondert auf die Tagesordnung gesetzt werden, sonst droht die Besonderheit, die sich auch in der praktischen Bekämpfung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit¹⁶ aufgrund der Komplexität und Wahnhaftigkeit zeigt, auf der Strecke zu bleiben. Nicht erst, aber verstärkt durch die Anschläge in New York und Washington, ist der Antisemitismus im Gegensatz zu anderen Elementen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als politisches Kampfmittel wieder etabliert. Er hat sich vom Nahen Osten aus globalisiert und eine Allianz im Sinne einer Querfront aus Rechtsradikalen, Islamisten und antiimperialistischen Linken hervorgebracht,¹⁷ das weit über das hinausgeht, was sonst im Rahmen der Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit festgestellt wird.

Eine weitere Besonderheit ist, dass der Antisemitismus als »flexibler Code«, wie der Soziologe Haury es ausdrückt, mühelos weitere demokratiefeindliche Ideologien wie den Antiamerikanismus und den Islamismus in sich aufnehmen kann. In Deutschland wurde der globalisierte Antisemitismus von der Politik und der Öffentlichkeit vor allem als Problem in anderen Ländern oder unter dem Aspekt der inneren Sicherheit und der terroristischen Bedrohung durch »radikale Extremisten« thematisiert. Aus dem eingangs geschilderten Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge und dem »Aufstand der Anständigen« wurde in der Logik der Bundesregierung vor allem ein Programm gegen den nicht weniger problematischen Rechtsextremismus, eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Brandanschlages fand gar nicht statt. Zudem fand bis jetzt keine Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Antisemitismus als »Generatorthema« für Demo-

16 Der Begriff »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« wurde im Wesentlichen durch den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer geprägt. In seiner Langzeitstudie »Deutsche Zustände« weist Heitmeyer nach, dass in Deutschland die Feindseligkeit gegenüber schwachen Gruppen und Minderheiten in allen Teilen der Bevölkerung stark zugenommen hat. Diese Haltung hat sich weiter radikalisiert und geht insbesondere von der gesellschaftlichen Mitte aus, die bislang als Garantie für politische Stabilität galt. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit beschreibt, was traditionellerweise unter der Abwertung von Gruppen durch Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit oder Ethnozentrismus verstanden wird. In vielen Studien zeigt sich, dass die Neigung, Vorurteile gegenüber einer Gruppe zu haben, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit mit der Neigung korrespondiert, auch Vorurteile gegenüber einer oder mehrerer anderer Gruppen zu haben. Für den Antisemitismus zeigt sich, dass dieser auch eng mit Islamfeindlichkeit zusammenhängt, insofern darf die Auseinandersetzung mit Antisemitismus auch in der Praxis nicht gegen die Auseinandersetzung mit anderen Elementen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Islamfeindlichkeit ausgespielt werden. Darüber hinaus kann gezeigt werden, dass aus dem Antisemitismus wie auch anderen Elementen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein Syndrom der Abwertung folgt, also die Bekämpfung des gesamten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit-Syndroms auch als ein Teil zur Bekämpfung von Antisemitismus gesehen werden kann. Vgl. dazu Andreas Zick: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit aus Sicht der Wissenschaft, in: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.): Erkennen. Reflektieren. Verändern, Berlin 2006.

17 Vgl. zu Bündnisfähigkeit der rechtsextremen Szene und zur Bedeutung des Antisemitismus für den deutschen Rechtsextremismus die Dokumentation des Bundesamt für Verfassungsschutz: Die Bedeutung des Antisemitismus im aktuellen deutschen Rechtsextremismus, Köln 2002.

kratiefindlichkeit bzw. als »Eingangstor« für die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie ihn die Amadeu Antonio Stiftung beschreibt, statt. Ein Beispiel dafür ist die Israelfeindschaft, die als Form von Antisemitismus ernstgenommen werden muss. Sie ist keineswegs bloß eine Reaktion auf die »israelische Besatzungspolitik« in Palästina, sondern gründet auf einer festgefügt antisemitischen Weltanschauung, wie dies im Fall des ehemaligen Vize-Vorsitzenden der Freien Demokraten, Jürgen W. Möllemann, bereits ausgeführt wurde. Heitmeyer u. a. weisen in der Studie »Deutsche Zustände« nach, dass ein signifikanter Anstieg antisemitischer Einstellungen insbesondere im Kontext von Israelfeindschaft zu beobachten sei, »die auch bei Jugendlichen eine negative Entwicklung des Meinungsklimas in Bezug auf Antisemitismus induziert hat.«¹⁸ Deshalb ist eine Auseinandersetzung mit dem Holocaust und dem historischen Antisemitismus für die Bekämpfung aktueller Formen des Antisemitismus nicht ausreichend.

Die Bekämpfung des Antisemitismus, ob in der Arbeit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit oder als einzelnes Phänomen, muss diesen Besonderheiten des Antisemitismus Rechnung tragen. Stephan Bundschuh diskutiert die bisherige Praxis der Pädagogik gegen Antisemitismus zu Recht sehr kritisch. Danach wurde Antisemitismus »in der pädagogischen Praxis bislang kaum als eigene Thematik aufgegriffen, als schulisches Thema taucht er in der Regel im Zusammenhang mit den Kreuzzügen oder dem Nationalsozialismus auf ...«¹⁹ Die Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus als eigenes Thema muss erst noch beginnen. In der Vergangenheit war der Antisemitismus nach dem Holocaust vor allem mit einem gesellschaftlichen Tabu belegt. Folglich war die Arbeit dagegen auch tabuisiert – gegen etwas, das es nicht gab, das verdrängt war oder worüber man nicht sprach, konnte auch nicht aufgearbeitet werden. Dieses Tabu ist nun aufgeweicht. In Zukunft muss es also darum gehen, das Tabu durch eine gesellschaftliche Ächtung zu ersetzen und das Verdrängte aufzuarbeiten.

Ansatzpunkte dafür sind vor allem öffentliche Formen der Auseinandersetzung, wie es beispielsweise die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit vielen zivilgesellschaftlichen Partnern seit mehreren Jahren mit den bundesweiten Aktionswochen gegen Antisemitismus begonnen hat. Ein großes Problem ist, dass es kaum qualifizierte Multiplikatoren gibt, die in der Lage sind, sich zusammen mit den Jugendlichen mit Antisemitismus und geäußerten antisemitischen Einstellungen auseinanderzusetzen. Albert Scherr und Barbara Schäuble haben in einer Studie »Ich habe nichts gegen Juden, aber...« herausgefunden, dass viele antisemitische Ressentiments und Stereotype so weit verbreitet sind, dass sie selbst von

18 Vgl. dazu Werner Bergmann: Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 25 ff., hier S. 28.

19 Zit. nach URL:

http://www.bpb.de/publikationen/WMD5UT,4,0,Eine_P%E4dagogik_gegen_Antisemitismus.html#art4,
15. 10. 2007

Jugendlichen weiter getragen werden, die keine Antisemiten sein wollen.²⁰ Deshalb lautet die Schlussfolgerung der Studie: Ziel der pädagogischen Arbeit muss es sein, die Jugendlichen zu befähigen, sich fundiert mit Antisemitismus auseinanderzusetzen und ihn auch zu erkennen, wenn er in modernem Gewand auftritt, etwa bei Thematisierungen des Nahostkonfliktes. Dazu brauchen die Pädagogen Qualifikation und Begleitung, die kaum vorhanden sind.

Als zwei weitere Schlüsselfaktoren für die erfolgreiche Ächtung des Antisemitismus haben sich die Aufarbeitung der eigenen Lokalgeschichte und die Erhöhung der Medienkompetenz von Jugendlichen erwiesen. Gerade in der Nahostberichterstattung werden viele Stereotypen oft ungefragt reproduziert, und es fehlt gerade Jugendlichen an der Kompetenz, diese Zuschreibungen und falschen Verallgemeinerungen zu erkennen. Bei allem notwendigem Fokus auf die Arbeit mit Jugendlichen sollte nicht vergessen werden, dass Antisemitismus auch ein Problem der Älteren ist. Im Vergleich zu anderen soziodemographisch definierten Gruppen neigen insbesondere ältere, westdeutsche Männer zur Unterstützung klassisch antisemitischer Einstellungen.²¹ Auch sollte der geschärfte Blick auf den migrantischen Antisemitismus nicht dazu verleiten, den traditionellen Antisemitismus der Mehrheitsbevölkerung aus dem Blick zu verlieren.

20 Albert Scherr, Barbara Schäuble: »Ich habe nichts gegen Juden, aber ...«, hrsg. von der Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2007.

21 Vgl. Beate Küpper, Andreas Zick: Alten Mythen auf neuen Umwegen, a. a. O.

Die Arbeit gegen Antisemitismus. Erfahrungen und Beispiele des Anne Frank Zentrums

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses Amsterdam. Über die Beschäftigung mit Anne Frank fördert das Anne Frank Zentrum die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen und trägt die Botschaft von Anne Franks Tagebuch in die heutige Zeit. Dabei setzt sich das Zentrum für eine vielfältige, demokratisch lebendige Gesellschaft ein und arbeitet gegen Antisemitismus, Vorurteile und jegliche Diskriminierung von Menschen. Insbesondere sollen persönliche Entscheidungsspielräume aufgezeigt werden, die in ganz alltäglichen Situationen wie Ausgrenzung oder Gruppenzwang ein Handeln ermöglichen. Die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen bildet einen Schwerpunkt des Anne Frank Zentrums.

Die Gründung des Anne Frank Zentrums in Berlin geht auf eine Initiative aus dem Jahr 1994 zurück. Damals wurde die Präsentation der internationalen Wanderausstellung »Die Welt der Anne Frank. 1929-1945« in Berlin vorbereitet, die aus Anlass des 50. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus in sechs Stadtbezirken gezeigt wurde. Für die Koordination der Ausstellung und des umfangreichen Rahmenprogramms wurde eigens ein Förderverein gegründet.

Auf der Basis dieses Vereins wurde in den Folgejahren die Gründung des Anne Frank Zentrums in Berlin angestrebt, um das Engagement zu den Themen der Ausstellung fortführen zu können. Dabei boten die bestehenden Anne Frank Zentren in Großbritannien und den USA Orientierung.

Nach Abschluss einer Kooperationsvereinbarung mit dem Anne Frank Haus Amsterdam, wurde das Anne Frank Zentrum am 12. Juni 1998 eröffnet. Seither kommen zahlreiche Besucherinnen und Besucher, Jugendgruppen und Schulklassen aus Berlin und aus der ganzen Bundesrepublik in das Anne Frank Zentrum. Seit September 2002 befindet sich das Anne Frank Zentrum neben den Hackeschen Höfen in der Rosenthaler Straße 39 in Berlin.

Erfahrungen und Hintergründe

Das Anne Frank Zentrum beschäftigt sich in seiner präventiven Bildungsarbeit mit Fragen der Verbindung von Geschichte und Gegenwart und des Zusammenlebens heute. Bei den Projektangeboten in der neuen Berliner Ausstellung, bei Projektwochen an Berliner Schulen aber auch bei unseren bundesweiten Multiplika-

torenschulungen erleben wir sehr oft, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich latent antisemitisch äußern. Juden werden fast immer von Deutschen unterschieden; und viele Jugendliche zeigen zwar Mitgefühl für die während der NS-Zeit verfolgten Juden und sind entsetzt über den Holocaust, haben dabei aber ein Bild im Kopf, nach dem Juden passive Opfer, Fremde, Außenseiter, schlichtweg die anderen sind. Bei israelkritischen Stellungnahmen bedienen sie sich antisemitischer Stereotype. Gerade in letztgenanntem Zusammenhang beobachten wir eine verstärkte Argumentation dieser Art bei Jugendlichen mit muslimisch geprägtem Migrationshintergrund. Einige Jugendliche machen deutsche Juden für die Politik Israels verantwortlich oder sympathisieren sogar – zwar sehr selten, aber doch – offen mit der Judenvernichtung im »Dritten Reich«.

Hinter diesen antisemitischen Denkmustern stecken oft Ohnmachtsgefühle, Versagensängste und schlicht ein vereinfachtes, teils autoritäres Verständnis von Gesellschaft und Demokratie. Ebenso werden hier eigene Diskriminierungserfahrungen durch die deutsche Mehrheitsgesellschaft im Falle von Jugendlichen mit (muslimisch geprägtem) Migrationshintergrund antisemitisch kompensiert.

Unsere eigenen Erfahrungen zeigen, dass Antisemitismus fast immer in Kombination mit andersgearteter gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auftritt. Gerade muslimische jugendliche Männer fallen oft nicht nur durch ihre antisemitischen, sondern auch durch ihre stark homophoben Einstellungen und ihren Sexismus auf. Daher ist es wichtig, Ansätze zu verfolgen, die die verschiedenen Formen von Antisemitismus im Kontext von weiteren Ausgrenzungs- und Diskriminierungsformen betrachten.

Dabei zeigen wir Antisemitismus nicht nur als historische Erscheinung. Unsere Erfahrungen (und die vieler Kolleginnen und Kollegen) zeigen, dass Projektarbeit und Unterricht über den Holocaust nicht automatisch vor antisemitischen Einstellungen schützen. Dabei ist die Auseinandersetzung »mit antisemitischen Denkmustern in einer Gesellschaft zu führen, die zwar weiterhin in der Täterachfolge von Auschwitz steht, die zum anderen jedoch zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist.«¹ Damit geht es auch um Auseinandersetzungen zu aktuellen Fragen der Globalisierung, zum Nahostkonflikt und zu Themen wie Krieg, Frieden, Menschenrechte und Demokratie.

Basis der pädagogischen Arbeit ist der intensive Austausch mit Kooperationspartnern, z. B. in der Task Force on Anti-Semitism. Wir greifen immer wieder auf Materialien, Untersuchungen, Projektbeispiele und Dokumentationen z. B. der Amadeu Antonio Stiftung, des American Jewish Committee, des Bildungsteams Berlin-Brandenburg, des Fritz Bauer Instituts, der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA), des Jüdischen Museums Berlin, des Zentrums für Antisemitismusforschung an der TU Berlin und der Kolleginnen und Kollegen der Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main zurück.

1 Zivile Kräfte stärken. Hrsg. Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main, 2006, S. 21.

Beispiele aus unserer Arbeit

Die Arbeit gegen Antisemitismus ist für uns vor allem praktische, pädagogische Projektarbeit. Dabei gibt es direkte Angebote zu dem Thema. In unserem Verständnis ist die Arbeit gegen Antisemitismus auch ein dauerhafter Teil vieler anderer Projekte. Begonnen haben wir z. B. schon Mitte der neunziger Jahre. Dabei wurde u. a. im Rahmen des interkulturellen Lernens im Grundschulbereich selbstverständlich Philipp, ein jüdischer Junge vorgestellt, der ein Jahr vorher mit seiner Familie aus Russland gekommen ist.² Aktuellstes Beispiel ist die Ausstellung »Anne Frank und die DDR. Politische Deutungen – persönliche Lesarten«. Die Ausstellung zeigt ein Bild voller Widersprüche und dabei auch den Antisemitismus in der DDR. Als Wanderausstellung wird sie vor allem in den neuen Bundesländern zu sehen sein.

Wanderausstellung »Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland«

Anne Frank Wanderausstellungen sind eine wichtige Basis unserer Arbeit. Im Jahr 2007 haben wir unsere Ausstellung in 19 Orten in der gesamten Bundesrepublik präsentiert. Dabei bereitet oft ein breites gesellschaftliches Bündnis in einem lokalen Trägerkreis die Ausstellung vor und führt eigene Begleitveranstaltungen (z. B. Lesungen, Workshops, lokale Spurensuche, Theaterprojekte) durch. Des Weiteren gelingt es in allen Orten, das Programm »Jugendliche begleiten Jugendliche« zu initiieren. Jugendliche in dem jeweiligen Ausstellungsort erhalten ein Training vom Anne Frank Zentrum und führen dann selbständig Schulklassen und Jugendgruppen durch die Ausstellung.

Anne Frank Ausstellung in Schönebeck (Sachsen-Anhalt)

Nach der Verbrennung des Tagebuchs der Anne Frank bei einer sogenannten Sonnenwendfeier durch rechtsextreme junge Männer in Pretzien im Juni 2006 hat sich das Anne Frank Zentrum für eine strafrechtliche Verurteilung der Täter wegen Volksverhetzung eingesetzt. Hauptaugenmerk unserer Aktivitäten waren pädagogische Angebote wie Lesungen, Theaterstücke und Seminare. Mit großem Erfolg wurde in der nahegelegenen Kreisstadt Schönebeck die Ausstellung »Anne Frank. Eine Geschichte für heute« präsentiert. Knapp 2 000 Besucherinnen und Besucher gab es in drei Wochen – viele Schulklassen, aber auch viele Ältere, die einzeln kamen. Dabei wurden Jugendliche selbst aktiv. Vereine und Institutionen, z. B. Rückenwind e.V. oder Miteinander e.V., die vor Ort und in der Region aktiv sind, konnten in ihren Aktivitäten unterstützt werden.

2 Vgl. Das sind wir – interkulturelle Unterrichtsideen für Klasse 4-6 aller Schularten, Lesebuch und Handbuch der Anne Frank Stiftung Amsterdam und des Anne Frank Zentrums Berlin, 1995.

Unsere neue Wanderausstellung »Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland« vertieft zahlreiche Aspekte aus Anne Franks Biographie und ergründet ihre heutige Bedeutung. Die Ausstellung als ein »interaktiver Lernort« lässt die Besucherinnen und Besucher die Welt der Anne Frank selbst entdecken und schafft damit immer wieder Bezüge zur Gegenwart. Multimedial und interaktiv erleben die Besucherinnen und Besucher zentrale Textstellen des Tagebuchs. Damit bietet die Multimedia-Wanderausstellung einen neuen Zugang zur Zeit des Nationalsozialismus.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das Tagebuch von Anne Frank. Sein Inhalt wird auf vier großen Multimediawänden entfaltet. Viele der von Anne Frank in ihrem Tagebuch gestellten Fragen bewegen auch heute noch zahlreiche Jugendliche und prägen ihr Denken in der Gegenwart.

Drei persönliche Fragen, mit denen sich Anne Frank in ihrem Tagebuch beschäftigt hat, werden zu Leitfragen in der multimedialen Ausstellung: Wer bin ich? Was geschieht mit mir? Was ist mir wichtig?

Der Themenkreis »Wer bin ich?« beleuchtet dabei die Themen Herkunft, Heimat und Zugehörigkeit zu einer Minderheit. Dabei wird am Beispiel der Geschichte der jüdischen Minderheit in Deutschland deutlich, »wie wenig für den einzelnen Menschen durch die Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit zunächst festgelegt sein muss. Zugleich wird deutlich, wie stark sich die Zugehörigkeit zu einer Minderheit auf die persönliche Entwicklung auswirkt. Die Trennung zwischen der Wahrnehmung der minoritären Gruppe aus ihrer eigenen Sicht und derjenigen aus der Sicht der Mehrheit ist ein weiteres Lernfeld, das hier eröffnet wird.«³

Fortbildungen

Das Anne Frank Zentrum bietet bundesweit Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Antisemitismus. Basis der Fortbildungen für Lehrkräfte sind neue Unterrichtsmaterialien, die in einer internationalen Kooperation zwischen dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, dem Anne Frank Haus Amsterdam und dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin entstanden sind.

In den praxisnahen Fortbildungen vermitteln Referentinnen und Referenten, wie sich das Material im Unterricht einsetzen lässt. Neben konkreten Methoden werden Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen in der Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen des Antisemitismus vorgestellt.

Die Unterrichtsbausteine der insgesamt drei Hefte sind frei wählbar und eignen sich für Lehrkräfte der Fächer Geschichte, Philosophie, Ethik, Religion, Deutsch, Politik und Sozialkunde. Die Materialien können ab der 9. Klasse eingesetzt wer-

3 Gottfried Köbler: Eine interaktive Ausstellung für Jugendliche – ein interkulturelles Projekt zur Erinnerungskultur – Ein Wagnis der Kooperation, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 118, 4/2004, S. 3-19.

den. Schülerinnen und Schüler gewinnen mit ihnen einen Einblick in das Thema Antisemitismus und erfahren, wie antisemitische Stereotype aus der Vergangenheit bis heute wirken.

Beispiel aus dem Heft: »Antisemitismus – immer noch?« der Unterrichtsmaterialien zur jüdischen Geschichte und zum Antisemitismus in Europa vom Anne Frank Haus und der OSZE/ODIHR⁴

»Ein kleiner Drache namens Zion kam, als er winzig war, nur eine piepsige Stimme hatte und kein Feuer spie, nach Palästina. Er war sehr hungrig und bat um Brot. Die Kinder dort hatten Mitleid mit ihm und gaben ihm Brot, doch er bedankte sich nicht. Stattdessen wuchs er, fraß das Land leer und spie Feuer. »Niemals vertrauen wir wieder einem Drachen, mag er auch noch so klein und hungrig sein!«, riefen die Kinder Palästinas. »Ein Drache bleibt doch immer ein Drache!« Sie beschlossen, ihn aus dem Land zu werfen.« Der Text aus einer DDR-Kinderzeitung aus dem Jahr 1984 ist Ausgangspunkt für Arbeitsvorschläge, bei denen die Tierparabel bezüglich der historischen Ereignisse entschlüsselt werden soll. Des weiteren sollen die Jugendlichen erklären, warum diese Geschichte Vorurteile und Diskriminierung gegenüber Juden auslösen kann.

Ausstellungszentrum in Berlin

Unsere Ausstellung »Anne Frank. hier & heute« verbindet Geschichte und Gegenwart. Im Jahr 2007 haben 22300 Personen unsere Ausstellung besucht, 6900 davon im Rahmen eines pädagogischen Programms. Die pädagogischen Angebote für Jugendliche in der Ausstellung sind Teil unserer Arbeit gegen Antisemitismus. Die Biographie Anne Franks eröffnet dabei einen persönlichen Zugang zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Große Bildcollagen und seltene Objekte beschreiben die Welt Anne Franks, ihrer Familie und Freunde im Kontext des Nationalsozialismus, der Judenverfolgung und des Zweiten Weltkrieges. Anne Frank befasste sich in ihrem Tagebuch mit vielen Themen und schrieb ihre Gedanken dazu auf. In der Ausstellung kommen Berliner Jugendliche zu Wort, die sich heute mit Fragen beschäftigen, auf die auch Anne Frank damals Antworten suchte. Dies sind sehr persönliche Fragen über Identität, Wert und Zukunft, zum anderen allgemeine Fragen über Krieg, Antisemitismus, Diskriminierung und Zivilcourage.

⁴ Vgl. Unterrichtsmaterial zur jüdischen Geschichte und zum Antisemitismus in Europa, Teil 1-3, 2007, download unter www.annefrank.de

Zitateauswahl von Esther (12 Jahre) aus der Ausstellung:

»Ich bin Esther, gehe auf die jüdische Oberschule und habe einen frechen Bruder. In der Schule mag ich die Fächer Musik, Kunst und Sport am meisten, da das die Fächer sind, wo man keine Hausaufgaben kriegt. Ich bin auch ein bisschen faul.«

»Ich weiß, dass ich jüdisch bin und ich fühl mich nicht ausgeschlossen von den anderen, weil ich jüdisch bin, denn ich hab viele Freunde, die sind jüdisch und nicht jüdisch, muslimisch und nicht muslimisch und für mich ist es kein großer Unterschied. Ein Mensch ist ein Mensch. In der jüdischen Schule gab es keine Prügeleien zum Glück, aber in meiner ehemaligen gab es da Prügeleien mit meinem Bruder, weil er sich getraut hat zu sagen: Ja, ich bin jüdisch. Dann haben ihn seine Klassenkameraden geschlagen. Aus Angst habe ich dann meinen Davidstern eingesteckt, weil ich gesehen habe, was meine Mitschüler mit meinem Bruder angestellt haben. Ich habe daraus gelernt, dass man aufpassen soll, wo und wann man was sagt.«

Weitere Projekte und Materialien

Im Rahmen des Projekts »MiteinAnders! Jugendwerkstatt für Vielfalt und Demokratie« haben wir unseren interkulturellen Ansatz mit dem Gedanken einer möglichst weitgehenden Partizipation verknüpft. In diesem Rahmen entstand auch eine Projektwoche Antisemitismus, bei der wir nach einer Anfrage aus Berlin-Neukölln auch das spannungsgeladene Thema Nahost-Konflikt einbezogen.⁵ Beim methodischen Vorgehen konnten wir auch auf die guten Erfahrungen des Teams der Bildungsbausteine Berlin-Brandenburg zurückgreifen.

Mit Unterstützung des Anne Frank Zentrums erscheint neu auch das Buch »Alle Juden sind ... 50 Fragen zum Antisemitismus«.⁶ Dabei wird in knappem, erhellendem Stil eine Vielzahl von Fragen und Kontroversen rund um das komplexe Phänomen Antisemitismus behandelt. Mit dem Buch möchten wir Lehrerinnen und Lehrern (insbesondere für Geschichte, Religion und Gesellschaftskunde) ein Hilfsmittel bei der Behandlung des Themas Antisemitismus im Unterricht zur Verfügung stellen.

Im Dokumentarfilm »Die Judenschublade – junge Juden in D.« kommen deutsche jüdische Jugendliche authentisch zu Wort. Wir zeigen, wie junge Jüdinnen und Juden heute in Deutschland leben, wie sie mit der Geschichte und der Shoah umgehen und sich mit dem Antisemitismus auseinandersetzen. Dabei wird der Alltag junger Jüdinnen und Juden in Deutschland gezeigt. Es entsteht ein Bild,

⁵ Vgl. MiteinAnders! Jugendwerkstatt für Vielfalt und Demokratie – Erfahrungen, Ergebnisse und 10 praktische Übungen, Praxisteil: Die Wurzeln des Nahostkonflikts, 2007, S. 36.

⁶ Vgl. Tanja Jana: Alle Juden sind ... 50 Fragen zum Antisemitismus, Mülheim an der Ruhr 2008.

wie sie sich engagieren, ihren Glauben praktizieren, sich einsetzen für ein modernes, vielfältiges Deutschland. Das Anne Frank Zentrum wird gemeinsam mit der Filmemacherin und weiteren Kooperationspartnern ein pädagogisches Begleitmaterial zum Film herausgeben.

Alle Materialien und die gesammelten Erfahrungen werden in ein Materialpaket zur Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus einfließen. Die Entwicklung und Erprobung des Materialpakets werden vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Modellprogramms »Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« gefördert. Die pädagogische Arbeit des Anne Frank Zentrums wird vom Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration aus Mitteln des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus unterstützt.

Das gesamte Materialpaket wird Ende 2009 zur Verfügung stehen.⁷

7 Es besteht die Möglichkeit, Materialien, Bücher und DVDs über die Website www.annefrank.de zu bestellen.

Was kann die Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus tun? Erfahrungen aus der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung in den neuen Bundesländern

Die Amadeu Antonio Stiftung fördert seit ihrer Gründung im Jahr 1998 Initiativen und Projekte, die sich kontinuierlich für die Stärkung einer demokratischen Kultur engagieren, für den Schutz von Minderheiten eintreten und gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorgehen. Aufgrund des Anstiegs von Antisemitismus¹ sah sich die Stiftung in den vergangenen Jahren vor die Aufgabe gestellt, möglichst viele Menschen für das Thema zu sensibilisieren und sie zu unterstützen, gegen Antisemitismus Stellung zu beziehen.

Im Alltag besteht oft schon in der Wahrnehmung antisemitischer Vorkommnisse eine Schwierigkeit. Antisemitische Schmierereien und Äußerungen werden selten als solche erkannt; Schändungen jüdischer Friedhöfe bleiben insbesondere in kleineren Städten über längere Zeit unbeachtet, und es fehlt an zivilgesellschaftlichen Reaktionen auf diese Vorfälle. Sie werden im öffentlichen Raum selten aufgegriffen und kritisch diskutiert. Menschen, gegen die sich antisemitische Äußerungen oder Gewalttaten richten, werden im Alltag mit ihren Erfahrungen zumeist alleingelassen. Jüdische Einrichtungen müssen in Deutschland von der Polizei geschützt werden, viele Jüdinnen und Juden entscheiden sich, sichtbare Zeichen wie den Davidstern oder die Kippa im öffentlichen Raum nicht zu tragen, da sie bereits Erfahrungen mit antisemitischen Angriffen – verbaler oder tätlicher Form – sammeln mussten. Im öffentlichen Diskurs bleiben antisemitische Äußerungen zunehmend unbeachtet und unwidersprochen (vgl. Rensmann 2004: 334 ff.), das betrifft in besonders hohem Maße Äußerungen, die als antisemitische Israelkritik bezeichnet werden können. Diese Entwicklungen wirken sich gesamtgesellschaftlich aus, insbesondere zeigen sie sich im pädagogischen Bereich. Lehrer/innen und Sozialpädagog/innen sehen sich in ihrem Arbeitsalltag mit Antisemitismen konfrontiert und herausgefordert, einen Umgang damit zu entwickeln.

1 Eine Zunahme von Antisemitismus ist in mehreren europäischen Ländern seit den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 zu beobachten. Hierauf verweisen Ergebnisse von Studien (vgl. Bergmann, Wetzel 2003; Anti-Defamation League 2002) und internationale Institutionen (Simon Wiesenthal Center 2003; Stephen Roth Institute 2003; US-Departement of State 2005). In Deutschland werden folgende Entwicklungen beobachtet: 1. Die Statistiken der Bundes- und Landeskriminalämter lassen einen Anstieg antisemitisch motivierter Straftaten seit dem Jahr 2000 erkennen (vgl. Bundesministerium des Innern 2000–2006). 2. Auf einen Anstieg der Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen in quantitativen Untersuchungen der Einstellungsforschung verweisen u. a. Heyder, Iser, Schmidt 2005; Forsa 2003; Bergmann, Wetzel 2003; American Jewish Committee 2002; Brähler, Richter 2002; Zick, Küpper 2005. 3. Die zunehmend offene Äußerung antisemitischer Stereotype in öffentlichen Debatten konstatiert Rensmann (2004, 334 ff.).

Auf dieses komplexe Problem reagiert die Stiftung mit einem mehrstufigen Programm. Ihr Ziel ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Problematik zu erhöhen sowie ein Handeln gegen antisemitische Äußerungen und Gewalttaten seitens der unterschiedlichen Akteure des Gemeinwesens zu unterstützen. Die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung hat dabei immer die Kommune in ihrer Gesamtheit im Blick. Angesprochen werden neben den Partnerprojekten engagierte Einzelpersonen, Jugendinitiativen, Verantwortungsträger aus der Politik, den Medien und der Wirtschaft sowie Personen, die innerhalb und im Umfeld der Institution Schule tätig sind.² Die Amadeu Antonio Stiftung kooperiert eng mit Wissenschaftler/innen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung. Im Folgenden werden die verschiedenen Teilaspekte der Stiftungsarbeit zum Thema aktueller Antisemitismus zusammenfassend vorgestellt, dabei erhält das Ausstellungsprojekt der Stiftung zum Thema »Antisemitismus in der DDR« aufgrund seiner Aktualität eine größere Aufmerksamkeit.

Active Monitoring und Öffentlichkeitsarbeit

Monitoring bedeutet als Erstes, dafür Sorge zu tragen, dass antisemitische Äußerungen und Vorfälle im kommunalen Raum überhaupt wahrgenommen werden. Zum Monitoring gehört die kontinuierliche Dokumentation und öffentliche Thematisierung antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten. Seit dem Jahr 2002 erstellt die Stiftung eine überregionale »Chronik antisemitischer Vorfälle« (vgl. www.projekte-gegen-antisemitismus.de). Die Partner vor Ort dokumentieren die Vorfälle und machen öffentlich auf sie aufmerksam. Unterstützung erhalten die Partner dabei von der Stiftung unter anderem durch Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. Der innovative Bestandteil des Active Monitoring besteht darin, Aktionen und Projekte als unmittelbare Reaktion auf den jeweiligen Vorfall zu initiieren und damit zu zeigen, dass antisemitisches Handeln in der (lokalen) Zivilgesellschaft nicht akzeptiert wird. Bedeutung erhält zudem die Entwicklung präventiver Maßnahmen, mit denen eine kontinuierliche Wahrnehmung und Problematisierung antisemitischer Vorfälle ermöglicht werden soll.

2 Die Schule bietet sich ganz besonders als Ausgangspunkt und als Katalysator an: Im Zuge eines demokratisch orientierten Schulöffnungsprozesses ist es möglich, die zuvor genannten Akteure, die sich im Gemeinwesen engagieren und Verantwortung übernehmen, anzusprechen und langfristig einzubinden. So können Projekte innerhalb der Schule gestartet werden, die auf das gesamte Klima in einer Kommune ausstrahlen und langfristig Veränderung ermöglichen. Zu Praxiserfahrungen auf den Gebieten des Community Coaching und demokratischer Schulöffnungsprozesse im Umgang mit Rechtsextremismus vgl. Borstel 2005; Zentrum Demokratische Kultur 1999; RAA Neue Länder 1994.

Aktionswochen gegen Antisemitismus

Seit 2003 arbeitet die Stiftung mit einem Netzwerk von Projektpartnern zusammen, die sich im lokalen Raum gegen Antisemitismus engagieren. Gemeinsam mit den Partnern organisiert die Stiftung um den 9. November die »Aktionswochen gegen Antisemitismus«. In vielen Städten finden Aktionen und Veranstaltungen statt – Workshops, Lesungen, Stadtrundgänge und Diskussionsrunden zu den Themen aktueller und historischer Antisemitismus. Mit den »Aktionswochen gegen Antisemitismus« wurde in den neuen Bundesländern das erste Mal in dieser überregionalen Form auf das aktuelle Problem aufmerksam gemacht. Die Aktionswochen erhielten regional und überregional mediale Aufmerksamkeit. In vielen Städten wurden Themen diskutiert, die bislang nicht auf der öffentlichen Agenda standen: Wie sah der Umgang der DDR mit Antisemitismus aus, und was geschah in dieser Zeit in unserer Stadt? Warum ist die Friedhofsschändung im vergangenen Jahr so spät entdeckt worden, und was können wir tun, um eine Wiederholung auszuschließen? Einer der wichtigsten Erfolge der Aktionswochen war die Gründung regionaler Arbeitskreise, deren Mitglieder in ihrer Region kontinuierlich gegen Antisemitismus vorgehen.

Wanderausstellungen – ein Beitrag zur Aufklärung über Antisemitismus

Eine wichtige Voraussetzung für die Arbeit der Stiftung ist die Annahme, dass Antisemitismus in den alten und neuen Bundesländern jeweils spezifische Ursachen und Bedingungen hat. Die aktuelle Problematik steigender antisemitischer Ressentiments, Straf- und Gewalttaten ist im Osten wie im Westen gleichermaßen virulent, die Hintergründe unterscheiden sich allerdings in vielen Punkten. Um wirkungsvolle Ansätze für zivilgesellschaftliches Handeln in den neuen und alten Bundesländern entwickeln zu können, ist es notwendig, nach den verschiedenen Formen der Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den spezifischen Ausprägungen, Kontinuitäten und Nachwirkungen von Antisemitismen in der ehemaligen DDR und BRD zu fragen. Auf diesen Bedarf reagieren zwei Ausstellungsprojekte der Stiftung, sie thematisieren den gegenwärtigen Antisemitismus in Deutschland sowie Formen von Antisemitismus in der DDR. Gegenwärtig erarbeitet die Stiftung in einem lokalhistorischen Projekt die Thematisierung spezifischer Formen von Antisemitismus in der ehemaligen Bundesrepublik zwischen 1945 und 1989.

Die Wanderausstellungen sollen vor Ort eine langfristige Auseinandersetzung mit der Problematik Antisemitismus in Gegenwart und (Lokal-)Geschichte initiieren. Damit dies gelingt, ist es neben der Öffentlichkeitsarbeit besonders wichtig, ein Rahmenprogramm bereitzustellen, das die Ausstellungen begleitet. Hierfür werden Referent/innen vermittelt und Beratung angeboten. Die lokalen Projekt-

partner organisieren Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen oder Workshops zu Facetten und Aktualität von Antisemitismus in Deutschland heute oder zur (lokalen) Geschichte des Antisemitismus. Neben dieser Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit geht es der Stiftung auch um die Unterstützung von Lehrer/innen bei der Arbeit mit der Ausstellung. Vermittelt werden Arbeitsvorschläge und Expert/innen, die Informationen über die Möglichkeiten lokalhistorischer Forschungen beispielsweise zu jüdischem Leben, der Verfolgung von Juden im Nationalsozialismus oder dem Umgang mit Antisemitismus nach dem Holocaust vermitteln können.

Die Wanderausstellung zu aktuellem Antisemitismus

Die Wanderausstellung *»Man hat sich hierzulande daran gewöhnt« – Antisemitismus in Deutschland heute* bietet einen Überblick über aktuellen Antisemitismus und seine Erscheinungsformen für Jugendliche und Erwachsene. Im Vordergrund stehen nicht skandalträchtige Ereignisse, sondern Aufklärung über Antisemitismus, Sensibilisierung für seine Erscheinungsformen und Anregungen zur aktiven Bekämpfung. Auf zehn Stelltafeln wird mit Bildern und leicht verständlichen Texten in einem historischen Überblick, der bis in die Gegenwart reicht, an das Thema Antisemitismus herangeführt.

Die Wanderausstellung »Das hat's bei uns nicht gegeben!« Antisemitismus in der DDR

Über die spezifischen Formen des Antisemitismus in der DDR gibt es bislang wenig Wissen im öffentlichen Diskurs. Eine Auseinandersetzung mit diesem komplexen Thema hat bisher lediglich innerhalb des wissenschaftlichen Fachdiskurses stattgefunden. Hier setzt das Projekt der Stiftung an: In Kooperation mit der Ausstellungsmacherin Dr. Bettina Leder hat die Amadeu Antonio Stiftung mit acht Partnerorganisationen und 76 Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Pädagog/innen und Wissenschaftler/innen die Ausstellung *»Das hat's bei uns nicht gegeben!« Antisemitismus in der DDR* erarbeitet, die seit April 2007 präsentiert und öffentlich diskutiert wird. Auf 36 Farbtafeln dokumentiert die Wanderausstellung historische Fallgeschichten und gibt einen fundierten Einblick in die Thematik des Antisemitismus in der DDR, wobei sie sich auf die Zeit ab 1960 bezieht. Die Ausstellung beinhaltet folgende Themen: Einleitende Tafeln geben einen Einblick in die Geschichte des Antisemitismus und klären die Definition, die der Ausstellung zugrunde liegt. Daran schließt eine Chronik antisemitischer Vorfälle im Zeitraum von 1945 bis 1989 an. Im ersten Kapitel wird anhand der lokalen Geschichten aus Hagenow, Rostock und Neubrandenburg exemplarisch der Umgang

mit Jüdischen Friedhöfen in der DDR geschildert. Ein weiteres Kapitel beschreibt den Nahostkonflikt im Spiegel der DDR-Medien und zeigt Beispiele der lokalen Berichterstattung aus Dessau, Halle und Eberswalde. Thematisiert werden das Gedenken und die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus sowie die Instrumentalisierung der Jüdischen Gemeinden in den 1980er Jahren. Rostocker Schüler/innen haben sich mit dem steigenden Rechtsextremismus und Antisemitismus im Verlauf der 1980er Jahre beschäftigt, die Ergebnisse sind in einem abschließenden Kapitel der Ausstellung zusammengefasst. Zudem haben Jugendgruppen im Rahmen der Ausstellung drei Dokumentarfilme erarbeitet, die an einer Fernsehstation gezeigt werden.³

Mit der Ausstellungseröffnung im April 2007 begann eine überregionale, öffentliche Debatte über eine Thematik. Die Ausstellung wurde von Anfang an sehr stark nachgefragt, wobei die Interessenten aus den verschiedensten (zivil-)gesellschaftlichen Spektren kommen: Neben lokalen Projektpartnern der Stiftung zeigten Gedenkstätten, Museen, Schulen sowie Kommunalparlamente Interesse an der Ausstellung und vereinbarten den Verleih. Die Ausstellung wurde bereits an zehn verschiedenen Orten ausgestellt und ist bis zum Herbst 2009 ausgebucht. Betrachtet man die öffentliche Debatte, die im Anschluss an die Eröffnungsveranstaltung im Berliner Roten Rathaus begann, zeigt sich ein großes Interesse an dem Thema, das sich u. a. an dem äußerst umfangreichen Presseecho und den zahlreichen, gut besuchten Diskussionsveranstaltungen ablesen lässt.

Die Unterstützung pädagogischer Handlungskompetenz

Eine Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Prozesse zu initiieren und längerfristig zu begleiten, ist die pädagogische Arbeit – sowohl in präventiver Hinsicht als auch unter dem Gesichtspunkt der Krisenintervention, das heißt dann, wenn antisemitische Vorfälle bereits geschehen sind. Eine wichtige Zielgruppe der Stiftungsaktivitäten sind daher Pädagog/innen. Die Amadeu Antonio Stiftung erarbeitet Handreichungen zum pädagogischen Umgang mit aktuellem und historischem Antisemitismus. Die Materialien werden nicht *für* Pädagog/innen erarbeitet, vielmehr folgt die Entwicklungsarbeit einem induktiven Ansatz: Pädagogisch Tätige entwickeln in Arbeitskreisen methodische Ansätze, die in einem zweiten Schritt in der Praxis erprobt und entsprechend modifiziert werden. Dieses Vorgehen sichert

3 Leipziger Jugendliche haben mit Kolleginnen des Schulmuseums Leipzig den Film [Juden unter dem Roten Stern] erarbeitet, befragt wurden Leipziger Jüdinnen und Juden zu ihrer Wahrnehmung von Antisemitismus in der DDR. In Dessau erarbeiteten junge Erwachsene des Alternativen Jugendzentrums (AJZ) gemeinsam mit der Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus den Film *Der Tod kam aus Dessau*. Er problematisiert die nationalsozialistische Zyklon B-Produktion in der öffentlichen Erinnerung in Dessau. Der Film *Der gute Ort von Hagenow* thematisiert das Verschwinden der Grabsteine des jüdischen Friedhofes in Hagenow und den Umgang seitens der Stadt und der Bevölkerung mit dem Friedhof, erarbeitet wurde der Film von Hagenower Jugendlichen unter pädagogischer Begleitung seitens der Regionalschule und dem Museum der Stadt Hagenow.

nicht nur die Nutzbarkeit der Materialien in Jugendarbeit und Schule, es ermöglicht auch, von den Erfahrungen der Praktiker auszugehen. Ein neu erarbeiteter Ansatz zur Fortbildung von Pädagog/innen beinhaltet themenspezifisch gegliederte Wissensvermittlung und die Erprobung von Handlungskompetenzen in Situationen, in denen Pädagog/innen mit Antisemitismen konfrontiert sind. Angewendet wird die Methode der kollegialen Fallberatung. Den Teilnehmenden bietet sich die Gelegenheit, eigene Strategien für den Umgang mit Situationen zu entwickeln, in denen sie mit Antisemitismus im Klassenraum konfrontiert werden. Verwendet werden Beschreibungen von Situationen, die in den vergangenen Jahren durch Pädagog/innen erlebt und an die Stiftung mit der Bitte um Unterstützung herangetragen wurden.

Fazit und zukünftige Herausforderungen

Eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit gegen Antisemitismus ist die Kooperation mit engagierten Einzelpersonen oder Partnerprojekten vor Ort, die für die jeweilige Problematik – sei es die nicht beachtete Schändung eines jüdischen Friedhofs oder die dominante Präsenz Rechtsextremer – sensibilisiert sind. Herausforderungen für neue Projekte ergeben sich dann, wenn es – zumeist in kleineren Ortschaften – keine Ansprechpartner/innen gibt, mit denen sich eine Zusammenarbeit gestalten lässt. Hier konnte die Stiftung in den vergangenen Jahren einiges erreichen: Aufgebaut wurde ein Netzwerk von Projekten, das Antisemitismus als eine mögliche Problematik vor Ort sensibel wahrnimmt. Der kontinuierliche Erfahrungsaustausch unter den Projektpartnern, die komplexe Wissensvermittlung sowie die Erprobung und Modifikation bestehender Methoden für die eigene Praxis sind wichtig, um entsprechende Handlungskompetenz zu entwickeln. Durch die Arbeit der Partnerprojekte konnte das Thema Antisemitismus in lokale öffentliche Diskurse vornehmlich der neuen Bundesländer eingebracht werden. Dabei wurden nicht nur aktuelle Erscheinungsformen thematisiert, wichtig war der Stiftung auch, eine Aufarbeitung der Lokalgeschichte zu initiieren, die sich auf den Holocaust und die Antisemitismen in der DDR bezieht.

Für die zukünftige Arbeit wird es entscheidend sein, die Netzwerkbildung unter den Projektpartnern weiter zu unterstützen, die Fortbildung und den Erfahrungsaustausch fortzusetzen, um das Thema Antisemitismus ebenso wie Rechtsextremismus, Rassismus und Islamismus kontinuierlich in die zivilgesellschaftliche Arbeit zu integrieren. Damit verfolgt die Stiftung das (langfristige) Ziel, öffentliche Standards für die Wahrnehmung von Antisemitismus sowie wirksame Gegenstrategien zu etablieren. Erfahrungen aus der Arbeit im Verlauf der 1990er Jahre – die öffentliche Thematisierung des spezifisch ostdeutschen Problems des Rechtsextremismus und die Etablierung entsprechender Kriterien für Handlungsstrategien und Monitoring – werden hierfür genutzt und modifiziert.

Literatur

- American Jewish Committee: Die Einstellung der Deutschen zu Juden, dem Holocaust und den USA. Eine Erhebung der Infratest Sozialforschung, Berlin 2002.
- Anti-Defamation League: European Attitudes towards Jews, Israel and the Palestinian-Israeli Conflict, 2002, in: http://www.adl.org/Anti_semitism/European_attitudes.pdf (Stand 1. 2. 2005).
- Bergmann, Werner, Juliane Wetzel: Manifestations of Anti-Semitism in the European Union, 2003, in: http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/FT/Draft_anti-Semitism_report-web.pdf (Stand 1. 2. 2005).
- Brähler, Elmar, Horst-Eberhardt Richter: Politische Einstellungen in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, 2002, in: http://www.unileipzig.de/presse2002/bild/pdf/pressemappe_braehler.pdf.
- Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzberichte 2002–2006, einsehbar unter: <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/> (Stand 12. 10. 2007).
- Forsa (Hrsg.): Studie zum Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2003.
- Heyder, Aribert, Julia Iser, Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt/Main 2005, S. 144-165.
- Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2004.
- Simon Wiesenthal Center: Magazin »Response«, summer 2003, Vol 24, No 2, S. 2, in: <http://www.wiesenthal.com/social/pdf/index.cfm?ItemID=7784> (Stand 30. 9. 03).
- Stephen Roth Institute for the study of contemporary Anti-semitism and racism at Tel Aviv University: Antisemitism worldwide 2002/3, in: <http://www.tau.ac.il/Anti-Semitism/asw2002-3/general.htm> (Stand 1. 2. 2005).
- U.S. Department of State: Report on Global Anti-Semitism, 2005, in: <http://www.state.gov/g/drl/rls/40258.htm> (Stand 1. 2. 2005).
- Zick, Andreas/Küpper, Beate: Transformed Anti-Semitism – A Report on Anti-Semitism in Germany, in: Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 7. Jg., 1, 2005, S. 50–92

Antisemitismus als Herausforderung in der Lehrerfortbildung

Antisemitismus tritt in den Schulen überwiegend in drei Erscheinungsformen auf: Erstens, als traditioneller Antisemitismus z. B. in Gestalt des Vorurteils, die Juden hätten zu viel Einfluss und beherrschen unsere Gesellschaft. Zweitens, als sekundärer Antisemitismus, der den Juden vorwirft, »immer noch an den Folgen des Holocaust in Form der Entschädigungszahlungen zu verdienen« und »die alleinige Schuld bei den Deutschen zu suchen.« Drittens, als gegenwärtiger Antisemitismus, geprägt durch die Folgen des Nahostkonflikts in Verbindung mit Hass und Feindschaft zum Staat Israel.

Im Schuljahr 2005/06 wurden an Berliner Schulen achtzig rechtsextrem dominierte Vorfälle gemeldet, der prozentuale Anteil der Delikte an allen Gewaltvorfällen in diesem Schuljahr betrug 5,1 Prozent. Die Anzahl der Delikte an denen Schüler/innen nichtdeutscher Herkunft beteiligt waren, betrug zweiundreißig. Die achtzig gemeldeten Fälle teilen sich wie folgt auf: 52,5 Prozent rechtsextremistisch, 23,75 Prozent rassistisch/fremdenfeindlich, 7,5 Prozent fundamentalistisch/islamisch, 7,5 Prozent antisemitisch/rechtsextremistisch, fremdenfeindlich, volksverhetzend und 8,75 Prozent antisemitisch.

2002 wurde die TaskForce Education on Antisemitism unter der Koordination des American Jewish Committee gegründet. Deren Mitglieder, zu denen auch das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg gehört, arbeiten an einer neuen Pädagogik gegen Antisemitismus. Die TaskForce organisierte vom 18. bis 20. April 2004 einen europäischen Austausch zum Thema Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Wesentliche Ergebnisse waren:

- Historische Bildung darf jüdische Geschichte nicht allein auf die Darstellung von Konflikten und die Geschichte der Shoah reduzieren. Stattdessen muss jüdischer Geschichte innerhalb der jeweiligen Nationalgeschichte größerer Platz eingeräumt werden.
- Holocaust Education muss Antisemitismus als tragende Ideologie des Nationalsozialismus benennen, die jeweils spezifischen Formen von sekundärem Antisemitismus ansprechen und Bezugspunkte zu verschiedenen Erinnerungsgemeinschaften, zum Beispiel für Jugendliche mit Migrationshintergrund schaffen.
- Tolerance Education, Antirassistische Bildung und Menschenrechtserziehung müssen Antisemitismus als eigenständiges Phänomen wahrnehmen und dabei zeigen, dass auch rassistisch marginalisierte Gruppen antisemitisch argumentieren können.

- Manifeste Verschwörungstheorien, die überwiegend antisemitisch konnotiert sind, sind ein Ausdruck irrationalen paranoiden Denkens, das sich der rationalen Bearbeitung weitgehend entzieht. Die Förderung von Konflikt- und Empathiefähigkeit in Verbindung mit den Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation ist daher als Präventionsarbeit von wichtiger Bedeutung.
- Pädagogen müssen antisemitische Formen der Israelkritik ernst nehmen. Erforderlich ist eine explizite Aufklärung über die Geschichte Israels, sowie über Hintergrund und Gegenwart des Nahostkonflikts.

Auf der Basis dieser Ergebnisse führte das Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg gemeinsam mit dem American Jewish Committee und dem Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin von 2005 bis 2007 an drei Berliner Schulen, einer Brandenburger Schule und einer Schule in Dresden das Projekt »Youth Leader – Fit machen gegen Antisemitismus, für Demokratie und Toleranz« durch.

Im Rahmen dieses Programms wurden als erste Säule des Projekts neue Bildungsangebote entwickelt, die sich mit Antisemitismus auseinandersetzen. Dabei wurde deutlich, dass die Möglichkeiten, mit Bildung gegen Vorurteile und diskriminierende Einstellungen zu intervenieren, sehr begrenzt sind.

Das alleinige Wissen über die Geschichte des Antisemitismus bietet noch keine Garantie für eine demokratische und tolerante Einstellung. Wesentlich ist die Verbindung, die Kombination von kognitiven Fähigkeiten mit sozialen Kompetenzen. Unter sozialen Kompetenzen werden die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme und die Empathiefähigkeit in Verknüpfung mit der Wertorientierung verstanden. Die Trainerinnen, die im Rahmen des Projekts tätig waren, gaben nicht nur Wissen über Antisemitismus weiter, sondern vermittelten den Schüler/innen auch ein Gefühl von den Konsequenzen und Mechanismen von Judenfeindschaft und der Reflexion der eigenen Person.

Die zweite Säule des Projekts stärkte das außerschulische Engagement von Jugendlichen als Youth Leader gegen Antisemitismus. Das Youth Leader Programm wurde in zwei unterschiedlichen Modellen angeboten. An drei Schulen wurde das Programm außerhalb des Unterrichts als freiwillige Arbeitsgruppe von Trainerinnen durchgeführt. Hier trafen sich Gruppen von vier bis acht Schüler/innen wöchentlich ein- bis zweistündig, um sich mit historischen und aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus auseinanderzusetzen und eigene Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

An zwei anderen Schulen wurde das Programm als Bestandteil des Wahlpflichtunterrichts angeboten. In diesem Rahmen gaben Lehrerinnen einen historischen Überblick über jüdische Geschichte und Antisemitismus, der von den Youth Leader Trainerinnen begleitet und durch angewandte Übungen z. B. zur Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien ergänzt wird.

Zusätzlich zu den wöchentlichen Treffen wurden Wochenendseminare und Regionaltreffen durchgeführt, bei denen die Schüler aus den verschiedenen Schulen

zusammenkamen. Sie unternahmen Exkursionen und setzten sich mit den unterschiedlichen Situationen an ihren Schulen auseinander.

Die Motivation der Schüler/innen, am Training teilzunehmen, war in der Anfangsphase nur in einem breiteren Interpretationsrahmen zu sehen. Die Schüler/innen wollten sich gegen Ausgrenzung und Gewalt im Allgemeinen engagieren. Am Ende des dreijährigen Projekts hatte ein Teil der Jugendlichen die Fähigkeiten und das Wissen erworben, als Multiplikator/innen in der Schule eingesetzt zu werden. Dies geschah im Unterricht, auf Projekttagen und in öffentlichen Aktivitäten außerhalb der Schule.

Auf die Frage »Warum wir dabei sind?« antwortete eine Schülerin aus der 11. Klasse der Walter-Gropius-Schule in Belin-Neukölln: »Das Projekt »Youth Leader – Fit machen für Demokratie und Toleranz« hat uns aus verschiedenen Gründen interessiert. Einer der Gründe, weshalb wir uns an diesem Projekt beteiligt haben, war, dass wir mehr über Antisemitismus erfahren wollten, wie und wann das Wort entstanden ist und was es genau beinhaltet. Ein weiterer Grund war, dass wir unseren Freunden und Bekannten Tipps geben konnten, wie sie sich gegen Vorurteile wehren können. Außerdem hatten wir großes Interesse an der Religion und haben einige Parallelen zwischen Judentum und anderen Religionen entdeckt.«

In der Projektarbeit sind zwei Aspekte deutlich geworden, die die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus bestimmen: das unterschiedliche Verhältnis der Generationen und die interkulturelle Vielfalt in der Schülerschaft mit ihren unterschiedlichen Erinnerungen und Gedächtnissen.

Wir haben es in den Schulen mit der dritten Generation nach dem Holocaust zu tun. Es gibt leider nur noch sehr wenige Zeitzeugen, die über das Geschehen der Zeit des Nationalsozialismus berichten können. Viele Jugendliche können keine Verbindung mehr zu dieser Zeit herstellen oder sind mit dem Bewusstsein aufgewachsen, dass es endlich Zeit sei, einen Schlussstrich unter das Geschehen zu ziehen.

Insgesamt gelang es in den beteiligten Schulen in Berlin, Potsdam und Dresden durch die Arbeit der Youth Leader, Projekte zum Themenkomplex Antisemitismus in den Schulen und teilweise auch in den Stadtteilen zu initiieren. Die Projekte verliefen in den Schulen in Potsdam und Dresden in enger Zusammenarbeit mit den dortigen jüdischen Gemeinden. Sie trugen zur Schaffung demokratischer Strukturen im Stadtteil oder in der Schule bei. Im Rahmen der Projekte konnten Schüler/innen individuell Verantwortung übernehmen. Die Projekte beinhalteten Aufgaben, die die Fähigkeit zur Partizipation, zur komplexen Planung und zur kritischen Auseinandersetzung förderten. Das Youth Leader Training hat sich in diesem Moment als ein positives Moment der Identitätsfindung bei den beteiligten Jugendlichen erwiesen.

Das Projekt soll im Jahr 2008 weitergeführt werden. Dabei wird die Arbeit mit der vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin gemeinsam mit

den Projektpartnern entwickelten CD-Rom »Antisemitismus« und den entsprechenden Materialien im Mittelpunkt stehen.

Das Projektangebot wird inhaltlich erweitert werden. Neben dem Youth Leader Training werden spezielle Angebote für den Bereich Grundschulen sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund erarbeitet.

Literatur

- Bundschuh, Stephan: Eine Pädagogik gegen Antisemitismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage »Das Parlament«, 2007, Nr. 31.
- Enzenbach, Isabel: Antisemitismus als Unterrichtsthema: didaktische Ansätze und Probleme, in: Fit machen für Demokratie und Toleranz. Jugendliche setzen sich mit Antisemitismus auseinander, Berlin 2007, S. 9-18.
- Mamutovic, Zaklina: Außerschulisches Engagement von Jugendlichen, in: ebenda, S. 19-26.
- Thoma, Hanne, Barbara Schäuble: Education on anti-semitism. Ergebnisse des European Workshop 2004, in: www.bildung-gegen-antisemitismus.de

Projekt »Stolpersteine« in Fürstenwalde: Viel Neues über Juden aus Fürstenwalde konnte erforscht und öffentlich bekannt gemacht werden

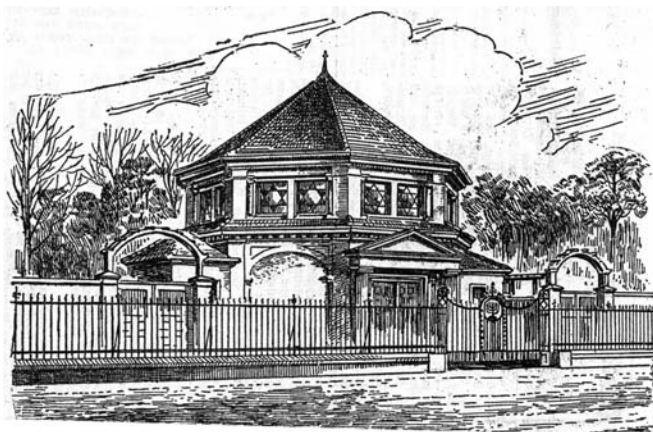
Stolpersteine und Heimatgeschichte

Als sich vor ca. drei Jahren die Initiativgruppe »Stolpersteine« in Fürstenwalde gründete, war das Wissen um Fürstenwalder Opfer der NS-Zeit sehr mangelhaft und einseitig. Zum jüdischen Leben in Fürstenwalde besaßen wir nur eine kleine Datensammlung. Namen jüdischer Bürger waren kaum bekannt. Eine Gemeindevorstandsliste von 1935 nannte uns gerade einmal 30 männliche Mitglieder ohne deren Familien und Schicksal. Das Projekt »Stolpersteine« bot uns die Chance, die Wissenslücken zu schließen und gleichzeitig Schüler mit heimatgeschichtlichen Hintergrund näher an das Thema NS-Zeit heranzuführen.

Die Ergebnisse unserer gemeinsamen Recherchen übertrafen unsere Erwartungen bei Weitem. Durch Recherchen im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, in anderen Archiven und im Internet haben wir unterdessen bereits 16 Fürstenwalder Opfern zu einem »Stolperstein« verholfen.

Die Liste jüdischer Fürstenwalder ließ sich von 30 auf etwa 170 Männer, Frauen und Kinder erweitern. Das Schicksal zweier politischer Opfer wurde geklärt, und Opfer der sogenannten T4-Aktion aus den Samariteranstalten Fürstenwalde konnten ermittelt werden.

Doch es ging nicht nur um Namen und Zahlen. Die Geschichte der betroffenen Menschen sollte geklärt werden. Bei einigen waren wir bereits sehr erfolgreich. So hat das Leben der Jüdin Frieda Engel aus Fürstenwalde in der neuen Dauerausstellung des Museums einen festen Platz erhalten. Auch das Funktionieren des Terrorregimes mit Hilfe der Denunziation und der Ausgrenzung konnte am Beispiel eines aktenkundig gewordenen Vorfalles, der sich in einer Fürstenwalder Gastwirtschaft abspielte, recherchiert werden. Dieser Vorfall war Anlass für das Theaterstück »Dramaturgie einer Denunziation«. Ein Projekt, das mit Schülern Fürstenwaldes durchgeführt wurde und in den Film »Über Geschichte stolpern« mündete. Außerdem konnten wir mit Hilfe der gesammelten Informationen eine Stadtführung zum Thema »jüdisches Leben in Fürstenwalde« organisieren.



Feierhalle des
jüdischen Friedhofs
in Fürstenwalde,
zerstört am
9. November 1938

Durch Zeitzeugengespräche, die von den Jugendlichen durchgeführt wurden, konnten noch letzte Erinnerungen an die genannten Opfergruppen festgehalten werden. Selbst der Kontakt zu Überlebenden des Naziterrors bzw. deren Nachkommen ist uns gelungen, sodass über unsere Arbeit freundschaftliche Bande zu ehemaligen jüdischen Fürstenwaldern entstanden sind.

Mit den Ergebnissen konnten einige Lücken in der regionalen Geschichtsschreibung geschlossen werden. Für die Jugendlichen ist dieses Projekt die Chance, das ferne Thema NS-Zeit am Beispiel ihrer eigenen Stadt zu erfahren.

Frieda Engel – das Schicksal einer Überlebenden

Den Verfolgungsdruck und die dauernde Gefahr einer Denunziation jüdischer Fürstenwalder zeigt die Geschichte von Frieda Engel, deren Schicksal und Leben nahezu lückenlos aufgeklärt werden konnte. Ihre Nichte in Bad Saarow, die Frieda Engel bis zu ihrem Tod 1977 liebevoll betreute, überließ dem Museum Fürstenwalde Fotos sowie Original-Dokumente wie z. B. die Judenkenkarte ihrer Tante.

Frieda Engel, geb. Bernstein, wurde 1894 in Culm im heutigen Polen geboren. Sie war verheiratet mit Willy Engel, im Ersten Weltkrieg Offizier und später Lehrer in Fürstenwalde. Die Ehe mit dem »Arier« Willy Engel schützte Frieda Engel zunächst vor den Verfolgungen der Nationalsozialisten und der drohenden Deportation, sie musste jedoch zahlreiche Anfeindungen erdulden. Willy Engel wurde aufgrund des »Bereinigungsgesetzes des Berufsbeamtentums« als Lehrer entlassen, da er es verweigerte, sich von seiner Frau scheiden zu lassen.

Das Ehepaar Engel lebte bis zum Tod von Willy Engel 1944 im Töpfergraben in Fürstenwalde (heute beim Durchgang zum »Cafe Choccolino« in der Eisenbahnstraße). Frieda Engel bereitete noch die Beerdigung ihres Mannes vor,



»Judenkarte« von Frieda Engel. Am 23. 7. 1938 wurden alle Juden beauftragt, bis Ende 1938 unter Hinweis auf ihre »Eigenschaft als Jude« eine Kennkarte zu beantragen, mit der sie sich künftig ausweisen mussten.



Frieda Engel in Bad Saarow

tauchte dann aber unter und erlebte Dank der Unterstützung von Bekannten (Genaueres wissen wir noch nicht) das Kriegsende in Lommatzsch bei Dresden. Schon einen Tag nach Kriegsende kehrte sie nach Fürstenwalde zurück und arbeitete dort wieder als Fotografin, war u. a. bekannt für ihre Jugendweihfotos.

1977 starb sie hochbetagt in Bad Saarow, sie ist auf dem Friedhof in Fürstenwalde beerdigt.

Welchen Anfeindungen Frieda Engel ausgesetzt war und welche Folgen der »Umgang mit Juden« im Deutschen Reich hatte, zeigen die Auszüge aus einer Akte des Oberfinanzpräsidenten, die als Kopie in den Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs liegt und eine detaillierte Denunziationsgeschichte aus dem Jahre 1941/42 zeigt, die sich um »die Jüdin Frieda Sara Engel« und die Gaststätte »Zum Fliederhain« in Ketschendorf dreht.

Akte »Fliederhain« – die Geschichte einer Denunziation

Nachdem die Inhaber des Lokals »Fliederhain«, Hulda und Rudolf Thrun, am 3. Februar 1941 bei einem Wurstessen in ihrem Lokal auch die Jüdin Frieda Engel bewirtet hatten, ging eine Anzeige beim Amtsvorsteher in Ketschendorf ein, die zu folgender Beschuldigung führte:

Die Beschuldigung:

Der Amtsvorsteher
als Ortspolizeibehörde.
Tgb.Nr.

Ketschendorf/Spree, den Febr.1941.

An
den Schankwirt
Herrn Rudolf T h r u n
in

Ketschendorf/Spree
Friedhofstraße 5.

Wie festgestellt worden ist, hat Ihre Ehefrau Hulda Thrun am 3. Februar 1941 in Ihrem Lokal die Volljüdin Frieda Sara Engel geb. Bernstein, wohnhaft in Fürstenwalde/Spree, Töpferstr.4, geduldet und bewirtet, sowie in Gegenwart der Jüdin und anderer arischer Gäste des Lokals Gespräche über den Krieg und über Kriegseinrichtungen geführt bzw. solche Gespräche zugelassen.

Da Sie ein solches unzulässiges und staatsgefährliches Verhalten Ihrer Ehefrau und die geschilderten Vorkommnisse in Ihrem Lokal geduldet haben, besitzen Sie nicht die für den Schankgewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit.

Es wird Ihnen deshalb die weitere Ausübung des Schankbetriebes auf Grund des § 22 Abs. 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 2 ~~27 Abs. 1~~ und § 2 Abs. 1 Ziff. 1 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I. S. 146) in Ihrem Lokale "Fliederhain" in Ketschendorf, Friedhofstr. 5 hierdurch mit sofortiger Wirkung untersagt.

Für den Fall des Zuwiderhandelns werde ich gegen Sie eine hiermit angedrohte Geldstrafe von 60,- RM festsetzen.

Gegen

Gegen diese Verfügung steht Ihnen binnen zwei Wochen, vom Empfangstage ab gerechnet, die Beschwerde an den Herrn Landrat in Beeskow zu.

Die Beschwerde ist bei mir anzubringen.

Rudolf Thrun legte nach dieser Beschuldigung Beschwerde beim Landrat ein, was dazu führte, dass zu dem Sachverhalt mehrere Zeugen vernommen wurden. Ebenso wurde, um den »Status« des Ehemannes von Frieda Engel zu klären, weitere Zeugen vernommen.

Am 24. Mai 1941 erließ der Landrat dann den Bescheid, dem Schankwirt Thrun entgeltig die Schankwirtschaftserlaubnis zu entziehen, welcher nach einer Klage von Thrun durch das Landesgericht bestätigt wurde.

Auszug aus der Begründung des Landgerichtes zur Bestätigung des Urteils

- 8 -

Es ist ferner erwiesen, daß der Kläger am Abend des 3. Februar die Teilnahme der Frau Engel an dem Wurstessen zusammen mit deutschblütigen Personen in einem Gastzimmer seines Lokals geduldet hat.

Das Gericht hat von der äußeren Erscheinung der Zeugin Frau Engel den Eindruck erhalten, daß die Vermutung, sie sei jüdischer Rasse, nicht von der Hand zu weisen ist.

Unter diesen Umständen wäre es Pflicht des Klägers gewesen, sich über die Rassenzugehörigkeit der Frau Engel Gewißheit zu verschaffen, zumal da bei der Enge der Verhältnisse von Ketschendorf und Fürstenwalde es nicht unwahrscheinlich ist, daß ihm oder seiner Ehefrau Andeutungen hierüber zu Ohren gekommen sind. Wenn der Zeugin Haucke, die die Frau Engel bis dahin nicht kannte, beim ersten Zusammentreffen der Verdacht aufstieg, so hätte er auch den Eheleuten Thrun, die Frau Engel seit Jahren kannten, kommen müssen.

Ein Gastwirt nimmt als Halter eines jedermann offenstehenden Lokals der Öffentlichkeit gegenüber eine Vertrauensstellung ein, die ihn dazu verpflichtet - und dies ganz besonders in der jetzigen Kriegszeit - , dafür zu sorgen, daß Angehörige der jüdischen Rasse in seinem Lokal mit deutschen Volksgenossen nicht zusammen kommen. Wenn er in einem Falle, den er im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit als zweifelhaft ansehen muß, es unterläßt, sich die erforderliche Gewißheit über die Rassenzugehörigkeit der betreffenden Person zu verschaffen und es infolgedessen zu einem Zusammensein eines Juden oder einer Jüdin mit Deutschen in seinem Lokal kommen läßt, so beweist er dadurch, daß er, namentlich in jetziger Zeit, ungeeignet ist, einen Schankbetrieb zu führen. Das ist bei dem Kläger der Fall. Er mußte deshalb als der nötigen Zuverlässigkeit für die weitere Führung des Schankbetriebes ermangelnd erachtet werden. . . .

Rudolf Thrun wendet sich am 12. März 1943 in einem Schreiben noch einmal an den Landrat in Beeskow, mit der Bitte um Wiedererteilung der Schankerelaubnis. In dem Schreiben heißt es:

»Sehr geehrter Herr Landrat!

Das in meiner Konzession gegen mich ergangene Urteil bedrückt mich. Als ehrliches Glied unserer Kreisgemeinschaft bitte ich Herrn Landrat höflichst um eine Aussprache. Ich bitte um Mitteilung, wann ich bei Herrn Landrat vorsprechen darf.

Heil Hitler
Rudolf Thrun
Ketschendorf Spree
Friedhofstr. 5

Notiz vom Landrat:

W. R. 19. 3. 43

1. Antwort wird nicht für erforderlich gehalten.
2. Zu den Akten

Damit war das Schicksal der Gaststätte »Fliederhain« besiegelt. Das Ehepaar Thrun musste seinen Lebensunterhalt mit dem Holz- und Kohlehandel bestreiten. Ob das Ehepaar Thrun weiterhin Kontakt mit Frieda und Willy Engel hatte, sie weiterhin unterstützte oder nach diesen Beschuldigungen den Kontakt mit ihnen abgebrochen hatte, ist nicht bekannt.

Die vollständige Akte (ca. 200 Seiten) befindet sich im Brandenburgischen Landeshauptarchiv Potsdam, (Akt.-Nr. Pr. Br. Rep 6 B Beeskow-Storkow), eine Kopie liegt zur Einsicht im Stadtmuseum Fürstenwalde.

Spurensuche in Fürstenwalde

Von der Gaststätte »Fliederhain« existieren leider keine Fotos mehr, in der Friedenstraße, der ehemaligen Friedhofstraße 5, befindet sich heute ein Reifenservice – aber in ganz Fürstenwalde sind Spuren der deutsch-jüdischen Vergangenheit zu finden:

In der Gartenstraße, wo einst Frieda Engel wohnte und arbeitete, befindet sich noch heute ein Fotogeschäft. Frieda Engel hatte es 1945 vom vorhergehenden Besitzer, Iwan Laskowski, gekauft und arbeitete dort, bis sie 1966 nach Bad Saarow zog.

Am 30. April 1939 trat eines der zahlreichen Judengesetze in Kraft. Es besagte, dass jüdische Mieter nicht länger in »arischen« Wohnhäusern wohnen durften. Sie mussten sich eine neue Bleibe suchen. Das waren sogenannte Judenhäuser, also Häuser, die noch in jüdischem Besitz waren. Hier wurden jüdische Familien konzentriert, was den »Vorteil« hatte, dass man einen besseren Überblick über diese Familien besaß. Dies war hilfreich bei den späteren Deportationen. In der Wriezeener Straße 12 befand sich ein solches Judenhaus. Besitzer war die Familie Kiwi,

die später ebenfalls deportiert wurde. In diesem Haus wohnten Florentine und Regina Waldau, nachdem sie ihre Wohnung in der Eisenbahnstraße 144 hatten verlassen müssen. Ein weiteres Judenhaus befand sich in der Frankfurter Straße 18, dieses Gebäude existiert jedoch heute nicht mehr.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand in der jüdischen Gemeinde der Wunsch nach einer Synagoge. Bis dahin hatte man sich in Wohnungen bzw. den Wohnhäusern der Gemeindemitglieder getroffen. 1879 stellte der Kaufmann Julius Meseritzer ein Gebäude in der Frankfurter Straße 94 zur Verfügung. Dieses Gebäude wurde zum Teil als Synagoge genutzt. Unklar ist, ob es eine ausgebauten Etage des Hauses war, die genutzt wurde, oder ob sich ein Anbau im Hof befand. Darüber liegen unterschiedliche Informationen vor. Sicher ist, dass die Synagoge in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 angezündet wurde. Zwar wurde der Brand schnell gelöscht, da sich mehrere Gebäude in unmittelbarer Nachbarschaft befanden, auf die das Feuer schnell hätte übergreifen können. So blieb das Gebäude erhalten, aber die Synagoge war zerstört.

In der Frankfurter Straße befindet sich auch der Jüdische Friedhof. Er wurde 1829 in etwas kleinerer Form errichtet. Mit Anwachsen der jüdischen Gemeinde wurde im Laufe der Jahrzehnte der Friedhof erweitert. 1928 wurde hier in Anwesenheit des Bürgermeisters und Vertretern verschiedener Konfessionen eine Feierhalle eröffnet. Es herrschte ein freundlicher Umgang vor, und es gab freundschaftliche Beziehungen zwischen evangelischen und katholischen Pfarrern und dem Rabbiner. In der Pogromnacht 1938 wurde der Friedhof verwüstet, Grabsteine wurden umgestoßen, die Friedhofshalle zerstört.

1988 starteten Schüler der damaligen erweiterten Oberschule eine Aufräumaktion auf dem Friedhof, eine Gedenktafel wurde angebracht. Eine umfassende Rekonstruktion erfolgte im Jahr 2000 durch die Stadt Fürstenwalde. Das Fundament der Feierhalle wurde freigelegt und die Grabsteine wurden wieder aufgerichtet. 2001 wurde der Friedhof feierlich an die jüdische Gemeinde Brandenburg übergeben.

Neben Einzelgräbern gibt es auf dem Friedhof auch traditionelle Familiengräber, so das der Familie Gottfeld, die ein Kaufhaus für Textilwaren in der Mühlenstraße besaß. Über Max Gottfeld ist auf dem Grabstein zu erfahren, dass er als Kriegsfreiwilliger im Ersten Weltkrieg für sein Vaterland gestorben ist.

Stolpersteine in Fürstenwalde

Seit November 2005 erinnern Stolpersteine an Fürstenwalder Opfer des Nationalsozialismus. Von Anfang an richtete sich die Konzentration der Arbeitsgruppe auf mehrere Opfergruppen. Aufgrund der Quellenlage und der Rechercheergebnisse konnten Stolpersteine für jüdische Fürstenwalder, für politisch verfolgte Fürstenwalder und für sogenannte Euthanasieopfer der Samariteranstalten Stolpersteine

verlegt werden. Bisher konnte am meisten über jüdische Fürstenwalder herausgefunden werden. Von Seiten der Stadtverwaltung, der Parteien, der Kirchen und verschiedener Träger und Einrichtungen wird die Aktion außerordentlich unterstützt, ebenso von vielen Einzelpersonen – öffentlich ist bisher keine Kritik geübt worden. Möglicherweise liegt das auch daran, dass wir in der Arbeitsgruppe von Anfang an mehrere Bündnispartner gesucht haben und mehrere Opfergruppen im Blick hatten. Die Samariteranstalten haben Historiker beauftragt, weiter zu recherchieren, hier liegen noch nicht alle Ergebnisse vor. Die nächste Verlegung von Stolpersteinen wird 2008 auf dem Gelände der Samariteranstalten erfolgen.

Folgende Stolpersteine konnte bisher verlegt werden:

- Dr. Herbert Flatauer, deportiert am 26. 6. 1942 nach Theresienstadt.

Sohn des Kaufhausbesitzers Otto Flatauer.

Ort: Eisenbahnstraße, am Amtsgericht

- Sophie Davidsohn, deportiert im Rahmen der »Fabrik-Aktion« mit dem 32. Transport am 2. 3. 1943 nach Auschwitz.

Ort: Fischerstraße/Ecke Eisenbahnstraße

- Gertrud Krebs, sie entzog sich der drohenden Deportation durch Selbstmord am 18. 10. 1941 und ist auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beerdigt.

Ort: Marktplatz, vor Kaufhaus Moses

- Dr. Hans Klopstock; Frieda Klopstock. Der Chemiker Hans Klopstock wurde während der landesweiten Pogrome am 9. 11. 1938 verhaftet und im KZ Sachsenhausen interniert. Dort starb er am 12. 12. 1938.

Seine Frau Frieda wurde am 3. 2. 1943 nach Auschwitz deportiert.

Ort: Dr.-Wilhelm-Külz-Str. 45

- Heimann Storch, Rosa Storch, Hilde Hurst (geb. Storch).

Das Ehepaar Storch wurde in den ersten Apriltagen 1942 ins Warschauer Ghetto deportiert. Ihre Tochter Hilde überlebte in England.

Ort: Eisenbahnstr. 147

- Florentine Waldau, Regina Waldau. Florentine Waldau war eine bekannte Buchhändlerin und Postkartenverlegerin. Sie unterschrieb am 1. 4. 1942 ihre Vermögenserklärung, danach verliert sich die Spur.

Ihre Tochter Regina wurde am 19. 2. 1943 nach Auschwitz deportiert.

Ort: Eisenbahnstr. 144

- Richard Soland, Mitglied im »Roten Frontkämpferbund« in Fürstenwalde, wurde im November 1933 schwer gefoltert und vegetierte in mehreren Nervenheilanstalten vor sich hin. Am 10. 6. 1941 wurde er in Bernburg ermordet.
Ort: Karl-Cheret-Str. 8a

- Richard Weißensteiner, Mitglied der Widerstandsorganisation »Rote Kapelle«, wurde am 13. 5. 1943 im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.
Ort: Otto-Nuschke-Str. 16

- Wera G., eine Bewohnerin der Samariteranstalten in Fürstenwalde, wurde am 5. 8. 1941 in Bernburg im Rahmen der »T4-Aktion« im Alter von 18 Jahren ermordet.
Ort: August-Bebel-Str. 1-4, Haupteingang zu den Samariteranstalten

- Albert Genz, Vorsitzender der SPD Ketschendorf. Er wurde im Frühjahr 1933 in »Schutzhaft« genommen und in ein Umerziehungslager gebracht.
Am 27. 2. 1938 starb er an den Folgen von Haft und Zwangsarbeit.
Ort: August-Bebel-Str. 32

- Paula Marcuse, Klaus Marcuse. Paula Marcuse war mit dem Kaufhausbesitzer Alfred Marcuse verheiratet. Als ihr Mann 1925 starb, flüchtete sie zunächst zu ihrer Familie nach Berlin und dann zu ihrer Schwester Fanny nach Hamburg. Von dort wurde sie am 25. 10. 1941 nach Łodz deportiert.
Ihr Sohn Klaus konnte 1938 nach England flüchten und überlebte.
Ort: Otto-Nuschke-Str. 9

Antisemitische Realität: Israel als »Gefahr für den Weltfrieden«. Bericht eines deutschen Freiwilligen in Israel

Israel. Das Heilige Land. Heimstätte für Juden. Zionistenstaat. Ein Märchen. Einzige Demokratie im Nahen Osten. Aggressor und Handlanger der USA. Folge des Holocaust. Beschreibungen und Namen für diesen Staat gibt es viele. Israel ist und bleibt politisches Thema, und der Nahe Osten ist Aufreißer für weltweite Schlagzeilen. Mich interessierte aber mehr, ich wollte Land und Leute, Natur und Kultur der Region sowie die Realität des politischen Konflikts vor Ort kennenlernen.

Daher entschied ich mich 2005/2006 für einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF), einer Organisation, die die Kollektivschuld der damaligen Tätergeneration akzeptiert und Verantwortung tragen will. Sie setzt sich seit den 1960er Jahren für die Opfer des Holocaust ein und stellt Geschichtsaufarbeitung infrage. So werden Holocaust-Überlebende betreut, zerstörte Stätten jüdischen Lebens in den betroffenen Ländern Osteuropas wiederaufgebaut und Gedenkstätten gepflegt. Neben der Betreuung älterer Menschen stehen die Beschäftigung mit Jugendlichen aus sozial schwachen Milieus sowie die Betreuung von Menschen mit Behinderungen im Vordergrund.

In Jerusalem arbeitete ich die eine Hälfte der Wochenstunden in einer Schule für behinderte Jugendliche, die andere Hälfte in der Fürsorge von Holocaust-Überlebenden. In der Schule war ich für die Mitgestaltung des Unterrichts sowie sämtlichen Betreuungstätigkeiten (Therapien, Mahlzeiteinnahmen, Toilettengänge) zuständig. Es gab wöchentliche Exkursionen in Naturparks und Schwimmbäder sowie Klassenfahrten, wie beispielsweise in die große israelische Siedlung zwischen Bethlehem und Hebron, Gush Eyzion, in der Jugendliche der Siedlerbewegung unsere Schüler/innen für eine Woche aufnehmen.

Die Treffen mit Holocaust-Überlebenden waren voller Dankbarkeit und gegenseitigem Interesse. Neben der Betreuung führte ich mit meist über 80-Jährigen in mehreren Gesprächen Interviews, die zur Dokumentation und Archivierung in Booklets zusammengestellt wurden. Unterschiedliche Lebenslinien erzählen von der Kindheit in Deutschland, der Flucht aus Nazi-Deutschland ohne Eltern in den sogenannten Kindertransporten oder von den Jahren in Exilländern als »displaced persons«. Andere Überlebende berichteten von tagelangen Schifffahrten nach »Palastine«, vom Befreiungskrieg im jungen Israel, über Konzentrations- und Massenvernichtungslager, aber auch über die Verdrängung des Holocaust im jungen Israel und den Aufbau eines Wüstenlandes bis hin zu einem der modernsten

Staaten der Erde. Viele sprachen seit dem Holocaust zum ersten Mal wieder deutsch, einige überhaupt zum ersten Mal mit mir über ihr persönliches Schicksal.

Als Zeichen des Lebens, der Hoffnung und des Neuanfangs pflanzten wir ASF-Freiwillige im Sommer 2006 zusammen mit Holocaust-Überlebenden im Jerusalemer Kibbutz Ramat Rachel eine Baumallee. Außerdem engagierte ich mich im privaten Bereich in einigen israelischen Initiativen. Hier sind vor allem die »Rab-bis for Human Rights« zu nennen. Israelis und internationale Freiwillige helfen Arabern in der Westbank beim Anpflanzen von oder bei der Ernte an Olivenbäu-men nahe ihren Dörfern. Israelis und Freiwillige als menschliche Schutzschilder schützen Palästinenser vor eventuellen Angriffen von Militanten aus der Siedler-bewegung, die zum Schutz vor palästinensischen Angriffen oftmals um ihre Sied-lungen herum weiträumige Sicherheitszonen beanspruchen, in denen Felder und Weiden der Araber liegen. Übergriffe finden von Palästinensern wie auch jüdi-schen Siedler/innen gleichermaßen statt, das israelische Militär schützt mal die eine, mal die andere Seite. So saßen wir nach diesen Feldeinsätzen oft mit Israelis und Palästinensern mitten in der Judäischen Wüste beim Tee zusammen.

In Israel wie auch den arabischen Ländern der Region fühlte ich mich insge-samt sehr wohl und willkommen, wurde mit warmer Gastlichkeit empfangen. Der Verweis auf meine deutsche Herkunft spielte in Israel kaum eine Rolle. Oft be-dankten sich junge wie ältere Israelis bei mir für mein Engagement, gerade als Deutscher und besonders auch, als ich im Israel-Hisbollah-Krieg 2006 nicht das Land verließ.

Israel, das ist Miteinander und Gegeneinander verschiedenster politischer Strö-mungen, Religionen und Kulturen. Juden aus allen Teilen der Erde wagen den Neuanfang im Heiligen Land, der Zauber der Ferne trifft auf die nackte Realität. Innenpolitisch wird diese Vielfalt Israel sicherlich noch zunehmend beschäftigen. Palästina, das historisch bisher immer unter Besatzungen stand, nie Zeit für eine eigene Nation fand, muss sich auf seine Einheit konzentrieren, den Anschluss an die Modernität aus eigenen Kräften unabhängig von Israel herstellen, mit der Un-terstützung, die es aus der Weltgemeinschaft erhält. Die Palästinenser werden als politische Waffe von arabischen Staaten missbraucht und der Antisemitismus der westlichen Welt gegen Israel genutzt. Antisemitische Bilder und Parolen, die der Welt wohl bekannt und geläufig sind, können so Resonanz finden. Im Antizionis-mus wird die Feindschaft gegen Juden und Israel heute gebündelt.

Israel ist nun seit 60 Jahren ein souveräner Staat und ist bestimmt durch gesell-schaftliche Demokratie. Es gibt diverse Parteien und Bewegungen aller politi-schen Couleur, die Gesetze und Regierungsvorhaben zur Diskussion stellen. Für die Region steht es als Beispiel für Modernität, die Neid und Missmut entfacht. Der Supreme Court, das Oberste Gericht Israels, beschäftigt sich fast täglich mit Eingaben von israelischen Kritikern gegen den Bau der Grenzanlagen, die im Ver-lauf zum Vorteil der Palästinenser oftmals auch verändert werden. Mit der Organi-sation »Machsom Watch« engagieren sich israelische Frauen für Gleichbehand-

lung und Transparenz an Checkpoints, indem sie mit ihren Kontrollen Soldaten während der Arbeit beobachten.

Eine andere gesellschaftliche Bewegung ist »Breaking the Silence«, in der israelische Soldaten das »Schweigen brechen« und nach ihrer zwei- bis dreijährigen Militärpflicht über das tabuisierte Thema des Militärdienstes informieren und Fotoausstellungen sowie Fahrten beispielsweise nach Hebron organisieren, um dort den Konflikt zwischen Siedlerbewegung, Palästinensern und Militär aufzuzeigen. Diese Gesellschaft benötigt sicherlich keine Moralapostel aus dem Ausland, die sich selbst weltweit in Kriegen engagierten und engagieren. Schon gar keine Ratschläge aus einem Land, das zwei Weltkriege binnen kürzester Zeit verursacht hat und für den Holocaust verantwortlich ist.

Die Nationalsozialisten und ihre vielen »willigen Vollstrecker«¹ sowie die »stumme Masse« machten es möglich, in Deutschland und überhaupt in einem Europa, das damals Zivilisation und Modernität verkörpern wollte, eine ganze Bevölkerungsgruppe fast vollständig, systematisch und bestialisch auszulöschen. Eine soziologische Analyse der Ursachen in der deutschen Gesellschaft steht leider erst am Anfang. Die jüdische Bevölkerung war weder Feind noch Randgruppe. Der Hass gegen Juden war ein unerwiderter Hass. Es gab Juden, die strenggläubig in ihren Wohngebieten lebten, andere waren getauft oder assimiliert. Juden waren in den verschiedensten politischen Parteien engagiert, einige lebten gut situiert in den gesellschaftlichen Eliten, andere am Existenzminimum. Antisemitismus ist eine seit einem Jahrtausend gewachsene, sozialisierte Feindlichkeit aller gesellschaftlichen Ebenen gegen das »Auserwählte Volk«.² Judenfeindschaft war nichts Neues, jedoch waren sich erstmalig unter dem Nazi-Regime fast alle gesellschaftlichen Milieus in Deutschland darin einig, die »Endlösung der Judenfrage« ein für allemal zu durchzuführen. Warum in Deutschland?

Der Soziologe Norbert Elias versuchte, Erklärungen für diesen Zusammenbruch des »zivilisierten Gewissens eines zivilisierten Landes« zu finden. Der Holocaust mit 6 Millionen toten Juden war der schwerste Zusammenbruch der Zivilisation, ein Rückfall in die Barbarei. Aus überhöhter eurozentrischer Perspektive hätte aber niemand diese Regression für möglich gehalten. Bis heute bleibe diese menschliche Katastrophe nicht vorstellbar, und wir flüchteten uns in Standard-Antworten, die versagen.

Sie lägen nicht in der Natur der Deutschen oder in der politischen Diktatur. Es müsste entwicklungssoziologisch vielmehr über Deutschland und überhaupt über Europa nachgedacht werden, über die besondere und eigentümliche Stellung in der Welt. In Europa und insbesondere in Deutschland habe immer die »Einheit« und die Wiederherstellung der sogenannten eigenen Größe, »koste es, was es wolle«, im Vordergrund gestanden, für die Feindbilder gebraucht wurden. Ein

1 Ausführlich dazu Daniel Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996

2 Theodor Adorno, Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M. 1969

Beispiel: Schon im europäischen Adel sei Abstammung wichtiger als habitualisiertes Verhalten gewesen, sodass ein Elitenaustausch kaum möglich war. Dies hätten die Nationalsozialisten durchbrochen; sie hätten sich aus den unteren gesellschaftlichen Milieus emanzipiert, einen Elitenaustausch geschafft, den Adel abgelöst und ihre Ideologie in das bestehende Macht- und Verhaltensschema eingesetzt. Der Abstammungsgedanke habe so zur Grundlage für die sogenannte Rassentheorie werden können.³

Während meines Freiwilligenjahres archivierte ich aus israelischen und deutschen Zeitungen Artikel zu gleichen Themen aus Politik und Gesellschaft, um die unterschiedliche Berichterstattung vergleichen zu können. In deutschen Medien fielen eine oftmals emotionalisierte, verständnisvolle Erklärung für das Verhalten von Palästinensern und eine negative Bewertung für die israelische Seite auf.

Der sachlichen Artikelüberschrift »*Palästinensischer Selbstmordanschlag in Tel Aviv*« steht die emotionalisierte Schlagzeile »Kinder im Gazastreifen *durch israelische Luftangriffe* getötet« gegenüber.⁴ Beiträge mit Titeln wie »Israel startet Vergeltungsangriffe«⁵ oder »Militäraktion löst Gewaltwelle aus«⁶ machen Israel ohne Rücksicht auf den Zusammenhang allein für Aggressionen verantwortlich. Auch im März 2008 verließen die Diskussionen in Deutschland jede Neutralität: Israelische Angriffe auf den Gaza-Streifen werden barbarisiert, ohne zu hinterfragen, warum palästinensische Extremisten Zivilisten als menschliche Schutzschilder nutzen und Kassam- und Katjuscha-Raketen von Wohnhäusern abfeuern.

Deutsche Medien scheinen im Drang zu stehen, den Nahen Osten medial eskalieren lassen zu wollen und Schlagzeilen »heraufzubeschwören«. Der Konflikt um Grenzfragen zwischen Staaten ist historisch normal und ein Problem von Staaten generell, bei denen eine künstliche Grenzziehung erfolgte. Bevölkerungsverschiebungen und Umsiedelungen sind ebenfalls ein Problem von Herrschafts- und Machtverhältnissen. Europa benötigte immerhin mehrere Jahrhunderte, bis die Staaten sich auf die heutigen Grenzen verständigt hatten, siehe Deutschland und Frankreich beim Kampf um Elsaß-Lothringen.

Der sogenannte Nahostkonflikt wird zum Politikum gemacht, auf Kosten der Israelis und der Palästinenser und mit Duldung der Internationalen Staatengemeinschaft.

Im Hisbollah-Israel-Krieg 2006 wurden wie beim Sport Opferzahlen beider Seiten per Ticker mitgezählt und gegeneinander aufgerechnet. Auch die Manipulationsversuche durch Fotos mit künstlich erzeugten Rauchschwaden und Explosionen sollten noch in Erinnerung sein.

3 Vgl. Norbert Elias: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992.

4 Märkische Oderzeitung, 17. 4. 2006.

5 Ebenda, 7. 12. 2005.

6 Ebenda, 15. 3. 2006.

2003 gaben 59 Prozent der Europäer (Deutsche bilden die größte Bevölkerungsgruppe in der EU) nach einer Studie der EU-Kommission, die nun zensiert wurde, an: »Israel stellt eine Gefahr für den Weltfrieden dar.«⁷ Überspitzt formuliert: Es hat sich doch noch der Wunsch der Antisemiten des 19. Jahrhunderts, die Juden nach Palästina zu vertreiben, in der Staatengründung Israels erfüllt, an der nun Deutsche und andere Europäer immer noch etwas zu nörgeln haben.

Schändungen jüdischer Friedhöfe, Anschläge auf jüdische Einrichtungen wie auf den jüdischen Kindergarten in Berlin-Charlottenburg im Frühjahr 2007, aber auch Überfälle auf Juden wie auf Schüler der jüdischen Oberschule in Berlin im Herbst 2007 gehören in Deutschland wie auch im übrigen Europa nach wie vor zum Alltag. Dies geschieht nicht zufällig, sondern weil es sich um etwas »Jüdisches« handelt. Der Antisemitismus ist gesellschaftlich habitualisiert, bleibt deutsche »Normalität«.⁸

Bis Oktober 2007 wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums für 2007 bereits mehr als 700 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund registriert, davon in Berlin allein 125. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum haben Propagandadelikte wie das Beschmieren von Gedenkstätten mit Nazi-Symbolen und Gewalttaten zugenommen.⁹

Ein anderes Beispiel aus Berlin im Sommer 2007: Die »Israel-Wochen« im *Kaufhof* mit Produkten aus Israel wurden mit linken Aktionen und Demonstrationen wegen der israelischen Besatzung und der israelischen Siedlungen in der Westbank begleitet. Beim Anblick vor Ort kamen mir Parolen aus Nazi-Deutschland in Erinnerung: »Deutsche schützt euch. Kauft nicht bei Juden.« Auffällig an gesellschaftlicher Kritik ist, dass es an erster Stelle immer um Israel geht, um den Staat, der durch Zionisten, linke Juden um Theodor Herzl, via Kibbuzbewegung besiedelt und gegründet wurde. Zur Untermauerung werden israelische Kritiker, Wehrdienstverweigerer oder Linke zu Vortragsreisen in Deutschland gebucht, wo wir das erfahren, was wir aus den Nachrichten eh schon wissen, es uns aber mit der Autorität eines »Vorzeigejuden« beweisen sollen. Kritik an der eigenen, israelischen Gesellschaft steht schlichter Antisemitismus entgegen. Auf der anderen Seite gibt es Kritiker aus der sogenannten alten Antideutschen Szene, die Israel zur eigenen (deutschen) Identifizierung und Abgrenzung, zum politischen Kampf missbrauchen, sich zur Flucht vor eigenem Deutsch-Sein mit der Liebe zu Israel aufwerten oder sich zum Judentum politisch, nicht religiös, bekennen.

Als ich im vorletzten Sommer aus Tel Aviv in einer israelischen Maschine zurückreiste und wir auf deutschem Boden in Berlin landeten, nahmen die meisten jüdischen Männer ihre Kippa, ihre Kopfbedeckung, vom Kopf und steckten sie in die Tasche. Dort blieb sie auch. Ein Bild, das mir zeigt, dass in Deutschland noch viel zu tun ist und wir von einem »Schlussstrich« weit weg sind.

7 Der Spiegel, 3. 11. 2003.

8 Henryk M. Broder: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, München 1986.

9 Berliner Zeitung, 27. 12. 2007.

Da müssen wir Deutschen endlich aktiv werden, von der demokratischen »Rechten« bis zur »Linken«, in Kirchen, Wirtschaft, Medien und in der etablierten Politik. Anfangen könnten wir Deutsche, in dem wir dem Aufruf Henryk M. Broders folgen und Flüge nach Israel buchen, Land und Leute wirklich einmal kennenlernen, bevor wir uns über Israel und das Judentum empören.

»Am Ende dieses Krieges steht das judenfreie Europa«. Die »Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei« und der Holocaust

In den vergangenen Jahren hat sich die historische Forschung in verstärktem Maße mit den Strukturen und Aufgabenstellungen der Polizei im »Dritten Reich« sowie mit ihrer aktiven Beteiligung an der Vorbereitung und Durchführung des Holocaust befasst.¹ Lange Zeit war dieses Thema tabuisiert bzw. die Ansicht vertreten worden, dass mit den Repressionen gegen Juden² und Andersdenkende sowie mit der Bespitzelung der Bevölkerung von den Nazis neu geschaffene Institutionen, vor allem die Geheime Staatspolizei (Gestapo) und der Sicherheitsdienst der SS (SD), beschäftigt gewesen seien. Die »grüne« und die Kriminalpolizei hingegen hätten – bis auf wenige Ausnahmen – normale Polizeiaufgaben wahrgenommen, wie dies in jedem Staat der Welt, unabhängig vom jeweiligen politischen System, üblich und notwendig sei.

Schon seit längerem ist diese Anschauung ins Wanken geraten. Mehr noch: Es ist mittlerweile der Nachweis gelungen, dass die gesamte Polizei im faschistischen Staat jederzeit ein integraler Bestandteil der Bespitzelungs-, Unterdrückungs-, Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie gewesen ist. Nicht zuletzt bei der Judenverfolgung spielte die Schutz- und Kriminalpolizei eine unverzichtbare Rolle: Sie unterstützten z. B. die Geheime Staatspolizei bei entsprechenden Razzien und Verhaftungen und bewachten deportierte Juden auf ihrem Weg in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Spätestens seit den viel diskutierten Studien von Christopher R. Browning und Daniel Jonah Goldhagen zur Beteiligung

1 Vgl. u. a. die folgenden Studien, die nur einen Ausschnitt einschlägiger Veröffentlichungen darstellen: Heiner Lichtenstein: Himmlers grüne Helfer. Die Schutz- und Ordnungspolizei im »Dritten Reich«, Köln 1990; Alfons Kenkmann, Christoph Spieker: Die nationalsozialistische Ordnungspolizei als Konstrukt zwischen Wunschbild und Weltanschauung, in: dieselben (Hrsg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung, Essen 2001, S. 17 ff.; Friedrich Wilhelm: Die Polizei im NS-Staat. Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1997; Patrick Wagner: Hitlers Kriminalisten. Die deutsche Kriminalpolizei und der Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1960, München 2002. Hilfreich ist die folgende Bibliographie: Literaturauswahl zum Thema: Polizei und Nationalsozialismus, hrsg. v. Bundeskriminalamt August 2007 (KI 35-LIDOK – Literaturdokumentation am Kriminalistischen Institut). Zur personellen und »Gesinnungs«-Kontinuität der Polizei nach 1945 vgl. vor allem Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA, Frankfurt a. M. 2003. In der Hochzeit des Kalten Krieges wurde publiziert: Ausschuss für Deutsche Einheit (Hrsg.): Gestapo- und SS-Führer kommandieren die westdeutsche Polizei. Eine Dokumentation, Berlin 1961.

2 Die Mitwirkung der Ordnungspolizei an den Verhaftungen und Deportationen von Juden wird dargestellt bei Andreas Determann: Wegbegleiter in den Tod. Zur Funktion der Ordnungspolizei bei den Deportationen jüdischer Bürger »in den Osten«, in: Alfons Kenkmann, (Hrsg.): Villa ten Hompel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich. Vom »Täter-Schreibtisch« zur Erinnerungsstätte?, Münster 1996, S. 28 ff.

sogenannter (Reserve-)Polizeibataillone am systematischen Judenmord in den okkupierten Gebieten Ost- und Südosteuropas während des Zweiten Weltkrieges, können auch die mörderischen Taten »ganz normaler Männer« in Polizeiuniformen nicht länger gelegnet werden.³

Die Geschichte der Polizei im faschistischen Deutschland wurde besonders durch die am 17. Juni 1936 vollzogene institutionelle Verbindung des NSDAP-Parteiarnes »Reichsführer SS« mit der neu geschaffenen staatlichen Funktion eines »Chefs der Deutschen Polizei« charakterisiert.⁴ Hierdurch vollzog sich eine Zentralisierung der gesamten deutschen Polizei sowie ihre Verzahnung mit der SS unter dem Kommando Heinrich Himmlers. Noch im gleichen Jahr schuf der Reichsführer SS die beiden zentralen Hauptämter »Sicherheitspolizei« (Sipo), aus Kriminalpolizei und Geheimer Staatspolizei bestehend, sowie das Hauptamt »Ordnungspolizei« (Orpo),⁵ dem im Wesentlichen die Schutzpolizei, die Gendarmerie, die Feuerwehren (»Feuerschutzpolizei«) und die Gemeindepolizei unterstanden. Während SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich zum Chef der Sipo avancierte, wurde Karl Daluge, General der Polizei und SS-Obergruppenführer, Chef der Orpo. Die Unterstellung der beiden Hauptämter unter das Reichsmini-

3 Vgl. z. B. Christopher R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen. Mit einem Nachwort (1998), Reinbek 1999; Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, München 2000, S. 219 ff. Beide Autoren haben vor allem die Beteiligung des Reserve-Polizei-Bataillons 101 an Massenmorden im besetzten Polen untersucht. Vgl. zu diesem Thema außerdem: Konrad Kwiet: Auftakt zum Holocaust. Ein Polizeibataillon im Osteinsatz, in: Wolfgang Benz, Hans Buchheim, Hans Mommsen (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Studien zur Ideologie und Herrschaft – Hermann Graml zum 65. Geburtstag, Frankfurt a.M. 1993, S. 191 ff. u. 263 ff.; Andrej Angrick, Martina Vogt, Silke Ammerschubert, Peter Klein: »Da hätte man schon ein Tagebuch führen müssen.« Das Polizeibataillon 322 und die Judenmorde im Bereich der Heeresgruppe Mitte während des Sommers und Herbstes 1941, in: Helge Grabitz, Klaus Bästlein, Johannes Tuchel u. a. (Hrsg.): Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen – Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag, Berlin 1994, S. 325 ff.; Jürgen Matthäus: »Reibungslos und planmäßig«. Die zweite Welle der Judenvernichtung im Generalkommissariat Weißruthenien (1942-1944), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 4, 1995, S. 254 ff., bes. 264 ff.; Winfried Nachtwei: »Ganz normale Männer«. Die Verwicklung von Polizeibataillonen aus dem Rheinland und Westfalen in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg, in: Alfons Kenkmann (Hrsg.), Villa ten Hoppel. Sitz der Ordnungspolizei im Dritten Reich, S. 54 ff.; Klaus-Michael Mallmann: Vom Fußvolk der »Endlösung«. Ordnungspolizei, Ostkrieg und Judenmord, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. XXVI, 1997, S. 355 ff.; Jürgen Matthäus: Der qualitative Sprung im Vernichtungsprozess. Das Massaker von Kamenez-Podolsk Ende August 1941, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Bd. 10, 2001, S. 239 ff. (es geht in diesem Beitrag um die mörderischen Aktionen des Polizei-Bataillons 320); Martin Hölzl: Grüner Rock und weiße Weste: Adolf von Bomhard und die Legende von der sauberen Ordnungspolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 50. Jg., 2002, H. 1, S. 22 ff.; Jürgen Matthäus: Die Beteiligung der Ordnungspolizei am Holocaust, in: Wolf Kaiser (Hrsg.): Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin u. München 2002, S. 166 ff.; ders.: An vorderster Front. Voraussetzungen für die Beteiligung der Ordnungspolizei an der Shoah, in: Wolfgang Paul (Hrsg.): Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?, 2. Aufl., Göttingen 2003, S. 137 ff.; Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941-1944, Paderborn 2006; Alexander Neumann, Petra Peckl, Kim Priemel: Praxissemester »Osteinsatz«. Der Führernachwuchs der Sipo und der Auftakt zur Vernichtung der litauischen Juden, in: Zeitschrift für Genozidforschung, 7. Jg., 2006, H. 1, S. 8 ff.; Ralph Klein: Das Polizei-Gebirgsjäger-Regiment 18: Massaker, Deportation, Traditionspflege, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 55. Jg., 2007, H. 1, S. 41 ff.

4 Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm: Die Polizei im NS-Staat, S. 74 ff.

5 Vgl. Florian Dierl: Das Hauptamt Ordnungspolizei 1936 bis 1945. Führungsspitze und die Befehlshaber in den Wehrkreisen, in: Alfons Kenkmann u. Christoph Spieker (Hrsg.): Im Auftrag, S. 159 ff.

sterium des Innern bildete nicht mehr als eine Formalie. Von nun an beherrschte Heinrich Himmler den gesamten deutschen Polizeiapparat.

Mit der Schaffung des »Reichssicherheitshauptamtes« am 27. September 1939 wurde die »Sicherheitspolizei« in diese neue Institution integriert, die »Ordnungspolizei« blieb außerhalb der von Reinhard Heydrich geleiteten Terror-Zentrale.⁶

Am Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden die »geschlossenen Formationen«, die Polizei-Hundertschaften, zu Polizei-Bataillonen bzw. Reserve-Polizei-Bataillonen umgebildet.⁷ In den okkupierten Gebieten im Osten und Südosten Europas bestand ihre Aufgabe nicht nur in der Bewachung von militärischen Einrichtungen, Depots, Eisenbahnanlagen und anderen Verkehrswegen, sondern die Polizisten taten auch als Wachmannschaften Dienst in Konzentrationslagern und Ghettos.

Vor allem waren Angehörige der Polizei-Bataillone⁸ – zum Teil gemeinschaftlich mit Angehörigen der Sicherheitspolizei – an der »Partisanenbekämpfung«, am Aufspüren von versteckt gehaltenen Juden, an brutalen Ghettoräumungen⁹, an der Bewachung von Transporten in die Konzentrations- und Vernichtungslager sowie an der Ermordung von schätzungsweise mehr als 520 000 Menschen beteiligt.¹⁰

Dabei spielten sich zum Teil unfassbare Brutalitäten ab, die in den Berichten der Befehlshaber und in später formulierten Zeugenaussagen vor der bundesdeutschen Justiz nachlesbar sind.¹¹ Stefan Klump schreibt hierzu in seinem Standardwerk über die Polizei-Bataillone: »Ohne ihre aktive Mitwirkung hätte die Ausrottung von Juden, Slawen und Kranken nicht stattfinden können.«¹²

Um die Skrupel angesichts der massenhaften Erschießung auch von Frauen und Kindern, von Alten und Kranken, überwinden zu helfen, wurden zur Ablenkung nicht nur »kulturelle« Veranstaltungen der Front-Theater geboten, es floss auch reichlich Alkohol bei »Kameradschaftsabenden«¹³, die regelmäßig nach den

6 Vgl. hierzu Reinhard Rürup: Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem »Prinz-Albrecht-Gelände«. Eine Dokumentation, 14. überarb. u. erweit. Aufl., Berlin 2002, S. 70 ff. u. ausführlich: Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 209 ff., bes. 276 ff.

7 Vgl. hierzu Friedrich Wilhelm, Die Polizei im NS-Staat, S. 156 ff.

8 Beteiligt an den Exekutionen waren nach derzeitigem Forschungsstand etwa 20 000 Angehörige der Ordnungspolizei. Vgl. Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, S. 941.

9 Vgl. Stefan Klump: »Nicht ermittelt«. Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz. Ein Handbuch, Essen 2005, S. 32 f. Die hier abgedruckte Tabelle informiert über den Einsatz in Konzentrationslagern und in den Ghettos. Vgl. auch Heiner Lichtenstein: Himmlers grüne Helfer, S. 144 ff. (»Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk mehr.« Die Polizei im Warschauer Ghetto)

10 Ebenda, S. 466 f. Der Autor hat die Zahl von genau 520 373 Opfern rekonstruiert.

11 Vgl. z. B. Christopher R. Browning: Ganz normale Männer, S. 52 ff., 71 ff. (Fotos), 86 ff., 107, 126 ff., 149 ff. u. 168 f. u. Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, S. 921 ff.

12 Stefan Klump: »Nicht ermittelt«, S. 70.

13 Die Richtlinien des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei für die Gestaltung derartiger »Kameradschaftsabende« vom 22. 2. 1941 finden sich in: Jürgen Matthäus, Konrad Kwiet, Jürgen Förster, Richard Breitman: Ausbildungsziel Judenmord? »Weltanschauliche Erziehung« von SS, Polizei und Waffen-SS im Rahmen der »Endlösung«, Frankfurt a. M. 2003, S. 196 ff.

Mordaktionen veranstaltet wurden. Daneben sollte eine entsprechende »weltanschauliche Schulung« das mörderische Handeln der Polizisten rechtfertigen. Es ging darum, die Gewissheit zu verbreiten, es handle sich hier um Aktionen, die sich gegen »entmenschte Wesen«, gegen »Untermenschen« richteten, die seit Jahrhunderten die gefährlichsten Feinde Deutschlands seien. Die Juden insgesamt trügen als »Rasse«, deren Angehörige weltweit enge Verbindungen miteinander geknüpft hätten, die Verantwortung für die Entfesselung beider Weltkriege, für wirtschaftliche Krisen und Ausbeutung, für soziales Elend und den Verfall der guten Sitten (vgl. Dokumente Nr. 2, 3, 8, 10, 11). Moralische Skrupel oder wie auch immer begründete Zweifel an der Legitimität der brutalen Praxis massenhaft durchgeführter Morde sollten somit erst gar nicht entstehen bzw. rasch beschwichtigt werden. Zudem – so wurde immer wieder verbreitet – sei die »im Osten« geforderte »Härte« vonnöten, um die Zukunft Deutschlands als einer den europäischen Raum beherrschenden Großmacht für alle Zeiten zu sichern. Töten sollte hier nicht als Mord, sondern als ein wertvoller und unverzichtbarer Beitrag im Kampf gegen den »jüdischen Bolschewismus«, für die Eroberung und Sicherung von »Lebensraum« zugunsten der kommenden Generationen verstanden werden.

Diese systematische und mit hohem Aufwand betriebene Indoktrination sollte dazu beitragen, die Männer in den Uniformen der Sicherheitspolizei zu »willigen Vollstreckern« werden zu lassen (vgl. Dokument Nr. 1). In einschlägigen Publikationen, besonders aus der Feder von Jürgen Matthäus¹⁴, wird herausgearbeitet, dass die weltanschauliche Komponente als handlungsleitendes bzw. handlungslegitimierendes Motiv der Mörder im Holocaust – auch bei denen im »grünen Rock« der Ordnungspolizei – lange Zeit in der historischen Forschung eine zu Unrecht völlig untergeordnete Rolle gespielt habe. Christopher R. Browning zufolge existierte neben einer kleinen Gruppe von Männern, die sich dem Morden zu entziehen versuchten, sowie einer »größeren Gruppe von Polizisten, die sich auf Befehl an Erschießungen und Ghettoräumungen beteiligten, aber nicht aktiv nach Gelegenheiten zum Töten suchten«, ein »Kern von Männern, die sich freiwillig zu den Exekutionskommandos und den »Judenjagden« meldeten und mit wachsender Begeisterung töteten«.¹⁵ Hier handelte es sich offenkundig um im

14 Vgl. vor allem Jürgen Matthäus: Ausbildungsziel Judenmord? Zum Stellenwert der »weltanschaulichen Erziehung« von SS und Polizei im Rahmen der »Endlösung«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 47. Jg., 1999, H. 8, S. 677ff.; Jürgen Matthäus, Konrad Kwiet, Jürgen Förster, Richard Breitman: Ausbildungsziel Judenmord? Auf den S. 141 ff. findet sich ein Dokumentenanhang mit einschlägigen Quellen; Jürgen Matthäus: »Weltanschauliche Erziehung« in Himmlers Machtapparat und der Mord an den europäischen Juden, in: Theresienstädter Studien und Dokumente, 2004, S. 307 ff. Auch nationalistische und Nazi-Literatur spielte bei der »weltanschaulichen« Erziehung der Orpo eine Rolle. Vgl. hierzu die hochinteressante Studie von Thomas Köhler: Anstiftung zu Versklavung und Völkermord. »Weltanschauliche Schulung« durch Literatur-Lesestoff für Polizeibeamte während des »Dritten Reichs«, in: Alfons Kenkmann, Christoph Spieker (Hrsg.): Im Auftrag, S. 130 ff.

15 Christopher R. Browning: Ganz normale Männer, S. 220; zu einigen Offiziere der Ordnungspolizei, die als »weltanschauliche Täter« gelten können, finden sich biographische Skizzen im folgenden Sammelband: Klaus-Michael Mallmann, Gerhard Paul (Hrsg.): Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, S. 86 ff.; Hans Gaier – ein Polizeihauptmann im Generalgouvernement; S. 166 ff.; Walter Nord – Polizeisoldat und Weltanschauungskrieger; vgl. auch S. 56 ff.; Adolf von Bomhard – »Generalstabschef« der Ordnungspolizei.

Sinne des deutschen Faschismus »weltanschaulich« ausgerichtete Täter, die jeden Befehl, so unvorstellbar grausam er auch immer gewesen sein mag, auszuführen bereit waren.¹⁶

Für die politische und weltanschauliche Schulung der Angehörigen der Ordnungspolizei, einschließlich der Polizisten in den speziellen Einheiten im »Osteinsatz«, spielten die seit dem Oktober 1940 herausgegebenen Hefte des »Politischen Informationsdienstes«, die im Mai 1941 in »Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei« umbenannt wurden, eine wesentliche Rolle (vgl. Dokument Nr. 1). Sie erschienen unregelmäßig seit dem Oktober 1940,¹⁷ waren unterteilt in die »Gruppe A«, die vom Chef der Ordnungspolizei, SS-Obergruppenführer Daluege, und in die Gruppe B, die von den regionalen Inspektoren der Orpo herausgegeben wurden. Einige Zitate aus einzelnen der hier abgedruckten Artikel finden sich u. a. bei Christopher R. Browning und Jürgen Matthäus.¹⁸ Nach meiner Kenntnis ist dieser Quellenkorpus aber bislang noch nicht ediert und kommentiert worden. Das kann auch an dieser Stelle nicht geschehen. Allerdings sollen einige, in der Regel gekürzte Auszüge¹⁹ aus solchen Beiträgen abgedruckt werden, die antisemitischen und rassistischen Inhalts sind bzw. sich mit noch nicht überwundenen Anschauungen innerhalb der Ordnungspolizei – wie auch der NS-»Volksgemeinschaft« insgesamt – befassen, die nach wie vor Vorbehalte gegen die mörderische Judenpolitik des NS-Staates erkennen ließen (vgl. Dokument Nr. 7).

Insgesamt sind die Themen, die in den »Mitteilungsblättern« behandelt wurden, außerordentlich vielfältig. Es finden sich Beiträge zu aktuellen versorgungspolitischen Fragen (z. B. »Ist alles teurer geworden?«; »Der Tausch- und Schleichhandel als Krankheit des Krieges«; »Die Preise für Schuhwaren«; »Entwicklung der Obst- und Gemüsepreise im Kriege«), Artikel zu militärstrategischen, geopolitischen und weltwirtschaftlichen Problemen (z. B. »See- und Luftmacht im Mittelmeer«; »Weltwirtschaft der Zukunft«; »Erdöl aus Maikop«; »Revolution im Pazifik«; »Der Kaukasus als Eckpfeiler Europas«) sowie Aufsätze zu speziellen Fragestellungen, die mit der Okkupation der Gebiete im Osten Europas zusammenhängen

16 Eine kurze Zusammenfassung des aktuellen Forschungsstandes über die Versuche, die Anzahl der »weltanschaulichen Überzeugungstäter« in den Reihen der Polizei-Bataillone zu quantifizieren sowie die unterschiedlichen Motive, sich an den Massenmorden zu beteiligen, findet sich bei Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland, S. 916 ff. u. 938 ff.

17 Die Erscheinungsweise der Hefte differierte zwischen ca. 10 Tagen und einem Monat.

18 Vgl. Christopher R. Browning: Ganz normale Männer, S. 233ff. (längeres Zitat aus Dokument Nr. 5); derselbe: Die Entfesselung der »Endlösung«. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939-1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, München 2003, S. 343; Jürgen Matthäus: Ausbildungsziel Judenmord?, S. 691 f. (längeres Zitat aus Dokument Nr. 5); Jürgen Matthäus: »Warum wird über das Judentum geschult?«. Die ideologische Vorbereitung der Polizei auf den Holocaust, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. »Heimatfront« und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 122; Jürgen Matthäus: Die Beteiligung der Ordnungspolizei am Holocaust, S. 176 (vollständiger Abdruck Dokument Nr. 5).

19 Längere Auslassungen sind mit (...) gekennzeichnet. Die Anmerkungen wurden auf ein Minimum reduziert, insbesondere wurde darauf verzichtet, die Biographien der in einigen Artikeln genannten Wissenschaftler, ausländischen Politiker und Wirtschaftsführer zu skizzieren (vgl. Dokumente Nr. 3, 4, 10 u. 11).

(z. B. »Der Beamte im Osten«; »Sprachregelung über Begriffe des Ostens«; »Der Osten ruft«; »Die Wanderwege des bäuerlichen Deutschtums im Osten«; »Ein Jahr Aufbauarbeit in der Ukraine«; »Raum ohne Grenzen? Land und Menschen in der Sowjetunion«).

Eine wichtige Quelle zur Alltagsgeschichte des deutschen Faschismus während des Zweiten Weltkrieges sind die vielen Artikel, darunter die oben als Beispiele genannten Beiträge zu Versorgungsproblemen mit Lebensmitteln und anderen Waren des täglichen Bedarfs, in denen die Ordnungspolizei als »Frühwarnsystem« gegenüber sich anbahnendem Unmut in der Bevölkerung angesprochen, aber auch mit entsprechenden (Gegen-)»Argumenten« versorgt wird.

Die Autoren blieben bis auf wenige Ausnahmen anonym. Bei diesen Ausnahmen handelte es sich u. a. um den NS-»Chefideologen« Alfred Rosenberg,²⁰ den Jura-Professor und »Rassentheoretiker« Prof. Dr. Johann v. Leers sowie den Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, Prof. Dr. Walter Groß. Der Umfang der im Format DIN A 5 gedruckten Hefte betrug lediglich 4 Seiten. Erst seit dem November 1944, als die »Mitteilungsblätter« in »Die Zeit und Wir« umbenannt wurden,²¹ erhöhte sich ihr Umfang deutlich auf 12 bis maximal 16 Seiten.

Jetzt beinhalteten sie auch »Mustervorträge« für die Referenten der Schulungsveranstaltungen. Zugleich wuchs die Zahl der Auszüge und Zitate von Werken aus der Feder von Schriftstellern, die perfiderweise für die Nazi-Politik in Anspruch genommen wurden, wie u. a. Friedrich Hölderlin, Johann Gottlieb Fichte, Johann Gottfried Herder, Heinrich v. Kleist, Johann Wolfgang v. Goethe, Jean Paul, Ludwig Uhland, Wilhelm Raabe und Gottfried Keller. Daneben kamen Friedrich II. von Preußen, Friedrich Nietzsche, aber natürlich immer wieder Adolf Hitler und Alfred Rosenberg sowie die »Klassiker« des antisemitischen Schrifttums, Paul de Lagarde und Houston Stuart Chamberlain, zu Wort. Weiterhin wurden die Texte »patriotischer Lieder« abgedruckt.

Die Anzahl der ausschließlich oder überwiegend dem Rassismus und Antisemitismus gewidmeten Artikel war vergleichsweise gering, allerdings finden sich zu dieser Thematik in vielen Beiträgen Anspielungen und direkte Bezugnahmen. Sie stellten natürlich nur einen sehr kleinen Ausschnitt des ideologischen Trommelfeuers dar, dem sich auch die Angehörigen der Polizei bereits seit der Nazi-Machtübernahme im Januar 1933 und in Sonderheit seit dem von der Nazi-Führung entfesselten Zweiten Weltkrieg ausgesetzt sahen. Allerdings sollten wir seine Wirkungen nicht deshalb unterschätzen, weil die dabei vorgetragenen »Argumente« dem heutigen Leser absurd, lächerlich und schon auf den ersten Blick menschenverachtend anmuten. Damals erwies sich nicht nur die mitunter durchaus

20 Rosenberg schrieb den »Leitartikel« in der ersten Ausgabe des hier noch »Politischer Informationsdienst« genannten »Mitteilungsblattes«: Alfred Rosenberg, Charakterliche Bewährung, in: Politischer Informationsdienst, hrsg. v. Chef der Ordnungspolizei, Gruppe A, Folge 1, 10. 10. 1940, S. 1 f.

21 Im angeführten Bestand des Bundesarchivs, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ist die Februar-Ausgabe 1945 das zuletzt erschienene Heft. Ob in den verbleibenden wenigen Wochen bis zur bedingungslosen Kapitulation weitere Ausgaben herausgegeben wurden, konnte nicht festgestellt werden.

zutreffende Annahme der vox populi: »Stetes Wasser höhlt den Stein.« Zugleich ist das vollständige Fehlen jeglicher Gegenargumente in den gleichgeschalteten Medien in Rechnung zu stellen. Wie sehr der Antisemitismus, aber auch die rassistisch begründete Feindschaft gegenüber Slawen und Zigeunern, Wirkung erzielen konnten, haben zuletzt Veröffentlichungen belegt, die Berichte von Wehrmachts-, SS- und Polizei-Kommandeuren sowie Feldpostbriefe unterschiedlicher Dienstgrade dokumentierten und analysierten.²² In diesem Zusammenhang sind die »Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei« nur eine Quelle von vielen, sie sollte ungeachtet dessen nicht vernachlässigt werden.

Zuletzt sei angemerkt, dass interne Berichte über den Ablauf von entsprechenden Schulungsveranstaltungen unter Zugrundelegung der »Mitteilungsblätter«, einschließlich von dabei eventuell aufgetauchten Fragen, eine überaus wesentliche Ergänzung der hier abgedruckten Dokumente darstellen würden. Der Autor hat aber bislang noch nicht derartige Unterlagen ermitteln können. Einige wichtige Hinweise hierzu finden sich jedoch bei Jürgen Matthäus.²³

Eine unvollständige Sammlung der »Mitteilungsblätter« findet sich im Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZA I 5883.²⁴ Hieraus stammen alle im Folgenden wiedergegebenen Auszüge.

Dokumentation²⁵

Nr. 1: Anweisungen des Chefs der Ordnungspolizei – Gruppe »Weltanschauliche Erziehung« zur Arbeit mit den »Mitteilungsblättern«, undatiert²⁶

Aufgabe der »Mitteilungsblätter«

Die »Mitteilungsblätter« werden laufend in zwei Gruppen für die Unterrichtung aller Angehörigen der Ordnungspolizei in besonders wichtigen weltanschaulichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen herausgegeben. Sie sind nur für den Gebrauch innerhalb der Ordnungspolizei bestimmt.

22 Vgl. hierzu vor allem: Walter Manoschek (Hrsg.): »Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung«. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944, Hamburg 1995; Klaus-Michael Mallmann, Volker Rieß, Wolfram Pyta (Hrsg.): Deutscher Osten 1939-1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, Darmstadt 2003. Auf den S. 15, 27 f., 32, 38, 41 f., 48 ff., 71 ff., 85ff., 121, 124, 132, 136 ff., 159 ff. u. 167 ff. finden sich Briefe, Berichte, aber auch später formulierte Zeugenaussagen von Angehörigen der Ordnungspolizei, die in der damaligen Sowjetunion begangene Verbrechen der Orpo zum Inhalt haben.

23 Vgl. Jürgen Matthäus, Konrad Kwiet, Jürgen Förster, Richard Breitman: Ausbildungsziel Judenmord, S. 64 ff. (unmittelbare Wirkungen der Vorführung des Films »Jud Süß«) u. 83 ff.

24 Folgende Exemplare befinden sich in dieser Akte: Gruppe A: Folge 1, 10. 10. 1940 bis Folge 65, 1. 7. 1943; Folge 67, 1. 8. 1943 bis Folge 70, 10. 9. 1943; Folge 72, 10. 10. 1943; Folge 91, 10. 8. 1944; Folge 94, 1. 10. 1944; Folge 96 u. 97, jeweils im November 1944; Folge 100, im Januar 1945; Folge 102 u. 103, jeweils im Februar 1945. Gruppe B: Folge 1, 20. 10. 1940 bis Folge 4, 20.3.1941; Folge 6, 20. 5. 1941 bis Folge 34/35, im Oktober 1943.

25 Einige Formulierungen in den hier dokumentierten »Mitteilungsblättern« sind sprachlich und logisch unverständlich. Sie wurden dennoch nicht verändert. R. Z.

26 Dieser nicht unterschriebene Text findet sich auf der Rückseite des Deckblattes im entsprechenden Sammelordner für die »Mitteilungsblätter«.

1. Die Gruppe A der »Mitteilungsblätter« (herausgegeben vom Chef der Sipo, Gruppe »Weltanschauliche Erziehung«) bringt in laufender Folge eine gedrängte Darstellung *grundsätzlicher*²⁷ Fragen weltanschaulichen, politischen, kulturellen und wirtschaftspolitischen Inhalts, die der Lenkung der politischen Schulung dienen sollen.

2. Die Gruppe B der »Mitteilungsblätter« (herausgegeben von den Inspektoren/Befehlshabern der Ordnungspolizei) ergänzt die »Mitteilungsblätter« der Gruppe A durch aufklärende wirtschafts- und ernährungspolitische Mitteilungen, die durch die *örtlichen*²⁸ Verhältnisse bedingt sind. Örtlich gebundene Tagesfragen usf. erfahren im Rahmen der Gruppe B ihre Beantwortung.

Anleitung zum Gebrauch der »Mitteilungsblätter

1. Geschlossene Einheiten der Ordnungspolizei (Polizei-Bataillone, motorisierte Gendarmerie-Kompanien), Einzeldienst der Schutzpolizei des Reiches und der Gemeinden.

Die »Mitteilungsblätter« sind nach Eingang im Dienstunterricht zu behandeln. Der Dienstvorgesetzte veranlasst, dass der Inhalt in *einwandfreier*²⁹ Form vorgelesen und, soweit erforderlich, durch anschließende Aussprache geklärt und vertieft wird.

Dabei ist es nicht erforderlich, dass der *gesamte*³⁰ Inhalt in *einer*³¹ Dienstbesprechung behandelt wird, er kann vielmehr in mehrere Abschnitte aufgeteilt werden. Die Unterrichtung der Männer muss jedoch innerhalb einer Woche nach Erscheinen beendet sein.

Nach der Behandlung ist die Folge in den Ordner einzuheften und bei den kasernierten Einheiten in den Wohlfahrtsräumen, bei den Revieren in den Wachstuben auszulegen, damit die Männer jederzeit die »Mitteilungsblätter« einsehen und nachlesen können.

2. Gendarmerie des Einzeldienstes.

Bei den Gendarmerie-Posten hat die Behandlung der »Mitteilungsblätter« wie beim Einzeldienst der Schutzpolizei zu erfolgen (vgl. Ziffer II/1).

Die Gendarmerie-Einzelposten werden dadurch erfasst, dass das für den Gendarmerie-Gruppenposten bestimmte 2. Stück vom Gruppenpostenführer bei den Einzelposten in Umlauf gesetzt wird. Die Kenntnisnahme ist durch Abzeichnung zu bescheinigen. Alsdann sind die einzelnen Folgen an den Gruppenpostenführer zurückzuleiten.

3. Feuerschutzpolizei.

Den Kommandos der Feuerschutzpolizei wird entsprechend der Kopfstärke ihrer Einheit die erforderliche Anzahl von Folgen zugestellt. Eine Folge ist im Ordner zu sammeln. Die übrigen Folgen sind bei den Offizieren, Bezirks-Offi-

27 Hervorhebung im Original – R. Z.

28 Hervorhebung im Original – R. Z.

29 Hervorhebung im Original – R. Z.

30 Hervorhebung im Original – R. Z.

31 Hervorhebung im Original – R. Z.

zieren, Meistern und Wachtmeistern der Feuerschutzpolizei in Umlauf zu setzen. Die Kenntnisnahme ist durch Abzeichnung zu bescheinigen. Nach Umlauf sind die Folgen an das Kommando der Feuerschutzpolizei zurückzuleiten.

4. Schulen der Ordnungspolizei.

Die »Mitteilungsblätter« sind im lehrplanmäßigen Unterricht laufend für die weltanschaulich-politische Schulung der Lehrgangsteilnehmer zu verwenden. Dem Stammpersonal ist der Inhalt der »Mitteilungsblätter« in geeigneter Form nahe zu bringen.

5. Polizeikrankenhäuser und Polizeikuranstalten.

Die »Mitteilungsblätter« sind bei dem Stammpersonal, den Kranken bzw. Kurgästen Regelmäßig in Umlauf zu setzen.

(Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZA I 5883, unfol.)

Nr. 2: Prof. Dr. W. Groß,³² Rassische Auslese und ihre Maßstäbe

Der Nationalsozialismus geht davon aus, dass alle wirkliche Leistung an erbliche und rassische Werte gebunden ist. Er sieht also bei der Beurteilung jedes Menschen auf das Vorhandensein oder das Fehlen erblicher Werte, trifft demnach Entscheidungen und Urteile nicht, wie die verflossene Zeit, nach den rein persönlichen Fähigkeiten, wozu etwa auch die Bildung gehört, sondern möglichst nach dem Gesamtbild der erblichen und rassischen Kräfte. Über das Wesen dieser Beurteilung nach rassischen und erbbiologischen Gesichtspunkten besteht in weiten Kreisen noch eine recht unklare Vorstellung. (...)

Für den nationalsozialistischen Standpunkt ist es selbstverständlich, dass wir von einer »Bewährung im Leben« nur dort sprechen können, wo über das bloße Hinvegetieren hinaus eine wirkliche Teilnahme am Leben und an der Nation vorhanden ist, und als Maßstab für eine solche Bewährung muss verlangt werden, dass die geistigen Kräfte für die Erfüllung der Wehrpflicht beim Mann und für die Aufzucht brauchbarer Kinder bei der Frau ausreichen; dabei ist selbstverständ-

32 Prof. Dr. Walter Groß war seit 1934 Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP. Der am 21.10.1904 in Kassel geborene Mediziner trat bereits 1925 als Student der NSDAP bei (Mitglieds-Nr. 2815), 1932 wurde er Mitglied der Reichsleitung des NS-Ärztebundes. Seit 1935 war er Mitglied des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, zwei Jahre später avancierte er zum Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. 1942 erfolgte seine Berufung zum Abteilungsleiter »Naturwissenschaft« im Amt Rosenberg. Daneben lehrte er bereits seit 1934 als Honorarprofessor »Rassenkunde« an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin. Groß verstarb am 25. April 1945 bei Kampfhandlungen mit der Roten Armee in Berlin-Schlachtensee. Zu seinen aggressiv-antisemitischen Veröffentlichungen zählen u. a.: Rasse und Politik (1934), Der Weltenbruch im jüdischen Mythos (1936) und Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage (1943). Vgl. Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich? Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft, München 1983, S. 101; Hermann Weiß (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2002, S. 166; Ernst Klee: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war vor und nach 1945?, Frankfurt a. M. 2003, S. 203 f.; Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstages 1933-1945. Ein biographisches Handbuch, bearb. v. Joachim Lilla, Düsseldorf 2004, S. 194 f. Vgl. auch Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 2000, passim u. Reinhard Bollmus: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, 2. Aufl., München 2006, S. 68 f.

lich, dass uns hier als wehrpflichtfähig nicht die blöde Karikatur des Rekruten der Witzblätter vorschwebt, sondern der Mann, der den schweren Anforderungen des hoch entwickelten modernen Soldatentums geistig voll gerecht wird; und in unserem Sinne stellt auch Mutterschaft und Kinderaufzucht Forderungen an die Frau, die nicht ohne Schaden für die Gemeinschaft preisgegeben werden dürfen. (...)

Die rassistische Bewertung der Menschen und die biologische Auslese der Tüchtigsten ist das entscheidende Merkmal nationalsozialistischer Haltung gegenüber dem liberalen Geist der Vergangenheit. Die Durchsetzung von klaren Vorstellungen über das Wesen rassistischer Auslese aber ist die Voraussetzung für die Vollendung der nationalsozialistischen Revolution im Geist wie in der Praxis der Volksordnung.

(Politischer Informationsdienst, hrsg. v. Chef der Ordnungspolizei – Amt »Weltanschauliche Erziehung«, Gruppe A, Folge 7, 1. 2. 1941, S. 1 f.)

Nr. 3: Judentum und Kriminalität

Die vorherrschende Rolle, die das Judentum seit jeher, vom Kornwucher in Ägypten angefangen, in der Welt des Verbrechens spielt, tritt allein schon in der durch nichts anzufechtenden Tatsache zutage, dass die Verbrechersprache sich größtenteils hebräischer Ausdrücke bedient, demnach vorwiegend von Juden geschaffen und entwickelt worden sein muss. Die Geschichte des Verbrechertums bestätigt diese Feststellung. Schon das Wort Gauner stammt vom hebräischen janah (übervorteilen) ab. 95 Prozent aller Taschendiebe sind Juden. Ferner marschieren sie an der Spitze, was die Verbrechen des Meineids, Betrugs, betrügerischen Bankrotts, des Wuchers und der Gewerbevergehen anbelangt. Auch ist eine starke Erhöhung der Kriminalität bei Kindern aus arisch-jüdischen Mischehen nachgewiesen. Rassistisches Mischblut ist zumeist moralisch minderwertig. Alexander Elster stellt im großen Handwörterbuch der Kriminologie ausdrücklich fest, dass die Kriminalität der Juden auf ihrer rassistischen Artung beruht.

Der Jude ist der Prototyp des Materialisten, und doch verkennt er die Wirklichkeit; er will sie nicht erkennen, er ist Anti-Realist. Er läuft als Golem, als Gespenst seiner selbst, herum. Er hat entweder nie eine Seele besessen oder sie ist ihm im Laufe der Jahrtausende abhanden gekommen. Er hat sich selbst um sie gebracht und ist dadurch der unvorstellbaren Verkommenheit im Moralischen anheim gefallen, die ihn zwangsläufig aus dem Kreise der entwicklungsfähigen Völker entfernt und seine völlige und dauernde Aussonderung aus allen anderen Gemeinschaften rassistischer, völkischer, religiöser, kultureller und zivilisatorischer Art zur Folge haben muss. Solange es den Juden erlaubt ist, unter anderen Völkern und Rassen zu leben, gibt es keinen Frieden auf Erden. Der Jude, der zu durchsichtigen Zwecken den Begriff des Pazifismus geschaffen hat, ist gleichzeitig der allgemeine Weltfeind Nummer Eins.

Der schlechte, minderwertige Mensch ist meistens dumm. Der Jude ist schlau und durchtrieben, mit allen Salben geschmiert, ein Gauner und Verführer, und doch bodenlos dumm. Der sogenannte gebildete Jude verzapft in der Gesellschaft einen

derart höllischen und dabei anmaßenden Blödsinn, dass es unbegreiflich war, wie Arier derlei anhören konnten, ohne sofort aufzustehen und den Raum zu verlassen. Der »gelehrte« Jude tut sich etwas darauf zugute, dem Gesprächspartner der anderen Rasse durch witzelnde dialektische Kniffe das Wort im Munde umzudrehen, um auf diese Weise billige »geistige« Triumphe zu erzielen.

Einstein, Freud usw. haben ihre Erfolge aufgrund denkerischer und amoralischer Absurditäten erzielt, die entweder auf einer Farce wertloser Symbolismen beruhte oder aus den Forschungsergebnissen arischer Wissenschaftler kompiliert, zusammengestohlen, und dann nach eigenem Gutdünken aufgepäuselt und verwendet wurden. (Einstein = Soldner, Riemann, Lorentz; Freud = Nietzsche, Carus).

Nebstbei aber ist der Jude trotz der Verbindlichkeit und Konzilianz, die er als Aushängeschild seiner Anpassungsfähigkeit zur Schau trägt, tückisch, brutal und roh, Eigenschaften, die sich immer wieder im Verkehr mit wirtschaftlich Schwächeren (Angestellten, Diensthofen usw.) gezeigt haben, die von ihm in der niederträchtigsten und entwürdigsten Art behandelt wurden. Es genügt diese Subsumtion aller Eigenschaften der Spezies »Jude«, um sich klarzumachen, dass sie eine stark ausgeprägte Kriminalität der Rasse zur Folge haben musste. Maßlosigkeit, Eitelkeit, Neugierde, das Verkennen der Realitäten, Seelenlosigkeit, Dummheit, Tücke und Roheit sind just die Eigenschaften, die den perfekten Verbrecher ausmachen. (...)

Wenn wir die Juden ... zu den nicht entwicklungsfähigen Völkern zählen, werden wir begreifen, dass sie dem rohen Urzustand der Unbedenklichkeit im Bösen näher stehen als die entwicklungsfähigen, die sich im Laufe der Jahrtausende doch zu höheren Einsichten aufgeschwungen haben. Der Kern im amoralischen Verhalten des Judentums liegt in dem eigentümlichen Umstand begründet, dass ihnen an der Persönlichkeit und Existenz des Fremdrassigen nichts heilig ist, dass ihnen der moralische Grundbegriff der Achtung vor den Mitmenschen und ihrem Eigentum fehlt. Alles ist nur für sie da, alles gehört »eigentlich« ihnen, und sie fühlen sich berechtigt, es an sich zu reißen, auf welche Weise immer sich derlei bewerkstelligen lässt. Die Kenntnisse der Lücken in den Gesetzbüchern der Gastvölker gehörten jüdischerseits zum Salz des Lebens. Aber es kam ihnen auch nicht viel darauf an, Gewalt anzuwenden, wenn sie nur irgendein Mittel zur Hand hatten, ihr Opfer kirre zu machen. Es ist bekannt, dass jüdische Theater-, Varieté- und Filmdirektoren, samt den Agenten, die Chefs von Warenhäusern und dergleichen Mädchen und Frauen gegenüber ihre Stellung aufs schändlichste ausnützten und missbrauchten. Von der wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeitskräfte (Heimarbeiterinnen usw.) braucht hier nicht erst des langen und breiten die Rede sein. (...)

Die Juden schufen sich im 19. Jahrhundert geradezu ein Monopol auf Taschendiebstahl, Hehlerei, Mädchenhandel und Kuppelei, doch auch Falschspiel, Betrug, Hochstapelei und Sexualverbrechen aller Art fallen in ihre bevorzugte Domäne.

Abschließend kann grundsätzlich festgestellt werden, dass trotz aller Assimilierungsversuche der Jude ein Fremdkörper im Leibe der weißen Rasse geblieben

ist. Wie das nationalsozialistische Deutschland das Judentum aus dem Leben des bodenständigen Volkes ausgeschaltet hat, wird das mit der Zeit auch in allen anderen Staaten Europas durchgeführt werden.

Das charakteristische Merkmal des Berufsverbrechers ist seine Entfremdung gegenüber der aus Gemeinschaft begründeten Umwelt. Er fällt aus dem fest gefügten Rahmen der Gesellschaft und des Rechtes ins Nichts, der anarchischen Monade, in die Vereinsamung und Verödung einer absoluten Verneinung der bestehenden Ordnung. Er bleibt auf seinem wertlosen Ich beschränkt und ist dadurch von Haus aus den Dämonen der Materie ausgeliefert, als da sind: Die Dämonen der Gier, des Neides, der Wollust. Er hat, um zu haben, was ihn zufällig reizt, um zu erlangen, womit er Lust kaufen kann, die er braucht, da es ihm an anderer Freude und an Frohsinn mangelt, bildlich gesprochen, seine Seele dem Teufel verschrieben. Dies alles ist ebenso auf den Juden ... anwendbar. Entfremdung und Verbrechen stehen in einer unbestreitbaren Wechselwirkung. Die Frechheit und Überheblichkeit der Juden ist allen anderen Völkern unerträglich. Er aber kann sie als Grundeigenschaft seiner Rasse nicht ablegen. Die ewige Aus- und Abstoßung fördert seine Rachegeleüste, sein widerwärtiges Ressentiment heraus, ist doch Jehova, der Gott, an den er glaubt, die Vergöttlichung des urtümlichen Racheanspruches der Juden gegen alles, was außerhalb seiner selbst existiert. Es ist demnach logisch gar nicht verwunderlich, wenn das Verbrechen im Dasein seiner Rasse eine weitaus größere Rolle spielt als im Leben aller anderen Völker, die in sich selbst den Hort der Sicherheit ihrer völkischen Gemeinschaft tragen. (Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei, hrsg. v. Chef der Ordnungspolizei – Gruppe »Weltanschauliche Erziehung«, Gruppe A, Folge 16, 10.6.1941, S. 1 f. u. 4)

*Nr. 4: Zum Kriegführen gehört auch Geld, aber dieser großdeutsche Freiheitskampf steht im Zeichen der vom Nationalsozialismus zerbrochenen Zinsknechtschaft*³³

In den Filmtheatern der Heimat, hinter der Front und in den besetzten Gebieten lief längere Zeit ein besonders interessanter Film: »Die Rothschilds«. Wer diesen Film aufmerksam betrachtete, hat neben der Unterhaltung weitere Anregungen geschöpft. Zunächst empfand man eindringlich die verhängnisvolle Rolle des Judentums in den internationalen Völkerbeziehungen. Der alte Rothschild hatte seine Söhne überall sitzen, wo es Geld zu verdienen gab. Er verdiente an beiden kriegführenden Parteien. Das war die weitere Erkenntnis: Während die Völker im Kriege stehen, sitzt der Jude daheim und verdient, schachert, gaunert, wuchert. Der Film zeigte an einem historischen Beispiel, dass zum Kriegführen Geld

33 Es handelt sich hier um den Wiederabdruck eines Artikels, den ein gewisser Werner Scheunemann bereits im Heft 17/1941 der Zeitschrift »Die wirtschaftspolitische Praxis« veröffentlicht hatte.

gehört, aber dass dieses Geld in der Geschichte meist von Juden mit gewaltigen Wucherzinsen vermittelt wurde. Dass dabei alle Beteiligten übers Ohr gehauen wurden, war selbstverständlich.

Selbst im Weltkrieg 1914/18 hatte sich hieran noch nichts geändert. Der damalige Kaiser hatte als finanzielle Berater Juden um sich, die sogar geadelt waren. Vertreter der jüdischen Hochfinanz mit einträglichen, für das deutsche Volk aber verhängnisvollen Beziehungen zu allen Ländern – auch zu unseren Gegnern – erteilten dem letzten deutschen Kaiser finanzielle Ratschläge. An den Kriegsanleihen hat 1914/18 das Judentum gewaltig verdient, in Deutschland wie in England, Frankreich, USA usw. Aber nicht nur Finanzjuden waren bei Hofe eingeführt, sondern selbst Fragen der Kriegsproduktion wurden von Juden verantwortlich entschieden: der Hochgradfreimaurer und Judenhäuptling Walther Rathenau »lenkte« während des Weltkrieges die deutsche Wirtschaft (lies: lenkte die Gewinne in jüdische Taschen, wofür er später vom Volkszorn hingerichtet wurde). Deutschland führte einen erbitterten Kampf um sein Leben – und im Innern wütete der Jude, verriet die Front und den Soldaten. Die jüdische Herrschaft feierte Triumphe, die Zinsknechtschaft schlug dem deutschen Volk schwerste Wunden. Inflation, Deflation, Aussaugung durch »Reparationszahlungen« waren die späteren Etappen unserer finanziellen Ausblutung zugunsten des Judentums.

Das alles ist jetzt anders! Dieser Krieg ist wahrhaftig eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Der Jude war längst vor Kriegsbeginn im Innern niedergerungen. Deshalb zettelte er über seine Marionetten Chamberlain-Churchill, Daladier, Beck und Roosevelt den neuen Überfallversuch auf Deutschland an. Jetzt entledigt sich das deutsche Volk endgültig der einst stets wiederkehrenden international-jüdischen Bedrohung. Wir wollen nicht weiter in jeder Generation Blutopfer bringen müssen. Das deutsche Blut soll einem wachsenden Volk dienen, das in Ruhe den größten sozialen Aufbau aller Zeiten vollenden will. Das soll die Aufgabe der kommenden Jahrzehnte sein – und in dieser Haltung finden wir auch bereits die heutige Kriegswirtschaft im Innern.

Die Zinsknechtschaft ist gebrochen! Der Jude hat nicht mehr den Daumen auf dem Geldsack! Unsere Kriegsfinanzierung wird nicht mehr von Juden beherrscht! Sie lenkt nicht mehr Gewinne in einzelne Taschen, sondern mobilisiert die gesamte Finanzkraft des deutschen Volkes zugunsten des einen großen Zieles: materielle Sicherstellung der Kriegsnotwendigkeiten. Kriegsführen kostet auch Geld. Notendruck ins Blaue hinein wäre Betrug. Kredite von fremden Völkern nehmen wir nicht (weil das Geld dort ja doch wieder in Händen von Juden ist). (...) Wir sind unabhängig vom Juden und auch unabhängig vom Großkapital, frei vom Golde – und erleben deshalb die glatte, den Interessen der Gemeinschaft Rechnung tragende Kriegsfinanzierung. (...)

(Ebenda, Folge 24, 10. 10. 1941, S. 1 f. u. 3)

Nr. 5: Ein Ziel dieses Krieges: Das judenfreie Europa

Ein Ergebnis dieses Krieges ist die Lösung der Judenfrage in Europa. Kaum noch ein Land des Kontinents bleibt übrig, das sich der Erkenntnis von der Bedeutung des Problems verschlossen hätte. Überall werden die Juden in das Ghetto zurück geführt, von dem aus sie die Völker überfluteten. Der eroberte Besitz kehrt wieder in die Hände jener, denen er in wenigen Generationen gestohlen wurde, und nach der Säuberung des öffentlichen Lebens beginnt nun auch die Austreibung aus dem kommerziellen Bezirk.

Das Wort des Führers, das ein vom Judentum angezettelter neuer Krieg nicht die Zerschlagung des antisemitischen Deutschlands, sondern vielmehr das Ende des Judentums bringen werde,³⁴ wird in diesen Tagen vollstreckt.

Die gewaltigen Räume des Ostens, die Deutschland und Europa nun zur Kolonisation zur Verfügung stehen, ermöglichen in naher Zukunft auch die endgültige Lösung des jüdischen Problems, das heißt nicht nur die Entmachtung, sondern die tatsächliche Ausscheidung der parasitären Rasse aus der europäischen Völkerfamilie. Was noch vor zwei Jahren unmöglich erschien, wird nun Schritt für Schritt Wirklichkeit: am Ende dieses Krieges steht das judenfreie Europa.

(Ebenda, Folge 27, 1. 12. 1941, S. 2)

Nr. 6: Behauptung der völkischen Eigenart, die Aufgabe unserer Zeit

Neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung fällt der Polizei heute eine besondere Schutzaufgabe der deutschen Volksgenossen gegenüber den Fremdvölkischen zu. Vielleicht ist die letztere Aufgabe heute innerhalb der alten Reichsgrenzen die entscheidende Aufgabe überhaupt. In den Nebenländern und im Feindesland mag diese Aufgabe gegenüber der Sicherung der Ordnung zurücktreten, trotzdem besteht sie auch dort. (...)

Rasse und Volk sind für uns die beiden Gegebenheiten des Biologisch-Tatsächlichen, der Staat und seine Formen willkürlich wandelbare Größen von sekundärer Bedeutung. Vorhanden für uns ist das Volk in seiner ganz besonderen rassischen Prägung. In dieser seiner rassischen Gestalt hat das deutsche Volk höchste Werke geschaffen und eine hohe Kultur entwickelt, unserer aller Lebensstandard hat sich im Rahmen der Entwicklungsfähigkeiten unseres Volkes ständig gehoben, und jeder Deutsche bekennt sich mit berechtigtem Stolz zu seinem Volk, das in so überreicher Fülle jedem das schafft, was er an Leistung selber zu geben ver-

34 Gemeint ist hier die viel zitierte Passage aus der Rede, die Adolf Hitler am 30. Januar 1939 vor dem Reichstag hielt: »Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in- und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa.« Max Domarus: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. II, Erster Halbband 1939-1940, München 1965, S. 1058. Zur Interpretation dieser Aussagen und ihres Kontextes vgl. u. a. Stefan Kley: Intention, Verkündung, Implementierung. Hitlers Reichstagsrede vom 30. Januar 1939, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48. Jg., 2000, H. 3, S.197ff.; Ian Kershaw: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, München 2002, S. 291 ff.; Robert S. Wistrich: Hitler und der Holocaust, Berlin 2003, S. 107 ff.

mag. *Das deutsche Volk war – und ist es auch heute noch – durch Geburtenverfall und damit einhergehender Gegenauslese in seiner Zahl und in seinem Wert ernsthaft bedroht und befindet sich durch die Vermischung mit fremden Rassen- und Volksangehörigen auch noch heute in der Gefahr, in seinem inneren Wesen verändert zu werden. (...) [unverständlich]*

Wir alle haben als Polizei heute ganz eindeutig zwei Leistungen zu erfüllen, eine im rein *Persönlichen* liegende, die Familiengründung, und eine im beruflichen liegende, den Rassenschutz. Es liegt auf der Hand, dass der Erfüllung dieser zweifachen Aufgabe nur derjenige gewachsen ist, der selbst den völkischen Lebensgesetzen entsprechend lebt. Die politischen Überlegungen auf diesem Gebiet haben zur Bildung einer Reihe neuer Begriffe geführt, mit denen der Verwaltungsbeamte arbeitet, die das Volk verstehen soll und die bei dem befreundeten wie bei dem feindlichen Ausland nicht zu Unstimmigkeiten führen sollen. Die Rassenkunde lehrt, dass im großen gesehen, fast alle Völker Europas aus den selben Rassenelementen zusammengesetzt sind, auszunehmen hiervon sind lediglich die europafremden Juden und Zigeuner, sowie einige wenige Völker, deren rassische Struktur deutlich primitive oder artfremde Rassenbestandteile aufweist. Diese Völker haben indessen keine zivilisatorischen und kulturellen Leistungen hervorgebracht, sodass eine unmittelbare Vermischungsgefahr wegen des zu großen kulturellen Unterschiedes ohnehin nicht in größerem Ausmaße in Betracht kommen dürfte. (...)

In das Verhältnis der Völker auch biologisch ordnend einzugreifen, ist vom Nationalsozialismus unverrückbar erkannt worden. Es wäre schlechthin unvorstellbar, dass im Zeitalter des Rassedankens die Neuordnung Europas von einer allgemeinen Vermischung der europäischen Völker, die alle für sich ihre eigene völkische Tradition und ihre besondere rassische Prägung aufweisen, begleitet sein würde. Dies hieße doch wohl nicht Ordnung schaffen, sondern chaotische Unordnung schaffen, durch die nicht bloß die sich aus ihr ergebenden Völker ruiniert würden, sondern sich Europa der Bedeutungslosigkeit auslieferte. Den Blick auf unser eigenes Volk gerichtet, brauchen wir nur die Frage aufzuwerfen, ob wir noch typisch deutsche Lebensäußerungen und -leistungen von Menschen erwarten dürfen, die ihrer Natur nach nur Halb-, Viertel- oder Achteldeutsche sind? Weil wir dies niemals erwarten dürfen, deshalb bestehen wir auch in so leidenschaftlicher Weise auf der Respektierung des deutschen Standpunktes, der keinem Volk etwas nimmt, aber allen seine Eigenarten bewahrt. (...)

Höchste Aufgabe der Polizei ist daher heute der Schutz der inneren Ordnung des Reiches, deren wichtigster Faktor der Bestand des Blutes der europäischen Rassen in dem harmonischen Verhältnis ist, wie es sich in unserer Geschichte als *deutsches*³⁵ Blut bewährt hat. Deshalb kommt unserer rassenkundlichen und -gefühlsmäßigen Erziehung so große Bedeutung zu, denn wie sollte ein Angehöriger der deutschen Polizei in dem geschilderten Sinne verantwortlich tätig sein, wenn

35 Hervorhebung im Original – R. Z.

er nicht aus innerer Überzeugung handeln und selbst vorurteilslos und unbeschwert als *Deutscher*³⁶ diese Aufgabe übernehmen könnte.
(Ebenda, Folge 48, 10. 10. 1942, S. 1 f. u. 4)

Nr. 7: Der Michel muss sterben

Man kann alles übertreiben, auch die Tugend. Bescheidenheit, Gerechtigkeit und Mitgefühl sind gewiss erstrebenswerte Eigenschaften, doch wenn sie übersteigert werden, so wirken sie sich nur noch als verhängnisvolle Fehler aus und stempeln den Träger dieser Eigenschaften zum charakterlosen Schwächling. Man soll es nicht für möglich halten, aber es gibt heute im vierten Kriegsjahr noch immer gewisse Volksgenossen, die zum Beispiel unsere Lösung der Judenfrage mit sentimentalischen Gedanken begleiten, die jeden Kriegsgefangenen mit Mitleidsgefühlen überschwemmen, die sich fremdvölkischen Arbeitern gegenüber gemütvoll anbieten, denen bei jeder Meldung des Wehrmachtberichterstatters, in dem von restloser Vernichtung einer Feindgruppe die Rede ist, eine »humanitätsduselige« Gänsehaut über den Rücken läuft und die bei jeder harten Antwort, die wir unseren Feinden erteilen, ein nervöses Zucken bekommen.

Es sind dies die ewig »Allzugerechten«, jene Leute, denen wir es verdanken, dass der Deutsche in die Karikatur der Weltgeschichte eingezogen ist. Jahrhunderte hindurch stand das politische Denken und die Ideologie der Deutschen, des »Volkes der Dichter und Denker«, unter dieser ins Gesicht geschobenen Michelmütze. [unverständlich.]

Alles Fremde wurde von uns bewundert und nachgeahmt, wir waren beglückt und dankbar, wenn sich die übrige Welt an unserer Kultur, unserer Zivilisation und Bildung bereicherte, wir waren ängstlich bemüht, nur nicht laut aufzutreten und damit fremde Eifersucht herauszufordern und wir trieben aus lauter Bescheidenheit unsere raumpolitische Anspruchslosigkeit schließlich so weit, bis wir selbst als »Volk ohne Raum« dastanden.

Damit aber haben sich die deutschen Nationaleigenschaften, Gerechtigkeit und Objektivität, als gefährliche Nationallaster erwiesen. Laster aber müssen bekämpft werden. Und so ist auch hier erst mit dem Nationalsozialismus ein gewisser Wandel eingetreten. Inmitten eines kraftvollen Volksbewusstseins, das uns alle heute erfüllt, hat ein gutmütiges und schlafmützige Michelstum keinen Platz mehr. Und erst recht nicht heute im Kriege, in dem das Gesetz des ewigen Stirb oder Werde wieder über unserem Volk steht ... Wenn jemals, so muss heute der letzte Michel im deutschen Volk sterben, und wie Phönix aus der Asche muss für ihn ein besessener Hasser unserer Feinde erstehen. (...) In diesem Kriege, der um unser ganzes Sein oder Nichtsein geht, gibt es nur eines, sich hart und blind gegen die eigenen Tugenden zu machen, wenn sie sich als Schwäche herausstellen, und mit den glei-

36 Hervorhebung im Original – R. Z.

chen Waffen zu antworten, mit denen gegen uns gefochten wird.
(Ebenda, Folge 51, 1. 12. 1942, S. 2 f.)

Nr. 8: Gefahr im Verzuge

(...) Wir haben längst erkannt, dass auch der erste Weltkrieg nichts anderes war als eine Stufe im Machtkampf des Judentums, sich alle Menschheit mit allen Schätzen dieser Erde zu versklaven. Der furchtbare Aderlass der Völker in den Jahren 1914 bis 1918 ist eine untilgbare Schuld des Judentums, die sich mit dem Gemetzel in Russland fortsetzte. Wir erinnern an die schauerlichen Zahlen des Menschenopfers, durch das der Jude sich die Sowjetunion als den Absprungplatz seiner Welteroberungspläne schuf. Was das Weltjudentum über Russland gebracht, Entseelung, Vernichtung, Versklavung, Verfolgung und Verleumdung, das will es nun über die ganze Menschheit bringen, angefangen von Deutschland und Europa, bis in alle Erdteile. Und dazu sollte ihm die gewaltigste Kriegsmaschinerie, die er im stillen, seit einem Vierteljahrhundert, vorbereitete, die deutschen Grenzen aufbrechen und das Herz Europas töten.

Die Maschinen und den vom wilden Hass aufgepeitschten Sowjetarmeen sollten die Henker folgen, die Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder abschlachten oder sie in die Tundren und Steppen zum grausamsten Tode unter der Zwangsknute treiben sollen. [unverständlich]

So will es das Weltjudentum. (...)

(Ebenda, Folge 57, 1. 3. 1943, S. 1 f.)

Nr. 9: Die Polizei als Träger der Idee

(...) Innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft ist jedoch heute in der Stunde der Gefahr der deutschen Polizei eine besondere Verpflichtung erwachsen. So wie es zu den Friedensaufgaben der Polizei gehört, Schwachen ihren Schutz angedeihen zu lassen, Hilflöse zu stützen, und überall mit helfender Hand einzugreifen, so muss sie heute über diese Aufgaben hinaus auch eine politische und weltanschauliche Hilfestellung einnehmen. Gerade der Polizeiangehörige ist dazu besonders in der Lage, denn er steht wirklich mitten im Volke, an ihn wird Kritik und Klage herangetragen, und wie kaum ein anderer hört und sieht er zuerst, wo an schwachen Stellen eine Erlahmung der Kräfte droht.

Und hier hat er mit der ganzen Stärke seiner Persönlichkeit in sofortiger Bereitschaft einzusetzen, um helfend, ermunternd und aufklärend zu wirken. Gerade das kennzeichnet ja den Wandel der Polizei von einem aufsichtführenden und strafverfolgenden Organ der Obrigkeit, wie es früher war, zum heutigen Hüter der deutschen Lebensordnung. Aus einem schnüffelnden Nachtwächterdasein, mit Gummiknüppel und Strafmandat bewaffnet, ist der Polizist heute zu einem politischen Soldaten geworden und zum Träger der nationalsozialistischen Idee.

Das ist ja auch der Sinn der politischen und weltanschaulichen Schulung der Polizei, dass das geistige Gut, das hier vermittelt wird, weitergeleitet wird, und dass jeder Polizeiangehörige das Rüstzeug erhält, um mit Klarheit und Sicherheit gegen jedes bange Schwanken, gegen jede laue Unsicherheit auftreten zu können. Polizist zu sein, heißt heute, in unermüdlicher Hingabe seine Pflicht zu tun und über die Pflicht hinaus Fahnen Träger des Nationalsozialismus und ein fanatischer Propagandist unserer Weltanschauung zu sein.
(Ebenda, Folge 58, 10. 3. 1943, S. 1)

Nr. 10: Die Juden sind schuld!

In einer Bilanz 25 jährigen jüdisch-bolschewistischen Unheils in Europa wies das Institut zum Studium der Judenfrage in Frankreich auf folgende interessante Tatsachen hin: Den Weltkrieg 1914/18 ließen die Juden Rothschild anstiften. Die russische Revolution von 1917 ist auf die Juden Trotzki, Litwinow und Abramowitsch zurückzuführen. Die Revolution von 1918 in Deutschland wurde durch Rosa Luxemburg und Kurt Eisner ausgelöst. Die Revolution im Jahre 1919 in Österreich ist auf die Juden Otto Bauer und Dr. Breitner zurückzuführen. Die spanische Revolution von 1936 verzeichnet die Juden Neumann, Rosenberg und Alvarez del Vaye als Anführer. 1936 waren in Frankreich die Juden Léon Blum, Moeh, Jean Zay als politische Führer maßgebend. Beim Ausbruch des Krieges 1939 waren die Juden Mandel, Jean Zay in Frankreich, Hoare Belisha und Sir John Simon in England und Morgenthau in den Vereinigten Staaten maßgebend beteiligt. Das Institut schließt mit der Feststellung, dass die Umtriebe der Juden und Bolschewisten in Europa zwei Kriege und fünf Revolutionen auslösten, Unordnung, Unglück und Ruinen über Europa brachten und Millionen von Menschenleben kosteten.

Ob Bolschewismus, ob Plutokratie oder Kapitalismus – hinter beiden steht der Jude, der die Welt unterjochen und ausrauben will.

(Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei, hrsg. v. Inspekteur der Ordnungspolizei der Provinz Brandenburg, Gruppe B, Folge 31, Juni 1943, S. 3)

Nr. 11: Unter der Tarnkappe

Als der Nationalsozialismus nach der Machtübernahme ohne Zögern an die Aufgabe ging, in Deutschland das Judentum in seinen Löchern aufzustöbern und an die frische Luft zu befördern, da gab es im deutschen Volk weite Kreise, die überhaupt erst zu diesem Zeitpunkt merkten, in welcher Gefahr der deutsche Volkskörper geschwebt hatte. Es war wie ein Stich ins Wespennest, und selbst alte Kämpfer der Bewegung, die doch längst geglaubt hatten, alle Schliche des Judentums zu kennen und studiert zu haben, sahen erst bei der nunmehr gewaltsam durchgeführten Lösung dieses Problems, in welcher erschreckender Weise sich das Judentum bereits innerhalb der deutschen Wirtschaft und des deutschen Geistes- und Kulturlebens

breitgemacht hatte, und wie weit der Zersetzungsprozess schon vorangeschritten war. So meisterhaft, so raffiniert hatte das Judentum es verstanden, sich zu tarnen!

Nun, innerhalb Deutschlands ist die große Reinigung, die 1933 begann,³⁷ nun nahezu restlos beendet, und das deutsche Volk ist bis ins letzte Glied darüber aufgeklärt, dass nur eine radikale Ausrottung des jüdischen Bazillus zur Gesundung des deutschen Volkes führen konnte.

Was aber noch immer nicht überall klar genug erkannt wird, ist die Rolle des Judentums als Drahtzieher des gegenwärtigen Krieges. Wiederum haben sich diese internationalen Parasiten glänzend getarnt. Wenn man jedoch im Feindlager, sei es auf der plutokratischen, sei es auf der bolschewistischen Seite, einmal genauer hinsieht, so erblickt man hinter den im Vordergrund stehenden Persönlichkeiten der gegnerischen Kriegsführung überall den Juden als Hetzer und als geistigen Urheber der Vernichtungspläne gegen alles Deutsche. So sieht es im Moskauer Kreml aus: im Rate der Volkskommissare für die Sowjetunion ernannte Stalin von 22 Mitgliedern 17 Juden. Im Kriegskommissariat sitzen von 43 leitenden Funktionären 33 Juden, im Kommissariat des Auswärtigen sind 13 Juden unter 16 leitenden Funktionären, in der Finanzverwaltung 30 Juden unter 34 leitenden Funktionären, in der Justiz 20 Juden unter 21 leitenden Funktionären, im sogenannten Kulturkommissariat 41 Juden unter 52 leitenden Funktionären. Genau so sind die restlichen Kommissariate der Versorgung, der Arbeit sowie der Presse fast hundertprozentig mit Juden besetzt. Es handelt sich bei diesen Angaben um amtliches, von der Sowjetunion veröffentlichtes Material.

In England ist es nicht viel anders. Hinter der Kriegsführung steht der jüdische Hass, hinter der Aristokratie steht das jüdische Kapital und hinter der Geistlichkeit steht das scheinheilige Judentum mit der Unschuldsmiene des zu Unrecht Verfolgten. Zu Beginn dieses Krieges hielt es das Judentum in England aus Gründen der Tarnung noch für zweckmäßig, den ganzen Umfang seiner Machtpositionen nicht allzu deutlich in Erscheinung treten zu lassen. So wurde der Jude Hoare Belisha, der zu den wütendsten Kriegstreibern zählte, und als Kriegsminister die kritischen Blicke des englischen Volkes auf sich zog, ins zweite Glied zurückgenommen. Je länger aber der Krieg dauerte, umso tiefer geriet die gesamte englische Politik unter jüdische Befehlsgewalt und umso offener rühmten sich die Wortführer des Weltjudentums ihrer wachsenden Macht. Sie selbst waren es, die die Parole ausgaben: England führt den Krieg für die Juden! Heute ist Großbritannien nun so vollständig zwischen die Mahlsteine des internationalen Judentums geraten, dass die Regierung Winston Churchills kaum mehr Anspruch auf den Namen einer britischen Regierung erheben kann. So tragen auch die neuesten Scheußlichkeiten der britischen Kriegsführung durch den Terror gegen Frauen, Kinder und wehrlose Greise unverkennbar den Stempel jüdischen Vernichtungs-

37 Vgl. hierzu ausführlich: Reiner Zilkens: Daten und Materialien zur Diskriminierung, Entrechtung und Verfolgung der Juden in Deutschland im Jahre 1933, in: http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/Rechtsextremismus/Daten_zur_Entrechtung_und_Verfolgung_der_Juden.pdf

willens, sowie die Pläne von der Zerstörung deutscher Talsperren erwiesenermaßen aus dem Hirn eines »englischen« Juden stammen.

In gleicher Weise, ja, in vielleicht noch stärkerem Maße, gilt das auch für Amerika, für die Hochburg des internationalen Judentums.³⁸ Die Juden haben es erreicht, hier ihren stärksten Einfluss zu gewinnen. Bereits 1885 stand in London einmal ein jüdischer Redner namens Graetz auf dem Podium und prophezeite: »Das jüdische Volk wird einst in Amerika aufblühen, in dem Land der Freiheit und Gleichheit. Ein großes, mächtiges Judentum wird erstehen in Amerika im 20. Jahrhundert!« Juda hat gewusst, was in den Vereinigten Staaten von Amerika zu machen war, und Graetz hat recht behalten. Heute hat das Judentum das erreicht, was es schon vor der Beendigung des 19. Jahrhunderts als sein Ziel für das 20. erklärte. Und dabei ist es ganz systematisch zu Werke gegangen, indem es alle Schlüsselstellungen in den USA mit Juden besetzte. Aus diesen Schlüsselstellungen heraus hat es das Judentum dann verstanden, das amerikanische Volk so wie im Weltkrieg auch diesmal wieder in das gegenwärtige Völkerringen hineinzu- manövrieren. Lüften wir doch einmal etwas die Tarnkappe und sehen wir, wie es überhaupt zum Kriegseintritt Amerikas kam.

Im Jahre 1915 schrieb Wilsons Staatssekretär Lansing in einem Memorandum: »Die furchtbare Schwierigkeit, mit der wir es zu tun haben, ist die, dass der Eintritt in den Krieg hinausgeschoben werden muss, bis ein allmählicher Prozess der Erziehung und Aufklärung erreicht ist.« Dies waren die berühmten Worte, mit denen Lansing dem amerikanischen Präsidenten klarzumachen versuchte, dass das amerikanische Volk zum Kriege erst »erzogen« werden müsse. Das Ergebnis kennen wir. Das Judentum »erzog« das amerikanische Volk, und die Folge war der Kriegseintritt der USA in den Weltkrieg.

Fast genau das Gleiche spielte sich auch vor dem gegenwärtigen Krieg ab. Das internationale Judentum, das im nationalsozialistischen Reich eine Macht erkannt hatte, die seinen Weltherrschaftsplänen im Wege stand, gab auch diesmal wieder dem Volk, das von sich aus niemals den Krieg gewünscht hatte, ein »Erziehungsprogramm« zum Kriege. Ein Zentralkomitee wurde gegründet, das den gesamten Propagandaapparat mit schreienden, deutschfeindlichen Plakaten, ganzseitigen Zeitungsinseraten, Hetzfilmen, Theaterstücken und Vorträgen finanzierte, und so das Land auf den Kriegseintritt vorbereitete. Und wer waren nun die Geldgeber dieses Komitees, das im Jahre 1940 so viele, viele Millionen Dollars ausgab, um das amerikanische Volk davon zu überzeugen, dass es seine Neutralität so schnell wie möglich aufgeben müsse? Sehen wir uns die Namen doch einmal an!

An erster Stelle stehen natürlich die Bankiers Morgan und Lamont, die Könige der jüdischen Hochfinanz, dann folgen allein zehn verschiedene Abarten des Namens Levy (Levee, Levitt, Levinsohn usw.), wir finden die Namen Gottesman,

38 Vgl. auch den Artikel: Juda über USA, in: Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei, Gruppe A, Folge 69, 1. 9. 1943, S. 4.

Goldsmith, Kohn, Marx, Massmann, Guggenheim, Wertheim, Israel, Malz, Samuel Schneidersohn). Auch die Rüstungsindustrie ist in diesem Zentralkomitee vertreten, u. a. durch das Bankhaus Lehmann Brothers. Dieses Bankhaus ist aber wiederum durch Heirat mit dem französischen Bankhaus Lazard Frères verbunden, das vor 1939 in Frankreich die Kriegsziele vorbereitete und dadurch das französische Volk ins Unglück stürzte. Von besonderem Interesse ist aber nun für uns die Tatsache, dass dieses Bankhaus Lehmann schon seit 1937 riesige Dollar-mengen in der amerikanischen Flugzeugindustrie anlegte. Der Zusammenhang zwischen den Kriegsreden des Gouverneurs Herbert Lehmann und den kalifornischen Flugzeugwerken, die durch die Lehmannbank finanziert wurden, ist also eindeutig. Die Tarnkappe ist gelüftet!

Auf diese Weise ist also der Kriegseintritt der USA systematisch vom Judentum vorbereitet worden, und wir sehen nun klar, dass dieser Krieg ein Krieg der jüdischen Rasse und ihrer Hilfsvölker gegen die arische Menschheit und damit gegen die gesamte abendländische Kultur und Zivilisation ist. Jeder von uns muss also wissen, dass hinter der Plutokratie und hinter dem Bolschewismus der Jude steht, der Mord, Chaos und Elend stiftet, der Kriege entfesselt und den Hass unter den Völkern schürt: Die Völker sollen sich gegenseitig vernichten, damit der Jude auf den Völkertrümmern umso sicherer seine Weltherrschaft aufrichten kann, eine Herrschaft, mit allen ihren furchtbaren Folgen: die Herrschaft des Goldes.

(Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei, hrsg. v. Chef der Ordnungspolizei, Gruppe A, Folge 63, 1. 6. 1943, S. 1-3)

*Nr. 12: Prof. Dr. Johann v. Leers³⁹: So wie Nebukadnezar war ...
Warum wir alle Kraft aufbieten müssen*

Das Judentum der Welt glaubt im Augenblick triumphieren zu können: Die Raumeinbußen der deutschen Heere lassen die Juden und alle ihre Diener schon recht offenherzig aussprechen, was sie sich aus ganzem Herzen ersehnen: Kaum je wurde ihr Mordwille und ihr Hass gegen Deutschland so offen ausgesprochen wie jetzt. In der Synagoge in Palästina ist landauf und landab zu Jehova gebetet worden, er möge Churchill beschützen und ihn in der Erfüllung seiner »Pflichten«, der jüdischen Rasse zu helfen, stets leiten. (...)

Die deutsche Nation steht vor der Tatsache dass ein von allen Seiten sie angreifender Feind von vornherein entschlossen ist, jeden Frieden der Gleichberechtigung, jede vernünftige Lösung des Konflikts abzulehnen und unmöglich zu ma-

39 Prof. Dr. Johann v. Leers, geb. 25. 1. 1902. Nach einem Studium der Jurisprudenz bis 1928 Mitarbeiter im Auswärtigen Amt. 1929 trat er der NSDAP bei und war führend im Nationalsozialistischen Studentenbund tätig. Zu seinen antisemitischen Publikationen gehörten: Juden sehen dich an, 1933; Blut und Rasse in der Gesetzgebung, 1936; Rassen, Völker und Volkstümer, 1939. Außerdem erschien aus seiner Feder im Jahre der Machtübernahme: Kurzgefasste Geschichte des Nationalsozialismus. Nach dem Krieg hielt sich v. Leers zunächst in Italien verborgen, bevor er nach Lateinamerika flüchtete. Von 1955 bis zu seinem Tode 1965 hielt er sich in Kairo auf, wo er propagandistisch für das Nasser-Regime tätig war. Vgl. Hermann Weiß (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, S. 294.

chen, dass er vielmehr jeden einzelnen Deutschen vernichten, seine Habe sich aneignen, die Kinder in die Sklaverei verschleppen und aus Deutschland ein Elendsland unter der tierischen Rachsucht der Juden machen will. Diese Tatsache verpflichtet die deutsche Nation dazu, nunmehr alle Mittel und alle Kräfte restlos zu mobilisieren und aufzubieten. Hinter den fechtenden Heeren der Nation und hinter den arbeitenden Werkstätten stehen Millionen von Kindern, die es zu schützen gilt. Es stehen dahinter Millionen von Alten, die ihr Leben in Ehre und Arbeit gelebt haben, von alten Eltern und Großeltern, von weißen Häuptern, die niemand in die Hände des satanischen, judenknechtischen Feindes und seiner sadistischen Gelüste fallen lassen darf.

(Ebenda, Folge 94, 1. 10. 1944, S. 3 f.)

Working Definition of Antisemitism (January 28, 2005)¹

The purpose of this document is to provide a practical guide for identifying incidents, collecting data and supporting the implementation and enforcement of legislation dealing with anti-Semitism.

Working Definition:

»Antisemitism is a certain perception of Jews, which may be expressed as hatred toward Jews.

Rhetorical and physical manifestations of antisemitism are directed toward Jewish or non-Jewish individuals and/or their property, toward Jewish community institutions and religious facilities.«

In addition, such manifestations could also target the state of Israel, conceived as a Jewish collectivity. Antisemitism frequently charges Jews with conspiring to harm humanity, and it is often used to blame Jews for »why things go wrong«. It is expressed in speech, writing, visual forms and action, and employs sinister stereotypes and negative character traits.

Contemporary examples of antisemitism in public life, the media, schools, the workplace, and in the religious sphere could, taking into account the overall context, include, but are not limited to:

- Calling for, aiding, or justifying the killing or harming of Jews in the name of a radical ideology or an extremist view of religion.
- Making mendacious, dehumanizing, demonizing, or stereotypical allegations about Jews as such or the power of Jews as a collective – such as, especially but not exclusively, the myth about a world Jewish conspiracy or of Jews controlling the media, economy, government or other societal institutions.
- Accusing Jews as a people of being responsible for real or imagined wrongdoing committed by a single Jewish person or group, or even for acts committed by non-Jews.
- Denying the fact, scope, mechanisms (e.g. gas chambers) or intentionality of the genocide of the Jewish people at the hands of National socialist Germany and its supporters and accomplices during World War II (the Holocaust).

¹ Diese Definition wurde Anfang 2005 von ODIHR, der Europäischen Beratungsstelle für Rassismus und Xenophobie (EUMC), und einigen jüdischen Organisationen erarbeitet.

- Accusing the Jews as a people, or Israel as a state, of inventing or exaggerating the Holocaust.

- Accusing Jewish Citizens of being more loyal to Israel, or to the alleged priorities of Jews worldwide, than to the interests of their own nations.

Examples of the ways in which antisemitism manifests itself with regard to the State of Israel taking into account the overall context could include:

- Denying the Jewish people right to self-determination, e.g. by claiming that the existence of a state of Israel is a racist endeavor.

- Applying double standards b requiring of it a behavior not expected or demanded of any other democratic nation.

- Using the symbols and images associated with classic anti-Semitism (e. g. claims of Jews killing Jesus or blood libel) to characterize Israel or Israelis.

- Drawing comparisons of contemporary Israeli policy to that of the Nazis.

- Holding Jews collectively responsible for actions of the State of Israel.

However, criticism of Israel similar to that leveled against any other country cannot be regarded as anti-Semitic.

Antisemitic acts are criminal when they are so defined by law (for example denial of the Holocaust or distribution of anti-Semitic materials in some countries).

Criminal acts are antisemitic when the targets of attacks, whether they are people or property – such as buildings, schools, places of worship and cemeteries – are selected because they are, or are perceived to be Jewish or linked to Jews.

Antisemitic discrimination is the denial to Jews of opportunities or services available to others and is illegal in many countries.

Autoren- und Herausgeber

Lutz Brangsch, Leiter des Bereichs Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Dirk Burczyk, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Abgeordnetenbüro von MdB
Ulla Jelpke, Fraktion DIE LINKE

Horst Helas, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Thomas Heppener, Direktor des Anne-Frank-Zentrums Berlin

Mario Keßler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und außerplanmäßiger Professor an der Universität Potsdam

Benjamin Köhler, 2005/2006 Freiwilliger der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Jerusalem, Student der Soziologie, Technische Universität Berlin

Gabi Moser, Erziehungswissenschaftlerin, Koordinatorin der AG Stolpersteine in Fürstenwalde (ehrenamtlich)

Yves Pallade, 2005 bis 2007 wissenschaftlicher Koordinator beim Berliner Büro des American Jewish Committee, seit November 2007 Direktor des Foreign Affairs Network der B'nai B'rith Europe

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Heike Radvan, Koordinatorin des operativen Bereichs der Amadeu Antonio Stiftung »Zivilgesellschaftliches Handeln gegen Antisemitismus«

Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung

Dagmar Rubisch, Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Michael Rump-Räuber, Referent im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg

Guido Strohfeldt, Leiter des Museums Fürstenwalde

Juliane Wetzel, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin

Reiner Zilkenat, freiberuflicher Dozentin der Erwachsenenbildung

